



HESSISCHER LANDTAG

22. 04. 99

2. Sitzung

Wiesbaden, den 22. April 1999

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	15	<i>Abg. Stolterfoht (SPD)</i>	
<i>Entgegengenommen</i>	16	<i>Abg. Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</i>	
Präsident Möller (Gießen)	15	<i>Abg. von Hunnius (F.D.P.)</i>	72
1. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ..	17	Vizepräsidentin Winterstein	72
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	72	5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ministerpräsident Koch	17	betreffend Einführung einer Regierungsbefra-	
Clauss	34	gung	
Hahn	47	- Drucks. 15/27 -	72
Hinz	55	<i>Dem Ältestenrat überwiesen</i>	74
Kartmann	65	Kaufmann	72
Vizepräsidentin Winterstein	72	Fischer (Hohenroda)	73
2. Mitteilung der Landesregierung betreffend Zustän-		Henzler	73
digkeit der einzelnen Ministerinnen und Minis-		Vizepräsidentin Winterstein	74
ter nach Art. 104 Abs. 2 der Verfassung des Lan-		6. Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und	
des Hessen		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hilfe für	
- Drucks. 15/26 -	72	Kosovo-Vertriebene	
<i>Zur Kenntnis genommen</i>	72	- Drucks. 15/28 -	74
Vizepräsidentin Winterstein	72	<i>Angenommen</i>	82
3. Wahlvorschlag der Fraktion der F.D.P. für die		8. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der	
Nachwahl einer Schriftführerin oder eines		F.D.P. betreffend Hilfe für Kosovo-Vertriebene	
Schriftführers (§ 4 Abs. 2 Satz 1 GOHLT)		- Drucks. 15/35 -	74
- Drucks. 15/30 -	72	<i>Angenommen</i>	82
<i>Gewählt:</i>		Bökel	74
<i>Abg. von Hunnius</i>	72	Ministerin Mosiek-Urbahn	75
Vizepräsidentin Winterstein	72	Al-Wazir	77
4. Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD,		Zumbrägel	78
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. für die		von Hunnius	79
Wahl weiterer stellvertretender Mitglieder des		Becker (Nidda)	81
Hauptausschusses		Vizepräsidentin Winterstein	81
- Drucks. 15/32 -	72	<i>siehe auch Anlagen 1 bis 3</i>	93
<i>Gewählt:</i>		9. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der	
<i>Abg. Beuth (CDU)</i>		SPD und der F.D.P. betreffend die Neubesetzung	
<i>Abg. Dörr (Bergstraße) (CDU)</i>		der Vertretung des Landes Hessen im "Aus-	
<i>Abg. Haselbach (CDU)</i>		schuss der Regionen" (AdR)	
<i>Abg. Lautenschläger (CDU)</i>		- Drucks. 15/36 -	82
<i>Abg. Osterburg (CDU)</i>		<i>Angenommen</i>	82
<i>Abg. Rhein (CDU)</i>		Vizepräsidentin Winterstein	82
<i>Abg. Wintermeyer (CDU)</i>		10. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE	
<i>Abg. Bender (SPD)</i>		GRÜNEN betreffend staatsanwaltschaftliches Er-	
<i>Abg. Fischer (Hohenroda) (SPD)</i>		mittlungsverfahren gegen den hessischen Innen-	
<i>Abg. Haupt (SPD)</i>		minister	
<i>Abg. Paris (SPD)</i>		- Drucks. 15/38 -	82
<i>Abg. Schaub (SPD)</i>		<i>Für erledigt erklärt</i>	90

	Seite		Seite
11. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend anwaltliche Tätigkeit des Innenministers		7. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Peti- tionen	
- Drucks. 15/37 -	82	- Drucks. 15/22 -	90
<i>Für erledigt erklärt</i>	90	<i>Beschlussempfehlungen angenommen; ausgenom- men Petitionen Nr. 6385/14, 6477/14 und 5924/14 (dem Petitionsausschuss zurücküberwiesen)</i>	92
Kaufmann	16, 85	Kaufmann	90, 91
Schaub	16, 84	Schaub	90
Ministerpräsident Koch	82, 89	Grüttner	90
Minister Bouffier	83	Polster	90
Grüttner	87, 90	Leistenschneider	90, 91
Hahn	87	Klär	91
Bökel	88	Präsident Möller (Gießen)	92
von Plottnitz	88		
Präsident Möller (Gießen)	90		

Im Präsidium:

Präsident Möller (Gießen)
Vizepräsidentin Winterstein

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Koch
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Dr. Jung
Minister des Innern und für Sport Bouffier
Minister der Finanzen Weimar
Minister der Justiz Dr. Wagner
Kultusministerin Wolff
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Wagner
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Posch
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Dietzel
Sozialministerin Mosiek-Urbahn
Staatssekretär Metz
Staatssekretär Dr. Beermann
Staatssekretär Corts
Staatssekretär Riebel
Staatssekretär Landau
Staatssekretär Dr. Müller-Kinet
Staatssekretär Portz
Staatssekretär Dr. Hirschler
Staatssekretärin Dr. Gundelach
Staatssekretär Thurmann
Staatssekretär Seif

Abwesende Abgeordnete:

Denzin
Reichenbach

(Beginn: 9.05 Uhr)

Präsident Möller (Gießen):

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Plenarsitzung des Landesparlamentes und heiße Sie alle herzlich willkommen, Sie, meine Damen und Herren Kollegen, die Mitglieder der Landesregierung und unsere Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und im Lande.

Zunächst einige Veränderungen im Hause. Herr Ministerpräsident a. D. Hans Eichel hat mit Wirkung vom 12. April 1999 sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt. Nachfolger ist Herr Uwe Frankenberger. Wo haben wir ihn?

(Abg. Frankenberger (SPD) gibt sich zu erkennen.)

- Ach, einmal ganz nett, einmal für alle, unter der Voraussetzung, dass ihn noch nicht alle kennen.

(Beifall - Ministerpräsident Koch: Das war aber ein Schnellstart!)

Mit Schreiben vom 8. April 1999 hat Frau Ruth Wagner mitgeteilt, dass sie mit sofortiger Wirkung auf ihr Mandat verzichtet. Nachfolger ist Herr Roland von Hunnius, der im Hause schon aus der letzten Legislaturperiode bekannt ist.

(Beifall)

Ebenfalls mit Wirkung vom 8. April 1999 hat Herr Abg. Dieter Posch sein Mandat niedergelegt. Seine Nachfolgerin ist Frau Abg. Nicola Beer.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, ich heiße alle neuen Abgeordneten in unserer Mitte herzlich willkommen, wünsche ihnen erfolgreiche Arbeit, auf dass sie nie verzweifeln, wenn es einmal hart zugeht.

Zur Tagesordnung. Im Augenblick gibt es eine Tagesordnung vom 15. April mit insgesamt sieben Punkten. Es sind noch zwei Dringliche Anträge eingegangen, nämlich a) Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Hilfe für Kosovo-Vertriebene, Drucks. 15/35. Man könnte sich auch darüber unterhalten, ob das zur Tagesordnung als Ergänzungs- oder Änderungsantrag gehört, aber wir können vorsorglich über die Dringlichkeit abstimmen. Ist jemand gegen die Dringlichkeit des Antrags und die gleichzeitige Behandlung mit dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN?

(Schaub (SPD): Mit eigener Redezeit!)

- Ja. - Dazu hatte mir Herr Kollege Schaub als Fraktionsgeschäftsführer der SPD signalisiert, dass man dann aber 20 Minuten Redezeit haben möchte. Widerspricht dem jemand? - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dieser Antrag Drucks. 15/35 kommt auch als Dringlicher Antrag - vorsorglich Dringlicher Antrag - auf die Tagesordnung und wird unter Tagesordnungspunkt 6 mit behandelt. Unter Tagesordnungspunkt 6 wird die Redezeit je Fraktion auf 20 Minuten erhöht.

Es gibt b) einen Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. betreffend die Neubesetzung der Vertretung des Landes Hessen im Ausschuss der Regionen (AdR), Drucks. 15/36, der wahrscheinlich keiner Aussprache bedarf - das weiß ich aber noch nicht. Wird hier die Dringlichkeit bejaht? - Dem widerspricht niemand, dann wird dieser Antrag Tagesordnungspunkt 9.

Wie im Ältestenrat vereinbart, tagen wir heute bis zur Erledigung der Tagesordnung, und zwar ohne Mittagspause.

Zu den Staatssekretärinnen und Staatssekretären möchte ich Ihnen mitteilen: Herr Ministerpräsident hat mitgeteilt, dass die folgenden Damen und Herren zu Staatssekretärinnen bzw. zu Staatssekretären ernannt wurden. Hessische Staatskanzlei, Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund: Dr. Johannes Beermann - vielleicht sind die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre so nett, einmal aufzustehen, damit jeder im Hause weiß, der oder die ist es -

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sprecher der Landesregierung: Dirk Metz - in weitesten Kreisen "unbekannt", aber er erhebt sich trotzdem -

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Udo Corts,

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hessisches Ministerium der Finanzen: Jochen Riebel,

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hessisches Ministerium der Justiz: Herbert Landau,

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hessisches Kultusministerium: Dr. Hartmut Müller-Kinet,

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst: Frank Edgar Portz,

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung: Dr. Herbert Hirschler,

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, und Forsten: Herlind Gundelach und Ulrich Thurmann

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

- irgendwer muss ja auch arbeiten, gelt? -

(Heiterkeit - Hahn (F.D.P.): Herr Präsident!)

Hessisches Sozialministerium: Karl-Winfried Seif.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Entschuldigt hat sich unser Kollege Michael Denzin wegen eines Krankenhausaufenthaltes. Außerdem hat er heute Geburtstag. Wir wünschen ihm von hier aus alles Gute, baldige Genesung und gratulieren ihm zum Geburtstag.

(Beifall)

Auf der anderen Seite hat Abg. Gerold Reichenbach, der von der Bundesrepublik Deutschland als Angehöriger der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk nach Albanien entsandt wurde und dessen Einsatzdauer voraussichtlich sechs Wochen beträgt, sich ebenfalls wirksam entschuldigt. Wir wünschen ihm bei seiner schweren Aufgabe Erfolg und, dass er heil wieder kommt.

(Beifall)

Ein letztes Wort im Augenblick von mir. Der Ältestenrat wird unmittelbar nach der Plenarsitzung im Raum 119 M

tagen. Die Einladungen werden verteilt. Es geht letztlich darum, die Benennung der Ausschussvorsitzenden vorzunehmen.

Zur Geschäftsordnung hat sich als erster Herr Kollege Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gemeldet.

Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestern Abend konnten wir es dem Fernsehen entnehmen, heute Morgen auch diversen Presseorganen: Wir haben eine Landesregierung, die heute ihre Regierungserklärung abgeben wird, und wir haben in dieser Landesregierung einen Minister, gegen den ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren läuft. Meine Damen und Herren, ich denke, das ist eine Situation, in der der Hessische Landtag nicht nur das Recht, sondern auch den Anspruch hat, unverzüglich unterrichtet zu werden.

Deshalb haben wir heute Morgen einen Dringlichen Antrag betreffend dieses Ermittlungsverfahren eingebracht und wollen von der Landesregierung, insbesondere von Ihnen, Herr Ministerpräsident, hören, ob es tatsächlich der Fall ist, dass erstens das Ermittlungsverfahren läuft und zweitens Sie darüber Bescheid gewusst haben - das wissen wir derzeit nicht.

Ich denke, es ist wichtig zu erfahren, ob es tatsächlich wahr sein kann, dass ohne - noch nicht einmal vertrauliche - Information der Fraktionen des Hessischen Landtags Ministerpräsident Koch einen Minister ernannt, vor dem Landtag vereidigt und dabei kein Wort darüber verliert, dass gegen diese Person ein Ermittlungsverfahren läuft. Meine Damen und Herren, das ist im Augenblick die Situation, wie sie sich darstellt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, die Mitglieder des Hessischen Landtages haben das Recht, hierüber aufgeklärt zu werden. Darüber kann man nicht hinweggehen und so tun, als wenn alles in Butter wäre, und über die Perspektiven der Regierung reden. Meine Damen und Herren, wir wollen und wir müssen über die Personalpolitik dieses Ministerpräsidenten reden, insbesondere über sein Verhältnis uns, den Mitgliedern des Landtages, gegenüber. Denn wenn es sich wirklich so abgespielt hat, ist das ein Vorgang, der in der Geschichte des Hessischen Landtags bisher noch nicht vorgekommen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Damit kein Irrtum entsteht: Wir reden nicht von Vorverurteilung. Wir wollen auch nicht in ein Ermittlungsverfahren eingreifen.

(Widerspruch bei der CDU)

Aber es geht um die Frage, ob es tatsächlich sein kann, dass ein Abgeordneter, dessen Immunität aufgehoben ist - möglicherweise war sie es schon bei der Vereidigung -, als Minister ernannt und hier vereidigt wird, ohne dass irgendjemand vom Landtag darüber etwas weiß.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn es tatsächlich so geschehen sein sollte, dann würden wir das nicht nur für einen miserablen Start der Landesregierung halten, sondern insbesondere auch für einen Vertrauensbruch gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es notwendig, dass hier und heute unser Dringlicher Antrag auf die Tagesord-

nung genommen wird - darum bitte ich Sie -, damit dem Ministerpräsidenten Gelegenheit gegeben wird, hier vor uns allen zu den Fragen, wann wer etwas wusste und warum trotzdem die Entscheidung so gefallen ist, wie sie gefallen ist, Aufklärung zu geben. Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, ich denke, auch Sie haben ein Interesse daran, dass die Öffentlichkeit Aufklärung erhält, und werden der Dringlichkeit unseres Antrags sicherlich zustimmen. - Ich bedanke mich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Möller (Gießen):

Meine Damen, meine Herren! Verfahrensrechtlich kann ich nur feststellen, dass mir der Direktor gesagt hat, dass in diesem Moment, also bevor ich jetzt das Exemplar von Herrn Kaufmann bekommen habe, noch kein Antrag eingegangen ist. Wie verständigen wir uns, wann und wie wir es handhaben wollen?

(Hahn (F.D.P.): Er ist jetzt eingegangen!)

- Ich erinnere mich daran, dass ich immer wieder kritisiert wurde, wenn ich über einen Antrag habe abstimmen lassen, als er noch nicht verteilt war.

(Hahn (F.D.P.): Bekommen Sie jetzt nicht!)

- Brauchen wir jetzt nicht? - Widerspricht niemand, wenn wir jetzt erst einmal über die Dringlichkeit abstimmen?

(Hahn (F.D.P.): Nein!)

Das ist so. - Dann frage ich zunächst einmal: Gibt es Widerspruch gegen eine dringliche Behandlung des Antrages? - Das ist nicht der Fall. Normalerweise würde er dann Tagesordnungspunkt 10,

(Grüttner (CDU): So ist es!)

würde also am Schluss der Sitzung behandelt werden.

(Hahn (F.D.P.): Richtig!)

Dem widerspricht auch keiner.

Zur Geschäftsordnung hatte sich Herr Schaub gemeldet. - Herr Schaub, Sie haben das Wort.

Schaub (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal will ich feststellen, dass ich etwas verwundert bin, dass keine Anträge vorliegen. Denn unserer wurde zumindest um halb neun Uhr zu Ihnen nach unten gebracht. Er müsste also eigentlich vorliegen.

Auch wir haben einen Dringlichen Antrag gestellt, in dem wir den Hessischen Minister des Innern und für Sport, Volker Bouffier, auffordern, heute vor dem Landtag zu erklären, was an den in der Öffentlichkeit diskutierten Vorwürfen dran ist. Ich sage das bewusst so vorsichtig. Denn wir gehen erst einmal, solange keine näheren Hintergründe bekannt sind, davon aus, dass nichts daran ist. Herr Minister, es müsste in Ihrem eigenen Interesse sein, uns heute hier deutlich zu machen, was an diesen Vorwürfen tatsächlich wahr ist und was die Hintergründe sind.

Sie selbst haben im Wahlkampf mehr als deutlich gesagt, Sie würden entschlossen gegen alles vorgehen, was Regeln verletzt. Damit haben Sie die Messlatte ziemlich hoch gelegt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen sich dann einfach auch gefallen lassen, dass Sie genau an dieser Messlatte, unabhängig von dem Ermittlungsverfahren, entsprechend gewertet werden.

Die Fragen richten sich natürlich auch an den Ministerpräsidenten. Es interessiert: Seit wann hat er es gewusst? Hat er es gewusst, als er Sie, Herr Bouffier, vereidigt hat? - Von daher gehe ich davon aus, dass wir nachher in der Debatte diese Fragen werden klären können. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Möller (Gießen):

Der Antrag der SPD ist glaubhaft schon vor einer halben Stunde eingereicht worden, lag mir aber auch noch nicht am Platz vor. Wie dem auch immer sei, jetzt liegt er mir vor, und ich gehe davon aus, dass niemand einer dringlichen Behandlung widerspricht und dass auch niemand dem widerspricht, dass wir das alles unter Tagesordnungspunkt 10 zusammen mit normaler Redezeit besprechen, solange wir nichts anderes beschließen.

Wir wären jetzt ganz normal in unserer Tagesordnung und bei **Tagesordnungspunkt 1:**

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Koch.

Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei der Landtagswahl am 7. Februar 1999 haben die Wählerinnen und Wähler mehrheitlich für einen Politikwechsel in Hessen gestimmt. CDU und F.D.P. sind entschlossen, diese Chance zu nutzen. Wir wollen unser Bundesland Hessen in den kommenden vier Jahren zu einem Beispiel für erfolgreiche Erneuerung machen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir wollen die hessischen Schulen und Hochschulen in Deutschland an die Spitze führen und so den jungen Menschen in Hessen die besten Zukunftschancen ermöglichen. Wir wollen die innere Sicherheit in Hessen deutlich verbessern, damit die Menschen ohne Angst vor Kriminalität leben können. Und wir wollen, dass es für die Menschen, die in Hessen leben, genügend Arbeitsplätze gibt und dass keiner, der in Deutschland investieren will, Hessen künftig außer Acht lassen kann.

Meine Damen und Herren, wir beginnen unsere Arbeit in schwieriger Zeit. Denn Landespolitik findet nicht im luftleeren Raum, sondern im Umfeld der Bundes- und Weltpolitik statt. Auch heute sind die Augen der Menschen in Hessen wie in aller Welt auf den Krieg im Kosovo gerichtet. Die Frage, ob es gelingt, dort Völkermord und Vertreibung wirksam zu begegnen, ist noch immer nicht entschieden. Auch wir müssen darüber in Sorge sein, welche möglichen Weiterungen der Konflikt in sich birgt.

Die begrenzten Möglichkeiten der Landespolitik lassen sich mit dem Wort "Solidarität" gut zusammenfassen. Wir erklären uns solidarisch mit dem Verhalten der Bundesregierung und mit den übrigen Staaten der NATO, die einen notwendigen Versuch unternehmen, auch unter Einsatz mi-

litärischer Mittel dafür zu sorgen, dass Völkermord und Vertreibung nicht erneut in Europa Einzug halten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir sind solidarisch mit den Vertriebenen, indem wir vor allem vor Ort die notwendige Hilfe mit bereitstellen, die ihnen ein menschenwürdiges Warten auf eine möglichst baldige Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht.

In Hessen haben in den vergangenen Wochen, besonders beim Aktionstag "Hessen hilft dem Kosovo" am vergangenen Samstag, sehr viele Bürger gezeigt, wie vorbildlich sie zur Hilfe bereit sind. Dafür möchte ich allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ausdrücklich danken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die Ereignisse im Kosovo und die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen in eigenen Land zeigen, dass die Aufgabe der neuen Hessischen Landesregierung nicht isoliert von unserem Umfeld gesehen werden kann. Ich denke, die Bürgerinnen und Bürger erwarten längst nicht mehr von der Politik eine heile Welt. Sie erwarten auch nicht, dass wir ihnen bei den Problemen, die unser Bundesland betreffen, Lösungen vom Reißbrett anbieten. Aber sie erwarten von der neuen Landesregierung zu Recht, dass wir uns auf den Weg machen, mit konkreten Schritten an der Lösung von Problemen zu arbeiten, die auch bei den Auseinandersetzungen im Vorfeld der Wahl eine Rolle gespielt haben.

Hessen ist ein starkes Land mit großen Möglichkeiten. Um diese zur Entfaltung zu bringen, reicht ein "Weiter so" in der hessischen Landespolitik nicht aus. Niemand spricht unserer Vorgängerregierung den Willen und das Bemühen ab, die Probleme der hessischen Landespolitik in den Griff zu bekommen. Aber es ist unübersehbar, dass Hessen - trotz seiner großen Möglichkeiten - in vielen Bereichen in den Ranglisten der Länder keinen der Stärke unseres Landes angemessenen Platz einnimmt.

Natürlich hat die alte Landesregierung die Bildung nicht ignoriert. Aber die Mittel für diesen Bereich haben nicht ausgereicht. Statt umzuschichten und neue Prioritäten zu setzen, hat man den Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden gesagt, mehr Geld für die Bildung sei eben nicht vorhanden.

Natürlich hat die vorherige Landesregierung das Problem der inneren Sicherheit nicht ignoriert. Aber sie ist an der Erklärung gescheitert, warum Hessen eine wesentlich höherere Kriminalitätsrate aufweist als z.B. Bayern und Baden-Württemberg, während die Aufklärungsquote bei uns deutlich niedriger liegt als in diesen Ländern.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben keine Ahnung, warum das so ist!)

Niemand unterstellt der Regierung Hans Eichel, dass sie kein Interesse an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehabt habe. Aber sie hat keine befriedigende Erklärung dafür gehabt, dass von den 30 Arbeitsamtsbezirken mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 17 in Bayern und 13 in Baden-Württemberg liegen und kein Einziger davon in Hessen zu finden ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Der Vorgängerregierung ist es nicht gelungen, alte, überholte Politikmuster zu verlassen und angesichts der Größe der Herausforderung wirklich neue Wege zu beschreiten. Das mag zum einen daran gelegen haben, dass ein Teil der rot-grünen Koalition noch immer an die Wirksamkeit der

alten Mechanismen glaubte, zum anderen aber auch an der Unfähigkeit der Partner, sich auf neue, gemeinsame Wege zu verständigen.

Unter Rot-Grün wurde der Glaube an Gesetze, Rechtsverordnungen und Erlasse als Allheilmittel zur Lösung unserer Probleme nicht wirklich gebrochen. Wir setzen dagegen auf die Kraft der Freiheit, die die kreativen Kräfte der Menschen zur Entfaltung bringt. Deshalb haben wir uns verpflichtet, alle Verordnungen und Erlasse des Landes außer Kraft zu setzen, die das Kabinett nicht bis zum 31. Dezember kommenden Jahres ausdrücklich erneuert hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bei neuen Gesetzen, Verordnungen und Erlassen werden wir Ihnen vorschlagen, soweit der Landtag betroffen ist, oder es selbst verantworten, soweit das Kabinett betroffen ist, dass die Bestandskraft auf jeweils fünf Jahre begrenzt wird, um damit allen Beteiligten eine Chance zu eröffnen, eine neue, auch öffentliche Debatte über die Notwendigkeit der jeweiligen Regeln zu führen, statt diese wie selbstverständlich in den Gesetzbüchern zu belassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die längst in allen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung abstrakt akzeptierte Erkenntnis, dass Probleme besser und schneller gelöst werden, je dezentraler die Verantwortlichkeit für ihre Lösung geregelt ist, wurde durch die rot-grüne Regierung nicht in praktische Politik umgesetzt.

Wir werden das Prinzip größtmöglicher Dezentralität zum wichtigsten Entscheidungsgrundsatz bei allen Fragen unserer Verwaltungsorganisation machen. Nur wirklich nachgewiesener Bündelungsbedarf in einigen wichtigen Planungsfragen rechtfertigt einige wenige schlanke zentrale Behörden.

Nicht nur die Bürger brauchen mehr Freiraum, sondern auch die kleinen Einheiten im politischen Bereich. Wir werden deshalb die Kommunen und ihre Selbstständigkeit weiter stärken, indem wir Verwaltungsaufgaben stärker auf die kommunale Ebene übertragen und die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden verbessern. Letzteres wollen wir vor allem durch die Umwandlung von zweckgebundenen Sonderzuweisungen in allgemeine, der freien Entscheidung der Kommunen unterliegende Finanzmittel erreichen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Wir werden die Selbstständigkeit und Handlungsfähigkeit der Kommunen durch den Vorschlag der Aufnahme des Konnexitätsprinzips in die Verfassung schützen. Das heißt, wir unterwerfen uns der Regel: Wer Aufgaben an die Gemeinden delegiert, trägt auch die Verantwortung dafür, die Finanzierung dieser Aufgaben zu sichern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Auf diese Weise wollen wir von Anfang an - trotz aller Schwierigkeiten, die das auch für die Landespolitik mit sich bringen kann - deutlich machen, dass wir bereit sind, im Zweifel eigene Entscheidungsbefugnisse auf Landesebene einzuschränken, um die Selbstverwaltungsgarantie für die Gemeinden zu stärken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die rot-grüne Landesregierung hatte auf vielen Feldern die Fähigkeit zum Dialog über die eigenen politischen Grenzen

hinaus zunehmend verloren. Wir werden den von Ministerpräsident Walter Wallmann begonnenen Weg der direkten Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene weitergehen. Jeder Bürger wird in Zukunft über die Wahl einer Partei hinaus bei den Kommunalwahlen auch Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der kommunalen Parlamente nehmen können.

Wir werden die Opposition im Hessischen Landtag durch regelmäßige Information und Konsultation an den Entwicklungen des Landes beteiligen und ihr, wie Sie im Verlaufe dieser Erklärung noch sehen werden, durch sehr konkrete Angebote die Chance zur Mitarbeit geben. Einer der ersten Schritte in diese Richtung ist, dass wir im Gegensatz zur Vorgängerregierung bereit sind, die Vertreter des Landes Hessen im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union durch Wahl hier im Parlament zu legitimieren. Dieser Punkt steht auf der heutigen Tagesordnung. Damit wollen wir die gemeinsame Verantwortung von Regierung und Landesparlament für Europa unterstreichen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die rot-grüne Regierung hat die vielen aktiven Bürger in unserer Gesellschaft nicht genügend bestärkt, gefördert und auch herausgefordert. Wir setzen auf einen Staat, der sehr wohl seine Verpflichtungen gegenüber den Bürgern erfüllt und seine originären Aufgaben im Bereich der Bildung und der inneren Sicherheit verantwortungsvoll wahrnimmt, der sich aber ansonsten eher zurücknimmt und zu privater Initiative ermutigt.

Ich will es in einem Bild ausdrücken: Hessen soll ein sicherer Hafen werden, in dem die Politik dazu beiträgt, dass die Menschen in ihren Booten genügend Wasser unter dem Kiel haben, um voranzukommen und ihr Ziel zu erreichen. Wir wollen, dass möglichst viele ein eigenes Boot haben, dass dort aber auch Platz für andere ist und dass es außerdem Rettungsboote gibt, damit keiner verloren geht.

Millionen von Menschen tun in unserem Bundesland tagaus, tagein ihre Pflicht - und weit mehr: an ihrer Arbeitsstelle, in Sport und Kultur, im Vereinsleben insgesamt, in sozialen Einrichtungen und in den Kirchen. Das große Engagement hessischer Bürgerinnen und Bürger in ehrenamtlichen Tätigkeiten macht deutlich, dass die Menschen bereit sind, sich vor allem dort einzubringen, wo sie sich eigene Ziele vorgeben und selbstständig handeln können. Dem wollen wir in Zukunft in allen Bereichen der Politik stärker Rechnung tragen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dabei muss jeder seine Fähigkeiten einbringen, Besonderes zu leisten. Er muss aber auch darauf vertrauen können, dass die Gemeinschaft für ihn da ist und ihm zur Seite steht, wenn die eigenen Kräfte nicht ausreichen.

Wir wollen erreichen, dass immer mehr Menschen zum Erfolg unseres Landes beitragen und von diesem Erfolg auch profitieren. Wir wollen zeigen, dass eine Politik, die die Freiheitsgrade erhöht und die Eigenverantwortung stärkt, dazu führt, dass neue Chancen entstehen und diese dann auch genutzt werden.

Wir Hessen werden uns dem Wettbewerb mit den anderen Ländern stellen. Gerade weil Hessen stark ist, brauchen wir dabei keine Angst zu haben. Wir werden genau prüfen, wo andere besser sind. Wir werden analysieren, woran das liegt, und wir werden, ohne Hindernisse aufzubauen, das übertragen, was auch bei uns bessere Ergebnisse verspricht.

Ich weiß sehr wohl, dass viele Menschen Angst vor Veränderungen haben, dass manche sogar am liebsten alles so

behalten möchten, wie es war. Wir müssen diese Sorgen aufgreifen. Gleichzeitig wollen wir aber eine Perspektive entwickeln, die den Menschen die Ängste nimmt, sie an ihre eigenen Kräfte glauben lässt und ihnen die Realisierung von Chancen möglich macht.

Die neue Landesregierung wird auch künftig für ein soziales Hessen sorgen. Wer Hilfe benötigt, soll sie erhalten. Wer aber die Hilfe des Staates missbraucht, muss mit Konsequenzen - von der Kürzung staatlicher Leistungen bis hin zu ihrem Entzug - rechnen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Der Hilfe zur Selbsthilfe geben wir den Vorrang vor pauschalen Regelungen.

Effektive Hilfe sind wir vor allen denen schuldig, die sich in den steigenden Anforderungen dessen, was wir jetzt die Wissens- und Informationsgesellschaft nennen, nicht mehr zurechtfinden. Ich denke hier vor allem an Menschen ohne berufliche Qualifikation, aber auch an ältere Frauen und Männer, denen es schwer fällt, sich auf die veränderten Verhältnisse einzustellen.

Gleichzeitig müssen wir auf die Fragen der jungen Menschen nach ihrer Zukunft eine Antwort geben. Gar kein Zweifel: Auf sie kommt eine enorme Herausforderung zu. - Im Hinblick auf den demographischen Wandel und seine Folgen für die Einkommens- und Erwerbssituation und für die Alterssicherung hat die Politik in Deutschland noch längst nicht alles ausreichend geregelt. Erste, aus meiner Sicht notwendige Veränderungen im Bund wurden sogar wieder rückgängig gemacht.

Umso mehr müssen wir auf Landesebene alles dafür tun, um eine selbstbewusste Startposition der jungen Menschen zur Bewältigung kommender Aufgaben zu erreichen, die es ihnen ermöglicht, mit Gelassenheit den Veränderungen entgegenzusehen, weil sie sich ihrer eigenen Möglichkeiten bewusst sind, mit den Herausforderungen aufgrund ihrer Ausbildung, ihres Wissens, ihrer Erfahrung fertig zu werden.

Die beste Grundlage für eine gute Zukunft unseres Landes und für die Startchancen junger Menschen sind eine solide Bildung und Ausbildung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Bildung dient der Entfaltung der Begabung, der Fähigkeiten und Fertigkeiten insbesondere von jungen Menschen und von Kindern. Sie ist Voraussetzung für das gesellschaftliche Zusammenleben und zugleich für den Einstieg in den Beruf und die aktive Teilnahme in unserer Gesellschaft. In der Gesellschaft von morgen wird eine gute Bildung die Chancen der nachwachsenden Generation mehr prägen als je zuvor. Aus diesem Grund sagen viele und sagen auch wir, dass dieses Thema zu der sozialen Frage des 21. Jahrhunderts werden wird.

Deshalb gilt es, gerade bei Bildung und Ausbildung durch mutiges Handeln Chancen zu schaffen. Wir sind dazu entschlossen. Und ich bin sicher, dass diese Chancen von den jungen Menschen genutzt werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das ehrgeizigste Ziel, das wir uns dabei gesetzt haben, ist die Unterrichtsgarantie zur Verbesserung der Situation an unseren Schulen. Sie ist ein Quantensprung auf dem Weg, Hessen zum Bildungsland erster Klasse in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus zu machen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Im Verlauf dieser Legislaturperiode werden wir erreichen, dass der in der Stundentafel des bisherigen Kultusministers vorgesehene Unterricht an hessischen Schulen nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch tatsächlich erteilt wird. Das ist mehr als die Einlösung eines Wahlversprechens. Es geht darum, dass wir unseren Kindern wirklich das Rüstzeug geben, mit dem sie ihren Weg in die Zukunft meistern können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Zur Einlösung der Unterrichtsgarantie werden wir in einem ersten Schritt bereits ab dem kommenden Schuljahr über den Ersatz der ausscheidenden Lehrkräfte hinaus zusätzlich 1.400 Lehrerinnen und Lehrer neu einstellen und zusätzliche Unterrichtskapazität im Umfang von mindestens weiteren 600 Stellen schaffen. Die dafür notwendigen Mittel werden wir mit dem Nachtragshaushalt 1999 zur Verfügung stellen. Damit werden im Schuljahr 1999/2000 mindestens 50.000 Wochenstunden mehr an hessischen Schulen erteilt; schon mit diesem ersten Schritt wird der Unterrichtsausfall aus den vergangenen Jahren etwa halbiert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir wissen sehr wohl, dass die Erfüllung der Stundentafel und damit die Verwirklichung der von uns zugesagten Unterrichtsgarantie nicht alle Sorgen und Nöte der Eltern und Schüler bei der Unterrichtsversorgung beseitigt. Stundenausfall durch unvorhergesehene Ereignisse und Krankheit der Lehrkräfte bedürfen der besonderen Bekämpfung durch den Aufbau von Vertretungsreserven und einer flexiblen, bestmöglichen Organisation des Vertretungsunterrichts in den Schulen.

(Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Viel Vergnügen!)

Trotz der Priorität der Versorgung aller Schulklassen mit den Stunden gemäß der hessischen Stundentafel werden wir bereits in dieser Legislaturperiode Anstrengungen unternehmen, um auch die Situation beim Vertretungsunterricht zu verbessern.

(Zuruf des Abg. Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Unser Ziel ist es, in glaubwürdigen, nachprüfbaren Schritten vorzugehen. Politik ist bisher zu oft dadurch diskreditiert worden, dass von der Ankündigung bis zur Realisierung politischer Ziele zu viel Zeit vergangen ist oder die Verwirklichung von Wahlversprechen häufig gar auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben worden ist. Das wollen wir in Hessen jetzt anders machen! Mit der Unterrichtsgarantie bekennt sich erstmals in Deutschland eine Regierung verbindlich dazu, die staatlich verordnete Stundenzahl auch wirklich einzuhalten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ein wichtiges Signal in die Grundschule hinein ist die Festlegung der Koalition auf verlässliche Schulzeiten. Schon die volle Erteilung des Unterrichts wird uns dabei weiterhelfen. Unser Ziel ist die Sicherung einer täglichen Schulzeit von vier in den ersten beiden und von fünf Zeitstunden pro Tag in den zweiten beiden Jahren in der Grundschule.

Wir werden darüber hinaus im Zusammenwirken mit den Trägern das Betreuungsangebot stetig verbessern. Aber wir werden dabei keine Lehrerinnen und Lehrer beauftragen, diese Betreuungsarbeit zu leisten. Denn dies würde zu einer Erhöhung des Unterrichtsausfalls führen, die wir nicht vertreten wollen. Stattdessen werden wir die bewährten ande-

ren Modelle der Betreuung, wie sie seit Jahren in Hessen Stück für Stück eingefordert sind, weiter fördern und unterstützen.

Die Unterrichtsgarantie hat nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Dimension. Unser Ziel ist es, die Qualität des Unterrichts an hessischen Schulen deutlich zu verbessern und die Leistungen der Schülerinnen und Schüler durch entsprechende Zeugnisse aussagekräftig nachzuweisen.

Wesentliche Bestandteile von Unterricht und Bildung sind Wissensvermittlung und Erziehung. Dazu gehört, dass im angemessenen Umfang von den Schülerinnen und Schülern Leistung gefordert wird, und ebenso, dass sie gefördert wird. Und wer Leistung fördert, der muss sie auch messen können und messen wollen.

Dabei kommt es nicht nur darauf an, ob ein Schüler innerhalb einer Klasse der Beste ist, sondern er muss durch seine Note auch erfahren, wie er im Wettbewerb mit den anderen Schülern im Lande steht.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum muss das durch die Note geschehen? Sie machen die hessischen Schulen kaputt!)

Die Einführung von Abschlussprüfungen und vergleichenden Tests - eine grüne Idee, Herr Kaufmann - wird ein wichtiger Beitrag zur Qualitätsverbesserung und Qualitätssicherung hessischer Schulen sein. Wir wollen, dass die Leistungen nicht nur innerhalb einer Klasse, sondern auch zwischen den Schulen der gleichen Schulform landesweit vergleichbar sind.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir wollen dies übrigens vor allen Dingen deshalb erreichen, weil die Schüler sich anschließend bei Betrieben nicht nach Schulen bewerben, sondern dann in eine Wettbewerbssituation mit Schülern aus Schulen ganz unterschiedlicher Art kommen. Sie müssen von uns als Staat eine faire Antwort bekommen, wie ihr Leistungsstand ist, und zwar von vornherein, solange sie es noch ändern können, und nicht erst dann, wenn wir und sie es gemeinsam nicht mehr ändern können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir wissen, dass die Lehrerinnen und Lehrer in Hessen - auch aufgrund ihrer hohen Belastung - in den vergangenen Jahren nicht ermutigt worden sind, ihre erzieherischen Aufgaben voll und ganz wahrzunehmen. Die hessischen Lehrerinnen und Lehrer sollen wissen, dass wir erzieherisches Wirken von ihnen erwarten, dabei hinter ihnen stehen und auch bereit sind, ihnen die entsprechende Unterstützung für ihre Arbeit zu gewähren.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt im Zusammenhang mit Erziehung jenseits aller Teamarbeit sehr wohl auch, dass die Möglichkeit bestehen muss, deutliche Regelverletzungen in der Schule mit Autorität zu ahnden.

(Beifall bei der CDU)

Das klingt möglicherweise wie eine Selbstverständlichkeit. Aber sie muss in Hessen wieder zur Geltung gebracht werden.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hart durchgreifen, Herr Koch!)

In Bezug auf Werteerziehung und Lebensorientierung haben wir in der Koalitionsvereinbarung von CDU und F.D.P.

bewusst den Erhalt des Religionsunterrichts an unseren Schulen ausdrücklich festgeschrieben. Wir wollen, dass die Menschen schon früh lernen, mit ihrer Freiheit verantwortungsvoll umzugehen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Landesregierung geht davon aus, dass die Koalitionsfraktionen kurzfristig ein erstes Gesetz zur Qualitätsverbesserung an Hessens Schulen auf den Weg bringen werden. Damit sollen für alle Bildungsgänge Stundentafeln, spezielle Lehrpläne und verbindliche Standards festgelegt werden.

Es ist das Ziel der neuen Landesregierung, dass die Schülerinnen und Schüler in Hessen früher zu Schulabschlüssen gelangen. Die Koalition strebt die schrittweise Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre an. Im kommenden Schuljahr wollen wir mit ersten Modellversuchen dazu beginnen. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten der späteren Weiterbildung verbessern.

In den nächsten vier Jahren wollen wir in Hessen auch Angebote zur Begabten- und Hochbegabtenförderung entwickeln. Wir sagen ganz bewusst Ja zur Heranbildung von Eliten. Unser Land ist auf Menschen, die Überdurchschnittliches leisten, dringend angewiesen. Sie stehen in einer besonderen Verantwortung, die neu zu schaffenden Freiräume zu nutzen. Dafür wollen wir an unseren Schulen schon frühzeitig das Bewusstsein wecken und den Leistungsgedanken stärken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ebenso wollen wir erreichen, dass die Schülerinnen und Schüler zur Teamfähigkeit angeleitet werden. Ich bin davon überzeugt, dass soziale Kompetenz in der Informations- und Wissensgesellschaft von morgen eine zunehmend wichtige Rolle spielen wird.

Die neue Landesregierung sieht in der Arbeit der Ersatzschulen eine wichtige Ergänzung im bildungspolitischen Angebot. Um dieses Angebot wieder stärker zu fördern, wird die Kürzung der Landeszuschüsse, die in der letzten Legislaturperiode ausgesprochen und damals ausdrücklich mit einer zeitlichen Befristung versehen worden ist, wieder zurückgenommen. Auf diese Weise wollen wir dazu beitragen, dass ein vielfältiges Bildungsangebot in jedem Schulträgerbereich, auch bei den Ersatzschulen, gewährleistet werden kann.

Meine Damen und Herren, wir werden auch in der beruflichen Bildung neue Akzente setzen. Das bisherige Missverhältnis, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Hessen über der allgemeinen Arbeitslosigkeit liegt - was Hessen von anderen Bundesländern unterscheidet -, wollen wir abstellen. Wir werden in der beruflichen Ausbildung mit allen, die dafür Verantwortung tragen, einen engen Schulterschluss suchen. Dabei streben wir an, dass Beschäftigungsbereiche, die bisher nicht oder nicht ausreichend ausgebildet haben, an die duale Ausbildung herangeführt werden, und dass auch in der Dienstleistungsbranche entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zu dieser Aufgabe beigetragen wird. Das Handwerk soll durch eine bessere Förderung von überbetrieblichen Lehrgängen zusätzliche Ausbildungsanreize erhalten - in einer Zeit, in der insbesondere das Handwerk trotz Rückgang der Betriebsstättenzahl bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen Vorbildliches geleistet hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir setzen auf Kooperation. Deshalb sagen wir ebenso deutlich: Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab. Sie

würde die Lohnzusatzkosten weiter erhöhen und nur mehr Bürokratie schaffen - und sie wäre das falsche Signal an die Betriebe, insbesondere auch an die Großbetriebe, die zurzeit nicht ausbilden. Denn dann könnten sie sich von ihrer moralischen Verpflichtung, von dem, was wir in der Gesellschaft in Freiheit erwarten können, sozusagen freikaufen, anstatt den jungen Menschen zu helfen. Aber genau dies wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die neue Landesregierung wird sehr bald die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern einladen, miteinander verbindliche Kooperationsmodelle zwischen Schulen, Unternehmen und Kammern kurzfristig zu erarbeiten. Ziel dieser Kooperationsmodelle ist die Wiedergewinnung der Akzeptanz der Hauptschulabschlüsse und die Befreiung der Hauptschule aus ihrem Image der "Restschule".

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir werden durch einen Hauptschulabschluss - den ersten in dieser Form in der Bundesrepublik Deutschland - zuverlässig dokumentieren, dass die Schüler den geforderten Ansprüchen gerecht werden. Auf diese Weise wollen wir die Diskussion um fehlende Ausbildungsreife zu einem positiven Abschluss führen und Perspektiven eröffnen.

Auf der anderen Seite erwarten wir aber von den Unternehmen und den Verbänden in Hessen, dass diese den dann so qualifizierten Hauptschülern eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen. Qualitätssicherung der Schulausbildung auf der einen Seite und Ausweitung des Lehrstellenangebotes der Wirtschaft für genau diese Gruppe von Schülern auf der anderen Seite müssen einen sichtbaren und für die Schulabgänger der Hauptschule erlebbaren inhaltlichen Zusammenhang bekommen. Darum werden wir uns bemühen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, in der Hochschulpolitik setzt die neue Landesregierung auf eine Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen und auf mehr Autonomie für die Hochschulen. Wissenschaft, Forschung und Bildung sind Grundlagen zur Selbstentfaltung der Kräfte des einzelnen Menschen sowie zur Entwicklung der Gesellschaft insgesamt. Sie sind darüber hinaus ein wichtiger Standortfaktor. Die Förderung von Wissenschaft und Bildung ist deshalb eine zentrale Aufgabe des Staates.

(Zuruf des Abg. Wagner (Angelburg) (SPD))

Wir wollen in Zukunft Rahmenbedingungen schaffen, auf deren Basis die Hochschulen eigenverantwortlich Forschung, Lehre und Weiterbildung gestalten. Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, die finanziellen Grundlagen der Hochschulen in Hessen wieder zu verbessern. Es darf nicht mehr sein, dass Spitzenforscher aus Hessen woanders bessere Arbeitsbedingungen erhalten und Spitzenforscher, wo immer sie derzeit sind, eher einem Ruf unserer Nachbarbundesländer als dem des Landes Hessen Folge leisten. Diesen Zustand müssen wir im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes schnell beenden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb werden die Kürzungen im Bereich der Wissenschaft gestoppt, die Stellenbewirtschaftungsmaßnahmen im Verlauf dieses Jahres aufgehoben. Bereits im Nachtragshaushalt 1999 werden wir 10 Millionen DM mehr für die praktische Arbeit der Hochschulen in Hessen bereitstellen.

Wir wollen mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen. Eine Voraussetzung dafür, dass unsere Hochschulen in diesem Wettbewerb bestehen können, ist ein Mehr an Autonomie. Wir werden das Projekt einer größeren Finanzautonomie konsequent umsetzen, aber wir werden auch vergrößerte Entscheidungsspielräume der Hochschulen hinsichtlich ihrer Fachaufgaben schaffen.

Für die nächsten Jahre soll ein Hochschulpakt vereinbart werden, der in einzelnen Zielvereinbarungen mit den Hochschulen ausgestaltet wird. Der Staat wird sich aus der Fachaufsicht und der Detailsteuerung der Hochschulen zurückziehen und sich auf die Rechtsaufsicht beschränken. Wir werden mit den Hochschulen nur noch Rahmenvereinbarungen abschließen, innerhalb derer sie die Freiheit bekommen, mit den ihnen garantierten Mitteln effektiv umgehen zu können. Wir möchten gemeinsam mit den Hochschulen Kriterien erarbeiten, an denen sich ihr Erfolg messen lässt. Wir wollen kein Bestrafungssystem, sondern ein Anreizsystem mit der Möglichkeit der Erteilung zusätzlicher Mittel im Falle des Erfolges.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das jetzt schon erfolgreiche Modell des Programmhaushalts soll fortgesetzt und auf den gesamten Hochschulbereich ausgeweitet werden. Die Hochschulen sollen - das ist eine zentrale organisatorische Veränderung - in Zukunft in fachlicher und finanzieller Hinsicht wie selbstständige Landesbetriebe behandelt werden.

Darüber hinaus wollen wir der Technischen Universität Darmstadt anbieten, einen deutschlandweit einmaligen Modellversuch zu realisieren, der darauf abzielt, die Hochschulen hinsichtlich ihrer Selbstständigkeit zu stärken. Dieser Modellversuch ist zunächst auf einen Zeitraum von vier Jahren angelegt und soll in klar definierten Schritten eine weit reichende Autonomie bei klar definiertem Leistungsumfang umsetzen. So haben wir die Chance - und das ist unser Ziel -, die Technische Universität Darmstadt zur modernsten Hochschule in Deutschland zu machen, mit Vorbildfunktion auch darüber hinaus.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Forschungsförderung in Hessen wollen wir gezielt voranbringen. Dazu müssen unsere Hochschulen in die Lage versetzt werden, in der Spitzenforschung mit ihren Wettbewerbern in anderen Bundesländern und international mithalten zu können. Zur gezielten Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses setzen wir u. a. auf die Einrichtung von Graduiertenkollegs. Darin sehen wir einen wichtigen Beitrag zur Herausbildung wissenschaftlicher Eliten, die wir bei der Zukunftsgestaltung unseres Landes zwingend brauchen.

Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, das Hessische Hochschulgesetz weiterzuentwickeln und offenkundige Mängel am bestehenden Gesetz zügig zu beheben. Dazu gehören insbesondere die Schaffung klarer Verantwortungsstrukturen sowie die Abschaffung der Drittelparitäten, die nach unserer Auffassung dem Hochschulrahmengesetz widersprechen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Den weiteren Ausbau der Fachhochschulen, insbesondere die Einrichtung neuer Studiengänge, werden wir vorantreiben. Private Berufsakademien werden wir zulassen und fördern. Darüber hinaus wollen wir Initiativen für Stiftungslehrstühle und privates Kapital in Wissenschaft und Bildung ermutigen.

Meine Damen und Herren, durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für mehr wirtschaftlichen Freiraum, durch gezielte Förderung neuer Technologien sowie durch schnelles und effizientes Verwaltungshandeln wollen wir Hessen zu einem noch attraktiveren Land für Investitionen und Innovationen machen.

Wir wollen dazu beitragen, dass das wirtschaftliche Potenzial unseres Bundeslandes genutzt wird, sodass wir auch bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze gut vorankommen. Der Ruf eines Standortes wird ganz wesentlich von der Aufgeschlossenheit der Politik gegenüber neuen Entwicklungen und von gesellschaftlicher Offenheit geprägt. Die neue Landesregierung hat sich vorgenommen, in Hessen ein günstiges Klima zu schaffen, sodass die, die etwas Neues schaffen und Neues wagen wollen, mit offenen Armen empfangen werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es muss sich herumsprechen, dass in Zukunft derjenige, der nicht in Hessen investiert, eine Chance auslässt.

Es ist wahr und niemand wird es hier klein reden, dass das Land Hessen schon in der Vergangenheit einen großen Teil ausländischer Investitionen in Deutschland angezogen hat. Aber obwohl es alle natürlichen Voraussetzungen dafür mitbringt, hat es bisher nicht den Ruf einer innovativen, aufstrebenden Zukunftsregion. Das hat Gründe, die nahezu ausschließlich mit der Landespolitik der Vergangenheit zusammenhängen:

So galt die bisherige Landesregierung eben nicht gerade als innovations- und technologiefreundlich. Die Genehmigungsverfahren standen allzu oft unter politischen Restriktionen. Die Forschungslandschaft war zu eng eingegrenzt - mit der Folge, dass es zu wenige von außen sichtbare "Leuchttürme" gab. Und es gab eine große, schwer zu verstehende Ignoranz bei der Planung, Genehmigung und Durchführung notwendiger Verkehrsinfrastrukturprojekte. Das alles zusammen hat unser Image ausgemacht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb wird die neue Landesregierung alle, die zur Verbesserung des Standortes und seines Rufes beitragen können, an einen Tisch laden. Ein "Bündnis für Arbeit" nun auch noch in allen Ländern wäre - ohne dass ich die Bemühungen auf Bundesebene gering schätze oder kritisiere - zu kurz gesprungen. Was wir brauchen, ist eine Initiative "Gemeinsam für Hessen!" - ein Forum, das ein Stück Lobbyismus für unser Land ist, in dem alle zusammenkommen, die einen Beitrag zur Eröffnung und Realisierung neuer Chancen gerade hier am Standort Hessen, auch im Wettbewerb mit allen anderen, leisten können und wollen. Ich denke dabei an Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, aus Verbänden und Vereinigungen. Die Tür ist offen für alle, die sich bei dieser Aufgabe einbringen wollen.

Meine Damen und Herren, warum soll es uns eigentlich nicht gelingen, in vier Jahren gemeinsamer Arbeit klar zu machen, dass Hessen sehr wohl mit Tradition und Moderne ein Land von "Hightech und Äpfelwoi" sein kann und dass dies dann auch in der ganzen Welt bekannt ist?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Außerhalb der schriftlichen Rituale einer Regierungserklärung sage ich: Ich bin sicher, dass zumindest der Chef der Staatskanzlei dafür sorgen wird, dass der Rheingau seine internationale Bedeutung damit nicht geschmälert sieht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU - Clauss (SPD): Was denn, "Äpfelwoi und Hightech" oder "Rheingau und Hightech"? Das müsst ihr schon überlegen!)

Die neue Landesregierung wird nach Kräften dazu beitragen, Hessen als ein Land zu präsentieren, das insbesondere offen ist für neue Technologien. In der Biotechnologie, in der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie im Bereich von Multimedia gibt ein enormes Potenzial. Das wollen wir nutzen - sowohl hinsichtlich der Entstehung neuer Unternehmen mit Arbeitsplätzen der Zukunft als auch hinsichtlich der Schaffung selbstständiger Existenzen. Denn für die Zukunft unseres Bundeslandes ist es entscheidend, ein gesellschaftliches Umfeld zu schaffen, in dem die Chancen zukunftssträchtiger Entwicklungen erkannt und genutzt und nicht nur die Risiken neuer Forschungsvorhaben diskutiert werden.

Meine Damen und Herren, das hat neben der abstrakten Ebene der Diskussion sehr konkrete Folgen. Wir werden z.B. sicherstellen, dass von den zuständigen Behörden genehmigte Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen in Hessen ohne Störung ausgeführt werden können - wenn nötig, auch mit allen Mitteln unseres Rechtsstaates.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Wagner (Angelburg) (SPD): Ohne Störung!)

Meine Damen und Herren, es ist ein wichtiges Signal zur Verbesserung der Investitionsbedingungen am Standort Hessen, dass wir die Grundwasserabgabe abschaffen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Auch das hat ganz unmittelbar etwas mit der Schaffung von Freiräumen zu tun. Wir werden die Grundwasserabgabe bis zum Ende der Legislaturperiode vollständig beseitigen. Wir erwarten von den Kommunen, dass sie diesen Vorteil ohne zeitliche Verzögerung an die Verbraucher weitergeben. Das ist gerade auch für die kleineren Betriebe in unserem Land von nicht unerheblicher Bedeutung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vor allem diese kleinen und mittleren Unternehmen aus Handwerk, Handel und Industrie, aus Bau- und Dienstleistungswirtschaft sowie die freien Berufe sind die wesentlichen Träger des Modells "Soziale Marktwirtschaft der Zukunft", unter deren Überschrift wir das Leitbild für Hessen erneuern wollen. Hier vor allem entstehen neue Arbeitsplätze. Deswegen gilt dem Mittelstand und den kleinen und mittleren Unternehmen unsere ganz besondere Aufmerksamkeit.

Herausragende Bedeutung, insbesondere auch im Hinblick auf Beschäftigung und eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen, kommt dabei, wie erwähnt, dem hessischen Handwerk zu. Die Landesregierung ist deshalb bestrebt, die Rahmenbedingungen in Hessen handwerks- und mittelstandsfreundlich zu gestalten.

Ein ganz konkretes Beispiel hierfür ist die Hessische Bauordnung, die wir mit dem Ziel einer wesentlichen Vereinfachung novellieren wollen. Im Vordergrund stehen dabei vor allem eine höhere Bürgerfreundlichkeit, eine umfassende Beschleunigung sowie eine Senkung der Kosten für die Baugenehmigung. Im Bereich von Bebauungsplänen soll künftig eine Anzeigepflicht genügen. Wir gehen davon aus, dass wir das Rad der Bauordnungsdebatte in Deutschland nicht völlig neu erfinden müssen, sondern dass wir uns an dem, was in den süddeutschen Ländern inzwischen erfolg-

reich praktiziert wird, in wesentlichen Punkten orientieren werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die neue Landesregierung aus CDU und F.D.P. wird eine "Zukunftsoffensive Hessen" in die Wege leiten. Ein wichtiger Teil dieses Vorhabens ist eine Initiative für mehr Selbstständigkeit; darüber hinaus soll das Innovationspotenzial der hessischen Wirtschaft gefördert werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle eine Bemerkung zur Frage der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der Landesregierung jenseits der aktuellen Situation des Landeshaushalts machen, auf den ich später noch zurückkomme. In Hessen sind wir nicht in der glücklichen Lage - das hat mit unserer Geschichte zu tun -, dass uns, wie etwa in Bayern oder Baden-Württemberg, Landesvermögen in beträchtlichem Ausmaß zur Verfügung steht, das wir für Zukunftsinvestitionen nutzen könnten.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich noch, wer es verhökert hat? - Clauss (SPD): Das hat etwas mit Ihrer Geschichte zu tun, Herr Kollege!)

Wenn ein Land wie der Freistaat Bayern in wenigen Jahren mehr als 8 Milliarden DM durch Veräußerung von Vermögen erlangen kann, dann gehört zu der nüchternen Analyse, dass wir ein Vermögen in dieser Größenordnung im letzten Jahrhundert niemals gehabt haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat es denn bei uns verhökert? - Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir können nicht zusehen, dass andere Länder mit diesen Mitteln z. B. ihre Infrastruktur und damit einen ganz wesentlichen landesspezifischen Wettbewerbsvorteil weiter ausbauen, während wir in Hessen auf der Stelle treten. Deshalb wollen wir das Prinzip "Vermögen gegen Vermögen" umsetzen. Das heißt, wir wollen den Beitrag, den augenblickliche Landesbeteiligungen für die Zukunftssicherung erbringen, auf den Prüfstand stellen und nicht mehr benötigtes Landesvermögen veräußern. Die aus Privatisierungen erlösten Mittel werden nicht im Rahmen des normalen Konsums des Landeshaushalts, sondern eben im Rahmen dieser "Zukunftsoffensive" eingesetzt, um vor allem Wissenschafts-, Forschungs-, Wirtschafts-, Kultur- und Technologieprojekten schneller die Möglichkeit der Realisierung zu geben, als es der klassische Landeshaushalt schaffen kann.

Die Landesbeteiligung an der Frankfurter Messe wollen wir im Konsens mit der Mehrheitsgesellschafterin, der Stadt Frankfurt am Main, veräußern.

Beim Verkauf von Wohnungen aus Landesbesitz sieht die Landesregierung angesichts günstiger Wohnungsbauzinsen eine große Chance, Mieter als Eigentümer zu gewinnen. Denn Eigentum ist der beste Mieterschutz.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In Fällen, in denen eine Veräußerung an Mieter nicht möglich ist, werden wir uns bemühen, Träger zu finden, die unter öffentlich-rechtlicher Mitverantwortung stehen. Wir werden durch entsprechende Sozialklauseln auf Dauer einen effektiven Schutz der Mieter sicherstellen.

Die ebenfalls aus den Veräußerungserlösen mitfinanzierte Investitionsbank wird wettbewerbsneutral mit den Sparkassen, den Genossenschaftsbanken und privaten Banken zu-

sammenarbeiten. Ihr Ziel ist die Bündelung und Verstärkung der Förderaktivitäten des Landes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Bemühungen um Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen könnten größeren Erfolg haben, wenn sie in der Bundespolitik eine Entsprechung finden würden. Leider ist dies nicht der Fall - mit allen negativen Folgen, die das hat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir wissen, dass viele Menschen in Deutschland den Regierungswechsel in Hessen, auch über die Landesgrenzen hinaus, mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen haben. Die wichtigste Konsequenz ist der Wegfall der rot-grünen Arroganz auf der Bundesebene, zu glauben, sie könnten alles machen, ohne andere in Deutschland zu fragen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Selbst unter Zuhilfenahme der PDS

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- ich gebe zu, dass mir dieser Satz immer wieder schwer über die Lippen geht - können im Bund wichtige Entscheidungen nicht mehr durchgesetzt werden, ohne dass CDU/CSU und F.D.P. gefragt werden müssen. Das betrachten wir als eine Chance zum Dialog, der für Deutschland so wichtig ist - gerade in dieser Zeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dabei haben wir viel zu tun. Der Aufschwung, den der Kanzlerkandidat Schröder unter dem Motto "Ich bin der Aufschwung" für sich reklamiert hatte, wurde durch eine Politik der Umverteilung und der einseitigen Nachfrageorientierung abgewürgt. Der Kanzler Schröder ist zwar da, aber der Aufschwung ist inzwischen weg. Wenn es jetzt nicht zu einem neuen, grundlegenden Kurswechsel der Wirtschaftspolitik im Bund kommt, müssen wir mit einem weiteren Abschwung der Konjunktur inklusive aller Folgen für Arbeitsplätze und Staatshaushalt rechnen.

Die inzwischen in Gang gekommene Diskussion über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zeigt aber, dass die Reise eher in die falsche Richtung geht. Der Mut zu Ausgabenkürzungen, die die Voraussetzung für Steuer- und Abgabensenkungen sind, ist in Bonn nicht vorhanden. Das ist aber die entscheidende Nagelprobe, vor der die Bundesregierung in Zukunft stehen wird. Im Wettbewerb mit den anderen europäischen Nachbarn und den großen Konkurrenten auf der Welt werden wir nur mithalten können, wenn die Staatsquote - also der Anspruch des Staates auf das, was die Menschen in dem Land erarbeiten - nicht deutlich von der Staatsquote der übrigen Länder nach oben abweicht.

In Deutschland ist die Staatsquote nach dem unvermeidlichen Anstieg infolge der deutschen Einheit seit 1995 aufgrund der Konsolidierungsanstrengungen der Regierung Kohl von über 50 Prozent auf 47 Prozent zurückgeführt worden. Dieser Weg darf nun nicht aufgegeben werden. Denn in den USA beträgt die Staatsquote knapp 32, in Japan 36 und in Großbritannien 39 Prozent. Das bedeutet, wir haben einen enormen Wettbewerbsnachteil, den wir uns auf Dauer nicht leisten können. Die Aufgabe des Ziels der Verringerung der Staatsquote durch die jetzige Politik der Bundesregierung ist für den Erfolg der Arbeit, die wir in der Bundesrepublik Deutschland zu leisten haben, und für unsere Staatshaushalte gefährlich.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Derzeit ist die wichtigste Notwendigkeit eine sofortige und drastische Steuerreform. Die Erfahrung zeigt, dass in Ländern, in denen bisher echte Steuerreformen durchgeführt wurden, in der Folge einer deutlichen Verringerung der Sätze schon bald - und das muss uns gemeinsam betreffen - höhere Steuereinnahmen erzielt wurden.

Wir reden in Deutschland heute mit großer Dramatik, und das zu Recht, über das Erreichen der Grenze der rechtlich zulässigen Neuverschuldung, während Länder wie Großbritannien und Amerika nach dem Absenken ihrer Steuersätze heute in der Lage sind, erhebliche zusätzliche Investitionen in den Straßenbau, in Schulen, in Krankenhäuser sowie in andere Bereiche zu tätigen, und zusätzlich darüber reden, in welchem Ausmaß sie in den nächsten Jahren die bisher aufgelaufenen Staatsschulden zurückzahlen können.

(Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin einmal gespannt, wie Sie das hinkriegen!)

Ich kann nur hoffen, dass sich die Bundesregierung an diesen Vorbildern ein Beispiel nimmt und dass darüber hinaus die Zeichen der Zeit für eine dringend notwendige Reform unserer Sozialversicherungssysteme erkannt werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Erkenntnis wird sein: Mit der Rücknahme von Reformen der alten Bundesregierung wie etwa im Rentenrecht ist es nicht getan, und ganz bestimmt auch nicht mit Maßnahmen, die Bürger und Wirtschaft weiter verunsichern.

So endeten denn auch die als Reformprojekt angekündigten Gesetzesveränderungen bei der geringfügigen Beschäftigung in mehr Vorschriften, mehr Bürokratie und weniger Freiheit für den Einzelnen. Durch dieses neue Gesetz blicken inzwischen nicht einmal mehr die Finanzämter und Steuerberater durch. Ich fordere die Bundesregierung auf, dieses Gesetz, das die Menschen nur belastet und Arbeitsplätze vernichtet, nicht nur nachzubessern, sondern umgehend zurückzunehmen. Das wäre die richtige Antwort.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Weil das einen landespolitischen Bezug hat, füge ich Folgendes an: Herr Kollege Starzacher hat für die Landesregierung, weil Herr Eichel die Interessenkollision durch sein Erscheinen nicht zu offensichtlich machen wollte, dem 630-DM-Gesetz und den Regelungen zur Scheinselbstständigkeit zu Mehrheiten im Bundesrat und damit zum Gesetzesstatus verholfen.

(Grüttner (CDU): Hört, hört!)

Ich fürchte, so etwas passiert uns bei anderen Gesetzen, denen Sie zugestimmt haben, bald wieder. Deshalb müssen wir diese Debatte führen, weil dies erstmals Gesetze sind, von denen zu dem Zeitpunkt, zu dem Landesregierungen sie beschlossen haben, alle Beteiligten schon wussten, dass sie in das organisatorische Chaos führen. Am gleichen Tag sind Anträge gestellt worden, dass die Änderungen der Gesetze vorbereitet werden, weil sie so am Ende nicht zu einem guten und vernünftigen Ergebnis führen können. Das ist keine Art, Politik in einer Gesellschaft glaubhaft zu machen. Denn dieser Politik kann keiner mehr glauben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich treffe in diesen Tagen auf die Situation von Finanzämtern in diesem Lande, deren eigentliche Arbeit weitestgehend brach liegt, weil sie sich ausschließlich darum kümmern müssen, Schlangen von Bürgern Freistellungserklärungen abzugeben. Ich treffe auf Unternehmen, deren Erwerbszweck innerhalb von wenigen Wochen zusammenge-

brochen ist, weil bei einer solch abrupten Änderung Anpassungen nicht möglich waren. Ich treffe auf größere Unternehmen, die, obwohl sie nur geringe Prozentzahlen dieser Beschäftigungsverhältnisse haben, Millionen dafür ausgeben müssen, ihre Buchhaltungssysteme umzustellen, um den Anforderungen gerecht zu werden.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Es gibt die ersten Regionen in Hessen, in denen Zeitungen nicht mehr jeden Tag an jeder Stelle ausgetragen werden, weil es sich bei jenen Menschen, die nur zwischen 5 und 7 Uhr morgens arbeiten, logischerweise um genau solche Menschen handelt, die das in einem Zweiterwerbsverhältnis tun. Diese Tätigkeit kann sich für diese Menschen unter den neuen Bedingungen unter keinen Umständen mehr lohnen. Das alles - vom Finanzamt bis zum Zeitungsausleger - muten wir Menschen zu, obwohl jeder in Deutschland weiß, dass dieses Gesetz nur wenige Monate Bestand haben wird. Das ist eine Art, wie man Politik wirklich nicht betreiben darf.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es gehört vielleicht zu den Chancen des Dialogs in Deutschland, dass das nicht mehr im Hauruckverfahren - "wir haben die Mehrheit und fragen niemanden" - im Bundesrat beschlossen werden kann.

Meine Damen und Herren, angesichts solch schwieriger bundespolitischer Rahmenbedingungen ist es umso wichtiger, dass wir die Mittel der Landesregierung zielgerichtet auf mehr Wachstum und Beschäftigung ausrichten. Der größte Beitrag, den die Landesregierung für wirtschaftliches Wachstum und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten kann, ist der best- und schnellstmögliche Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Mit keinem anderen Instrument kann die Landespolitik so viel bewegen. Dies gilt für alle Regionen und Verkehrswege - Nord und Süd, Schiene und Straße, und es gilt für Flughäfen und die Nutzung der Wasserstraßen. Umso schlimmer wiegen die ideologisch begründeten Versäumnisse, die das Land Hessen in den letzten Jahren bei der Schaffung der Verkehrsinfrastruktur hinnehmen musste.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zentral ist der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vor allem für Nord- und Mittelhessen. Solange diese Teile unseres Landes durch restriktive Entscheidungen einer rot-grünen Verkehrspolitik benachteiligt wurden, konnten sie ihre spezifischen Stärken nicht ausbauen. Wir wollen, dass auch diese Regionen jetzt ihren Leitbildern gemäß entwickelt und weiterentwickelt werden können. Dazu wollen wir ihnen auch durch die von uns geplante Neukonzeption der Landes- und Regionalentwicklung den nötigen Freiraum schaffen. Die Landesregierung wird einen neuen Landesentwicklungsplan vorlegen, der sich auch auf die wichtigsten raumordnerischen Belange konzentriert, der grobe Entwicklungslinien vorgibt, der aber damit aufhört, jeder Stadt und Gemeinde im Einzelnen die Entwicklungsgebiete der Zukunft fast parzellenhaft zuzuweisen, wie das in der Vergangenheit der Fall war.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Überhaupt nicht wahr!)

Das Landesplanungsgesetz wird im Laufe der Legislaturperiode entsprechend novelliert.

Für Nordhessen sieht die neue Landesregierung Chancen im Ausbau zu einer modernen Technologieregion mit

einem leistungsfähigen Verkehrs- und Dienstleistungszentrum Kassel. Es gilt, die traditionellen Vorteile der Kultur- und Mobilitätsstadt Kassel auszubauen. Auch aus diesem Grund sagen wir Ja zum Transrapid. Wir begrüßen es, dass die Unternehmen ihre Verbundenheit mit diesem Standort durch strukturpolitische Initiativen über die eigenen Investitionsanstrengungen hinaus zum Ausdruck bringen. Ich nenne als Beispiel das gemeinsam mit der Volkswagen AG begonnene Projekt "Autovision".

Die neue Landesregierung wird Bestrebungen in der Region unterstützen, den Flughafen Kassel-Calden auszubauen.

Für Mittelhessen ergibt sich das Leitbild einer dynamischen, vor allem mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur. Mit der Einrichtung eines Gründer- und Innovationsparks werden wir gerade auch in dieser Region einen wichtigen Kristallisationspunkt für die weitere Entwicklung neuer Technologien setzen. Außerdem werden wir in Marburg einen Schwerpunkt auf das Gebiet der Biotechnologie legen.

Der weitere Ausbau der Infrastruktur wird dazu führen, dass Mittelhessen die Vorteile seiner Mittellage und seines attraktiven touristischen Angebotes weiter ausbauen kann.

(Hillenbrand (SPD): Sagen Sie etwas zu Osthessen!)

Wir werden die osthessische Region in ihrer Entwicklung weiter fördern - so nahe ist die Regierung an der Opposition -,

(Heiterkeit bei der CDU und der F.D.P. - Hahn (F.D.P.): Na, na, Herr Ministerpräsident! - Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Widerspruch in den eigenen Reihen!)

wobei wir dort zur Kenntnis nehmen, dass die bisherigen Leistungen, die durch die Kommunalpolitik geschaffen worden sind, die osthessische Region trotz schwieriger Ausgangsposition schon in eine wirtschaftlich sehr günstige Situation gebracht haben, die wir insbesondere durch die Verkehrserschließung hin zu Thüringen weiter zukunftsfähig gestalten wollen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Hillenbrand (SPD))

Auch für die Entwicklung von Südhessen sind wichtige Entscheidungen zu treffen. Wir wollen diesen zentralen Wachstumsmotor für unser gesamtes Bundesland erhalten und stärken. Wir werden die Entwicklung des Finanzdienstleistungszentrums Frankfurt unterstützen und die Dynamik der Wirtschaftsregion Rhein-Main fördern. Der Umlandverband Frankfurt wird aufgelöst und durch effektivere Formen kommunaler Kooperation ersetzt. Diese effektiveren Formen sind wir entschlossen auch durchzusetzen.

(Beifall der Abg. Herrhausen (CDU))

Das wichtigste Projekt, das weit über die Region ausstrahlt, ist die Zukunft des Frankfurter Flughafens. Er ist schon heute mit fast 60.000 Beschäftigten die größte Arbeitsstätte in Deutschland. Jeder Arbeitsplatz am Flughafen zieht direkt zwei Arbeitsplätze im Umland nach sich.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher wissen Sie das? Das Gutachten liegt doch noch gar nicht vor!)

Die Landesregierung ist sich ihrer besonderen Verantwortung für den Frankfurter Flughafen - auch als Anteilseig-

ner - bewusst. Deshalb habe ich entschieden, den Vorsitz im Aufsichtsrat der Flughafen AG selbst anzustreben.

Es ist bekannt, dass die Koalitionsfraktionen CDU und F.D.P. nach ihren bisherigen Prüfungen eine Erweiterung der Landebahnkapazitäten für notwendig halten. Die Hessische Landesregierung wird sich aber eine abschließende Meinung erst nach Abschluss des Mediationsverfahrens bilden.

Das Mediationsverfahren wird, wie angekündigt, ergebnisoffen zu Ende geführt. Ich danke allen Beteiligten, dass sie sich weiter an diesem Projekt beteiligen. Wir werden in dieser Frage natürlich auch einen besonders intensiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Region führen.

Das Ergebnis des Mediationsverfahrens wird erhebliches Gewicht für die politische Entscheidung über den weiteren Ausbau des Flughafens haben, die Anfang kommenden Jahres fallen wird. Dann allerdings wird die Landesregierung zügig handeln.

Meine Damen und Herren, die Zukunft des Frankfurter Flughafens geht uns alle an. Weil das so ist und weil wir uns, wie eingangs erwähnt, eine neue Politik der Offenheit zum Ziel gesetzt haben, hat die Landesregierung entschieden - entgegen der bisherigen Tradition -, die größte Oppositionsfraktion im Landtag um einen Vorschlag für einen Sitz im Aufsichtsrat der Flughafen AG zu bitten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jenseits der großen Projekte der Verkehrspolitik wird die neue Landesregierung gerade beim Straßenbau Schluss machen mit Zögerlichkeit und Verhinderungspolitik. Die rot-grüne Vorgängerregierung hatte die Mittel für den Landesstraßenbau in den vergangenen acht Jahren drastisch eingeschränkt.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Einen, der darauf stolz ist, gibt es noch.

(Heiterkeit bei der CDU und der F.D.P. - Hahn (F.D.P.): Es ist der Letzte!)

- Darauf hätte man auch vor einigen Jahren schon wetten können, dass Sie, Herr Kollege Kaufmann, der Letzte sind, der das noch mit Stolz im Lande Hessen ansieht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Letzten werden die Ersten sein!)

Von rund 140 Millionen DM, die Sie bei Ihrem Amtsantritt vorgefunden haben, sind nicht einmal mehr 40 Millionen DM im Landeshaushalt dieses Jahres geblieben. Das reicht nicht einmal aus, um die wichtigsten Erhaltungsmaßnahmen im hessischen Straßenbau durchführen zu können.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Mittel für den Straßenbau - trotz der schwierigen Haushaltssituation - bis zum Ende der Legislaturperiode wieder zu verdoppeln, und werden bereits im Nachtragshaushalt 1999 einen ersten Schritt auf diesem Weg unternehmen. Das versetzt uns in die Lage, wenigstens die wichtigsten Neubauvorhaben anzugehen.

Wir streben die Beschleunigung von Planungsverfahren an und werden sie nach deren Abschluss im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unverzüglich umsetzen. Die Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz werden im Verhältnis 50:50 auf Projekte des öffentlichen Personennahverkehrs und des kommunalen Straßenbaus verteilt.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie gegen den ÖPNV?)

Wir setzen auch in diesem Bereich auf mehr private Initiative und werden dazu beitragen, dass Möglichkeiten privatisierungswirtschaftlicher und kommunaler Vorfinanzierung von Straßenbauprojekten weiterentwickelt und genutzt werden.

(Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Busse und Bahnen wären vordringlicher!)

Bei der anstehenden Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes halten wir an allen derzeit darin enthaltenen Projekten des vordringlichen und des weiteren Bedarfs fest. Wir werden darauf drängen, dass die Projekte des vordringlichen Bedarfs schnellstmöglich realisiert werden, und wir wollen, dass in diesen Katalog auch die Verbindung zwischen Fulda und Meiningen aufgenommen wird.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Trasse hätten Sie denn gerne?)

Allen Bestrebungen auf Bundesebene, die Mittel für den Fernstraßenbau zu kürzen, werden wir mit aller Entschiedenheit entgegengetreten.

Neben den Ortsumgehungen haben die A 44, die A 49, die A 66, der Riederwaldtunnel und die B 49 besondere Bedeutung. Was die Planung der Bundesautobahn A 44 angeht, so sind wir mit dem Bundesverkehrsminister im Gespräch, um die Anbindung an das Kasseler Kreuz doch noch möglich zu machen. Nach Abschluss der Gespräche werden wir eine abschließende Entscheidung darüber treffen, wie eine schnellstmögliche Planfeststellung für die A 44 möglich ist, damit endlich nach den jahrelangen Verzögerungen mit dem Bau begonnen werden kann, was ohne die rot-grüne Koalition schon mindestens vier Jahre der Fall wäre, nämlich so lange, wie Sie infolge der Koalitionsvereinbarung der Wahlperiode von 1991 bis 1995 gar nicht bereit waren, an Planungsverfahren mitzuwirken. Das müssen wir jetzt aufholen, und wir werden uns Mühe geben, das mit allen Möglichkeiten aufzuholen, die wir haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Zur Verlagerung von Teilen auch des Luftverkehrs auf die Schiene bleibt es bei der schnellen Umsetzung der ICE-Verbindung von Köln nach Frankfurt. Für uns ist außerdem eine zentrale, bedeutender werdende Forderung der Ausbau von Bahntrassen wie z. B. der Mitte-Deutschland-Verbindung von Dortmund über Kassel nach Erfurt.

Beim Hessischen Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr werden wir Anstrengungen unternehmen, einen zielgerichteteren Mitteleinsatz und eine Vereinfachung der Abläufe zu erreichen. Darüber hinaus erklären wir, dass wir bereit sind, das Projekt "Frankfurt 21" für eine zukunftsfähige Gestaltung des Frankfurter zentralen Hauptbahnhofs zu unterstützen.

Mehr Freiraum für Bürger und Wirtschaft - diesem Ziel wollen wir auch die hessische Finanzpolitik unterordnen. Wir wollen auch in Hessen den in der Staatsausgabenquote gemessenen Anspruch des Staates zurückführen, und wir wollen den Haushalt auf Zukunft trimmen, also die in den vergangenen Jahren immer tiefer gesunkene Investitionsquote wieder auf eine mit anderen Bundesländern vergleichbare Höhe führen.

Die bisherige Landesregierung hat uns allerdings eine schwere finanzielle Hypothek hinterlassen. Wir sind vom ehemaligen Finanzminister mit einem Haushalt 1998 konfrontiert worden, bei dem er öffentlich im Wahlkampf damit geworben hat, er habe 550 Millionen DM Nettoneuver-

schuldung, die der Landtag beschlossen hatte, nicht in Anspruch genommen.

(Claus (SPD): So ist es!)

In Wahrheit stellt sich jetzt heraus, dass die Landesregierung 600 Millionen DM weniger für geplante Investitionen in diesem Jahr ausgegeben hat und 450 Millionen DM zusätzlich an Steuern eingenommen hat, die dann teilweise im Jahre 1999 an die Gemeinden und den Länderfinanzausgleich abzuführen sind. Also hätte bei ordnungsgemäßer Haushaltsführung und Buchhaltung des letzten Jahres die Inanspruchnahme von Krediten deutlich über 1 Milliarde DM niedriger ausfallen müssen, als im Haushaltsplan gezeigt.

(Claus (SPD): Herr Kollege, rechnen konnten Sie noch nie!)

Das heißt, Sie haben 1998 rund eine halbe Milliarde DM mehr ausgegeben als im Haushaltsplan vorgesehen und brüsten sich anschließend mit einer Verringerung der Nettokreditaufnahme. Meine Damen und Herren, das ist keine seriöse Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Schon diese wenigen Zahlen zeigen, dass auch im Jahre 1998 entgegen dem Landeshaushaltsplan wieder an vielen Stellen über die Verhältnisse gelebt worden ist. Zudem hat die Landesregierung - sonst wäre Ihnen die öffentliche Darstellung im Wahlkampf nicht gelungen - durch die Art der Kreditemächtigungsanspruchnahme die aus den höheren Steuereinnahmen zwingend entstehenden Forderungen des Länderfinanzausgleichs im Jahre 1998 nicht durch die Schaffung von Rücklagen vorbereitet und auch für 1999 kein weiteres Geld dafür eingeplant.

Wir werden deshalb durch nachträgliche Korrekturen der Kreditaufnahme im Jahr 1998 und durch die Ausschöpfung der Kreditemächtigung 1999 bis zur verfassungsrechtlich zulässigen Haushaltsgrenze die Altlasten der Regierung Eichel abtragen müssen, und das werden wir auch tun.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen und Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wagner (Angelburg) (SPD): So platt redet doch kein Ministerpräsident!)

Die neue Landesregierung wird nicht von ihren Versprechen abrücken. Sie wird die von ihr verursachten Mehrausgaben

(Wagner (Angelburg) (SPD): Mehrausgaben durch Staatssekretäre!)

durch Minderausgaben in anderen Bereichen des Landeshaushalts ausgleichen. Dazu gehören die notwendigen Mittel für die Unterrichtsversorgung, für die Verbesserung der Situation an den Hochschulen und zur Verbesserung des Landesstraßenbauprogramms.

Die neue Landesregierung wird die Ausgabenprogramme des Landes inhaltlich durchforsten, effektiver gestalten und auf Einsparmöglichkeiten hin überprüfen. Mittelfristig ist es unsere Absicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dies wird nur durch Strukturveränderungen zu erreichen sein, die über eine Legislaturperiode hinausgehen.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

Das Ziel unserer auf dauerhaftes Wachstum ausgerichteten Konsolidierungspolitik macht nur Sinn, wenn der daraus resultierende Ertrag nicht vollständig an andere abgegeben werden muss. Die neue Landesregierung wird deshalb die

von der Vorgängerregierung kurz vor dem Wahltermin eingereichte Klage beim Bundesverfassungsgericht zum Länderfinanzausgleich weiter verfolgen. Wir hoffen auf eine baldige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und werden in dieser Frage einen engen Schulterschluss mit den Landesregierungen von Bayern und Baden-Württemberg herstellen.

Wir hoffen, dass sich die Tatsache, dass der neue Bundesfinanzminister ein Hesse ist, positiv auf die Reform des Länderfinanzausgleichs auswirken wird. Jedenfalls kann es nicht dabei bleiben - und dabei ändere ich die Meinung des Amtsvorgängers, die er hier vorgetragen hat, ausdrücklich nicht -, dass einem Bundesland wie Hessen, das in seiner originären Steuerkraft also mit dem, was die Menschen hier erarbeiten, ganz oben steht, nach dem Länderfinanzausgleich pro Kopf weniger Mittel etwa für die Unterrichtsversorgung seiner Schüler oder in die Bereitstellung von Polizeibeamten in den Polizeirevieren des Landes zur Verfügung stehen als z.B. dem Saarland, das vorher ganz am Ende der Kette stand.

Wir sind für Solidarität beim Länderfinanzausgleich. Es geht nicht um die Frage Ost oder West. Es geht aber um die Frage, dass Bürger auch erkennen müssen, dass sie einen zumindest marginal sichtbaren Vorteil und nicht einen deutlich sichtbaren Nachteil von der Leistungsfähigkeit ihres eigenen Bundeslandes haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik und eine Finanzpolitik, die auf Konsolidierung setzt, begegnen sich vor allem auch in der Frage der Finanz- und Verwaltungsreform. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, dass der Staat ihren Anliegen mit einem qualitativ hochwertigen und schnellen Service begegnet. Zugleich soll dies im Sinne niedrigerer Steuern und Abgaben mit so geringen Kosten wie möglich verbunden sein.

Die neue Landesregierung will dazu beitragen, dass staatliche Entscheidungen so schnell, so einfach und so bürger-nah wie möglich erfolgen. Eine leistungsfähige und effiziente Verwaltung ist auch eine wesentliche Voraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Deshalb habe ich die Verwaltungsreform zu einem zentralen Aspekt auch politischer Führungsentscheidung erklärt. Sie wird federführend in der Staatskanzlei koordiniert und zusammengeführt.

Verwaltungsreform ist in erster Linie Staatsreform. Wir werden deshalb jede Aufgabe daraufhin überprüfen, ob sie vom Staat selbst durchgeführt werden muss. Wo immer möglich werden wir bisher von staatlichen Behörden erledigte Aufgaben z.B. öffentlich bestellten Sachverständigen übertragen; andere Aufträge können von beliebigen Unternehmern übernommen werden. Schließlich streben wir die Bündelung von Aufgaben zahlreicher Sonderbehörden an, die möglichst in die allgemeine Landesverwaltung eingegliedert werden sollen.

Bei der Verwaltungsreform lässt sich die Landesregierung aus CDU und F.D.P. vom Grundsatz der Subsidiarität leiten. Um ein angemessenes Verhältnis von Dezentralisierung und Bündelung von Verwaltungsaufgaben zu erreichen, werden wir die Regierungspräsidien verschlanken und alle Aufgaben, die vor Ort gelöst werden können, auf die kommunale Ebene übertragen.

Im Sinne einer bürgerfreundlichen Verwaltung streben wir an, dass Bürger und Wirtschaft auf jeder Verwaltungsebene nur noch einen Ansprechpartner haben, der für sie auch in

Bezug auf weitere beteiligte Behörden eine "Pfadfinderfunktion" übernimmt und das Herumjagen von Bürgern und Antragstellern zwischen verschiedenen Behörden endgültig beendet.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir wollen das Potenzial, das in der hessischen Verwaltung steckt, gemeinsam mit den dort Bediensteten voll zur Entfaltung bringen. Das ist nur mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung möglich, nicht gegen sie.

Ich möchte deshalb diese Gelegenheit nutzen, um den Beamten, Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst des Landes Hessen ganz herzlich für das zu danken, was sie bisher geleistet haben. Wenn es irgendwo nicht klappt, dann liegt das zumeist an organisatorischen Mängeln, Doppelarbeit und an mangelnder Motivation, nicht aber an den Mitarbeitern selbst. Wer über Verwaltungsreform redet und wer Behördenstrukturen ändern will, darf nicht auf seinen Mitarbeitern herumprügeln, sondern muss dafür sorgen, dass sie bessere und verantwortungsvollere Arbeitsbedingungen bekommen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das wird unter den Rahmenbedingungen nötiger Personaleinsparungen nicht einfach sein. Über die Notwendigkeit und das Ausmaß von Personaleinsparungen in der hessischen Landesverwaltung besteht aber fraktionsübergreifend weitgehend Einigkeit. Unsere Pläne nehmen das auf, was im so genannten "Suchan-Papier" von der Vorgängerlandesregierung übereinstimmend beschlossen und in erste Ausführungsschritte umgesetzt worden ist.

Im Bereich der Ministerien und der übrigen allgemeinen Verwaltung werden wir in den kommenden vier Jahren die Personalkosten um 15 Prozent reduzieren. Dabei wollen wir auf betriebsbedingte Kündigungen auch in Zukunft verzichten. Wir werden alle Möglichkeiten sozial verträglich ausschöpfen, um die von Strukturreformen betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in anderen Bereichen einzusetzen und ihnen Angebote zu Umschulungen und Weiterbildungen zu machen - gegebenenfalls auch zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Dienst, aber nur auf der Basis von Freiwilligkeit.

Die neue Landesregierung bekennt sich zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen, Gewerkschaften und Berufsverbänden. Wir wollen erreichen, dass die Berücksichtigung von Mitarbeiterinteressen einerseits und schnelle Entscheidungsabläufe andererseits in Zukunft keine Gegensätze sind. Es gibt in den Kommunen Klagen über zu langwierige Entscheidungsabläufe, die mit effektiverer Mitwirkung wenig zu tun haben.

Wenn die durchschnittliche Zeit zur Berufung eines Schulleiters in unserer Landesverwaltung ein Jahr übersteigt oder moderne Techniken über Jahre nicht eingeführt werden können, weil die Beteiligungsverfahren nicht zum Abschluss kommen, ist das ein Zustand, der weder gegenüber den Mitarbeitern, noch gegenüber den Bürgern zu verantworten ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Landesregierung wird die Koalitionsfraktionen CDU und F.D.P. deshalb bitten, kurzfristig eine Initiative für ein erstes Entscheidungsbeschleunigungsgesetz in Hessen einzubringen, das diese Probleme zu lösen hilft.

Mit einem zweiten Entscheidungsbeschleunigungsgesetz wollen wir noch in diesem Jahr vor allem die Voraussetzun-

gen dafür schaffen, dass aus dem bisher notwendigen Einvernehmen zwischen den Behörden eine Benehmensregel wird, die einer Leitbehörde, letztlich auch in Kenntnis der Argumente aller anderen Behörden, eine verbindliche Entscheidung ermöglicht, aber nicht mehr den Zustand weiterführt, dass abweichende Meinungen unterschiedlicher Behörden eine Entscheidung verhindern, auf die der Betroffene einen Anspruch hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir sind davon überzeugt, dass wir mit diesen Maßnahmen das Ziel wirtschaftlicher Verwaltung, schnellerer Entscheidungen gegenüber dem Bürger und einer trotzdem motivierten Landesverwaltung mit engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erreichen können.

Unsere Philosophie, dass der Staat Freiräume für private Kreativität und Initiative schaffen soll, geht mit der Forderung nach einem starken Staat im Bereich der inneren Sicherheit einher. Das ist - neben Schule und Arbeit - das dritte große Thema, bei dem wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Hessens im Wort stehen.

Deshalb werden wir dafür sorgen, dass die Verbrechensbekämpfung sowohl hinsichtlich der Prävention als auch hinsichtlich des Strafvollzugs effektiv verbessert wird. Eine Stärkung der polizeilichen Verbrechensbekämpfung erfordert Änderungen im Bereich des rechtlichen Instrumentariums und eine neue Prioritätensetzung:

Wir werden den Unterbringungsgewahrsam auf sechs Tage verlängern, um militante Ausschreitungen bereits im Vorfeld so genannter Großlagen verhindern zu können.

Wir werden die so genannte Schleier-Fahndung einführen, sodass auch die hessische Polizei auf Bundesautobahnen und Bundesstraßen ereignis- und verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen kann.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum wird zur Kriminalprävention unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ausgebaut.

Die Polizei wird von Aufgaben entlastet, die keine besonders hohe Sicherheitsrelevanz haben und auch von nicht voll ausgebildeten Polizeikräften erfüllt werden können.

Soweit wie möglich werden wir bestimmte Tätigkeiten auch auf eine "Wachpolizei" im Angestelltenverhältnis übertragen, die der örtlichen Polizeiführung unterstellt ist. Das wollen wir in einem Modellprojekt erproben. Es ist nicht sinnvoll - ich glaube, darüber werden wir uns letztlich in diesem Hause alle einig sein -, studierte Kriminalkommissare das ganze Jahr hindurch rund um die Uhr Objekte bewachen zu lassen. Wir werden es nicht schaffen, studierte Kriminalkommissare in öffentlichen Parkanlagen alle Wege begehen zu lassen. Eine "Wachpolizei" kann eine solche Aufgabe sehr viel günstiger wahrnehmen. Deshalb müssen wir im Interesse einer ordnungsgemäß besoldeten und hoch qualifizierten Polizei auf der einen Seite und der Erfüllung aller Sicherheitsaufgaben im Land auf der anderen Seite darüber nachdenken, ob wir die Lücken, die derzeit bestehen, mit einer solchen "Wachpolizei" ausfüllen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Eine Stärkung der polizeilichen Verbrechensbekämpfung erfordert darüber hinaus personelle und organisatorische Veränderungen. So werden wir die Stellenbesetzungssperre

bei der Polizei im Verlauf dieses Jahres aufheben und ein Landespolizeipräsidium einrichten, dem sämtliche Einrichtungen der Vollzugspolizei unterstellt werden.

Erfahrungen in anderen Bundesländern zeigen, dass ein auch freiwilliger Polizeidienst einen wichtigen zusätzlichen Beitrag zur inneren Sicherheit auf Straßen und Plätzen in unseren Städten und Dörfern leisten kann. Wir wollen daraus lernen und diese Möglichkeit auch für Hessen eröffnen.

Zur Stärkung der inneren Sicherheit werden wir nicht nur die Prävention verbessern, sondern auch wirkungsvolle Änderungen im Bereich der Justiz durchsetzen.

Wir haben in Hessen zunächst wieder ein einheitliches Rechtspflegeministerium mit der Zuständigkeit für alle Teile der Gerichtsbarkeit geschaffen.

Wir werden jetzt den Stellenabbau in der Justiz stoppen. Die Stellenbesetzungssperre und die Stellenbeschränkungen werden auch hier noch in diesem Jahr aufgehoben. Dadurch werden wir die Überlastung der Gerichte vermindern, die durchschnittliche Prozessdauer verkürzen und das Vertrauen der Bürger in den funktionierenden Rechtsstaat sichern.

Ausnahmeregelungen, Sondertatbestände, besonders wohlwollende Verhaltensweisen der Justizbehörden, die Hessen zu einem privilegierten Standort für Strafgefangene gemacht haben, werden wir abschaffen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollten nach der Wahl doch nur noch die Wahrheit sagen!)

Der Erlass des bisherigen Justizministers für hessische Staatsanwaltschaften zur extensiven Nutzung des Opportunitätsprinzips, des Strafbefehlverfahrens sowie zur Einlegung von Rechtsmitteln nur in Ausnahmefällen ist durch den Justizminister bereits aufgehoben worden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Zum Abbau der Überbelegung in hessischen Gefängnissen wird eine neue Haftanstalt errichtet. Sie soll aus Kostengründen in Planung und Bau privatwirtschaftlich organisiert sein. Auch ihr Betrieb soll bis auf zwingend hoheitliche Aufgaben in privater Organisationsform erfolgen. In gleicher Weise wollen wir bei der Einrichtung einer zusätzlichen Haftanstalt für Abschiebebehäftlinge verfahren.

Meine Damen und Herren, bei der Debatte um die weiteren Justizvollzugsanstalten und das, was wir dafür ausgeben, müssen wir allerdings auch zur Kenntnis nehmen, dass mehr als 50 Prozent der Insassen hessischer Gefängnisse Nichtdeutsche sind.

Um an dieser Stelle von vornherein jedes Missverständnis auszuschließen,

(Zurufe von der SPD)

muss man vorsichtig sein: Es geht in diesem Zusammenhang nicht um die vielen Menschen ausländischer Herkunft, die in unserem Land dauerhaft leben und einen wichtigen Beitrag zu unserer Gemeinschaft erbringen. Die Kriminalitätshäufigkeit dieser Menschen ist nicht höher, manchmal sogar niedriger als die ihrer deutschen Nachbarn.

Aber es gibt eben eine zunehmende Zahl von Menschen, die aus anderen Ländern ausschließlich mit dem Ziel der

Begehung von Straftaten in die Bundesrepublik Deutschland einreisen. Um dieses Problem werden wir uns in einer besonderen Weise kümmern müssen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich sage deshalb: Als Hessische Landesregierung werden wir darauf drängen, dass Haftstrafen von in Deutschland verurteilten Straftätern ausländischer Herkunft künftig vermehrt in deren Heimatland verbüßt werden. Es macht keinen Sinn, dass wir solche Personen bei uns Strafen absitzen lassen, für die später ohnehin eine Abschiebung vorgesehen ist. Wir hoffen in diesem Punkt auf die Kooperationsbereitschaft der Bundesregierung.

Im Übrigen ist es ein Irrtum, zu glauben, dass jeder straffällig Gewordene mit dem Angebot der Resozialisierung gleichmäßig gut ansprechbar ist. Vor allem eben bei jenen Straftätern aus dem Ausland, die mit dem Ziel einreisen, hier kriminell zu werden, ist der Gedanke der Resozialisierung geradezu absurd. Denn er kann bei uns gar nicht verwirklicht werden, und er soll auch gar nicht verwirklicht werden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Deshalb ist das Strafvollzugsgesetz, das den Vorrang der Resozialisierung vorschreibt, realitätsfern und muss angesichts dieser Bedingungen geändert werden. Der Schutz der Allgemeinheit wird von uns - auch bezüglich dieser Rechtsnorm - wieder in den Mittelpunkt gerückt werden müssen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die hessische Justiz wird eine Modernisierungsoffensive beginnen.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist schon längst begonnen!)

Wir richten flächendeckend moderne Service-Einheiten für Gerichte und Staatsanwaltschaften ein.

(Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach dem Vorbild von von Plottnitz!)

Dies dient der Verfahrensbeschleunigung und dem Rechtsstaatsinteresse der Bürger. Mit der hessenweiten Einführung des elektronischen Grundbuches helfen wir der Wirtschaft, Bauherren und Investoren gleichermaßen.

Meine Damen und Herren, die Hinweise bei der inneren Sicherheit auf den Zusammenhang mit Bundesgesetzen zeigt Folgendes: Natürlich werden wir uns im Bundesrat unserer gesamtstaatlichen Verantwortung stellen. Unser Ziel ist es, eine konstruktive Rolle in der Länderkammer zu spielen und dabei gemeinsam mit den anderen Ländern auch die Eigenstaatlichkeit der Bundesländer zu stärken. Ich sage dies ganz bewusst auch deshalb, weil der Bundestag in diesen Tagen nach Berlin umgezogen ist. Wir sollten das als Chance begreifen. Die Stärke Deutschlands liegt vor allem in seiner Vielfalt und in der Chance, dass die Bundesländer im Rahmen einer Verfassungsreform ihre eigenen Entscheidungskompetenzen bis hin zu den finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten wieder erhöhen und nicht hinnehmen, dass diese Gestaltungsmöglichkeiten weiter eingeschränkt werden.

Die Länder Hessen und Thüringen sind seit der Wiedervereinigung Deutschlands eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit eingegangen. Die neue Hessische Landesregierung ist bestrebt, diese Kooperation weiter zu fördern und auszubauen.

Bestehende Partnerschaften und Kooperationen des Landes Hessen mit anderen Regionen werden wir fortsetzen. Besondere Bedeutung werden im zusammenwachsenden Europa vor allem die Partnerschaften mit der Region Emilia-Romagna in Italien und der französischen Region Aquitaine bekommen. Auf diese Weise wollen wir einen Beitrag zum Erfahrungsaustausch bei der Lösung regionaler Probleme leisten und zur Verwirklichung eines bürgernahen "Europa der Regionen" beitragen.

Meine Damen und Herren, die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in unser Land ist eines der zentralen Politikfelder in Hessen. Ungeachtet der Debatte über die doppelte Staatsangehörigkeit wird sich die neue Hessische Landesregierung dafür einsetzen, dass institutionelle und strukturelle Hindernisse bei der Integration auf Landesebene überwunden werden.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt denn bitte "ungeachtet"? Tut Ihnen die Kampagne jetzt Leid?)

Dazu haben wir im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen einen völlig neuen Ansatz, einen Wechsel des Leitbildes vereinbart.

Bisher haben Deutsche in ihren Gremien - in Parlament, Verbänden und Ausländerbeiräten - jeweils unter sich darüber beraten, wie sie ausländische Mitbürger integrieren können. Dann tagte ein Gremium der ausländischen Mitbürger - der Ausländerbeirat oder bestimmte Vereine und Gruppierungen. Dort wurde darüber beraten, wie man den Vorschlägen der Deutschen begegnet oder ob man eigene Vorschläge macht. Natürlich hatte man sich in den jeweils anderen Gremien auch noch Rederecht eingeräumt.

Dieses Vorgehen hat nicht zu den gewünschten Erfolgen geführt. In den letzten Jahren waren Integrationsfortschritte nicht deutlich sichtbar. Die Integration hat nicht zugenommen, sondern wer ehrlich ist, muss zugeben, wir haben eher Rückschläge erlitten. Die Integrationspolitik geht eben über eine spezielle Interessenvertretung der Ausländerinnen und Ausländer hinaus. Wir wollen Gremien zusammenführen, in denen Kirchen, Vereine, der Staat, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sowie die ausländischen Mitbürger gemeinsam an einem Tisch über Integration sprechen und miteinander praktikable Konzepte entwickeln. Wir wollen weg von der Parallelität hin zu einem tatsächlich integrativen Ansatz. Ich bin sicher, dass der so in Gang gesetzte Dialog zu guten Ergebnissen führen wird.

Wir werden auf Landesebene einen Beirat in dieser Zusammensetzung einrichten, der die Landesregierung künftig in diesen Fragen berät. Der bisherige Landes-Ausländerbeirat verliert mit dem neuen Integrationsansatz in der Logik dieser Konzeption seine Funktion und wird aufgelöst werden.

Wir werden unseren neuen Integrationsansatz zunächst auf der Ebene des Landes verwirklichen und seinen Erfolg überprüfen. Aus diesem Grunde bleiben die Strukturen der kommunalen Ausländerbeiräte zunächst unverändert.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist und bleibt eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb wird die Landesregierung die Förderung der deutschen Sprachkenntnisse ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger fortführen und erweitern.

Dem schnellen - schnellen! - Erlernen der deutschen Sprache ist beim Beginn des Schulbesuchs ausländischer Schü-

lerinnen und Schüler oberste Priorität einzuräumen. Der bisherige muttersprachliche Unterricht genügt nicht dem Anspruch, einen sinnvollen Beitrag für das Zusammenleben von Angehörigen verschiedener Sprachgemeinschaften, die auf Dauer zusammen leben, zu leisten. Deshalb haben wir im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen verabredet, diesen Unterricht schrittweise auslaufen zu lassen und neu zu konzipieren. Die frei werdenden Stellen werden dem Regelunterricht zugeführt.

Den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern gilt ein besonderes Augenmerk der neuen Landesregierung. Angesichts der Bilder, die uns täglich von der Vertreibung im Kosovo erreichen, wird bei vielen auch in unserem Land die Erinnerung an das eigene Schicksal, an die eigene Vertreibung aus der Heimat, wieder lebendig.

Die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler haben in den vergangenen Jahrzehnten Herausragendes zu unserem Gemeinwesen beigetragen. Sie sind eine Bereicherung für unser Land. Wir haben ihren Verbänden auch und gerade für die in den letzten Jahren mit großem Aufwand und mit großem persönlichen Engagement geleistete Integrationsarbeit auch in unserem Bundesland zu danken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir werden die Arbeit der Vertriebenenverbände im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen und unseren Beitrag zum Erhalt des kulturellen Erbes dieser Volksgruppen leisten. Ich werde, wie angekündigt, in Kürze einen ehrenamtlichen Beauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler benennen. Er wird eine herausgehobene Stellung in der Hessischen Staatskanzlei erhalten, damit die Unterstützung an zentraler Stelle gebündelt werden kann.

Ein Staat, der den Starken die Möglichkeit zur freien Entfaltung gibt, erhält am Ende auch mehr Mittel, um sich besser um die Schwachen zu kümmern. Wir wollen ein menschliches Hessen.

Unser Maßstab für eine gute Sozialpolitik ist, dass sie zielgerichtet den Menschen hilft, die Unterstützung brauchen, und Organisationen fördert, die Hilfsbedürftigen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dazu gehören vor allem auch die Kirchen mit ihren sozialen und karitativen Einrichtungen.

Gerade in Zeiten knapper Kassen ist es oberste Pflicht, die vorhandenen Mittel zielgenau und wirkungsvoll einzusetzen. Deshalb werden wir alle sozialpolitischen Maßnahmen einer Qualitätsprüfung unterziehen.

Die organisatorische Voraussetzung für eine effektive Sozialpolitik haben wir bereits geschaffen: Die Sozialbereiche sind - wie es die Vernunft von allen, inklusive der früheren größeren Regierungspartei, gefordert hat - wieder in einem Ministerium, dem Hessischen Sozialministerium, zusammengelegt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Unser vorrangiges Ziel bleibt der Abbau der Arbeitslosigkeit. Eine viertel Million registrierter Arbeitsloser in Hessen sind eine große Herausforderung für Wirtschaft, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung und Landespolitik.

Absoluten Vorrang hat für uns die direkte Einbeziehung Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt.

(Zuruf der Abg. Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir wollen Arbeitslosen dauerhaft eine neue Perspektive geben. Das gilt ganz besonders für die Langzeitarbeitslosen,

die mehr als ein Drittel der registrierten Arbeitslosen stellen. Hierbei ist auch eine Mitwirkungspflicht der Langzeitarbeitslosen erforderlich.

Die vorhandenen Arbeitsmarktprogramme stellen wir auf den Prüfstand. Nach Auswertung und Effizienzkontrolle werden wir auch neue Akzente setzen, z.B. durch die Erprobung von Kombilohnmodellen. Sie sind ein Instrument, um die Flexibilität der Arbeitsmarktpolitik zu erhöhen. Dabei sind wir auf die Mitwirkung von Handwerk, Einzelhandel, Gewerbe und Industrie angewiesen.

Die Familie ist die beständigste Form des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Ihre Stärkung ist uns gerade in Zeiten des Wandels ein besonderes Anliegen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb werden wir die Belange der Familien verstärkt ins Blickfeld rücken und Benachteiligungen gezielt abbauen. Familienfreundlichkeit muss vom Land gefördert und anerkannt werden.

Kernaufgabe der Familienpolitik wird es sein, die Familien- und Erwerbsarbeit von Müttern und Vätern besser vereinbar zu machen. Priorität haben für uns deshalb die Sicherstellung und der Ausbau eines bedarfsgerechten Angebotes an verlässlicher Kinderbetreuung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vor dem Hintergrund schwieriger finanzieller Bedingungen, insbesondere für die kirchlichen Träger, stellt sich die Aufgabe, zunächst das vorhandene Betreuungsangebot dauerhaft zu sichern. Wir werden mit den frei-gemeinnützigen Trägern Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, einen Sozialvertrag für Kindergärten in freier Trägerschaft abzuschließen. So wollen wir die Verlässlichkeit der Landesförderung und die Planungssicherheit für die Einrichtungsträger erhöhen. Ich sage ganz deutlich: Wir werden alles in unseren Möglichkeiten Stehende tun, um den Abbau von Betreuungseinrichtungen frei-gemeinnütziger Träger zu verhindern, weil dies letztlich zu Lasten der Betroffenen und zu Lasten der kommunalen und staatlichen Kassen geschehen würde. Deshalb ist es aller Anstrengungen wert, in diesem Bereich tätig zu sein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir sind bereit, einen Teil der Mittel, die nicht mehr für Investitionen im Kindergartenbereich benötigt werden, in Zuwendungen zu den Betriebskosten der Einrichtungen umzuwidmen.

(Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Schauen wir mal!)

Wichtige Elemente der hessischen Landespolitik sind eine gezielte Politik für Frauen und die Frauenförderung. Das Land Hessen wird Mütterzentren und andere Frauen- und Familieneinrichtungen weiterhin unterstützen. Durch Beratungs-, Bildungs- und eigene Kinderbetreuungsangebote tragen sie dazu bei, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und insbesondere die berufliche Situation von Frauen zu verbessern.

Wir werden unserer besonderen Verantwortung im Sinne der Chancengleichheit von Frauen dadurch nachkommen, dass wir in der Landesverwaltung Arbeitsplätze auch in Form von Heimarbeitsplätzen und eine fortschrittliche Arbeitszeitgestaltung in Form von Jahres-Zeitkonten einführen werden.

(Zuruf der Abg. Stolterfoht (SPD))

Bei Einstellungen in der Landesverwaltung wird die Familienphase künftig als Qualifikationsmerkmal besondere Berücksichtigung finden. Darüber hinaus werden wir die berufliche Selbstständigkeit von Frauen auch in Zukunft fördern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Stolterfoht (SPD): Auch das ist nicht neu!)

- Dem, der da eben gerufen hat, dass die berufliche Anerkennung von Familienphasen als besonderes Qualifikationsmerkmal selbstverständlich sei, muss ich allerdings die Frage stellen, warum dieser Punkt bisher in keiner Ausschreibung gestanden hat und warum ich in den ersten Tagen meiner Amtszeit aus allen Ressorts so viele bedenkenhafte Bemerkungen zu diesem Thema gehört habe. Es ist selbstverständlich eine Herausforderung für die Anwender von Personalbewirtschaftungsmethoden, Familienphasen nicht mehr als Auszeiten, sondern als Qualifikationszeiten zu berechnen.

(Stolterfoht (SPD): Das steht im Gesetz!)

Wenn wir das aber nicht machten, dann hätte all das, was wir im Übrigen an Versuchen im Sinne von Gleichberechtigung im Berufsleben in unserem Land unternehmen, keinen Sinn.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In der Jugendpolitik wollen wir den jungen Menschen verlässliche Perspektiven aufzeigen. Das gilt nicht nur für eine Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation. Wir wollen insbesondere bei Jugendlichen und Heranwachsenden die Fähigkeit fördern, Chancen zu erkennen und Risiken zu bewältigen.

Damit junge Menschen Verantwortung in Staat und Gesellschaft übernehmen können, muss ihnen in den Kommunen die Beteiligung an Entscheidungen erleichtert werden. Neben der Mitarbeit in Jugend- und anderen Organisationen können hierbei Jugendforen und Jugendparlamente einen sinnvollen Beitrag leisten. Wir werden uns aber auf sinnvolle Beiträge konzentrieren. Deshalb werden wir dafür sorgen, das Wahlalter wieder mit dem Eintritt der Volljährigkeit beginnen zu lassen, und werden die diesbezüglichen kommunalrechtlichen Vorschriften ändern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir werden die Jugendhilfe weiterentwickeln und die Aufgaben des Landesjugendamtes auf die Kommunen und die oberste Landesjugendbehörde verlagern.

Unsere Politik für Senioren ist von dem Ziel geprägt, dass die älteren Menschen selbstbestimmt und aktiv ihr Leben gestalten können. Bei Hilfsbedürftigkeit sollen sie die Betreuung erhalten, die notwendig ist, um einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen.

Körperlich, geistig und seelisch behinderte Menschen bedürfen der besonderen Zuwendung und Unterstützung, damit sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitten in der Gesellschaft leben können. Dazu werden wir die Position eines Behindertenbeauftragten der Landesregierung umgehend wieder besetzen und die Eigenständigkeit dieser Institution wieder respektieren.

Die Hessische Landesregierung wird in ihrer Zuständigkeit die hohe Qualität unseres Gesundheitswesens erhalten und, wo es notwendig ist, ausbauen. Eine detaillierte Krankenhausplanung durch das Land wird es in Zukunft nur noch für die Notfallversorgung geben. Für die übrigen Bereiche

legt das Land in voller Wahrnehmung seiner politischen Verantwortung einen Rahmenplan vor. Die regionalen Krankenhauskonferenzen werden nach diesen Vorgaben ihre eigene Krankenhauslandschaft unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Bedürfnisse eigenständig gestalten.

Weil Vorbeugen besser ist als Heilen, werden wir der Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung, der Prävention und Vorsorge besonderen Stellenwert geben. Dazu werden wir eine konzertierte Aktion aller Beteiligten einberufen.

Wichtigste Bausteine unserer Drogenpolitik sind Prävention und Aufklärung. Die Legalisierung so genannter weicher Drogen lehnen wir nach wie vor ab.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir werden die Möglichkeit geben, dass das Methadon-Programm - ergänzt um eine verbesserte psycho-soziale Betreuung - fortgeführt wird.

Hinsichtlich der Heroinabgabe an Schwerstabhängige steht für uns allenfalls ein Modellversuch zur Debatte, der auf einen zahlenmäßig kleinen Kreis von Personen begrenzt ist, die keiner Therapie mehr zugänglich sind. Er muss dann aber unter strenger ärztlicher Überwachung stehen, wissenschaftlich begleitet und zeitlich befristet sein. Wir stehen den Versuchen, neue Wege zu beschreiten, nicht im Wege. Aber jeder wird diese Landesregierung entschieden finden, wenn es darum geht zu verhindern, dass der Konsum von Drogen auch nur ein klein bisschen normaler betrachtet würde als zurzeit. Das Gegenteil ist notwendig. Alle Entscheidungen, die wir treffen, werden auch in Zukunft nach diesem Prinzip ausgerichtet sein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In den Zusammenhang der letztgenannten Aspekte, sei es Integration oder sei es Gesundheit, passt auch die besondere Bedeutung des Sports. Wir wollen in Zukunft dem Sport die gleiche hohe Bedeutung beimessen, wie es die Vorgängerlandesregierung auch getan hat. Wir wollen darüber hinaus prüfen, ob wir diese Überlegungen durch die Aufnahme des Sports in die Hessische Gemeindeordnung auch auf der Ebene der Städte, Gemeinden und Landkreise noch fester verankern können. Wir werden die Vielfalt der Sportarten im Breitensport ebenso wie die Vorbildfunktion des Leistungssports weiterhin gezielt fördern. Die Landesprogramme für den Sport wenden sich an alle Facetten des organisierten Sports in Hessen. Der Anteil der Sportförderung an den Umsätzen der Zahlenlotterie und an den Sportwetten bleibt erhalten.

Die Umweltpolitik der Hessischen Landesregierung orientiert sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, die auf den Ausgleich zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen setzt. Ökonomie und Ökologie sind für uns keine Gegensätze. Umweltpolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik. Sie braucht auch unter diesem Gesichtspunkt die Akzeptanz der Menschen im Land.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Auch in der Umweltpolitik werden wir neue Wege gehen, indem wir die Eigenverantwortung stärken und unnötige Kontroll- und Überwachungsbürokratie zurückführen. Unser Ziel ist eine "Umweltallianz auf Gegenseitigkeit". Die neue Landesregierung setzt auf eine gute Partnerschaft mit allen in Umweltfragen Beteiligten, von Wirtschaft und Gewerkschaften über Wissenschaft bis hin zu den Umweltverbänden. Wir sind zuversichtlich, dass die hessische Wirt-

schaft uns durch eigenverantwortliche Leistungen in dem Bemühen unterstützen wird, eine moderne Umweltpolitik in Hessen voranzubringen sowie hohe Umweltstandards zu festigen und fortzuentwickeln. Im Gegenzug dazu wird die Landesregierung alle Spielräume zur Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung prüfen.

Die Sanierung von Altlasten wollen wir verursacherorientiert und unter finanzieller Beteiligung der Wirtschaft voranbringen. Im Bereich der Abfallpolitik werden wir die Eigenverantwortung von Abfallerzeugern und -entsorgern stärken und bürokratische Hemmnisse abbauen. Wir sind uns bewusst, dass befriedigende und dauerhafte Lösungen für unsere heutigen Abfallprobleme nur im Konsens mit allen Beteiligten erreichbar sind.

Eine Schlüsselrolle für die Umwelt nimmt die Energiepolitik ein. Wir brauchen einen sparsamen Umgang mit Ressourcen ebenso wie Sicherheit und günstige Energiepreise. Dabei setzen wir auch auf eine verstärkte Nutzung von alternativen Energien.

Mit uns gibt es keine ideologische Energiepolitik. Ein Ausstieg aus der Kernenergie ohne berechenbare, umweltschonende und konkrete Perspektiven wäre unverantwortlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Lande, gerade auch wenn wir das Wohl der kommenden Generationen dabei bedenken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kraftwerksblöcke Biblis A und Biblis B werden nach dem derzeitigen Meinungsstand der Landesregierung weiter betrieben. Die am letzten Tag der rot-grünen Landesregierung beschlossene Stilllegungsvorlage wird sorgfältig geprüft, ändert jedoch zunächst an der Einschätzung der neuen Landesregierung nichts.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ideologie! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ach, Herr Schmitt, Sie vertreten ja in dieser Frage alle verfügbaren Meinungen, je nachdem, ob Sie im Landkreis oder im Hessischen Landtag sind.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Gäbe es tatsächlich Besorgnisse wegen möglicher Sicherheitsmängel, so hätten doch die aus Wiesbaden nach Bonn gewechselten Staatssekretäre und Abteilungsleiter für die Atomaufsicht im jetzigen Bundesumweltministerium sicher auch in den ersten sechs Monaten ihrer Amtszeit - und nicht nur in den letzten drei Tagen der ersten sechs Monate ihrer Amtszeit - Gelegenheit gehabt, der rot-grünen Hessischen Landesregierung eine Stilllegung zu ermöglichen, wenn es denn so dringlich gewesen wäre.

Allerdings, es muss klar sein, dass es mit dieser Landesregierung keinen Rabatt in Sicherheitsfragen für Betreiber geben wird. Der Zustand, dass eine rot-grüne Landesregierung und grüne Umweltminister den Betreibern der Anlagen rechtlich ermöglicht haben, acht Jahre lang ohne sicherheitserhöhende Investitionen, wie sie zeitgleich in allen anderen Kraftwerken der Bundesrepublik Deutschland realisiert worden sind, auszukommen, zeigt, wie falsch der Ansatz und wie schlecht die Frage von Sicherheit in ihren Händen aufgehoben war.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir werden die Genehmigungsanträge für die Ausführung der Auflagen für Biblis A auf technisch neuestem Stand zügig bescheiden.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum sagen Sie die Unwahrheit?)

Nur wenn wir an der Option der friedlichen Nutzung der Kernenergie festhalten, werden wir unserer ökologischen, ökonomischen, industrie- und auch entwicklungspolitischen Verantwortung gerecht.

Die Anliegen der hessischen Landwirtschaft haben wir wieder in einem Ministerium zusammengeführt, in dem alle Flächenfragen verbunden sind. Fast 80 Prozent der hessischen Landesfläche wird land- und forstwirtschaftlich genutzt. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Pflege und zum Erhalt unserer schönen und vielfältigen Kultur- und Naturlandschaften. Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun, dass sich die Wettbewerbssituation der heimischen Betriebe verbessert. Wir werden dabei in der Funktion als Berater der hessischen Landwirtschaft wieder ein wettbewerbsneutraler Berater der Landwirtschaft sein. Der Öko-Bauer hat in Hessen seinen selbstverständlichen Platz. Aber er ist im Wettbewerb der Landwirtschaft nicht das Maß aller Dinge. So werden wir wieder fair mit der Landwirtschaft umgehen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die weltweit zunehmende Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Holz und Agrarprodukten bietet aus unserer Sicht - wenn wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen - auf Dauer eine gute Perspektive auch für hessische Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sowie des Wein- und Gartenbaus. Bei der jetzt anstehenden Umsetzung der Agenda 2000 werden wir uns nach Kräften dafür einsetzen, das Bestmögliche für unsere hessische Landwirtschaft und die ländlichen Regionen in unserem Land zu erreichen. Wir wollen eine aktive Natur- und Umweltschutzpolitik. Mit der Einrichtung eines Naturparks Kellerwald lassen sich Schutz, Pflege und Nutzung unserer Ressourcen hervorragend miteinander verknüpfen.

Die Landespolitik braucht neben der Verantwortlichkeit für die einzelnen Ressorts eine verbindende Klammer. Ich denke, eine solche Klammer ist unsere kulturelle Tradition. Wir sind ein Land mit einer großen kulturellen Tradition. Kunst und Kultur sind von zentraler Bedeutung für die Lebenserfüllung und Selbstfindung des Menschen. Künstler haben zu allen Zeiten durch selbst gewählte und selbst gestaltete Tätigkeit ein Beispiel für die Fähigkeit zum Leben fernab von Normen, Dogmen und Schablonen gegeben. Kunst und Künstler geben Anstöße für Neuentwicklungen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft.

Die Kulturpolitik der neuen Landesregierung gründet in der Überzeugung, dass künstlerisches Schaffen individuelle und soziale Identität sichert, dass Kunst und Kultur für Gemeinschaft und Verständigung wesentlich sind und dass künstlerisches Schaffen und die Bildung am Kunstwerk zugleich das Verständnis und den Austausch verschiedener Kulturen fördern.

Das Kulturstaatgebot der Hessischen Verfassung verpflichtet den Staat zu einer angemessenen Unterstützung von Kunst und Kultur. Die staatliche Kulturfinanzierung ist in Hessen in den letzten Jahren jedoch erheblich reduziert worden. Mit 300 Millionen DM beträgt der Kulturanteil im Landeshaushalt nur noch 0,8 Prozent. Davon besteht die Hälfte aus der Zuführung aus dem Lotteriehauhalt. Damit ist Hessen nahezu das Schlusslicht unter allen Flächenländern der Bundesrepublik Deutschland.

Wir wollen verbesserte Bedingungen für Kunst und Kultur schaffen, weil diese Bereiche sozusagen die "Seele" unse-

res Landes darstellen. Sie sind kein "weicher" Standortfaktor allein, sondern sie sind mittlerweile auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor geworden. Jede Mark, die wir z. B. in den Denkmalschutz stecken, löst neun neue zusätzliche Mark an privaten Investitionen aus.

Kultur dient nicht nur der Verbesserung der Lebensqualität, sie stärkt auch die Innovationskraft eines modernen Landes. Darüber hinaus erfüllt sie eine wichtige soziale Funktion. So ist z. B. jede Musikschule eine Chance für junge Menschen, Kreativität, Kommunikation und Verantwortung zu trainieren, sich aktiv zu betätigen und nicht in einer passiven Rolle zu verharren.

Es wird nicht möglich sein, den Investitionsstau, der sich allein bei hessischen Theatern, Museen und denkmalgeschützten Anlagen auf fast 300 Millionen DM beläuft, nur durch staatliche Mittel zu bewältigen. Deshalb suchen wir die Kooperation mit der Wirtschaft. Wir brauchen Mäzene und Sponsoren, die sich in diesem Bereich engagieren.

(Wagner (Angelburg) (SPD): Dann klatscht doch einmal!)

Wir wollen ein Forum "Wirtschaft - Kunst" schaffen, in dem der Staat, Mäzene, Sponsoren, Stiftungen und ehrenamtlich Tätige eine Partnerschaft eingehen. Darüber hinaus wollen wir eine Kulturkommission bilden, in der Fachleute einzelner Kultursparten, aber auch außerhessische Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur vertreten sind.

(Wagner (Angelburg) (SPD): Jetzt aber!)

Diese Kommission soll Förderkonzepte - angefangen von der Musik über die Theater und Museen bis hin zur bildenden Kunst - entwickeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den nächsten vier Jahren wollen wir ganz konkrete Entscheidungen für die Zukunft unseres Bundeslandes im 21. Jahrhundert durchsetzen. Wir werden dies als Landesregierung natürlich nicht im Alleingang tun können.

(Wagner (Angelburg) (SPD): Sie heben sich alles für den Schluss auf!)

Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und F.D.P. waren getragen vom Geiste gegenseitigen Verständnisses und guter Partnerschaft. Einen ähnlich partnerschaftlichen Stil wollen wir auch im Umgang mit anderen pflegen. Deshalb geht meine herzliche Bitte an alle, die zum Gelingen unserer Arbeit beitragen können, dass sie uns nach Kräften unterstützen.

Ich nenne zuerst die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Landesverwaltung. Die Erfahrungen bei unserer Zusammenarbeit während der vergangenen beiden Wochen waren durchweg ermutigend. Sie haben inzwischen erfahren, dass wir auf Sachkompetenz sowie auf ihre vorbildliche Arbeit aus den vergangenen Jahren gern zurückgreifen. Ich vertraue auch weiterhin auf ihre faire und loyale Mitarbeit.

Sodann nenne ich Verbände, Vereinigungen und Organisationen, die Kirchen und die sozialen Einrichtungen in unserem Land. Wir sind auch auf ihren fachlichen Rat angewiesen und werden darauf immer wieder gern zurückkommen. Ich freue mich über die Offenheit und Hilfsbereitschaft, die ich schon in den ersten Tagen nach meiner Wahl zum Ministerpräsidenten erfahren habe. Ich hoffe, dass viele Gesprächskontakte in Zukunft noch enger geknüpft werden.

Unser Ziel ist Kooperation, nicht Konfrontation. Das wird nicht alle Meinungsverschiedenheiten ebnen und genug Betätigungsfelder für eine Opposition lassen.

(Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr schön!)

Eine Regierung, die es allen recht machen will, wird am Ende nur einheitlich alle Meinungen gegen sich haben. Es ist meine Absicht, auch kontroverse Dinge mit den Betroffenen zu besprechen, damit niemand in der Gefahr steht, dass über ihn entschieden wird, ohne dass er eine Chance hatte, vorher gehört zu werden. So werden wir den Stil des politischen Dialogs in Hessen beginnen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Wagner (Angelburg) (SPD): Das hat aber lange gedauert!)

Schließlich wende ich mich auch an alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Viele von ihnen tragen durch ihr Engagement in Vereinen, Verbänden und Kirchen unendlich viel Positives zu unserem Gemeinwesen bei. Ich wünsche mir und wir wünschen uns, dass es noch viel mehr werden, damit der Traum von der aktiven Bürgergesellschaft, in der nicht jeder auf den Staat wartet, sondern selbst Initiative zeigt, immer mehr Wirklichkeit wird. An Chancen dazu soll es nicht mangeln.

Die unterschiedlichen Vorschläge, Initiativen und Gedanken der neuen Landesregierung lassen sich in drei zentralen Grundsätzen zusammenfassen: Wir setzen auf mehr Freiheit statt vieler Vorschriften und Gängelung. Wir setzen auf Stärkung der Eigenverantwortung statt Umverteilung. Wir setzen auf eine aktive Bürgergesellschaft, in der die Menschen ihre Angelegenheiten möglichst aus eigener Kraft und für ihren Bereich regeln.

In dieser Regierungserklärung ist nicht alles beschrieben, was in Hessen in den nächsten Jahren geschehen wird. Vieles von dem, was wir zu tun haben werden, kann heute noch niemand genau wissen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Politik dieser Landesregierung sich an diesen einfachen und klaren Prinzipien orientieren will - wie auch immer die neuen Probleme der Zukunft beschaffen sein mögen.

Diese Prinzipien erwachsen nicht aus sich selbst. Sie sind die Säulen einer im besten Sinne wertgebundenen Politik. Sie versuchen zu formulieren, was unsere Gesellschaft am Ende des 20. Jahrhunderts auch für die nächste, gut ausgebildete, in Freiheit und Wohlstand groß gewordene Generation wieder interessant, faszinierend und überzeugend machen kann.

(Wagner (Angelburg) (SPD): Jetzt kommt die Wolke!)

Genau das muss politisches Handeln nämlich sein: überzeugend!

Bischof Karl Lehmann hat in seiner Predigt während des ökumenischen Gottesdienstes zur Eröffnung der 15. Wahlperiode des Hessischen Landtags gesagt:

... die Politik wird an Maßstäbe gebunden, über die sie nicht verfügen kann und die ihr entzogen sind.

Diese Grundwahrheit müssen wir uns immer wieder in Erinnerung rufen. Eine menschliche Gesellschaft bleibt Illusion, wenn der Einzelne den Sinn seines Lebens zuerst in der Erfüllung seiner Ansprüche und nicht auch im Dienst am Mitmenschen und des Allgemeinwohls sieht. Gerade in der freiheitlichen Gesellschaft ist die Besinnung auf Werte und Tugenden, die den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens fördern und stärken, unverzichtbar.

Auf diesem Fundament tritt die neue Landesregierung Ihnen als Abgeordneten des Hessischen Landtags gegenüber. Wir werden das Wohl dieses Landes nach bestem Wissen mehren. Wir werden bemüht sein, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Wir wollen fleißig, dialogfreudig, aber auch mit festem Willen an die Arbeit gehen. Wir bitten um Ihre kritische Begleitung. Wir bitten auch um Ihre Duldsamkeit, denn fehlerlos werden auch wir nicht sein. Aber wir gehen in dem Geiste zu Werke, dass es eine Freude ist, für unsere gemeinsame Heimat zu arbeiten. - Ich danke Ihnen.

(Wagner (Angelburg) (SPD): Und jetzt auf! - Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P.))

Präsident Möller (Gießen):

Meine Damen, meine Herren, das Wort hat Herr Kollege Clauss, der Vorsitzende der SPD-Fraktion.

Clauss (SPD):

Herr Landtagspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich an Sie wenden, Herr Ministerpräsident. In der Tat, Sie haben am 7. Februar dieses Jahres mit Ihrer schwarz-blaugelben Koalition die Wahl knapp gewonnen.

(Zuruf von der CDU: Knapp, aber gerecht!)

3.106 Stimmen - das sind 0,1 Prozent der hessischen Wählerinnen und Wähler und 0,07 Prozent der Wahlberechtigten - gaben den Ausschlag. Das muss immer wieder in Erinnerung gerufen werden.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihrer Regierung dazu gratuliert. Wir Sozialdemokraten wünschen auch unter Ihrer Regierung unserem Hessenland eine gute Zukunft.

Meine Damen und Herren von der CDU und F.D.P., in den zurückliegenden acht Jahren haben Sie sich als Opposition oftmals schmutziger Mittel bedient.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Ihr Stil war geprägt von Diffamierung, von persönlichen Angriffen, von organisierten Schlammschlächten und von dem Instrument der Skandalisierung der Landespolitik.

Das war der Stil, mit dem Sie Opposition betrieben haben. Sie haben unser Land schlecht geredet und versucht, das Erfolgsland Hessen zu diskreditieren. Außer einem Rekord an Untersuchungsausschüssen hatten Sie nichts, aber auch gar nichts vorzuweisen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie haben das getan, um zu verbergen, dass Sie kein eigenes Konzept für Hessen hatten und bis heute noch keines haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe Ihre Koalitionsvereinbarung aufmerksam studiert.

(Heidel (F.D.P.): Sehr gut!)

Herr Ministerpräsident, ich habe Ihrer zweistündigen Rede heute aufmerksam zugehört. Das ist nichts anderes als ein unverbindlicher Warenhauskatalog, bei dem sich jeder nach

Beliebigkeit bedienen kann, ohne dass eine Konzeption zu erkennen ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Stil, den Sie als Opposition praktiziert haben, haben Sie auch im Wahlkampf fortgesetzt - ein Wahlkampf, der nicht in erster Linie mit hessischen Themen geführt wurde.

(Irmer (CDU): Das sagen die Richtigen!)

Selbst Dr. Hugo Müller-Vogg - er ist bestimmt keiner, der uns Sozialdemokraten nahe steht -

(Hahn (F.D.P.): Das stimmt!)

kam in einem Artikel in der "FAZ" am 8. April 1999 zu dem Ergebnis:

Zweifellos haben Stimmungen und Ereignisse das Wahlergebnis vom 7. Februar beeinflusst, die mit der Landespolitik im engeren Sinne nur wenig zu tun haben.

So weit die "FAZ".

(Lortz (CDU): Das war schon immer so!)

Herr Ministerpräsident Koch, es ist Ihnen und Ihrer Partei gelungen, mit einem sensiblen innenpolitischen Thema eine Wahlkampagne vom Zaun zu brechen, die seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ihresgleichen sucht.

(Beifall des Abg. von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Debatte um die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts hat Herrn Schäuble, Herrn Stoiber und insbesondere auch Sie, Herr Koch, veranlasst, keine sachliche Diskussion zu führen. Sie haben - das will ich zugegebenermaßen anerkennen - die Lücke erkannt und eine Unterschriftenkampagne vom Zaun gebrochen und diese, selbst gegen die überwiegende öffentliche Meinung einschließlich der konservativen Medien, durchgezogen.

(Lortz (CDU): Komm, komm!)

Lassen Sie mich ganz offen feststellen: Die Art und Weise, wie dies geschah, war weitgehend unanständig und schäbig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ihre Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer haben rassistische Vorurteile, ausländerfeindliche und antisemitische Ressentiments zumindest billigend in Kauf genommen. Das ist in einer Demokratie ein verhängnisvoller Vorgang.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Debatte ist es Ihnen aber nicht in erster Linie um die Sache gegangen. Auch heute geht es Ihnen noch nicht um die Sache. Es ging einzig und allein darum, mit gezielter Desinformation unterschwellige Ängste und Fremdenfeindlichkeit zu schüren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Irmer (CDU): Schwachsinn!)

- Herr Kollege, ausgerechnet Sie werfen das dazwischen. Sie haben ein besonderes Beispiel dafür abgegeben, wie tief man als Demokrat hinabsteigen und Instinkte freisetzen kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Irmer (CDU): Sogar SPD-Leute haben unterschrieben!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben damit Ihre Partei, die CDU/CSU, weit nach rechts gerückt und sich in die übelste und unselige Tradition der deutschen Rechten in diesem Jahrhundert gestellt. Sie haben sogar in Kauf genommen, dass sofort nach dem Start der Unterschriftenaktion die Republikaner, die DVU und die NPD lauthals Beifall geklatscht und angekündigt haben, Ihnen inhaltlich und organisatorisch unter die Arme zu greifen. An Ihrer Stelle würde ich mich für den Zuspruch solcher Bündnispartner schämen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Kartmann (CDU): Sie wurden nicht so stark! - Hahn (F.D.P.): Also Wahlergebnis zurückgeben?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wichtige gesellschaftliche Institutionen in unserem Lande, insbesondere die Gewerkschaften, die katholische und die evangelische Kirche, Wohlfahrtsverbände und Ausländerbeiräte, haben Ihre Kampagne kritisiert. Die CDU hat diese Kampagne teilweise bis zum heutigen Tag fortgesetzt, obwohl Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Kolleginnen und Kollegen wissen, dass in der Zwischenzeit im Bundestag ein ganz anderer Gesetzentwurf diskutiert wird.

(Boddenberg (CDU): Warum wohl?)

Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie es mit solchen Kampagnen schaffen, bei Landtagswahlen zu punkten, ist das vielleicht noch hinnehmbar. Sie haben es aber zu verantworten, dass damit in unserem Land ein Klima und eine Atmosphäre gefördert werden, die leider das Schlimmste befürchten lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Unterschriftenaktion nur noch ein Zitat Ihres Parteifreundes Michel Friedman, der im "Berliner Tagesspiegel" erklärt hat:

Es ist doch der Gipfel der Heuchelei, wenn die CDU behauptet, diese Unterschriftensammlung im Interesse der Ausländer zu machen.

So weit Ihr eigener Parteifreund.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident Koch, Sie haben den Ausgang der Wahl in Hessen als großen Sieg Ihrer Unterschriftenaktion gefeiert. Nach meiner Lebenserfahrung gibt es auch Siege, die schlimmer sein können als Niederlagen. Lassen Sie mich ganz offen sagen: Auf der Arbeit Ihrer Regierung, die Sie vor dem Hintergrund dieses durch einen schmutzigen Wahlkampf errungenen Sieges gebildet haben, wird kein Segen liegen.

(Prof. Dr. Hamer (CDU): Ein sehr schlechter Verlierer!)

Wir Sozialdemokraten können nur hoffen und wünschen, dass es Ihrem Koalitionspartner gelingt, den von Ihnen eingeschlagenen Weg nach rechts zu stoppen und Sie wenigstens in einigen Fragen zur Vernunft zu bringen.

Frau Wagner, wir sind gespannt darauf, ob es Ihnen gelingt, die Position Ihres Generalsekretärs Dr. Westerwelle durch-

zusetzen, der in der Debatte des Deutschen Bundestages am 19. März dieses Jahres u.a. erklärte:

Diese Reform,

- das ist die, die zurzeit in den Gremien des Bundes diskutiert wird -

dies ist aus Sicht der Freien Demokraten besonders wichtig, wird von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert. Die Kräfte der Vernunft haben sich zu einem Bündnis der Vernunft zusammengefunden, um für eines der wichtigsten gesellschaftspolitischen Vorhaben unserer Zeit eine Mehrheit in den Gesetzgebungsorganen sicherzustellen.

So weit Guido Westerwelle.

(Hahn (F.D.P.): Guter Mann!)

Wir hoffen im Interesse der Betroffenen, dass sich die F.D.P. in dieser Frage in der Koalition durchsetzen wird.

(Beifall bei der SPD - Ministerin Wagner: Gegen die SPD!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der über 50-jährigen Geschichte unseres Landes waren es Sozialdemokraten, die Hessen im Konzert der Bundesländer in fast allen Politikfeldern - entgegen Ihrer Behauptung heute in der Regierungserklärung - nach vorn und an die Spitze gebracht haben. Wir sind stolz darauf, dass Hessen in allen gesellschaftlichen Feldern an der Spitze liegt und vorn ist. Hessen ist das wirtschaftsstärkste Flächenland in Deutschland. Hessen ist das Land der Forschung und Hochtechnologie. Hessen ist das Land mit der höchsten Produktivität in Deutschland. Hessen ist das Land, das seit 50 Jahren unter sozialdemokratischer Verantwortung systematisch Chancengleichheit gewährt hat. Hessen ist das Land der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Erneuerung. Diese Entwicklung haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten maßgeblich geprägt.

(Beifall bei der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger Hessens haben in der 50-jährigen Geschichte unseres Landes der SPD ihr Vertrauen geschenkt und sie beauftragt, dieses Land in der Mitte Deutschlands und Europas zu führen. Wir sind stolz, dass von Georg August Zinn über Albert Osswald, Holger Börner und in den letzten acht Jahren Hans Eichel sozialdemokratische Ministerpräsidenten und die Sozialdemokratische Partei in unterschiedlichsten Koalitionen unser Land gestalten konnten. Hans Eichel und sein Regierungsteam haben in den vergangenen acht Jahren an der erfolgreichen Tradition sozialdemokratischer Regierungen in Hessen angeknüpft.

(Beifall bei der SPD)

Für die sozialdemokratische Fraktion darf ich Hans Eichel und den Mitgliedern seines Kabinetts für diese landespolitische Arbeit und die gute landespolitische Bilanz ganz herzlich Dank sagen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch unter veränderten Rahmenbedingungen ist Hessen das Land geblieben, in dem Weltoffenheit und Toleranz mit sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Vernunft und wirtschaftlicher Stärke verbunden sind. Richtig ist, dass unser Land vor neuen Herausforderungen an der Schwelle des Jahrhunderts steht.

Die Entwicklungen hin zur globalisierten Weltwirtschaft machen auch vor Hessen nicht Halt. Wir alle sind aufgerufen, diese Entwicklung positiv zu gestalten. Dabei muss die Rolle des Landes im Verhältnis zum Bund und zu den anderen Ländern neu definiert werden. Es war Ministerpräsident Eichel, der in seiner Antrittsrede als Bundesratspräsident hierzu grundlegende Ausführungen gemacht hat, die ich in diesem Zusammenhang gern in Erinnerung rufen möchte.

Wir bekennen uns zur Solidarität mit wirtschaftsschwächeren Ländern, vor allem auch mit denen in Ostdeutschland. Wir Sozialdemokraten halten Ihre Vorwürfe, Herr Ministerpräsident, gegenüber den ostdeutschen Ländern im Hinblick auf das, was Sie Misswirtschaft nennen, für völlig unbegründet und deplaciert.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen scheinen Sie auch ein eigenartiges Demokratieverständnis zu haben - nach dem Motto: "Wenn mir das Wahlergebnis nicht gefällt, dann werde ich mich mit der finanzwirtschaftlichen Peitsche entsprechend verhalten." Das ist bisher im Verhältnis zu den Ländern nicht der Fall gewesen. Das ist ein unglaublicher Vorgang und ein Ausrutscher. Ich hoffe, dass bei Ihrem Blitzbesuch in Thüringen Ministerpräsident Vogel auch diese Frage erörtert und Ihnen klar gemacht hat, dass man so nicht miteinander umgehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Solidarität mit den wirtschaftsschwächeren Ländern, die wir wollen, darf nicht dazu führen, dass die Teile unseres Landes - das will ich unmissverständlich sagen -, die an der Grenze zu Thüringen liegen, durch die höchst unterschiedlichen Fördermöglichkeiten einen eklatanten Nachteil erleiden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber das ist etwas anderes, als wenn ich die Mittel, die ich an die anderen Länder gebe, nur mit politischem Wohlerhalten verbinde. Deswegen ist das ein sehr ernst zu nehmendes Thema. Hier ist aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf gegeben, vor allem auch vor dem Hintergrund der Neuordnung der Förderkulisse und Förderinstrumentarien in Europa.

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten haben am 7. Februar 1,4 Prozent mehr Wählerstimmen bekommen als bei der Wahl vor vier Jahren. Wir haben also unter Hans Eichel Stimmen dazugewonnen. Die Bürgerinnen und Bürger waren mit unserer landespolitischen Bilanz offensichtlich zufrieden. Trotzdem haben wir die Regierungsmehrheit verloren, weil es unserem Koalitionspartner nicht gelang, das Vertrauen seiner Wählerinnen und Wähler zu erhalten. Meine Partei war nicht in der Lage, die Schwächen des Koalitionspartners BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN völlig auszugleichen. Wir Sozialdemokraten haben das Wahlergebnis zu akzeptieren. Daran ist überhaupt nicht zu zweifeln. Wir gehen mit aufrechtem Gang in die Opposition und werden mit großem Selbstbewusstsein diese staatspolitische Aufgabe übernehmen und erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Grundlage unserer Oppositionsarbeit ist unser Programm für die Landtagswahl 1999. Wir werden eine konstruktive Oppositionspolitik betreiben. Wir werden das kritisieren, was es an falscher Weichenstellung vonseiten Ihrer Koalition zu kritisieren gibt, und das ist nach den jetzigen Erkenntnissen eine ganze Menge. Wir werden Sie aber auch bei all den Vorhaben unterstützen, die unser Hessenland

weiter voranbringen. Lassen Sie mich ganz offen sagen: Unser Ziel ist es, dass wie in den vier Jahren der Regierung Wallmann/Gerhardt auch die jetzige Koalitionsregierung Koch/Wagner eine Episode bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden unsere Arbeit so anlegen, dass wir am Ende der Legislaturperiode das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler und den Auftrag, unser Hessenland wieder politisch zu führen, erneut übertragen bekommen.

Nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses vom 7. Februar bis zur Übergabe der Amtsgeschäfte an Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, wurde im Land Hessen ein Stück politische Kultur geprägt. Die Art und Weise, wie sich Ministerpräsident Hans Eichel in den letzten Wochen verhalten hat, erfüllt uns Sozialdemokraten mit Stolz.

(Beifall bei der SPD)

Er hat mit seiner Regierung und dem rot-grünen Bündnis in den letzten acht Jahren das Land in einer schwierigen Zeit vorangebracht. Die Regierung Eichel kann, wie ich bereits gesagt habe, eine stolze Erfolgsbilanz aufweisen. Auch dafür danken wir Hans Eichel und seiner Regierung. Als hessische Sozialdemokraten sind wir natürlich auch ein wenig stolz darauf, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder unseren bisherigen Ministerpräsidenten in das schwierige, aber für unsere Republik wichtige Amt des Bundesfinanzministers berufen hat. Wir wünschen Hans Eichel für die Erfüllung dieser neuen und wichtigen Aufgabe alles erdenklich Gute, persönlich viel Glück und eine gute Gesundheit sowie die stabilen Nerven, die man als Bundesfinanzminister allemal braucht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident Koch, da Sie objektiv nicht davon ausgehen konnten, die Hessenwahl zu gewinnen, haben Sie im Wahlkampf leichtfertige Versprechungen gemacht. In Ihrem Wahlprogramm sind Ziele formuliert, von denen Sie damals bereits wussten, dass sie in der Regierung nicht zu erfüllen, geschweige denn zu finanzieren sind. In Ihrer Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung vom heutigen Tage haben Sie Ihre politischen Schwerpunkte konkretisiert und erläutert. Die Kluft zwischen den vollmundigen Wahlkampfankündigungen einerseits und der Koalitionsvereinbarung und Ihrer Regierungserklärung andererseits ist bereits mehr als erkennbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es fehlt auch völlig ein schlüssiges Haushalts- und Finanzierungskonzept. Es ist sicherlich nicht übertrieben, wenn ich schon heute sage: Der Wählerbetrug ist bereits offenkundig.

(Beifall bei der SPD)

Ich will dies in meinen weiteren Ausführungen im Einzelnen noch darstellen und auch konkret begründen.

In Ihrem kleinen Büchlein, Herr Koch, das während des Wahlkampfes mit dem Titel "Vision 21" herausgekommen ist, sprechen Sie von politischen Visionen. Bei näherem Hinsehen gibt es eine große Diskrepanz zwischen den Begriffen, die Sie politisch zu besetzen versuchen, und den konkreten Aussagen. Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich ganz offen sagen: Semantik ist kein Ersatz für Politik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich hinzufügen: Die Sprache Ihrer Regierungserklärung von heute ist in vielen Bereichen verräterisch. Ich konnte gar nicht mehr verfolgen, wie viele "Offensiven" Sie angekündigt haben. Das ist eine Sprache, die man sich auf der Zunge zergehen lassen muss. Deswegen sage ich, auch Sprache hat etwas mit politischen Inhalten zu tun.

(Zuruf von der CDU: Das haben wir am Anfang der Rede gemerkt!)

Herr Ministerpräsident, Sie selbst haben sich immer dazu bekannt, dass Sie "Kohlianer" sind, dass Sie das konservative Politikmodell von Helmut Kohl als richtig erkannten und zu Ihrem eigenen machten. Wenn man Ihnen aufmerksam zuhört und das analysiert, was Sie bisher konkret ausgesagt haben, kommt man zwangsläufig zu dem Ergebnis, dass Sie ein Politikmodell vertreten, das bereits gescheitert ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie so visionär ins 21. Jahrhundert blicken, warum dann ausgerechnet mit dem Politikverständnis der Regierung Kohl? Nach 16 Jahren schwarz/blau-gelber Bundesregierung wurde dieses Modell im Herbst vergangenen Jahres von den Wählerinnen und Wählern überzeugend abgewählt.

(Beifall bei der SPD)

Die abgewählte Regierung von CDU, CSU und F.D.P. hatte ihren politischen Kredit restlos verspielt. Sie hat uns in der Bundesrepublik einen Scherbenhaufen von ungekanntem Ausmaß hinterlassen. Sie haben in Bonn eine Rekordarbeitslosigkeit von über 4 Millionen hinterlassen. Sie haben die Arbeitslosenzahl in Ihrer Bonner Regierungszeit verdoppelt und damit den Höchststand in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. Über eine halbe Million junger Menschen war ohne Ausbildung oder Arbeit.

(Zuruf von der CDU: Das haben Sie alles schon gesagt!)

- Ja, Herr Kollege, aber das muss man immer wiederholen, weil in der Wiederholung der pädagogische Effekt liegt und Sie das einfach erkennen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist in der Regierungszeit Kohl auf knapp 3 Millionen Menschen angestiegen. Das sind 220 Prozent mehr als 1980. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. In einem der reichsten Länder der Welt, nach 16 Jahren Ihrer Regierungsverantwortung sind 30 Prozent der Sozialhilfeempfänger im Westen Kinder und Jugendliche. Wenn wir in die ostdeutschen Länder schauen, dann sehen wir, dass es dort 44 Prozent sind. Das ist angesichts unseres Reichtums schlicht ein Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Eine gänzlich gescheiterte neoliberale Wirtschaftspolitik hat unser Land gespalten und zu tiefer Ungerechtigkeit geführt. Die realen Nettoeinkommen sind seit dem Beginn der Neunzigerjahre um 8 Prozent gesunken, die Gewinne netto real hingegen um über 30 Prozent gestiegen.

Die Verschuldung des Bundeshaushalts hat ein bisher nicht gekanntes Ausmaß angenommen. Sie schränkt die politischen Handlungsspielräume jeder Regierung stark ein, auch im Rahmen des föderalen Systems, nämlich der Länder.

Meine Damen und Herren, es kommt nicht von ungefähr, dass Norbert Blüm, einer Ihrer Freunde - -

(Wagner (Angelburg) (SPD): Wo ist der Ministerpräsident?)

- Ich glaube, die Herren haben genügend Stoff, um das zu beraten, was notwendig ist. Der Ministerpräsident hat sicher nicht gedacht, dass er in der ersten Sitzung des Landtags bereits Krisenmanagement machen muss.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen noch einmal sagen, Herr Ministerpräsident: Es kommt nicht von ungefähr, dass Norbert Blüm, einer Ihrer Freunde, bereits vor gut eineinhalb Jahren den Grund für die von ihm schon damals befürchtete Wahlniederlage auf den Punkt gebracht hat. Er sagte nämlich - wörtliches Zitat -:

Wir haben in Deutschland ein Problem. Das Problem heißt Gerechtigkeit.

Das ist die zentrale Auseinandersetzung, nämlich dass eine Regierung - und das haben wir auch in anderen Ländern Europas gesehen -, die jedes Gespür für soziale Gerechtigkeit vermissen lässt, von den Bürgerinnen und Bürgern gnadenlos abgewählt wird. Soziale Gerechtigkeit, und nach meinem Dafürhalten gehört dazu auch die Teilhabe an der Erwerbsarbeit, ist der entscheidende Kitt, der eine moderne Gesellschaft zusammenhält. Dieser Kitt ist unter der Regierungsverantwortung Ihrer Partei mehr als brüchig geworden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, im Hinblick auf Ihr Politikmodell und die Rolle des Staates unterscheiden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns grundlegend von Ihnen. Wir wissen aus unserer leidvollen Geschichte, dass nur ein aktiver und starker Staat, der übrigens auch über so viele Finanzmittel verfügt, wie er für die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Gemeinwesens braucht, den Bürgerinnen und Bürgern die verfassungsrechtlichen Freiheiten garantieren kann.

Das ist der Unterschied zu dem, was Sie sich als Politik vorstellen. Die im Rahmen Ihres Politikmodells verfolgte Begrenzung des Staates auf so genannte Kernaufgaben wird dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und dem Auftrag, für annähernd gleiche Lebensbedingungen in allen Landesteilen zu sorgen, eben nicht gerecht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen es daher, dass unser Ministerpräsident Hans Eichel in seiner neuen Funktion als Bundesfinanzminister eine Politik verfolgt, die in erster Linie auch zu mehr Steuergerechtigkeit in unserem Land führt.

Die Steuergesetzgebung in der Bundesrepublik ist unter Ihrer 16-jährigen Verantwortung in einem Maße verschludert, dass in der Zwischenzeit die Bürgerinnen und Bürger es als eine schreiende Ungerechtigkeit empfinden, dass im Grunde nur noch die Dummen in unserem Lande Steuern zahlen.

(Beifall bei der SPD - Kartmann (CDU): Sie zocken sie ab, und wir sind schuld? Das kann doch nicht wahr sein!)

- Hören Sie einmal zu! Wer hat denn in den letzten 16 Jahren regiert? Wer hat denn die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, dass sich Abzockermentalität breit machen konnte? Das war doch unter Ihrer Verantwortung,

Herr Kollege. Ich habe den Eindruck, Sie müssen als Fraktionsvorsitzender noch eine Menge lernen, um die richtigen Zwischenrufe zu machen.

(Kartmann (CDU): Alles Rituale!)

Bei der Steuerreform steht für uns im Mittelpunkt das entscheidende Kriterium: die wirtschaftliche Zumutbarkeit für die Steuerbürger. Deswegen ist es wichtig - das haben Sie heute mit in die Debatte eingeführt -, dass der Faktor Arbeit steuerlich entlastet wird und die Lohnnebenkosten drastisch reduziert werden. Das ist die zentrale Problematik, um die es geht.

Mit Ihrem heute vorgetragenen Steuerentlastungsmodell schaden Sie, Herr Ministerpräsident, dem Land Hessen. Sie haben hier vor dem Parlament den Eid abgelegt, Schaden abzuwenden, nicht aber, dafür zu sorgen, dass noch weniger Einnahmen in Hessen sind, als das ohnehin der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist, dass wir dringend eine Steuerreform brauchen. Aber jeder Verantwortliche weiß, dass noch weniger Steuereinnahmen für den Staat und insbesondere für die Kommunen und die Länder zum jetzigen Zeitpunkt nicht verantwortet werden können. Alle Steuerreformmodelle, die glaubwürdig sein wollen, müssen deswegen aufkommensneutral gestaltet werden.

Aufgrund der schlechten finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Bundes hatte sich die Regierung 1995 auf einen Konsolidierungsprozess verständigt und diesen auch zielstrebig umgesetzt. Es war unser Finanzminister Karl Starzacher, dem ich dafür noch einmal ganz besonders danken möchte und auch Anerkennung aussprechen möchte, der die Voraussetzungen geschaffen hat, dass wir Wort gehalten haben und einen Beitrag dafür geleistet haben, dass das Land Hessen weiterhin politisch handlungsfähig geblieben ist.

Herr Ministerpräsident, im Gegensatz zu dem, was Sie heute wieder vorzutragen versucht haben, überlassen wir Ihnen geordnete finanzwirtschaftliche Verhältnisse.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Nettoneuverschuldung blieb 1998 um 544 Millionen DM unter dem Haushaltsansatz. Wir haben bereits im vergangenen Jahr das für 1999 vorgesehene Konsolidierungsziel erreicht, den Kreditrahmen auf 1 Milliarde DM zu drücken, und die Kreditfinanzierungsquote ist gegenüber 8,9 Prozent im Vorjahr auf nunmehr 3,2 Prozent abgesenkt worden. Die Einnahmen übertrafen den Haushaltsansatz um 458 Millionen DM.

Das heißt konkret, dass die Zielvorgabe des Finanzplanungsrates, die Ausgabenzuwächse der öffentlichen Haushalte auf 2 Prozent zu begrenzen, mehr als erfüllt wurde, und das trotz der zunehmenden Belastungen durch den Länderfinanzausgleich um mehr als 7 Prozent auch im vergangenen Jahr.

Herr Ministerpräsident, Sie beginnen - das ist in Ihrer Regierungserklärung heute Morgen deutlich geworden - Ihre Regierungszeit bereits mit einem Haushaltstrick. Sie sprechen von "Altlasten der Regierung", die es schlicht nicht gibt. Sie schöpfen den vom Haushaltsgesetzgeber im Jahre 1998 eingeräumten Kreditrahmen nachträglich völlig aus - das ist die technische Formulierung -,

(Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

obwohl es aufgrund des Haushaltsabschlusses überhaupt nicht erforderlich wäre, und gehen 1999 an die Grenze der verfassungsmäßig zugelassenen Neuverschuldung.

Meine Damen und Herren, das heißt konkret, dass all das, was Sie heute und in Ihrer Koalitionsvereinbarung angekündigt haben, auf Pump und somit auf Kredit finanziert wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in dieser Frage machen Sie das Gegenteil von dem, was Sie, Herr Ministerpräsident, als Wahlkämpfer den Wählerinnen und Wählern versprochen haben. Sie haben im Wahlkampf angekündigt, die Regierungsarbeit zu straffen, die Zahl der Ministerien zu verkleinern und den Regierungsapparat insgesamt schlanker zu machen.

(Fuhrmann (SPD): Das Ergebnis ist sichtbar!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die politische Realität ist eine völlig andere, wie man sieht: Durch die Schaffung eines Bundesrats- und Europaministeriums, mit dem Sie den Chef der Staatskanzlei beauftragt haben, und die Berufung von zwei Staatssekretären im Ministerium von Herrn Dietzel haben Sie das Gegenteil getan. Es ist natürlich nahe liegend zu fragen, ob Sie dem neuen Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten so wenig zutrauen, dass er zwei Staatssekretäre braucht - um nur einen Punkt zu kommentieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Zusammensetzung des Kabinetts und der Riege der Staatssekretäre möchte ich nur anmerken, dass dabei deutlich wird, dass offensichtlich die Frauen im konservativen Lager wenige Chancen haben.

(Beifall bei der SPD)

Es fällt auf, dass die Frauen, und die gibt es ohne Zweifel auch innerhalb der Union, nur geringfügige Chancen haben, Führungsverantwortung zu übernehmen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie heute in Ihrer Regierungserklärung über Frauenförderung reden, dann ist das nicht sehr glaubwürdig, wenn nicht einmal in dem Bereich, in dem Sie die unmittelbaren Entscheidungen treffen können, dies entsprechend zum Ausdruck gebracht wird.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abg. Fuhrmann (SPD))

Sie haben sich im Wahlkampf als weiteres Hauptziel vorgenommen, die Personalkosten, und zwar konkret den Personalkostenanteil am Haushalt, abzusenken.

Wie dies glaubwürdig geschehen soll, wenn der Regierungsapparat aufgebläht und zusätzliche Personalkosten veranlasst werden, ist mehr als fragwürdig. Ich halte es auch für zweifelhaft - das hat nichts mit den Persönlichkeiten zu tun -, dass Sie in Ihre Staatssekretärriege Persönlichkeiten berufen haben, die sich heute bereits in einem Alter befinden, bei dem davon auszugehen ist, dass sie diese Funktion nicht einmal für die ganze Legislaturperiode wahrnehmen und auch dazu beitragen, dass zusätzliche Kosten entstehen und der Personalkostenanteil zusätzlich aufgebläht wird.

(Kartmann (CDU): Während Ihrer Regierung nichts als Entlassungen! Was hat das alles gekostet?)

Ein Blick in das Beamtenrecht reicht, um festzustellen, was es bedeutet, wenn Sie einen 62-Jährigen berufen, wenn der

das entsprechende Alter erreicht hat und die Legislaturperiode andauert.

(Kartmann (CDU): Gut muss er sein!)

Herr Kollege, deswegen ist das ein Vorgang, den wir sehr fragwürdig finden und der einfach thematisiert werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze stehen nach wie vor im Vordergrund aller gesellschaftlichen Bemühungen. Wir halten es daher für falsch, wenn Sie sich vorgenommen haben, die Zahl der aus Steuergeldern bezahlten Arbeitnehmer drastisch zu senken. So steht es in Ihrer Koalitionsvereinbarung.

Herr Ministerpräsident, zu Ende gedacht heißt eine solche Politik schlicht, dass die Arbeitslosigkeit weiter zunimmt. Ziel einer verantwortlichen Politik muss es sein, mit den vorhandenen Mitteln mehr Menschen zu beschäftigen. Es kommt also darauf an, dass auch hier ein Stück Kultur der Solidarität weiter entwickelt wird.

Die bisherige Regierung war im Hinblick auf diesen Punkt auf einem guten Weg. Mit einer Strategie der kleinen Schritte ist es uns gelungen, im Rahmen der begrenzten landesrechtlichen Möglichkeiten einen Prozess einzuleiten, der zum Ziel hatte, mit den vorhandenen staatlichen Mitteln mehr Menschen eine Beschäftigungsperspektive zu eröffnen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang sagen, es ist dringend notwendig, dass wir in unserem Lande eine Teilkultur entwickeln, die in anderen europäischen Ländern ausgeprägter ist, und dass wir dieser Kultur auch ein wenig zum Durchbruch verhelfen.

Frau Kollegin Wagner, ich möchte in Erinnerung rufen: Gerade Sie waren es erfreulicherweise, die sich in der zurückliegenden Legislaturperiode in der Rolle als Opposition dieses Themas mehrfach angenommen und es auch thematisiert haben. Nun machen Sie in der Regierungsverantwortung genau das Gegenteil.

Mir ist sehr wohl bewusst, dass die Möglichkeiten eines einzelnen Landes dabei begrenzt sind. Lassen Sie mich deswegen ganz offen sagen, dass es dringend darauf ankommt, dass die öffentlichen Arbeitgeber - Bund, Länder und Kommunen - erkennen, dass eines der zentralen Hemmnisse der weiteren Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft die derzeit starren beamtenrechtlichen Vorschriften sind.

(Beifall bei der SPD)

Diese gilt es zu lockern und den nach 50 Jahren überbordenden Bundes-Angestelltentarifvertrag grundlegend zu modernisieren.

(Beifall bei der SPD)

Das wird der jetzigen Bundesregierung nur gelingen, wenn auch die Länder ihren Beitrag dazu leisten. Deswegen will ich diesen Punkt dringend anmahnen, denn ein modernes öffentliches Arbeits- und Dienstrecht zu schaffen, das den Herausforderungen des kommenden Jahrhunderts bei dem weiteren europäischen Einigungsprozess und der globalen Herausforderung gerecht wird, ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben überhaupt.

Ich will das nur an einigen Beispielen konkretisieren. Zur Tatsache, dass Sie die 80-Prozent-Lehrerarbeitsverhältnisse alle aufstocken und künftig - das muss man denjenigen sagen, die meinen, sie hätten dadurch Vorteile - Vollzeitkräfte im Angestelltenverhältnis auf Zeit beschäftigen wollen: Ich weiß nicht, ob schon allen klar geworden ist, dass es besser ist, eine 80-Prozent-Tätigkeit zumindest für die ersten fünf Jahre mit der Perspektive zu haben, diese dann aufgestockt zu bekommen und einen Dauerarbeitsplatz zu haben, gegenüber einem Angestelltenverhältnis auf Zeit.

(Hahn (F.D.P.): Das heißt "auch" und nicht "entweder oder"!)

- Herr Kollege Hahn, nicht "entweder oder", sondern ich will nur darauf hinweisen, und das ist mein Thema, dass Sie - wenn Sie dies abschaffen im Hinblick auf die, die bisher drin sind, wenn Sie die Teilzeit aufstocken und das übertragen auf die vier Jahre der Legislaturperiode für alle, die ausscheiden, die Sie ersetzen wollen, und für die, die Sie zusätzlich einstellen wollen - mathematisch gesehen rund 3.000 jungen Leuten, die sich heute im Lehramtsstudium oder im Referendariat befinden, nicht die Möglichkeit schaffen, künftig einen Arbeitsplatz zu haben. Das heißt, Sie verbauen 3.000 jungen Leuten in Hessen die Zukunft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU und der F.D.P.)

Dem Ziel der Vollbeschäftigung werden wir nur näher kommen, wenn die privaten und öffentlichen Arbeitgeber ihrer Verantwortung für Ausbildung und Beschäftigung gerecht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, angesichts der enormen Leistungen in Hessen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs ist eine Reform desselben dringend notwendig. Hessen hat von 1987 bis 1997 mit 21,7 Milliarden DM den absolut höchsten Betrag zum Länderfinanzausgleich geleistet. 1997 hat Hessen ein Viertel des gesamten Länderfinanzausgleichs bestritten.

Herr Ministerpräsident, wenn es also noch eines Beweises bedürfte, dass Hessen unter der Regierung Hans Eichel das wirtschafts- und steuerstärkste Land war, dann ist er anhand der Zahlen des Länderfinanzausgleichs erbracht. Wir waren die größten Zahler - weit vor allen anderen Ländern.

Hessen hatte 1997 mit seiner Finanzkraft vor dem Finanzausgleich 17,3 Prozent über dem Pro-Kopf-Durchschnitt aller Länder gelegen. Nach dem Länderfinanzausgleich, den Bundesergänzungszuweisungen und der Umsatzsteuerverteilung liegt Hessen allerdings 2,3 Prozent unter dem Pro-Kopf-Durchschnitt. Wir fallen in der Reihenfolge der Finanzkraft auf den siebten Platz zurück - ein Zustand, der auf Dauer nicht aufrechterhalten bleiben kann.

Wir begrüßen es daher, dass die Regierung Hans Eichel den Weg nach Karlsruhe zum Bundesverfassungsgericht gegangen ist. Herr Ministerpräsident, wir legen Wert darauf, dass der Gang nach Karlsruhe mit Argumenten begründet wurde, die hessischen Interessen dienen. Wir begrüßen es, dass Sie diesen Prozess weiterführen wollen. Wir warnen Sie aber dringend davor, sich zu sehr in das Boot der Länder Baden-Württemberg und Bayern zu begeben,

(Beifall bei der SPD)

wobei ich nur am Rande anmerken möchte, dass Bayern überhaupt keinen Grund hat, sich über Solidarität zu beschweren. Es war jahrzehntelang ein Nehmerland. Bayern wäre nicht das geworden, was es heute ist, wenn das Land Hessen nicht auch in der Vergangenheit Hauptzahler im Länderfinanzausgleich gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten vertreten die Position, dass ein stärkerer, auf Wettbewerb angelegter Föderalismus es ermöglichen würde, neue Wege in einzelnen Ländern zu erproben, Wege mit erfolgreichen Aufgabenlösungen zu finden und zu übernehmen, aber auch Folgewirkungen von Fehlschlägen zu begrenzen. Was wir wollen, ist ein Föderalismus, der dem Bund, den Ländern und den Gemeinden klar abgrenzbare Kompetenzen gibt und auch die Finanzmittel klar abgrenzbar zuweist, dass die jeweilige Verantwortung klar definiert werden kann.

Meine Damen und Herren, Europa wächst zusammen. Europäische Politik ist in zunehmendem Maße Innenpolitik geworden, die von den Mitgliedstaaten gemeinsam gestaltet wird. Uneingeschränkte nationale Souveränität tritt in den Hintergrund. Zugleich wächst aber die Bedeutung der Regionen.

Hessen ist eine der wirtschaftsstärksten Regionen in Europa. Darauf sind wir Sozialdemokraten sehr stolz. Das Rhein-Main-Gebiet rangiert neben den Großräumen London, Paris und Mailand an der Spitze der wirtschaftsstärksten Regionen in Europa. Die Regierung Eichel hat als Erste von den Landesregierungen in Brüssel ein eigenes Büro eröffnet, das als Servicezentrum insbesondere auch für die hessische Wirtschaft und die Kommunen zur Verfügung steht.

Dieses Engagement muss weiter ausgebaut werden. Dazu gehören auch die Pflege und der Ausbau unserer freundschaftlichen Beziehungen auf vielen Gebieten, insbesondere auch mit unseren Partnerregionen Emilia-Romagna in Italien und der Aquitaine in Frankreich.

Hessen muss im europäischen Prozess nach wie vor eine aktive Rolle spielen. Als wirtschaftsstärkstes Bundesland mit dem Finanzplatz Frankfurt und dem Sitz der Europäischen Zentralbank muss Hessen ein weltoffenes und europafreundliches Land bleiben. Herr Ministerpräsident, Sie sollten sich die mahnenden Worte des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Wim Duisenberg, hinter die Ohren stecken, die dieser anlässlich des Neujahrsempfangs im Römer der Stadt Frankfurt gesagt hat. Denn er hat das zum Ausdruck gebracht, was hessische Tradition ist, nämlich Weltoffenheit, Liberalität und Toleranz. Sie haben unser Land immer geprägt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig, dass die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und die Arbeitsplätze, die hier geboten werden können, in besonderem Maße auch von der Sicherung einer leistungsfähigen und vernetzten Verkehrsinfrastruktur abhängen. Dabei spielt der Frankfurter Flughafen natürlich eine herausragende Rolle. Der ehemalige Verkehrs- und Wirtschaftsminister Lothar Klemm hat in den zurückliegenden Jahren durch seine Politik die zentrale Funktion des Frankfurter Flughafens mit wichtigen Entscheidungen unterstützt, wie dem Bau der ICE-Trasse, der Cargo City Süd und dem Kapazitätssteigerungsprogramm. Er hat damit dazu beigetragen, dass der

Flughafen Rhein-Main im Konzert der Weltflughäfen in der ersten Liga mitspielt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden eine Wirtschaftspolitik unterstützen, die die vielfältigen, hochproduktiven Strukturen in der Rhein-Main-Region weiter stärkt, aber auch gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit der übrigen Regionen des Landes fördert und deren Ausbau vorantreibt. Die Weiterentwicklung des Frankfurter Flughafens ist dabei natürlich ein Schlüssel von besonderer Bedeutung.

Eine integrierte Verkehrspolitik, wie sie durch den Bau des ICE-Bahnhofs am Flughafen in Ansätzen realisiert wird, ist im Hinblick auf alle Verkehrsträger unabdingbar. Zu einer integrierten Verkehrspolitik gehört vor allem auch die verstärkte Kooperation zwischen den deutschen Flughäfen. Die Kooperation zwischen den Flughäfen Frankfurt und Köln-Bonn wird durch die ICE-Verbindung zusätzliche Kapazitäten erschließen können. Die Regierung Eichel hat immer erklärt, dass sie nach Lösungswegen im Konsens mit allen Beteiligten sucht. Die Menschen in der Rhein-Main-Region sind dabei natürlich unterschiedlich betroffen, und sie werden unterschiedlich belastet. Ein schwieriger Abwägungsprozess zwischen den unmittelbaren Interessen ist daher unumgänglich. Wir Sozialdemokraten wollen größtmögliche Chancen für zukünftige Arbeitsplätze, aber auch gleichzeitig keine unzumutbaren Belastungen für die Bewohnerinnen und Bewohner der Region. Dies ist ein schwieriger Abwägungsprozess, der vorzunehmen ist. Wir haben es daher von Anfang an begrüßt, dass Herr Ministerpräsident Eichel ein Mediationsverfahren in Gang gesetzt hat. Wer die Presse, vor allen Dingen auch in diesen Tagen, liest, weiß, dass dies sehr ernst genommen wird, auch wenn es mehr Geld kostet. Es werden dort sehr viele Gutachten in Auftrag gegeben, die es uns am Ende eben ermöglichen werden, diesen schwierigen Abwägungsprozess vorzunehmen.

Herr Ministerpräsident, lieber Herr Koch, ich möchte in Erinnerung rufen, dass Sie noch im Oktober des vergangenen Jahres von diesem Pult aus dieses Mediationsverfahren kritisiert haben. Sie haben es verdammt und ihm handwerkliche Mängel vorgeworfen. Gleichzeitig haben Sie der Regierung Eichel damals vorgeworfen, sie wolle mit diesem Mediationsverfahren den Entscheidungsprozess hinsichtlich des weiteren Ausbaus des Flughafens verschleppen und verzögern. Das haben Sie im Oktober des vergangenen Jahres an diesem Pult gesagt. Auch hier haben Sie die Wählerinnen und Wähler in Hessen getäuscht. In Ihrer Koalitionsvereinbarung kamen Sie zu dem Ergebnis, dass das von uns eingeleitete Mediationsverfahren nicht nur fortgesetzt werden soll, sondern dass der Entscheidungsprozess im Hinblick auf den Ausbau zu dem Zeitpunkt getroffen wird, den auch die Regierung Eichel vorgegeben hatte, nämlich Anfang des Jahres 2000. Das ist also deckungsgleich mit dem, was die bisherige Regierung gemacht hatte.

Lassen Sie mich ganz offen sagen: Ihre Entscheidung, den Vorsitz des Aufsichtsrates der Flughafen Aktiengesellschaft zu übernehmen, halten wir für falsch. Warum? - Nach geltendem Aktienrecht haben Sie dann in erster Linie die Interessen der FAG zu vertreten. Als Ministerpräsident sind Sie aber aufgerufen, einen Gesamtausgleich aller Interessen in der Region herbeizuführen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Als Vorsitzender des Aufsichtsrates der FAG werden Sie dazu objektiv nicht in der Lage sein. In dieser Doppelrolle werden Sie auch nicht auf die erforderliche Akzeptanz stoßen, die in dem von Ihnen in richtiger Weise beschriebenen Dialog dringend notwendig ist. Er muss erfolgen. Ihnen aber wird man zwangsläufig unterstellen, von vornherein Partei zu sein und nicht mehr als Ministerpräsident der ehrliche Makler sein zu können, der bei diesem schwierigen Geschäft dringend notwendig ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den von Ihnen beabsichtigten Verkauf der Anteile des Landes an der Messe Frankfurt halten wir für falsch. Sie knüpfen damit an die Tradition der Herren Kanther und Wallmann an, die bereits während ihrer Regierungszeit den größten Teil des hessischen Tafelsilbers verschleudert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie heute in Ihrer Regierungserklärung beklagen, dass, historisch bedingt - das ist richtig -, das Land Hessen nie über großen Industriebesitz verfügt hat und ihn deswegen nicht, wie z. B. Bayern und Baden-Württemberg, veräußern und dann die entsprechenden Mittel nach Ihrem Schlagwort "Vermögen gegen Vermögen" für Investitionsprozesse zur Verfügung stellen kann, dann müssen wir feststellen, dass das einen weiteren Grund hat. Denn die wenigen Aktien, die wir hatten - es war ein nicht ganz unbedeutender Wert -, sind damals von Herrn Kanther in einer dilettantischen Art und Weise auf dem Markt verschleudert worden, dass heute überhaupt nichts mehr davon da ist. Das ist mit einer der Gründe dafür, warum wir in Hessen solches nicht machen können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, neben dem Frankfurter Flughafen ist die Frankfurter Messe ein wichtiges Instrument, um die Region Rhein-Main im europäischen und weltweiten Maßstab auch zukünftig gut zu positionieren. Sie haben gesagt, Sie könnten den Verkauf nur in Übereinstimmung mit der Stadt Frankfurt machen. Ich kann nur hoffen und wünschen, dass die Kommunalpolitiker in Frankfurt wissen, was die Messe in ihrer Funktion für die weitere Entwicklung der Stadt und der Region bedeutet, und dass die Kommunalpolitiker das verhindern, was Sie im Hinblick auf den Verkauf der Anteile vorhaben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hessen hat eine gut ausgebaute Infrastruktur, nicht nur in der Rhein-Main-Region. Wir Sozialdemokraten haben immer eine kommunalfreundliche Landespolitik betrieben. Dafür haben wir das Instrument des Kommunalen Finanzausgleichs genutzt. Wir sind stolz darauf, dass es uns gelungen ist, den Kommunen nach wie vor insgesamt 22,9 Prozent der Steuerverbundmasse zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf von der CDU: Meist zweckgebunden!)

- Darauf komme ich gleich. Herr Kollege, ausgerechnet Sie kommen aus einer Region, die, was weiß ich, sich gar nicht hätte entwickeln können, wenn wir nicht in den letzten 50 Jahren gezielte zweckgebundene Programme gehabt hätten.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden sich noch wundern, welchen Ball Sie sich da auf den Elfmeterpunkt gelegt haben, wenn Sie diesen ins Tor schießen wollen. Mit staatlichen und kommunalen Mit-

tein war es möglich, große Landesprogramme durchzuführen. Es waren große Landesprogramme, die den regionalen Besonderheiten Rechnung trugen. Mit ihnen konnten vor allen Dingen jahrzehntelang die Unterschiede zwischen den leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Landesteilen systematisch abgebaut werden. Durch eine systematische Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik war es möglich, regionale Entwicklungskonzepte gezielt zu fördern und diese vor allen Dingen auch mit dem Naturschutz und der Umweltpolitik zu verknüpfen. Wir halten es für falsch, dass Sie die zweckgebundenen Ansätze im Kommunalen Finanzausgleich künftig alle wegfallen lassen wollen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Programme wie die der Dorferneuerung, der einfachen Stadterneuerung und -sanierung und des weiteren Ausbaus im Altenpflegebereich, um nur einige zu nennen, sind weiterhin dringend notwendig, wenn die regionale Entwicklung nicht zu Lasten des ländlichen Raums weiter auseinanderdriften soll.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang erwähnen, dass mit diesen Programmen vor Ort zusätzliche Mittel für Investitionen mobilisiert und freigesetzt werden. Dass dadurch Arbeitsplätze erhalten und weitere geschaffen werden sollen, sei nur am Rande erwähnt. Gerade die mittelständische Wirtschaft in den ländlichen Regionen ist darauf angewiesen, dass über diese Programme Aufträge hereinkommen und auf diese Weise die Struktur der einzelnen Regionen weiterentwickelt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, wir halten den von Ihnen eingeschlagenen Weg in der Wohnungsbaupolitik für grundfalsch.

(Beifall bei der SPD)

Nach wie vor fehlt es für viele Familien noch an preiswertem Wohnraum, insbesondere im Ballungsraum Rhein-Main. Große Bevölkerungsgruppen werden aufgrund ihres Einkommens auch künftig nicht in der Lage sein, sich auf dem freien Wohnungsmarkt sozial verträglich zu versorgen. Eine aktive Wohnungspolitik vonseiten des Staates und der Kommunen ist daher nach wie vor dringend erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Wir halten es für falsch, dass Sie beabsichtigen, die Landesanteile an den Wohnungsbaugesellschaften zu veräußern.

(Beifall bei der SPD)

Mit großer Aufmerksamkeit werden wir die von Ihnen geplante Aktion "Vermögen gegen Vermögen" - das ist wieder eines Ihrer semantischen Schlagwörter, wo nichts dahinter ist - kritisch begleiten und verfolgen. Wir sind vor allem gespannt, wie Sie Ihr Vorhaben, Wohnungen vorrangig an Mieter zu verkaufen, umsetzen wollen. Wir wissen nämlich anhand verschiedener Beispiele, dass das in einzelnen Siedlungen zu großen sozialen Verwerfungen führt. Ich sage Ihnen: Eine solche Politik wird von uns entschieden bekämpft.

(Beifall bei der SPD)

Sozialdemokraten haben sich immer für eine solidarische Gesellschaft eingesetzt. Soziale Gerechtigkeit ist ein Leitbild, das für alle Politikbereiche gelten muss. Nach wie vor

gilt, dass jeder Mensch ein Recht auf ein Leben in Würde hat. Jeder Mensch hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und auf Mitwirkung und Chancengleichheit bei der Gestaltung des sozialen Lebens aller. Er hat einen Anspruch auf Schutz und soziale Sicherheit bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit, im Alter, bei Arbeitslosigkeit und bei Invalidität. Das ist der Kern des Sozialstaatsgebots, das von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes nach den bitteren Erfahrungen mit der Nazidiktatur in der Verfassung verankert wurde.

Nur auf der Grundlage sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit werden die Menschen bereit sein, die Veränderungen der kommenden Jahre kreativ in Angriff zu nehmen.

Herr Ministerpräsident, in Ihrem Politikmodell der Bürgergesellschaft verkommt die Sozialpolitik zu einer Restgröße der Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im konservativen Lager wird schon seit 50 Jahren das Bild vom sicheren Hafen und von den Booten propagiert. Es wird immer wieder gesagt, es gebe ein gemeinsames Boot. Jeder, der sich in der Politik und in der Realität umschaute, weiß aber, dass es auf diesem Boot nicht nur das Promenadendeck, sondern auch den Maschinenraum gibt, und die Leute, die dort mit verdreckter Kleidung herumlaufen müssen, hoffen, dass der Laden läuft. Ich habe den Eindruck, dass Sie bei Ihrem Bürgergesellschaftsmodell immer nur an das Promenadendeck denken und nicht an die, die im Maschinenraum arbeiten müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, dass es trotz schwieriger finanzwirtschaftlicher Rahmenbedingungen in den letzten Jahren möglich war, das Sozialbudget und somit die Ansätze für die Sozial- und Gesundheitspolitik unter Schutz zu stellen und vor Kürzungen zu bewahren. Das war nicht immer leicht, aber es ist uns gelungen. Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich ganz offen sagen: Es ist ein eigenartiger Vorgang, dass die neue Sozialministerin noch vor ihrem Amtsantritt Kürzungen im Sozialbudget propagiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein eigenartiger Vorgang, denn in einem reichen Land wie Hessen wird es darauf ankommen, wie wir auch künftig mit sozial Schwachen und vor allem mit Minderheiten umgehen. Wir werden uns mit Entschiedenheit gegen alle Kürzungen auf diesem Sektor wenden. Unser Land hat nur dann eine gute Zukunft, wenn es auch weiterhin sozial gerecht gestaltet wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben über Familienpolitik gesprochen. Auch in der Familienpolitik ist das CDU-Modell schlicht gescheitert. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Familienlastenausgleich sind eine Ohrfeige für die abgewählte Kohl-Regierung. Herr Koch, Sie sind doch ein Kohlianer!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD hat im Bundestag immer wieder weitere Entlassungen für Familien angemahnt. Mit der nun beschlosse-

nen Kindergelderhöhung und den Steuersenkungen hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung den Weg zu einer familienfreundlicheren Steuerpolitik beschritten. Weichen in Richtung dessen, was wir unter Familienpolitik verstehen, sind gestellt.

Beim Thema innere Sicherheit ist der Koalition eine grandiose Irreführung der Öffentlichkeit gelungen. Sie erwecken in Ihrer Koalitionsvereinbarung und in Ihrer Regierungserklärung den Eindruck, künftig gebe es nennenswert mehr Polizei als heute. Auch in diesem Punkt versprechen Sie mehr, als Sie umsetzen werden. Als Belastung und nicht als Hilfe für die Polizei sieht die große Polizeigewerkschaft, die GdP, Ihre Absicht, einen freiwilligen Polizeidienst einzuführen. Sie wollen auch eine Wachpolizei aus Angestellten einführen, um Aufgaben zu erledigen, die keine hohe Sicherheitsrelevanz haben. Hessens Polizei ist also künftig dreigeteilt: Profi-Polizei, Schmalspur-Polizei und Hobby-Polizei.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, die Profi-Polizei wird damit beschäftigt, auf die beiden anderen aufzupassen, damit nichts passiert. Das kann doch wohl kein Modell für die innere Sicherheit sein!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man ein bisschen genauer hinhört und hinter die Kulissen schaut, dann stellt man fest, dass mit der Einführung einer Wachpolizei letztlich Geld gespart werden soll. Sie wollen offenkundig keine neuen Stellen schaffen, sondern Sie wollen vorhandene Stellen umwandeln und für diesen Zweck nutzen. Das heißt, Sie wollen hoch qualifizierte Vollzugsbeamte durch minder qualifizierte Angestellte ersetzen. Das soll zu mehr innerer Sicherheit beitragen?

(Hahn (F.D.P.): Das geht sogar! - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Kollege, die Qualität der Arbeit wird darunter leiden. - Wir Sozialdemokraten sehen dies als den ersten Schritt an, mit dem Sie sich aus der zweigeteilten Polizeilaufbahn herauszustehlen versuchen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessens Polizei ist unter unserer Führung - teilweise gegen Ihren Widerstand, das muss man immer wieder in Erinnerung rufen, Herr Bouffier - im Vergleich der Länder zur bestbezahlten und zu einer bestens qualifizierten Polizei geworden. Wir werden es Ihnen nicht durchgehen lassen, wenn Sie sich auf leisen Sohlen aus der zweigeteilten Polizeilaufbahn verabschieden und damit die Qualität der Polizeiarbeit erneut gefährden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch Ihre weiteren Maßnahmen sollen Eindruck schinden, ohne Geld zu kosten. Der sechstägige Unterbringungsgezwang - kostet nichts, bringt nichts, klingt aber martialisch. Man muss sich einmal das Szenario auf der Zunge zergehen lassen, das Sie auch in Ihrer heutigen Regierungserklärung aufgebaut haben. Der Landtag hat der Polizei mit der Einführung neuer Kontrollmöglichkeiten erst vor kurzem ein wirkungsvolles Instrument zur Verfügung gestellt. Sie wollen mit der Schleierfahndung noch eins draufsetzen nach dem Motto "Bringt nichts, kostet nichts, klingt aber gut". Die Bürgerinnen und Bürger werden von Ihnen auf

diese Weise hinters Licht geführt. Herr Innenminister, allein mit Schlagworten ist aber eine qualifizierte Polizeiarbeit nicht zu machen, und sie ist erst recht nicht zum Nulltarif zu haben. Das werden Sie relativ schnell lernen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Ihre Ankündigung im Hinblick auf grundlegende Veränderungen im kommunalen Verfassungsrecht betrachten wir mit großer Skepsis. Eine Stärkung der Stellung der Bürgermeister und Landräte bedeutet ja nicht - wie Sie suggerieren wollen und teilweise behaupten -, dass damit die Bürgerbeteiligung fortentwickelt wird. Im Gegenteil,

(Beifall bei der SPD)

sie bedeutet schlicht eine Umverteilung der Macht zwischen Bürgermeistern und Landräten einerseits und den Magistraten, Gemeindevorständen, Kreisausschüssen bzw. Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Kreistagen andererseits. Damit wird die Stellung der ehrenamtlich Tätigen geschwächt, obwohl sie über dieselbe Legitimation aus einer direkten Wahl verfügen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte hinzufügen, dass häufig sogar dieser Bereich über eine höhere Legitimation verfügt, weil die Wahlbeteiligung bei Direktwahlen - vor allem bei Landräten und Oberbürgermeistern - oft erschreckend niedrig ist, niedriger als bei Repräsentanten im kommunalen Verantwortungsbereich, deren Rechte Sie schmälern wollen. Das unbedingte Einspruchsrecht gegen Beschlüsse der Kommunalparlamente und das uneingeschränkte Dezernatsverteilungsrecht verschieben in erheblichem Maße die Machtbalance in den Kommunen und führen damit letztlich zur Abschaffung der Magistratsverfassung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann man wollen. Dann muss man das nur offen sagen. Denn in Deutschland kann man natürlich aufgrund der historischen Situation - ich selbst komme aus Baden-Württemberg und bin in einer ganz anderen Kommunalverfassung groß geworden - zu anderen Konsequenzen kommen. Aber wenn man dem einen Element andere Elemente einpflanzt und implantiert, gibt es ganz verrückte Ergebnisse.

Lassen Sie mich im Hinblick auf die Frage Kumulieren und Panaschieren und das, was dort läuft, sagen: Ich weiß doch noch, wie das zu Hause läuft. Die geheime Wahl ist abgeschafft. Der Opa am Küchentisch diktiert und füllt die Zettel aus. Die Nachbarschaft macht es ebenfalls. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir hier in Hessen zu einer anderen Praxis kommen.

(Beifall bei der SPD - Kartmann (CDU): Wir haben noch keine große Erfahrung mit diesem System!)

Lassen Sie mich noch einen anderen Punkt aufgreifen. Herr Kollege Hahn, da haben Sie offensichtlich die Feder mit geführt. Die Einführung einer 3-Prozent-Klausel ist eine durchsichtige Aktion

(Beifall und Zurufe von der SPD)

zur Rettung der F.D.P., die kaum über eine kommunale Basis verfügt und wahrscheinlich selbst mit 3 Prozent ihr dauerhaftes Wählerpotenzial bei Kommunalwahlen überschätzt.

In Kauf genommen wird, dass dadurch nicht nur die Chancen der F.D.P. besser werden, sondern auch die der politi-

schen Extremisten. Auf Basis der Kommunalwahlergebnisse von 1997 wären die Republikaner in vier Kreistage, die Kasseler Stadtverordnetenversammlung und weitere drei Gemeindevertretungen eingezogen. Die NPD wäre in zwei Kreistage, in die Stadtverordnetenversammlung Darmstadt sowie in fünf weitere Gemeindevertretungen eingezogen. Wir sind davon überzeugt, dass eine derartige Zersplitterung und Radikalisierung den Gemeindeparlamenten nicht gut tun

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und durch Ihre Entscheidung die bisherige Stabilität der demokratischen Kräfte erschüttert wird.

Stabilität und überwiegend erfolgreich praktizierte Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte - ich nenne nur das Stichwort Allparteienmagistrat - haben bisher die hessischen Kommunalparlamente geprägt. Sie setzen leichtfertig diese historische Tradition aufs Spiel, um möglicherweise bei Wahlen zu punkten. Das ist der wahre Hintergrund Ihrer Absichten auf diesem Gebiet.

(Hahn (F.D.P.): Sie haben uns ertappt!)

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Schlüsselressorts für die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung geworden. Ihre Bedeutung wird sich in den Übergängen zur nachindustriellen Gesellschaft immer weiter erhöhen. Auch künftig wird es so sein, dass die Nutzung und Verbreitung technischer Entwicklung zu einem beachtlichen Teil über die Aus- und Weiterbildung angestoßen wird. Wir müssen daher noch konsequenter als bisher Bildungs- und Qualifikationspotentiale ausschöpfen und so dazu beitragen, dass ständig neue Innovationsprozesse entstehen.

Als erstes Bundesland haben wir auf der Grundlage des Hochschulrahmengesetzes der alten Bundesregierung ein modernes Hochschulgesetz geschaffen und damit die Weichen gestellt für die Modernisierung unseres Hochschulwesens. Auch in den kommenden Jahren wird die Nachfrage nach einer möglichst großen Zahl möglichst gut ausgebildeter Menschen immer größer werden. Die Zahl der Studienanfänger wird weiter steigen.

(Zuruf: Ja, ja!)

- Da sagen Sie: Ja, ja. Frau Kollegin, schauen Sie doch einmal in die internationale Vergleichsstatistik hinein! Wir sind nach wie vor im Vergleich der Länder das Land, das noch nicht alle Bildungspotenziale ausschöpft. Das können wir uns auf Dauer gesehen im Rahmen des globalen Wettbewerbs überhaupt nicht leisten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Einzige, worüber unser Land verfügt, sind der Fleiß und die Intelligenz unserer Menschen. Wir müssen noch mehr in die Köpfe investieren. Dazu haben die Länder eine große Verantwortung, nicht zuletzt auch aufgrund unserer Verfassung.

Deswegen sage ich: Die Zahl der Studienanfänger wird steigen. Unsere Hochschulen werden dies bewältigen müssen. Das heißt, sie haben eine große Zukunftsaufgabe vor sich. Sie sind nicht zuletzt auch - da stimme ich mit Frau Wagner völlig überein - ein wichtiger und wesentlicher Standortfaktor eines Landes im Wettbewerb in Europa und in der Welt. Die Innovationsfähigkeit der Hochschulen kann nur dann erhalten werden, wenn sie selbst auch effek-

tive Strukturen haben. Das ist eine wichtige Aufgabe. In unserer Verfassung steht, die Hochschulen unseres Landes verwalten sich selbst. Es nützt nichts, wenn wir ihnen die Autonomie zugestehen und sie nicht die Kraft haben, aus sich heraus moderne Strukturen zu entwickeln und sich im Wettbewerb entsprechend zu positionieren.

Deswegen möchte ich in diesem Zusammenhang auf unser Wahlprogramm verweisen, in dem wir detailliert dargelegt haben, welche wichtige Schlüsselstellung Wissenschaft, Forschung und Zukunftstechnologien haben.

Ich will zum Abschluss noch einen Bereich nennen, der im CDU-Wahlkampf eine große Rolle gespielt hat: "Hessen soll ein Bildungsland werden", und damit verbunden die Unterrichtsgarantie. Auch hier gilt, meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident: Sie setzen nur semantische Begriffe, ohne dass diese durch politisches Handeln konkret untermauert werden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Frau Kollegin, wenn es Ihnen entgangen sein sollte: Lassen Sie mich darauf hinweisen - in aller Bescheidenheit -, Hessen ist längst ein Bildungsland, und zwar aufgrund von Weichenstellungen, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vorgenommen haben. Und lassen Sie mich der historischen Wahrheit wegen anfügen: meistens im Widerstand gegen Sie.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in der Entwicklung zum Bildungsland in der Vergangenheit nichts beigetragen, sondern immer wieder versucht, auf die Bremse zu treten. Ich will dies an vier Beispielen verdeutlichen. Hessen hat wie kaum ein anderes Land ein Schulsystem aufgebaut, das wohnortnah weiterführende Bildung anbietet. Das große Gefälle, das zwischen Bildungsstädten und den Flächenkreisen bestand, ist in Hessen weitgehend abgebaut.

Wenn Hessen heute eine hohe Abiturientenquote hat, dann doch nicht deswegen, weil die Standards niedriger wären - wie Sie immer behaupten -, sondern deswegen, weil auch gymnasiale Bildung im ganzen Land in erreichbarer Nähe vorgehalten wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies, meine Damen und Herren von der CDU, haben Sie bereits in den Fünfzigerjahren bekämpft, als wir die Land-schulreform durchgeführt haben. Sie haben diesen Kampf fortgeführt, als es um die Errichtung von Mittelpunktschulen ging. Ich habe ein bisschen in alten Protokollen nachgelesen. Sie haben das mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der DDR verglichen, als wir die Land-schulreform durchgeführt haben.

Heute wollen Sie ein Bildungsland machen. Sie waren damals in den ideologischen Schützengräben, wie man es sich schlimmer überhaupt nicht vorstellen kann. Ich habe den Eindruck, Sie sind teilweise heute nicht da herausgekommen. Das haben Sie bekämpft. Wir haben dieses Angebot später in Form von Gesamtschulen weiterentwickelt.

Wie wichtig diese Bildungsoffensive war, zeigt ein Blick dorthin, wo dieser Schritt nicht erfolgt ist. In Bayern, das Sie immer so gern als Musterland vornehmen wollen, besteht das Stadt-Land-Gefälle nach wie vor. In München liegt der Anteil der Hauptschulabsolventen bei rund 20 Prozent, im Bayerischen Wald, z.B. im Landkreis Freyung-Grafenau, bei 50 Prozent. Meinen Sie denn ernsthaft, ein

solch großer Unterschied habe etwas mit Begabungsunterschieden zu tun? Es hat schlicht etwas damit zu tun, dass in den ländlichen Landkreisen Bayerns nicht ein entsprechendes Schulangebot zur Weiterführung im Bildungswesen vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweites Beispiel: Hessen war das erste Land, das Fremdsprachen schon in der Grundschule eingeführt hatte. Das haben Sie unterbrochen, als Sie 1987 zum ersten Mal Regierungsverantwortung übernommen haben. Nach 1991 haben wir dieses Angebot wieder zügig fortgeführt und nach und nach zum Pflichtangebot gemacht. Heute ist in der EU - und ich meine, mittlerweile auch bei Ihnen - unstrittig, dass Fremdsprachen in die Grundschule gehören.

Wir fördern heute Mehrsprachigkeit in vielen Formen an unseren Schulen. Hieraus ergeben sich auch die richtigen Konsequenzen zum Stichwort muttersprachlicher Unterricht. Das Land Hessen hat Vereinbarungen mit Spanien und Italien zur Mittelstufe, mit Griechenland und Italien zur Grundschule, um muttersprachliche Lehrkräfte so gut zu qualifizieren, dass sie zum Sprachunterricht aller Schülerinnen und Schüler beitragen können. Im Übrigen ist weitgehend unbestritten, dass die Beherrschung der Muttersprache die beste Grundlage für das Erlernen weiterer Sprachen, also auch der deutschen, ist. Somit ist die Förderung von muttersprachlichem Unterricht auch ein wichtiger Beitrag für die Integration der hier lebenden Kinder unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die konstruktive Antwort auf die Veränderungen seit den Zeiten des Gastarbeiterzustroms. - Haben Sie eine andere Antwort?

Die Kultusministerin ist gar nicht da. Sie hat es gar nicht nötig, bei der Antwort der Opposition auf die Regierungserklärung uns ihr Ohr zu schenken. Das ist eine Stilfrage, Herr Ministerpräsident, das müssten Sie vielleicht noch einmal im Kabinett ansprechen.

(Hahn (F.D.P.): Wie oft haben wir Herrn Eichel hierher zitieren müssen? - Gegenrufe von der SPD)

- Herr Kollege, ich kann Ihnen ganz offen sagen: Bei den Debatten der Regierungserklärungen waren die früheren Regierungen immer präsent.

(Beifall bei der SPD - Hahn (F.D.P.): Nein, das ist nicht richtig! - Bökel (SPD): Doch, das stimmt!)

Das kann ja ein Anfangsproblem sein, aber das lässt sich regeln. Ich denke, dass der Ministerpräsident in der nächsten Kabinettssitzung dazu einiges zu sagen hat.

(Hahn (F.D.P.): Wenn das ein zentraler Vorwurf ist!)

Übrigens, in kaum einer anderen Region Deutschlands ist das Angebot an internationalen Schulen so dicht wie im Rhein-Main-Gebiet, und dies mit aktiver Unterstützung durch die bisherige Landesregierung. Wollen Sie nach allem, was ich bisher gesagt habe, wirklich weiterhin ernsthaft behaupten, Hessen sei kein Bildungsland?

Drittes Beispiel: Erinnern Sie sich noch an Ihren Widerstand, als wir 1992 Arbeitslehre für alle Schülerinnen und Schüler zum Pflichtfach erhoben haben? Damals haben Sie erklärt, auf keinen Fall gehöre dies ins Gymnasium.

(Kartmann (CDU): Das haben wir so nicht erklärt!)

Sie haben an der überholten Vorstellung festgehalten, dass die Vorbereitung auf die Berufs- und Arbeitswelt für die Gruppe junger Leute, die zum Abitur strebt, nicht notwendig sei.

(Kartmann (CDU): Völlig falsch!)

- Herr Kollege, auch von den Vertretern der Wirtschaft mussten Sie sich schlicht eines Besseren belehren lassen.

(Kartmann (CDU): Nein, völlig falsch!)

Auch da waren Sie völlig neben der Spur.

Ein viertes Beispiel: Hessen hat mit der Einführung der Grundschule mit festen Öffnungszeiten einmal zusätzlich neue bildungspolitische Akzente gesetzt. Vielen Eltern, vor allem den Müttern, wurde so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf überhaupt erst ermöglicht.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Aber, Herr Kollege, da waren Sie noch gar nicht da, und deswegen können Sie es nicht wissen. Dieses Modell haben Sie von Anfang an bekämpft - und jetzt wollen Sie es weiterführen. Das ist die historische Wahrheit und das muss gesagt werden.

(Beifall des Abg. Schaub (SPD))

Inzwischen war auch dem Kollegen Stoiber in München klar geworden, dass die verlässliche Halbtagschule heute unabdingbar ist, und deswegen hat auch Bayern das hessische Modell übernommen. Darauf sind wir stolz.

(Dörr (Umstadt) (SPD): Wir waren besser als die Bayern!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen: Sozialdemokratische Bildungspolitik hat bundesweit Schule gemacht.

(Kartmann (CDU): Einen Bayernkomplex habt ihr!)

Hessen ist bereits Bildungsland - und das seit langem.

Herr Ministerpräsident, Sie haben diesen Landtagswahlkampf im Bereich Bildung nicht mit Inhalten geführt, sondern mit einem einzigen Schlagwort - nämlich dem der Unterrichtsgarantie. Das Wort - das steht für mich heute schon fest - wird als der größte Wahlschwindel in die Geschichte eingehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, wer Ihnen aufmerksam zugehört hat, der wird heute festgestellt haben, dass die ersten Ruderübungen zwar bereits mit der Koalitionsvereinbarung erfolgten, aber Sie heute mit Ihrer Regierungserklärung mehr als zurückgerudert haben.

(Beifall bei der SPD)

Unterrichtsgarantie - so habe ich heute erneut gehört - bedeutet nicht die Garantie, dass kein Unterricht mehr ausfällt.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Ich hoffe, dass mir mein Autohändler nach diesem Vorbild beim nächsten Autokauf nicht erzählt: Garantie meint nicht, dass das Auto, das Sie kaufen, immer fährt.

(Lachen bei der SPD - Degen (CDU): Bei wem kaufen Sie eigentlich Ihr Auto?)

- Bei einem solideren Autohändler als dem, der heute hier die Unterrichtsgarantie zurückgerudert hat.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, deswegen werden wir das, was Sie auf diesem Gebiet tun, an dem Versprechen der Garantie messen. Sie haben von uns eine mittelfristige Finanzplanung vorgefunden, die in den nächsten Jahren jeweils 400 zusätzliche Stellen, also insgesamt 1.600 Stellen, und jeweils 300 zusätzliche Referendarstellen, also insgesamt 1.200, sowie steigende Ansätze für den Vertretungsunterricht vorsieht. Ich möchte gerne in Erinnerung rufen, dass wir uns für diese Legislaturperiode dort einen Schwerpunkt gesetzt haben. Gerne hätten wir in der Vergangenheit hier mehr getan, aber der finanzwirtschaftliche Rahmen ließ dies nicht zu.

(Kartmann (CDU): Drei Wochen vor der Wahl habt ihr das gesagt!)

Herr Kollege, Sie haben mehr versprochen, als Sie halten werden. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Lassen Sie mich auch hier wieder eine einfache Rechnung machen:

Herr Fraktionsvorsitzender, Sie selbst haben als bildungspolitischer Sprecher der CDU immer von einem Defizit von 4.000 Stellen gesprochen. Dieses Defizit erhöht sich in den nächsten Jahren aufgrund steigender Schülerzahlen um 2.500 Stellen - Sie wollen ja die Stundentafel erhalten. Insgesamt müssten Sie also 6.500 Stellen neu schaffen, um Ihre Wahlzusage halten zu können.

(Kartmann (CDU): Sie haben die Hoffnung, dass es nicht klappt!)

6.500 Stellen müssen Sie neu schaffen, um Ihre Wahlzusage halten zu können. Es ist wichtig, dies auf die Antwort der Regierungserklärung festzuhalten, und Sie haben es eben bestätigt.

(Schaub (SPD): Die Ministerin ist immer noch nicht da, unauffindbar!)

Auffallend ist, dass von Ihrer Aussage, man könne 2.000 Stellen intern umschichten, in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung nichts mehr zu finden war.

(Oh-Rufe von der SPD)

Den Eltern haben Sie mitunter sogar vorgegaukelt, es seien 7.000 vagabundierende Lehrkräfte im Lande, die man nur dem regulären Unterricht zuzuführen brauche. Wir sind gespannt auf das, was uns die neue Kultusministerin im Hinblick auf diese Behauptung in den nächsten Wochen vorlegen wird. Sie jonglieren mit Zahlen, aber das wird Ihnen auf Dauer nicht weiterhelfen. Spätestens mit Beginn des neuen Schuljahres wird für Sie die Stunde der Wahrheit kommen.

(Beifall bei der SPD - Dörr (Umstadt) (SPD): Dann kommen die Hochschulen dran!)

Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich im Hinblick auf Ihre Bürgergesellschaft, auf die Dialogbereitschaft, dass alle ihre Möglichkeiten haben, sich einzubringen, und dass es ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren gebe, sagen: Ihre erste Ankündigung auf diesem Gebiet, einem zentralen Punkt Ihrer Wahlauseinandersetzung - Sie haben es in Ihrer Regierungserklärung hier erneut vorgetragen - heißt:

Die Landesregierung begrüßt es, dass die Koalitionsfraktionen kurzfristig ein erstes Gesetz zur Qualitätsverbesserung an Schulen auf den Weg bringen.

Was heißt denn das? Die Landesregierung hat in einem ordnungsgemäßen Gesetzgebungsverfahren ein Gesetz auf den Weg zu bringen,

(Beifall bei der SPD - Lachen des Abg. Hahn (F.D.P.))

mit erstem Durchgang, mit entsprechenden Anhörungen, mit zweitem Durchgang. Es ist doch hier propagiert worden, mehr Demokratie zu wagen, alle zu beteiligen. Was wollen Sie denn? Den ersten Schritt tun Sie in einem verkürzten Verfahren, indem die Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf einbringen, nicht die Landesregierung. Das ist ein ganz schlechter Start in einem so wichtigen politischen Feld!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will noch den Aspekt Schule und Ausbildung beleuchten. Fehlende Ausbildungsplätze haben Rückwirkungen auf das Schulwesen, insbesondere auf unser berufliches Bildungswesen. Deswegen haben wir beispielsweise seit Jahren an den beruflichen Schulen Stellen gebunden - im letzten Jahr mussten wir mehr Ressourcen für vollzeitschulische Bildungsangebote binden als für die Teilzeitberufsschule. Daran kann man erkennen, wie sich die Akzente verschoben haben; das haben wir wiederholt in diesem Hause diskutiert. Gerade deswegen aber sollten wir es vermeiden, die Wirtschaft von ihrer Verantwortung für die fehlenden Ausbildungsplätze zu entbinden. Die Unternehmen haben sich vom Bundesverfassungsgericht ihren Anteil, nämlich die praktische Berufsausbildung im Rahmen des dualen Ausbildungssystems, erstritten und bestätigen lassen. Wir sollten sie an die damit verbundene Verantwortung immer wieder erinnern.

Dass Sie den Weg fortsetzen wollen, Hauptschulen und berufliche Schulen stärker miteinander zu verknüpfen, ist aus unserer Sicht erfreulich, und dagegen ist nichts einzuwenden. Ob aber Hauptschülerinnen und -schüler einen Ausbildungsplatz erhalten, hängt nicht von diesen Maßnahmen und auch nicht von der Abschlussprüfung ab, sondern hängt davon ab, ob überhaupt Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD - Kartmann (CDU): Das ist aber ein Geben und Nehmen!)

Denn wenn Ausbildungsplätze fehlen, bleiben die Schwachen auf der Strecke, auch wenn sie ausreichend qualifiziert sind. Da sind wir wieder bei dem Thema zusätzliche Studienplätze. Wenn die Abiturienten, die ein Studium absolvieren wollen, keinen Studienplatz finden, dann drücken sie eben nach unten und gehen in Ausbildungsbereiche hinein. Das führt zwangsläufig dazu, dass die Schwächsten auf der Strecke bleiben. Auch insoweit gibt es zwischen Hochschulpolitik und Berufsausbildungspolitik einen unmittelbaren Zusammenhang.

Es ist das große Verdienst der neuen Bundesregierung unter Gerhard Schröder - ich will in dem Zusammenhang auch Walter Riester nennen, weil er aus Hessen kommt -

(Heidel (F.D.P.): Wie war es mit Oskar?)

dass eine der ersten Aufgaben war, ein Programm zu schaffen, dass 100.000 junge Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Ausbildung und Beschäftigung bekommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landespolitik kann eine Menge tun, dass dieses Programm Erfolg hat. Sie kann aber auch dieses Bundesprogramm mit hessischen Akzenten versehen. Wir hoffen sehr - das ist bisher noch nirgends verlautbart worden; spätestens beim Nachtragshaushalt werden wir das erfahren -

dass Sie wenigstens das Programm für ausbildungsschwache Jugendliche, das Lothar Klemm und Hartmut Holzapfel zusammen mit der Arbeitsverwaltung begonnen haben, fortsetzen werden. Wir sind gespannt darauf, ob sich die Haushaltsansätze im Nachtragshaushalt wieder finden. Auch dafür hat der Finanzminister in der mittelfristigen Finanzplanung Vorsorge getroffen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten - ich habe es bereits gesagt - werden eine kraftvolle Opposition bilden. Wir werden die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften in unserem Land suchen, die an unserem demokratischen Gemeinwesen mitarbeiten, und wir werden deren Vorschläge und Anregungen in unsere Arbeit einbeziehen. Wir sind davon überzeugt, dass man, wenn man die politischen Aufgaben der Zukunft erledigen will, nicht mit den Rezepten von gestern arbeiten kann. Wir werden den Dialog mit den Verbänden und Organisationen, mit Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, mit den Vereinen und sonstigen Interessengruppen führen, um auf der Basis unseres Wahlprogramms unsere Ideen und Ziele für eine soziale, gerechte und zukunftsorientierte Gesellschaft in Hessen weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der SPD und des Abg. von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir sind davon überzeugt, dass auch diese CDU/F.D.P.-Koalition nur ein Intermezzo bleibt und wir in vier Jahren wieder mit der Regierungsverantwortung beauftragt werden. Ich habe in meiner langjährigen Parlamentserfahrung schon einige Koalitionen erlebt. Demokratie, das ist eine Selbstverständlichkeit, lebt vom Wechsel. Aber wenn der Wechsel auf derart tönernen Füßen steht wie bei dieser Wahl, ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass Ihr Erfolg, Herr Ministerpräsident, nur von kurzer Dauer sein wird. Der graue Alltag wird Sie bald einholen. Dies konnten wir bei der Vorlage der Koalitionsvereinbarung und nach dem, was Sie heute als Regierungserklärung vorgetragen haben, bereits hinlänglich zur Kenntnis nehmen.

Sie werden vor großen Finanzierungsfragen stehen. Meine Fantasie reicht nicht aus, wie das auf den Haushalt zusammengeführt werden soll, was Sie in den letzten Tagen alles versprochen haben. Sie werden vor der schwierigen Aufgabe stehen, die knappen Mittel, die zur Verfügung stehen, mit entsprechenden Prioritäten zu versehen.

Wir werden jeweils unsere Alternativen offen dagegenstellen. Wir werden immer dann laut darauf hinweisen, wenn Sie dabei sind, die politische Bilanz dieses Landes zu verschlechtern.

(Beifall bei der SPD)

Unser Konzept eines sozial gerechten und zukunftsorientierten Landes hat Bestand. Wir Sozialdemokraten werden darauf hinarbeiten, dass wir mit diesem Konzept in vier Jahren wieder die politische Führung in Hessen übernehmen können. - Vielen Dank!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD - Bökel (SPD): Koch spürt richtig, dass der letzte Satz wahr war!)

Vizepräsidentin Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Hahn, Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion.

Hahn (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Demokratie lebt vom Wechsel. Die Hessen haben am 7. Februar 1999 den Wechsel gewählt. F.D.P. und CDU werden die Chance für unser Bundesland und seine Bevölkerung ergreifen.

Bereits die Koalitionsverhandlungen haben allen deutlich gemacht, dass wir Liberale - gemeinsam mit der Union - diese Chance des Wechsels nicht nur in der Sacharbeit sehen. Für uns ist es auch wichtig, dass die künftige politische Mehrheit in Hessen mit offenen Armen auf alle interessierten Gruppierungen zugeht. Wir suchen das ernsthafte Gespräch und werden keinerlei Ausgrenzungen vornehmen, auch nicht gegenüber dem politischen Mitbewerber. Der Stil der Politik wird sich ändern. Das wird die Maxime unserer Politik sein.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir Liberale legen aber auch Wert darauf, dass die besondere Eigenständigkeit unseres Hessenlandes künftig sowohl innerhalb unserer Grenzen als auch innerhalb der Grenzen Deutschlands dokumentiert wird. Hessen ist kein Südländchen, Hessen wird kein Südländchen, Hessen ist und bleibt der Drehpunkt und der Mittelpunkt Deutschlands.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir Liberale werden gemeinsam mit unserem Partner, der Union, dafür sorgen, dass unser Bundesland, unsere Mitbürger und die Unternehmungen aus Hessen wieder in das Zentrum deutscher Wirtschaft und Politik gestellt werden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, dass gerade auf uns Liberale in Hessen auch bundespolitisch künftig ein besonderes Augenmerk fallen wird. Wir können und wir wollen die Aufgabe angehen, eine parteipolitisch übergreifende Zusammenarbeit der Bundesländer zu organisieren. Mit der F.D.P. in der Regierung und als Regierungsfraktion in diesem Hause wird es im Bundesrat keine Fundamentalopposition zu Rot-Grün im Bundestag geben. Wir haben gerade die Chance, durch die engen Verbindungen mit unseren liberalen Freunden in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz - die einen mit Walter Döring als stellvertretendem Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg in einer Koalition mit der CDU, die anderen mit Peter Caesar als stellvertretendem Ministerpräsidenten in einer Koalition in Rheinland-Pfalz mit der SPD - Scharnierfunktionen zu übernehmen.

Ob wir bereits in der Lage sind, diese besondere Verantwortung, die auf die Hessen-F.D.P. zukommt, in der Frage der Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechts zu erfüllen, wage ich heute nur zu hoffen. Ruth Wagner als stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Hessen und wir liberale Fraktionsmitglieder werden aber in den nächsten Wochen alles Erdenkliche tun - das verspreche ich Ihnen, meine Damen und Herren -, um von der Konfrontation weg zu einer parteiübergreifenden Einigung in dieser zentralen Frage zu kommen.

(Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Viel Vergnügen!)

Ganz bewusst darf ich für die F.D.P. an alle im Hessischen Landtag vertretenen Parteien den Wunsch äußern, nicht auf den letzten Metern weiter an festgefahrenen Frontbildungen Halt zu machen, sondern das offene und vermittelnde Gespräch zu suchen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Natürlich ist die Hessenwahl vom 7. Februar zuallererst eine Wahl, die unser Bundesland, unsere Mitbürger und uns als die politisch Tätigen bewegt. Wie Ministerpräsident Koch und auch Kollege Clauss eben gesagt haben, meine ich aber auch, dass wir uns in der Landespolitik und als Landespolitiker wahrlich nicht so besonders wichtig nehmen sollten, gerade wenn wir von morgens bis abends zur Kenntnis nehmen müssen, dass sozusagen vor unserer Haustür, neben einigen von uns allen schon als Urlaubsland besuchten Gebieten, Krieg herrscht. Ich verhehle Ihnen nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass ich mir selbst eine emotionale Auseinandersetzung tagtäglich, ja fast stündlich erlaube.

Hier geht es auch, aber nicht so sehr um die Frage von Sensibilität, hier geht es auch, aber nicht so sehr um die Frage, ob Militärs mit ihren Mitteln Frieden schaffen können. Mich bewegt die Frage, wie es eigentlich sein kann, dass ein derartiger Tyrann, wie dies unzweifelhaft Milosevic ist, überhaupt so mächtig werden kann, dass er Angst, Trauer und enormes Elend um sich herum verbreiten kann. Wann endlich lernt die Völkergemeinschaft, bereits frühzeitig das Wachsen eines unmenschlichen Tyrannen zu erkennen und zu verhindern?

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Die Regierungsfractionen von F.D.P. und CDU haben dem Hessischen Landtag einen Entschließungsantrag zum Thema "Hilfe für Kosovo-Vertriebene" vorgelegt. Ohne der Debatte vorweggreifen zu wollen, bitte ich ganz herzlich die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnisgrünen, mit uns zu versuchen, eine gemeinsame Erklärung des Hessischen Landtags noch am heutigen Tage abzugeben.

Dabei dürfen wir nicht verschweigen, dass die von der NATO durchgeführten Luftschläge gegen strategische und militärische Ziele in Jugoslawien, die der Vertreibung und Ermordung von Kosovo-Albanern sowie der Missachtung der Menschenrechte Einhalt gebieten sollen, als Ultima Ratio auf dem Weg zu einer Friedensregelung die volle Unterstützung des Hessischen Landtags finden müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Klar und deutlich sollten wir - auch im Hinblick auf die deutschen Soldaten dort - festhalten, dass dem Bündnis keine andere Wahl gelassen wurde, nachdem weder bei Verhandlungen über das Friedensabkommen von Rambouillet noch bei den Nachverhandlungen in Paris ein Einigungswille der Serben erkennbar war.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie sicher, dass Sie zum richtigen Tagesordnungspunkt sprechen?)

Herr Kollege Kaufmann, alle in diesem Hause sind nunmehr sicherlich auch der Auffassung, dass das Land Hessen seiner Verantwortung im Rahmen der Aufnahme gerecht geworden ist. Wir sollten uns aber auch darüber einig sein, dass eine dauerhafte und endgültige Verteilung von Vertriebenen und Flüchtlingen auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht als Lösung angesehen werden kann.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir sollten uns deshalb gemeinsam dafür einsetzen, die notwendige medizinische, technische und humanitäre Hilfe

vor Ort zu organisieren. Der Dank nicht nur der F.D.P.-Fraktion, sondern sicherlich aller Kolleginnen und Kollegen im Hause gilt den vielen Initiativen, die gerade in den vergangenen vier Wochen in Hessen entstanden sind und die unter dem Motto "Hessen hilft dem Kosovo" praktische Hilfe vor Ort organisieren.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein wenig stolz sind F.D.P. und CDU schon, dass wir im Gegensatz zu dem Vorbild in Bonn in unseren Koalitionsvereinbarungen für Hessen alle Punkte festschreiben konnten, die Parteien von CDU und F.D.P. bereits im Wahlkampf als ihre Forderungen aufgestellt haben. Es ist auch für uns Liberale von Wichtigkeit, dass nicht nach der Wahl etwas anderes getan wird, als vor der Wahl den Menschen versprochen wurde. Diejenigen, die die Koalitionsverhandlungen geführt haben, waren sich dessen ganz bewusst, dass wir uns von dem Stil absetzen wollen, den die rot-grüne Bundesregierung im vergangenen Jahr an den Tag gelegt hat. Sie erinnern sich noch daran. Der Kanzlerkandidat Schröder hat die neue Mitte beschworen, um sich als Kanzler auf der neuen Mitte breit zu machen. Solche Widersprüche wird es in der Hessenkoalition nicht geben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Aus diesem Grunde sind unsere Schwerpunktthemen des Wahlkampfes auch die Schwerpunktthemen, die die neue Regierung Koch/Wagner - nachzulesen in unseren Koalitionsvereinbarungen - zu ihrer Handlungsmaxime erhoben hat. Wir wollen der Bildung eine Chance geben, wir wollen für die wirtschaftliche Entwicklung in Hessen die notwendigen Voraussetzungen schaffen, und wir werden es ernst nehmen mit dem Versprechen, dass die innere Sicherheit in Hessen erhöht werden muss.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist sicherlich einer der wesentlichsten Gründe, Herr Kollege Clauss, warum die Hessen am 7. Februar 1999 für den Wechsel gestimmt haben, dass sie mit der Schulsituation in unserem Lande objektiv und subjektiv nicht mehr einverstanden waren. Es ist auch einem nicht intim Eingeweihten nicht mehr erklärbar, warum sich der Staat einerseits Stundentafeln gibt, warum er verbindlich seinen Schulen und Lehrern sagt, nach diesen Stundentafeln sei zu verfahren, andererseits aber seiner eigenen Verpflichtung nicht nachkommt, die Schule mit den notwendigen Lehrkräften auszustatten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn man die Stundentafeln denn ernst nimmt, so muss man doch die Schlussfolgerung ziehen: Erst dann, wenn die in den Stundentafeln notierten Stunden den Kindern auch gegeben wurden, haben diese eine vernünftige Bildung erhalten. Ich unterstelle als Nichtbildungspolitiker, dass die Fachleute bei der Erstellung dieses Regelwerks von genau folgendem Leitbild geprägt wurden: Diese Stunden muss der Staat den Kindern geben, dann haben sie ausreichende Startbedingungen für das Leben nach der Schule.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Die Hessen haben am 7. Februar deutlich gemacht, dass dieser Widerspruch zwischen dem staatlichen Versprechen

und dem praktischen Handeln durch Stundenausfall in ihren Augen nicht mehr erträglich ist. Die neuen Koalitionsfraktionen sind sich ihrer Verantwortung aus dem Wahlkampf bewusst. Wir werden deshalb noch vor der Sommerpause, Herr Kollege Clauss, mit dem Nachtragshaushalt 1999 die notwendigen Voraussetzungen schaffen, dass ein erster, wesentlicher Einstieg zur vollständigen Abdeckung der Stundentafel gewährleistet werden kann.

Mir ist in den Koalitionsverhandlungen noch einmal besonders deutlich vor Augen getreten, dass zur Einlösung dieses Versprechens sämtliche Beteiligten an einem Strang und in eine Richtung ziehen müssen. Auch muss die Kultusverwaltung intelligent alle Möglichkeiten, von der Vergabe befristeter neuer Angestelltenverhältnisse bis hin zur freiwilligen Aufstockung von Teilzeitverträgen und der Aufstockung von Referendarzeiten bei gleichzeitiger Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung, nutzen.

Man sagt Menschen, die Jura studieren, nach, sie seien zu faul zum Rechnen. Aber die Berechnung, die Sie, Herr Kollege Clauss, eben im Zusammenhang mit der Frage der Lehrer und der Aufstockung von Angestellten gemacht haben, kann, so glaube ich, auch kein guter Mathematiker nachvollziehen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Lassen Sie es mich wie folgt erklären: Wir machen nicht eines, sondern wir nutzen alle Möglichkeiten. Wir nutzen also einerseits die Möglichkeiten der Aufstockung von 80 Prozent auf 100 Prozent bei den Menschen, die bisher 80 Prozent-Verträge haben, und zusätzlich dazu nutzen wir die Möglichkeit, neue Angestelltenverträge befristet einzubringen. Mehr kann eine Regierung, die seit 14 Tagen im Amt ist und noch vor der Sommerpause, also innerhalb von zweieinhalb Monaten, dieses Regelwerk den gesetzlichen Normen entsprechend in diesem Hause verabschieden will, nun wahrlich nicht tun. Und wir werden es leisten.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Mein Appell geht an dieser Stelle auch ganz bewusst an die Lehrerverbände in Hessen: Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass F.D.P. und CDU bereit sind, eine Vielzahl neuer Stellen für jedes Kollegium in Hessen zu schaffen! Dies wird garantiert auch die Motivation und die Arbeitsbedingungen der bisher tätigen Lehrer verbessern. Ich halte es für wenig sinnvoll, wenn wir mit dieser Herkulesarbeit zugleich eine Diskussion verbinden, ob Altersteilzeit oder andere Vereinfachungen für amtierende Lehrer bereits eingerichtet werden sollen. Step by step, eines nach dem anderen! Zunächst kommen viele neue Lehrer in die hessischen Schulen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Für die F.D.P. ist darüber hinaus aber auch von besonderer Bedeutung, dass die Qualität der Schule verbessert wird. Hierzu gehört nicht nur eine Verbesserung der Professionalität der Lehrkräfte, eine inhaltlich und strukturell neue Organisation der hessischen Lehrerfortbildung. Nach Auffassung der F.D.P. beginnt die Qualitätsentwicklung bereits in der Grundschule und beinhaltet die Erarbeitung von Standards, die sicherstellen, dass Schüler bestmöglich auf den Übergang in die weiterführenden Schulen vorbereitet sind. Weiterhin werden zur Qualitätsentwicklung eines an den Begabungen und Neigungen der Schüler orientierten Bildungswesens für alle Bildungsgänge Stundentafeln, spezielle Lehrpläne und damit einhergehende verbindliche Standards entwickelt. Hierzu gehört auch - Ministerpräsident

Roland Koch hat bereits darauf hingewiesen - die Neukonzeption des Hauptschulbildungsgangs unter dem Aspekt einer stärkeren Vernetzung der Hauptschulen mit den beruflichen Schulen.

Dass die F.D.P. sich auch im schulischen Bereich künftig dafür verwenden wird, dass der Leistungsgedanke gestärkt wird, dass darüber hinaus eine spezielle Begabten- und Hochbegabtenförderung in Hessen entwickelt wird, wird sicherlich für keinen in diesem Hause eine Überraschung sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hessen soll wieder zum Bildungsland werden - was es in den letzten Jahren nicht mehr war, Herr Kollege Clauss.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich der Bildung ist aus Sicht der F.D.P. der Themenbereich Hochschulen und Wissenschaft. Wissenschaft, Forschung und Bildung sind Grundlagen zur Selbstentfaltung der Kräfte des einzelnen Menschen wie der Entwicklung unserer Gesellschaft insgesamt. Darüber hinaus sind sie ein wichtiger Standortfaktor. Das Land hat die Rahmenbedingungen zu schaffen, aufgrund derer die Hochschulen selbstverantwortlich forschen, lehren und Weiterbildung gestalten. Wir möchten erreichen, dass die Verbindung von Forschung und Lehre mit einer qualifizierten Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses verknüpft wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erhoffen uns durch den gegenwärtigen Strukturwandel, den die Regierungsfaktionen intensiv und positiv begleiten werden, dass die Hessen wieder Spitzenleistungen in Forschung, Lehre und Ausbildung erbringen, wobei diese Spitzenleistungen sowohl in der Breite als auch bei der Ausbildung von Eliten und bei der Intensivierung des Technologie- und Wissenstransfers erwartet werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass gerade mit unserer neuen Hochschul- und Wissenschaftsministerin Ruth Wagner die Liberalen ein Zeichen setzen. Eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Staat und Hochschule wird in Hessen deshalb auch sein, den Hochschulen größere Freiräume zu eröffnen und ihre institutionelle Autonomie zu stärken - ein urliberaler Ansatz. Der Staat wird sich aus der Fachaufsicht und der Detailsteuerung der Hochschulen zurückziehen und sich auf die Rechtsaufsicht beschränken.

Zu dem neuen Verhältnis zwischen Staat und Universitäten gehört auch die Absicht der neuen Hessischen Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, mit der TH Darmstadt bundesweit eine Reformuniversität zu positionieren.

(Beifall des Abg. Hoff (CDU))

Natürlich stehen F.D.P. und CDU zu den Aussagen aus der letzten Legislaturperiode, dass die offenkundigen Mängel des Hessischen Hochschulgesetzes zügig behoben werden müssen. Hierzu zählt insbesondere, klare Verantwortungsstrukturen zu schaffen, die Entscheidungsfähigkeit der Hochschulen zu stärken, kurze Entscheidungswege zu ermöglichen und die Verantwortlichkeiten enger mit der Amtsführung Einzelner zu verbinden.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollen nur die Mitbestimmung reduzieren, sonst nichts!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an der Reduzierung der Gremien, wie dieses die Fachsprecherinnen Wag-

ner und Herrhausen in der letzten Legislaturperiode für die damaligen Oppositionsfraktionen CDU und F.D.P. angekündigt haben, halten die Landesregierung und die sie tragenden Regierungsfaktionen von CDU und F.D.P. fest. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird noch vor der Sommerpause in diesem Hause zu beraten sein.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Betrüblich war im Rahmen der Koalitionsverhandlungen, von Ruth Wagner erneut vor Augen geführt zu bekommen, welch schlechte Position im Ranking der Bundesländer gerade unser Land bei der Kunst- und Kulturarbeit eingenommen hat.

(Grüttner (CDU): So ist es!)

Hier gilt es nun wirklich, von der neunten Stelle wieder nach oben zu kommen. Ein Kulturanteil von gerade 0,8 Prozent, den uns die Regierung Eichel hinterlassen hat, macht deutlich, dass dieser Schwerpunkt von der künftigen Landesregierung ganz kräftig gesetzt werden muss.

Gerade wir Liberale bauen darauf, dass ein zu etablierendes Forum "Wirtschaft - Kunst" unter Teilnahme von Wirtschaftsexperten und Persönlichkeiten des kulturellen Lebens nicht nur die gesellschaftliche Wertschätzung für privates Engagement im Bereich Kunst und Kultur erhöht. Wir hoffen, dass hiermit auch ein neues Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Kulturförderung geschaffen werden kann.

Ergänzend zur öffentlichen Kulturförderung ist das Zusammenwirken von Kulturinitiativen mit Mäzenen, Sponsoren, dem Ehrenamt und mit Stiftungen zu verstärken. Den schlechten neunten Platz auf dem Kulturranking kann auch die Regierung Koch/Wagner nur dann schnell verlassen, wenn ein neues Verhältnis mit Kunst fördernden Unternehmen, Bürgern und dem Land Hessen als Partnern der Kultur geschaffen wird.

Zur Kultur- und Kunstförderung in Hessen gehört aber auch, dass die Musikschulen und die Museen vor Ort nicht abgekoppelt werden. Ganz bewusst haben wir deshalb auf Initiative von Ruth Wagner einen eigenen Bereich "Kulturpolitik für Kinder und Jugendliche" in unsere Koalitionsvereinbarung von F.D.P. und CDU mit aufgenommen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Zu unserem zweiten Schwerpunkt, Hessen wieder zu einem Land der modernen Arbeitsplätze zu machen, hat Ministerpräsident Roland Koch schon einiges ausgeführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die F.D.P. legt Wert darauf, dass Hessen als wettbewerbsfähiger Standort für die Dienstleistungs- und Produktionsunternehmen gestärkt wird. Wichtig hierfür ist, dass Investitionshemmnisse abgebaut werden, damit der Erhalt bestehender und die Schaffung neuer, selbstständiger Existenzen, Betriebe und Arbeitsplätze überhaupt möglich sind.

Es wird uns gelingen, wieder mehr Investitionen in Hessen auszulösen, da von dieser Landesregierung und ihrem neuen Wirtschaftsminister Dieter Posch das Signal in Unternehmen und Wirtschaft bereits ausgegangen ist: Entgegen unseren Vorgängern von Bündnisgrünen und SPD sehen wir nicht in jeder Aktivität der Wirtschaft zunächst ein Problem.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir wünschen uns, dass viele im wirtschaftlichen Bereich etwas unternehmen. Wir werden erreichen, dass schnellere

Genehmigungsverfahren, eine leistungsfähige und effiziente Verwaltung, eindeutige Zuständigkeiten innerhalb der Landesverwaltung und die Aufhebung überflüssiger Verwaltungsvorschriften bei diesen "Unternehmungen" dem Einzelnen hilfreich zur Seite stehen und nicht, wie in der Vergangenheit, Bedenken über Risiken höher als die Möglichkeiten des Nutzens gewichtet werden.

(Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat denn die Genehmigungszeiten von 17 auf 3 Monate verkürzt?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier wird eine Trendwende eintreten, bzw. sie ist bereits eingetreten.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ein wesentlicher Beitrag dazu ist auch die Entlastung der Wirtschaft durch die Abschaffung der Grundwasserabgabe. Das war ein Wettbewerbsnachteil, den die rot-grüne Landesregierung den hessischen Unternehmen aufgedrückt hat.

(Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie werden noch viel Vergütungen haben, wenn Sie die abschaffen!)

Eine weitere Entlastung der Unternehmen kann auch dahin gehen, dass Unternehmen, die sich einem Öko-Audit unterziehen, nur noch mit staatlichen Regulierungen auf dem unumgänglichsten Maß konfrontiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die ehemalige Umweltministerin, meine geschätzte Kollegin Hinz von den GRÜNEN, dazwischenruft, dass wir bei der Abschaffung der Grundwasserabgabe dieselben Probleme bekommen, kann ich Ihnen sagen, Frau Hinz: Jawohl, wir bekommen Probleme, weil Sie Verpflichtungsermächtigungen eingesetzt haben, die diese Regierung noch über Jahre binden werden. Sie haben sich nicht an das gehalten, was der scheidende Ministerpräsident Eichel am Tag nach der Wahl in einem Gespräch mit Vertretern von uns gesagt hat, dass Sie keine kostenauslösenden Maßnahmen mehr ergreifen. Ihr Staatssekretär hat noch bis zum letzten Tage Bewilligungsbescheide in Millionenhöhe unterzeichnet. So hat Grün noch versucht, Klientelbefriedigung bis zum 5. April 1999 durchzuziehen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben schon damit gerechnet, dass Sie so etwas tun. Da sich Charakter über Jahre bildet, haben wir das bei unseren Berechnungen schon mit einkalkuliert.

Wir werden - daran messen Sie uns bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN und der SPD - am Ende der Legislaturperiode in Hessen keine Grundwasserabgabe mehr haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Die Koalitionsfraktionen werden darüber hinaus eine Zukunftsoffensive für Hessen in die Wege leiten. Teil dieses Vorhabens ist eine Offensive für mehr Selbstständigkeit. Ziel dieses wichtigen Teiles ist es, das Innovationspotenzial in der hessischen Wirtschaft zu stärken, die mittelständische Struktur der hessischen Wirtschaft zu erhalten und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

In diesem Zusammenhang wollen wir alle Beteiligungen - die Betonung liegt auf "alle" - des Landes überprüfen und das nicht mehr benötigte Landesvermögen schrittweise verkaufen. Ich kann es wahrlich nicht nachvollziehen, wenn in der öffentlichen Berichterstattung aus bestimmten Kreisen

immer wieder von der Verschleuderung von Landesvermögen gesprochen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Finanzsituation, die die Regierung Eichel den neuen Regierungsfraktionen von F.D.P. und CDU hinterlassen hat, gibt nun wirklich keinen Grund für Luftsprünge, Jubeln und Jauchzen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir müssen wissen: Wenn wir etwas bewegen wollen, wenn wir unserem Land neue Chancen eröffnen wollen, so können wir dies nicht immer über weitere Neuverschuldung machen, und wir wollen es auch nicht immer über weitere Neuverschuldung machen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn die Finanzen nicht gut sind, so muss Vermögen veräußert werden. Diese Banalität gilt für jede Familie, für jedes Unternehmen und natürlich auch für ein Land. Was wir aber nicht machen werden, das ist das Stopfen der Haushaltslöcher mit dem Verkauf von Landesvermögen.

Die Veräußerungserlöse werden wir sowohl in eine Zukunftsoffensive Hessen, als Sondervermögen organisiert, einbringen als auch für eine schlagkräftige Innovationsbank verwenden. Herr Kollege Claus, "Vermögen gegen Vermögen" ist doch kein inhaltsleeres Schlagwort,

(Claus (SPD): Bisher ja!)

sondern das ist der Widerspruch zu dem, was manchmal Sozialdemokraten gerne machen, nämlich Vermögen veräußern und damit Haushaltslöcher stopfen. Genau das machen wir nicht,

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

sondern wir verkaufen Vermögen, das wir für die Arbeit unseres Landes nicht mehr benötigen, und setzen es für Zukunftsinvestitionen in diesem Lande im Bereich von Wissenschaft, Forschung, von Wirtschafts-, Kultur- und Energiepolitik ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann es mir nicht verkneifen, da mein Kollege Claus eben erklärt hatte, dass alles so Klasse mit den Finanzen sei, Sie einfach einmal mit einem Teilbereich zu konfrontieren, und zwar dem Teilbereich Landesstraßen.

Für den Erhaltungsbedarf, also um den Status quo zu erhalten, so rechnete das Hessische Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen 1996 aus - das ist schon ein paar Jahre her -, ist ein Betrag von 100 Millionen DM per anno erforderlich. Wenn man darüber hinaus die Maßnahmen der höchsten Dringlichkeit - dazu sagen die Fachleute: P1 - für den Bereich Neubaumaßnahmen und Ortsumgehungen sieht, so sind weitere 239 Millionen DM anzusetzen. Wenn man dann noch die Kosten für die Bahnübergangsbeseitigungen von 109 Millionen DM hinzurechnet - alles Zahlen aus dem Hause Klemm und unter seiner Ägide erstellt -, so wird deutlich, wie fahrlässig die letzte Landesregierung diesen Bereich heruntergewirtschaftet hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir sind keine Fantasten. Einen Dukatenesel finde ich leider weder in der Fraktion der F.D.P. noch in der CDU, ich glaube, es ist auch keiner auf der Regierungsbank. Aus diesem Grund haben wir auch bescheiden, aber entschlossen festgelegt, dass wir die Investitionsmittel in den Landesstraßenbau in dieser Legislaturperiode stufenweise verdoppeln werden. So werden mindestens weitere 100 Millio-

nen DM in dieser Legislaturperiode im Straßenbau verwendet - nicht nur zum Erhalt und zum Neubau erforderlich, sondern auch ein weiterer Impuls für die heimische Wirtschaft.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr deutlich haben die Liberalen im Wahlkampf gesagt, dass eine Kapazitätserweiterung des Flughafens Rhein-Main dringend notwendig ist. Wir müssen schlicht zur Kenntnis nehmen, dass zur Erhaltung der Dreikreuzfunktion, und nur diese begründet den internationalen Standort unseres Flughafens, die Landebahnapazitäten weiter entwickelt werden müssen. Deutlich hat auch die Hessen-F.D.P. im Wahlkampf gemacht, dass sie ohne Wenn und Aber politisch eine Entscheidung mitträgt, die nach fachlicher Vorarbeit seitens der FAG beantragt wird.

Ich kann nicht ganz nachvollziehen, dass im Laufe der Koalitionsverhandlungen Irritationen über die Verhaltensweise der neuen hessischen Mehrheit zum Thema Mediationsverfahren aufgekommen sind. Selbstverständlich haben schon frühzeitig Roland Koch und Ruth Wagner gegenüber den drei Mediatoren deutlich gemacht, dass wir sie bitten, ihre Vorarbeiten in diesem Jahr durchzuführen und abzuschließen. Das Ergebnis des Mediationsverfahrens wird dann Grundlage der politischen Entscheidung im nächsten Jahr in diesem Hause sein.

Ich will Ihnen nicht verhehlen, dass wir Liberale trotz des ergebnisoffenen Auftrages der Mediatoren aufgrund der bisher uns bekannten Fakten mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass diese zu dem Ergebnis gelangen werden, dass eine Weiterentwicklung der Landebahnapazitäten dringend notwendig ist. Wir müssen diese Weiterentwicklung gemeinsam so organisieren, dass diese so wenig wie möglich belastend für die Bürger im Ballungsraum Rhein-Main ist.

Hier sind weiterhin insbesondere die Techniker aufgefordert, noch leiseres Gerät zu produzieren und sicherzustellen, dass dieses Gerät einen noch geringeren Treibstoffverbrauch hat.

Andererseits müssen wir aber auch deutlich den Bürgern im Ballungsgebiet sagen: Mit einer Kapazitätserweiterung des Rhein-Main-Flughafens werden nicht nur die ungefähr 60.000 Arbeitsplätze auf dem Gelände der FAG gesichert, wir bieten der Region auch eine Chance, viele zusätzliche neue Arbeitsplätze zu schaffen. Da gilt der Abwägungsprozess sicherlich für die Arbeit.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Lassen Sie mich zum dritten Themenbereich, der inneren Sicherheit, kommen. Unser Ziel ist es - vor der Wahl versprochen, nach der Wahl in den Koalitionsvereinbarungen notiert -, dass den Ängsten und dem Bedrohungsempfinden der Bevölkerung Rechnung getragen werden muss. Das Rechtsgut innere Sicherheit, das das friedliche Nebeneinander der Menschen garantiert, wird wieder verstärkt in den Mittelpunkt des staatlichen Handelns in Hessen gerückt.

Dabei heißt die Überlegung ganz einfach, Kollege Clauss: Hessens Polizei muss so organisiert und ausgestattet werden, dass wieder mehr Polizeibeamte auf der Straße sind, dass wieder eine effektivere Verbrechensbekämpfung durchgeführt werden kann und dass die Polizei von den Aufgaben entlastet wird, die nicht von Fachhochschulabsolventen in den Besoldungsebenen des gehobenen und höheren Dienstes erledigt werden müssen.

Hessens Polizei hat in den letzten Jahren schon viele, aber immer nur kleine Umorganisationen erfahren, sodass wir Liberale schon Wert darauf legen, dass sich die Polizei und die Polizisten künftig nicht wieder lange mit Umstrukturierungen selbst beschäftigen müssen. Andererseits wird es aber notwendig sein, eine Organisationsform zu finden, in der die Stabsstellen auf das wirklich Notwendige reduziert werden und das Nebeneinander der zahlreichen Behörden - ich nenne einmal das Polizeiverwaltungsamt - aufgelöst wird.

Wichtig ist es auch, dass wir uns im Koalitionsvertrag darüber verständigt haben, dass der Gefangenentransport aus dem Geschäftsbereich der Polizei dort hinkommt, wo er hingehört, nämlich in den Geschäftsbereich der Justiz.

Ich weiß, dass nicht nur - Kollege Clauss hat es angesprochen - in der Öffentlichkeit, sondern auch in meiner Partei, der F.D.P., eine Diskussion zum Thema freiwillige Polizeireserve begonnen hat. Wir wollen das gar nicht verheimlichen, und es ist auch der künftige Stil der amtierenden und lang anhaltenden Regierung mit Ministerpräsident Koch, dass wir die zwischen den Koalitionspartnern vorhandenen Differenzen in keinsten Weise versuchen zu kaschieren.

Natürlich, aus liberaler Sicht ist die innere Sicherheit eine deutliche Aufgabe. Andererseits gehört es aber auch zu einem guten Koalitionsklima, vernünftig vorgetragene und begründete Wünsche des Partners nicht einfach zu ignorieren. Herr Kollege Clauss, wir haben uns deshalb verständigt, dass als Modellprojekt ein freiwilliger Polizeidienst in Hessen erprobt wird.

Volker Bouffier und ich sind uns einig, dass dies an drei oder vier Stellen in Hessen geschieht. Wir sind uns auch darüber einig, dass bei der Auswahl dieser Personen äußerst strikt darauf geachtet werden muss, dass sich diese nicht im Entferntesten dem Verdacht von "Ersatz-Rambos" aussetzen werden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte den Ball von den drei verschiedenen Polizeien einmal aufnehmen. Wir haben uns verständigt, dass die Mitglieder der freiwilligen Polizeireserve keine "Erschwerniszulage" für die beamteten Polizisten in Hessen sind, sondern dass, wenn möglich, die Mitglieder der freiwilligen Polizeireserve Tätigkeiten übernehmen, die nun wahrlich nicht von einem ausgebildeten, mit FH-Abschluss versehenen, in der Besoldungsgruppe A 10 eingruppierten Polizeibeamten gemacht werden müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Da fallen uns auf Anhieb - und darüber ärgern sich die Polizeibeamten, die es machen müssen - Verkehrsregulierungsmaßnahmen in Zusammenhang mit Großveranstaltungen ein. Und, das sage ich zu diesem Thema zum Schluss, CDU und F.D.P. haben eines auch vereinbart: Wenn nicht genügend Freiwillige für diesen Dienst in der Gesellschaft gefunden werden können, dann wird das Modellprojekt nicht fortgesetzt. Also, alle Aufregung, hier würde in den Rechtsstaat hinein die Polizei in drei Ebenen gemacht werden, ist nicht berechtigt.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht in drei Ebenen, in zwei Klassen!)

Ich sage noch einmal: Unser Modell der Wachpolizei, Herr Kollege Clauss, das im Übrigen von allen Polizeigewerkschaften in Hessen begrüßt wird - nur, damit Sie nicht in der Diskussion von vor acht Jahren verhaften, wo die GdP

noch dagegen war -, unser Modell der Wachpolizei, in dem wir Angestellte ressortieren, aber unter der Verantwortung des Polizeipräsidenten oder des Polizeidirektors arbeiten lassen, ist eine Entlastung der ausgebildeten, und zwar für Kriminalität und Verbrechensvorbeugung ausgebildeten, Polizei. Dieses entlastet die Polizei und gibt mehr innere Sicherheit in unserem Lande.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Stolz können F.D.P. und CDU darauf sein, dass wir mit unseren Vereinbarungen den Kommunen in Hessen die Hand zur Zusammenarbeit sehr weit entgegengebracht haben. Erstmals in der 50-jährigen Geschichte unseres Landes werden die Kommunen, gesetzlich verbrieft, ein Mitwirkungsrecht an der Gesetzgebung des Landes erhalten. Darüber hinaus haben wir verabredet, dass eine Vielzahl der kleinen Töpfe im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs schlicht weggestellt werden. Wir Liberale sind, offensichtlich entgegen den bisher in Hessen Regierenden, der Auffassung, dass die kommunalen Gremien besser wissen, was sie mit den Mitteln aus dem Kommunalen Finanzausgleich für ihre Kommunen tun sollen, als wir im Landtag am grünen Tisch oder interessierte Gruppierungen innerhalb der Ministerialbürokratie vorher entschieden haben.

Wenn nun insbesondere die Kollegen der GRÜNEN meinen, dass die Kommunen vor F.D.P. und CDU zu schützen seien, so machen mir die Äußerungen der Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände deutlich, dass man in der kommunalen Familie unsere Begeisterung erkannt hat, die dahin geht, die Eigenständigkeit der Kommunen in Hessen wieder zu stärken. Die rot-grünen Versuche der Gängelung der Kommunen in Hessen haben ein Ende.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Bei der nächsten Kommunalwahl im Frühjahr 2001 werden alle Hessen nach geänderten Regeln wählen. Es war bereits von der F.D.P. in den Beratungen in der letzten Legislaturperiode gesagt worden: Die Reduzierung des Wahlalters auf 16 Jahre ist Unsinn. - Dieser Unsinn wird wieder beseitigt werden.

Wir werden darüber hinaus die Legislaturperiode der kommunalen Parlamente auf fünf Jahre erweitern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle einen Wunsch der F.D.P.-Fraktion dieses Hauses äußern. Wir können uns auch vorstellen, dass die Legislaturperiode des Hessischen Landtags auf fünf Jahre erweitert wird. Hoffentlich schaffen wir alle hier im Hause es, dieses Thema emotionslos und sachkundig gemeinsam zu diskutieren und eine entsprechende Vorlage für eine Volksabstimmung über eine Änderung der Hessischen Verfassung zu verabschieden.

Seit nunmehr zwölf Jahren fordert die F.D.P. in Hessen die Einführung des Persönlichkeitswahlrechts mit Kumulieren und Panaschieren. Sie wissen, in der Regierungszeit Wallmann/Gerhardt hatten wir hierzu keine Zeit. Danach hat die Sozialdemokratie in diesem Hause entsprechende Anregungen der F.D.P. blockiert. Ich kann mich noch gut und auch sehr gerne daran erinnern, dass sich zum damaligen Zeitpunkt die Fraktion der GRÜNEN ebenfalls für ein Mehr an Demokratie auf kommunaler Ebene ausgesprochen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur wer das Wahlsystem mit Kumulieren und Panaschieren nicht kennt - Herr Kollege Clauss, ich wage das gar nicht zu

sagen, aber ich befürchte, es ist bei Ihnen doch so -, darf behaupten - -

(Clauss (SPD): Ich bin in Baden Württemberg groß geworden! Da brauchen Sie mir keinen Nachhilfeunterricht geben!)

- Herr Kollege Clauss, dann ist es noch schlimmer.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich wollte Ihnen gerade eine Brücke bauen.

(Clauss (SPD): Ich brauche keine Brücke!)

Nur wer das System des Kumulieren und Panaschieren nicht kennt, darf behaupten, mit der zwischen den Koalitionsfraktionen verabredeten Einführung der 3 Prozent-Regel werde eine Lex F.D.P. geschaffen. Alle ein bisschen Eingeweihten wissen, dass die Persönlichkeitswahl im Rahmen von Kumulieren und Panaschieren überhaupt keine Begrenzungen kennt.

(Beifall bei der F.D.P. - Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum sagen Sie das? - Clauss (SPD): Jetzt haben Sie wieder keine Ahnung!)

Die Person, deren Liste die notwendigen Stimmen für einen Sitz hat, bekommt dann auch einen Sitz. Das ist die Grundregel des Persönlichkeitswahlrechtes von Kumulieren und Panaschieren.

(Zuruf des Abg. Clauss (SPD))

- Herr Kollege Clauss, entspannen Sie sich! - Wir haben im Rahmen der Verhandlungen den Hinweis unserer Kollegen von der Union nicht übersehen, dass hessische Parlamente um einiges größer als die von Baden-Württemberg und Bayern sind und damit der Quotient viel niedriger als dort ist. Herr Kollege Clauss, einen Blick sollten wir gemeinsam tun. Ein Blick über den Rhein nach Mainz zeigt, dass auch dort das Kumulieren und Panaschieren mit einer Begrenzung versehen ist,

(Clauss (SPD): Eben!)

die zwar juristisch etwas komplizierter formuliert ist, aber auch bei ca. 3 Prozent liegt.

(Clauss (SPD): Na, bitte!)

Werter Kollege Clauss, ich darf daran erinnern, dass seit vielen Jahren eine sozial-liberale Landeskoalition in Mainz mit diesem Kommunalwahlrecht erfolgreich umgeht. Ich gehe davon aus, dass die Hessen bei der Kommunalwahl im Jahre 2001 ebenfalls erfolgreich mit dem neuen Persönlichkeitswahlrecht umgehen werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Viele interessierte Betrachter der Landesebene waren gespannt, welche Einigung zwischen CDU und F.D.P. im Bereich der Justizpolitik notiert würde. Ich bin mir sicher, dass wir alle die Lügen gestraft haben, die meinten, dass Hessen nunmehr schwarz angestrichen werde. Ganz im Gegenteil, gerade die Vereinbarung im Bereich des Justizvollzugs ist ein Zeichen dafür, dass F.D.P. und CDU die Resozialisierungsvorgaben des Strafvollzugsgesetzes ernst nehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden mindestens eine weitere Justizvollzugsanstalt in Hessen zügig errichten. Wir werden damit erreichen, dass die teilweise unmenschliche, eine Resozialisierung gerade abschließende Situation der Überbelegung, der Subkultur, in Hessen bald der Vergangenheit angehören wird. Als Beispiel nenne ich die Justizvollzugsanstalten Kassel und Butzbach.

Dass wir bei der Finanzierung neue Wege gehen wollen, ist eine weitere Chance für unser Land. Mir kann kein Mensch erklären, dass es gerade die Staatsbauverwaltung sein muss, die eine Justizvollzugsanstalt plant und baut. Ich setze einen hohen Einsatz auf die Behauptung, dass diese Arbeit besser, schneller und kostengünstiger von Privaten durchgeführt werden kann. Aus diesem Grund wird sicherlich bald Justizminister Dr. Wagner entsprechende Ausschreibungen vornehmen.

Spannend ist für die Koalitionäre, aber, ich glaube, darüber hinaus für alle Beteiligten, nur die Frage: Wie kann die Betreuung einer Justizvollzugsanstalt von Privaten mit der Verpflichtung des Staates, das Hoheitsgebot bei der Freiheitsentziehung der von der dritten Gewalt Verurteilten zu beachten, organisiert werden? Wie kriege ich die Symbiose hin, auf der einen Seite die private Betreuung einer Anstalt zu haben, mit der Verpflichtung des Staates andererseits, Sicherheit dafür zu bieten, dass bei dieser durch staatliche Verurteilung entstandenen Freiheitsentziehung alles nach Recht und Gesetz zugeht? Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Liberalen diskutieren diese Frage vollkommen ideologiefrei. Ich bin auch auf die neuen rechtlichen Entwicklungen gespannt. Ich habe gerade gestern mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass sich ein Lehrstuhl an der Universität Leipzig mit dieser Frage sehr intensiv beschäftigt. Wir werden von dort in den nächsten Monaten zusätzliches, rechtlich fundiertes Material erhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird in Hessen einen konsequenten Justizvollzug geben. Die Worte des "härtesten Justizvollzugs" finden Sie nicht in den Koalitionsvereinbarungen, wobei dies nicht auf ein langes Gezänk zwischen Christean Wagner und mir zurückzuführen ist.

Natürlich ist in einer Zeit wie heute - anders als zu Beginn der Siebzigerjahre - bei der Resozialisierung davon auszugehen, dass die Inhaftierten auf ihre Resozialisierungsbereitschaft und -fähigkeit hin überprüft werden müssen. Eine kolumbianische Drogenkurierin, die auf dem Flughafen Rhein-Main gefasst wurde, kann man wahrlich nicht resozialisieren. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, im Jugendvollzug dagegen ist die Resozialisierung die Chance, die Lebensentwicklung der jungen Menschen staatlicherseits zu beeinflussen. Dort wird dann auch einer der Hauptaugenmerke der Justizvollzugspolitik der neuen Regierung liegen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Gerade für uns Liberale war es sehr wichtig, dass die Betreuung sämtlicher Gerichtszweige in einem Ministerium, dem künftigen Rechtspflegeministerium, organisiert wird. Die zweite Gewalt hat die sächlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die dritte Gewalt unabhängig Recht spricht. Ich kann keinen Sinn darin sehen, dass diese Aufgabe auf mehrere Ministerien verteilt ist. Auch hier, meine lieben Kollegen von der Sozialdemokratie, schärft möglicherweise ein Blick über den Rhein nach Mainz die Argumentation. Zur Zufriedenheit aller ist dort mein Parteifreund Peter Caesar seit vielen Jahren Rechtspflegeminister. Aus der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit in Rheinland-Pfalz hört man hierzu nur Lob. Meine Einladung gilt deshalb insbesondere den Vertretern der Gewerkschaften, diese Umressortierungsfrage nun wahrlich nicht gewerkschaftlich-ideologisch, sondern verfassungsrechtlich und rechtsstaatlich zu besprechen. Die dritte Gewalt ist unabhängig. Die Unabhängigkeit ist am besten gewähr-

leistet, wenn die zweite Gewalt in einem einzigen Ressort dafür zuständig ist, die sächlichen und personellen Voraussetzungen zu schaffen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Gemeinsam werden F.D.P. und CDU ein weiteres Wahlversprechen einlösen. Wir werden die Stellenbesetzungssperren in den Bereichen der Polizei, der Justiz und der Hochschulen abschaffen.

Es gibt doch keinen Sinn, dass Richter Schreibarbeiten leisten, dass ausgebildete Polizeibeamte Botendienste von einem Revier zum anderen übernehmen oder dass im Hochschulbereich statt Forschung und Lehre Buchhaltung und Tippen angesagt sind. Es war doch gerade der Fehler der Personalbewirtschaftungsideologie unserer Vorgänger, dass sie betriebswirtschaftlich Unsinniges getan haben, indem zwar ein Großteil der Stellen für Richter und Polizeibeamte aus der Stellenbewirtschaftung herausgenommen wurde, andererseits aber neun von zehn Tarifstellen in den Pool gefallen und ertrunken sind.

Wenn man betriebswirtschaftlich sinnvoll handeln will, dann muss man im Tarifbereich genügend Stellen schaffen, weil die Arbeiten ansonsten von viel zu teuer bezahlten und hierfür nicht ausgebildeten Beamten übernommen werden müssen. Das klassische Beispiel hierfür, das wir in den letzten Jahren bei der Polizei immer wieder erlebt haben: Zur Verbrechensbekämpfung und Gefahrenabwehr ausgebildete Polizeibeamte müssen die Arbeit von EDV-Beratern machen. Sie können davon nicht die Ahnung haben wie ein im Tarifbereich Tätiger, der hierfür ausgebildet ist. Derartige Missstände wird die Regierung Koch/Wagner in den nächsten Monaten beheben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Im Bereich der Sozialpolitik haben wir zunächst das zusammengeführt, was Sozialdemokraten und GRÜNE in den letzten Jahren auseinander gerissen haben. Es gibt in Hessen wieder ein Sozialministerium. Das teilweise Neben- und Gegeneinander der vergangenen Jahre ist vorbei. Fast bin ich geneigt, in diesem Zusammenhang zu sagen: Endlich gibt es in Hessen wieder das klassische Sozialministerium à la Armin Clauss.

Wir werden im Sozialbereich keineswegs mit dem Holzhammer arbeiten. Hier möchte ich alle hektischen Reaktionen der letzten Tage beruhigen. Unsere Denkweise lautet: Denen, die sich nicht selbst helfen können, muss rasch geholfen werden. Solidarität und Subsidiarität spielen dabei eine genauso große Rolle wie Kriterien des nachgewiesenen Erfolges und der Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen.

Aufgrund meiner Erfahrung aus meiner zwölfjährigen Mitgliedschaft in diesem Hause bin ich der festen Überzeugung, dass bei einer Überprüfung aller Maßnahmen auf ihre Effizienz und Effektivität deutlich werden wird, dass die Sozialpolitik im Lande Hessen nicht immer von dem Gedanken geleitet wurde, dass nur denen zu helfen ist, die sich selbst nicht helfen können.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir werden eine familienpolitische Offensive für Hessen starten. Zentrale Aufgabe von Familienpolitik, wie sie die F.D.P. versteht, besteht auch in diesen Jahren darin, die Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf zu ermöglichen. Familien- und Erwerbsarbeit müssen dabei als gleichwertig angesehen werden. Die vielfältigen familienergän-

zenden und erzieherischen Betreuungskonzepte, in Kindergärten und Kindertagesstätten beginnend, stehen im Zentrum der Sozialpolitik dieser Regierung.

Viele kritische Begleiter unserer Koalitionsverhandlungen haben darüber hinaus gemunkelt, dass in der Drogenpolitik keinerlei neue Überlegungen Platz greifen würden. Auch hier, meine verehrten Damen und Herren Kritiker, haben Sie sich geirrt. Die neue Mehrheit in diesem Hause wird - der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen - im Rahmen eines Modellprojektes eine zeitlich befristete Abgabe von Heroin gestatten, wobei wir davon ausgehen, dass dieses im Rahmen der medizinischen Indikation sowie unter strenger ärztlicher Überwachung und wissenschaftlicher Begleitung hoffentlich nur bei einem zahlenmäßig kleinen Kreis von Schwerstdrogenabhängigen nötig ist, die aufgrund ihres gesundheitlichen Zustandes keiner Therapie mehr zugänglich sind.

Natürlich werden auch F.D.P. und CDU in den nächsten vier Jahren Wert auf eine zukunftsgerichtete Umweltpolitik legen. Ich erwarte einen zielgerichteten, verlässlichen und effizienten Umweltschutz in diesem Lande. Ich erwarte, dass eine Umweltallianz auf Gegenseitigkeit mit der Wirtschaft eingegangen wird, die einerseits einen hohen Umweltstandard bei den Unternehmungen garantiert, andererseits den Verwaltungsaufwand sowohl für die Unternehmungen als auch für das Land Hessen reduziert.

Im Bereich des Naturschutzes wird nicht die Axt an den Wald - ich nehme dieses Bild einmal wörtlich - gelegt. Hessens Natur- und Kulturlandschaften sind in ihrer Vielfalt an Lebensräumen für Menschen, Tiere und Pflanzen zu schützen und zu bewahren. Hierbei soll - das haben wir bereits in der Regierungszeit Wallmann/Gerhardt getan - der Vertragsnaturschutz eine wesentlich stärkere Stütze als in den vergangenen acht Jahren erhalten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich zu einem letzten Teilbereich kommen, der bei den Koalitionsverhandlungen der schwierigste war. Ich meine die Reform der Hessenverwaltung. Zunächst ist unbestritten, dass F.D.P. und CDU vom Grundansatz her die gleichen Ideen haben. Wir Liberale gehen davon aus, dass die Vollkaskotalität der Achtziger- und der beginnenden Neunzigerjahre ausgedient hat. Unser liberales Gesellschaftsbild ist geprägt von Eigenverantwortung, von Eigenzuständigkeit und von Subsidiarität. Roland Koch beschreibt diese Überlegungen mit den Worten "aktive Bürgergesellschaft".

Deshalb war es für beide Koalitionsfraktionen eindeutig, dass bei der Umorganisation der Hessenverwaltung zuallererst gefragt werden muss: Ist diese Aufgabe überhaupt zu erbringen? - Nur wenn diese Frage mit Ja beantwortet wird, können wir die nächste Frage stellen: Ist bei der Erledigung dieser Aufgabe eine private Unternehmung genauso gut und kostengünstig? - Nur wenn diese Frage mit Nein beantwortet wird, soll und wird diese Aufgabe künftig von der Verwaltung Hessens überhaupt angeboten.

Wir lassen uns ernsthaft von dem Gedanken der Subsidiarität leiten. Aufgaben sollen dort erledigt werden, wo sie anfallen. Sie sollen außerdem - eine weitere Neuerung - nur auf einer Ebene erledigt werden. Die zweite Ebene soll ausschließlich die Aufsichtsebene sein.

Auf der Grundlage dieses Grundkonzepts, dieses Grundgerüsts von F.D.P. und CDU, kann man letztlich trefflich über die Frage streiten, wie die Verwaltung zur Erbringung dieser Leistungen organisiert sein soll. Ich verrate Ihnen über-

haupt kein Geheimnis, das gerade wegen der Äußerungen vor der Landtagswahl das Thema Mittelinstanzen prekär war und wir uns einige Stunden sachlicher und kompetenter Verhandlungen hierzu gegönnt haben. Es wäre unbedacht, wenn ich als Vorsitzender der F.D.P.-Landtagsfraktion mit vor Stolz geschwellter Brust erklären würde: Hier haben sich die Liberalen durchgesetzt. - Nein, mit dem nunmehr gefundenen Konzept können, wollen und werden wir Folgendes erreichen.

So viele Aufgaben wie möglich werden im Bereich der Kommunen erledigt. Das Neben- und Gegeneinander der Sonderbehörden auf mittlerer Ebene wird abgeschafft. Damit erreichen wir in den kommenden Jahren eine Mittelinstanz, die nichts mehr gemein haben wird mit den Aufgaben der "klassischen" RPs der Neunzigerjahre. Das RP des Jahres 2005 wird vielmehr eine Behörde sein, in welcher die Belange auf mittlerer Ebene gebündelt werden und die dafür zu sorgen hat, im Wege der Aufsicht eine ordnungsgemäße Landesverwaltung auf kommunaler Ebene sicherzustellen. Das künftige RP wird aber auch der einzige Ansprechpartner auf mittlerer Ebene sein, sodass das häufig zeitraubende und nervende Nebeneinander der verschiedenen Fachbehörden in Hessen bald Vergangenheit sein wird.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich trete mit niemandem in diesem Hause und darüber hinaus in eine streitige Diskussion über die Frage ein, ob das neue RP im Jahre 2005 mehr oder weniger Mitarbeiter haben wird. Ich halte es für tollkühn, wenn eine Oppositionsfraktion in diesem Hause, ganz offensichtlich ohne genaue Lektüre - -

(Claus (SPD): Ihr habt das doch angekündigt! Kehren Sie doch die Argumente nicht um!)

Herr Kollege Claus, ich halte es für tollkühn, wenn die Koalitionsfraktionen in diesem Hause, ganz offensichtlich ohne die Koalitionsvereinbarung zu lesen - die in diesem Punkt sehr umfangreich und detailgenau ist -, die Behauptung aufstellen, dass die drei Personen, die gestern zu Regierungspräsidenten in Kassel, Gießen und Darmstadt ernannt wurden, "Verweser" seien. Wer dieses sagt, bedenkt nicht, dass alle Sonderbehörden in Hessen aufgelöst werden sollen. Am Ende dieser Übung werden wir einmal schauen, wie viele dieser Stellen weggefallen sind, wie viele dieser Stellen auf der kommunalen Ebene gelandet sind und wie viele dieser Stellen von den Sonderbehörden zu den Mittelbehörden gewandert sind. Ich freue mich in diesem Zusammenhang auf eine sehr angeregte und hoffentlich fachlich sehr fundierte Diskussion über jede einzelne Behörde in den zuständigen Ausschüssen dieses Hauses.

Aber das sage ich bewusst zum Schluss in diesem Teil: Natürlich wissen wir als F.D.P., dass wir die große Umstrukturierung der hessischen Verwaltung, die dringend notwendig ist, damit wir effektiver sind, damit der Bürger schneller zu seinen Antworten kommt, damit wir billiger werden, diese Herkulesarbeit, nur gemeinsam mit den Menschen durchführen können, die betroffen sind. Es ist doch für jeden von uns in den Koalitionsverhandlungen vollkommen klar gewesen, dass hinter jedem Kästchen, hinter jeder abstrakten Referatsbezeichnung ein Mensch steht. Aus diesem Grunde sage ich ganz deutlich auch für die F.D.P.-Fraktion: Wir wünschen uns, dass eine gemeinsame Erarbeitung der Konzepte durchgeführt wird. Wir rufen ausdrücklich die in diesem Bereich tätigen Gewerkschaften und Interessenvertretungen, aber auch jeden einzelnen Mitarbeiter auf, daran mitzuarbeiten, dass wir in den

nächsten Jahren eine motivierte Verwaltung erhalten, die von sich selbst auch sagen kann: Jetzt weiß ich auch wieder, wozu ich eigentlich hier bin und welche Tätigkeit ich eigentlich leiste.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Die Wähler hatten am 7. Februar die Alternative zwischen Gezänk, Stillstand, Blockade auf der einen Seite und Bewegung, Chancen und Entwicklungen für Hessen auf der anderen Seite. Die Wähler haben entschieden. F.D.P. und CDU haben die Chance ergriffen, für Hessen ein zukunftsweisendes Programm für dieses Legislaturperiode vorzulegen.

Mir ist es wichtig, zum Schluss des Beitrages für die F.D.P. Folgendes deutlich zu machen. Natürlich haben wir Liberale am Abend des 7. Februar gezittert. Wir wissen, dass 5,1 Prozent wahrlich keine stabile Grundlage sind. Wir Liberale sind aber der Auffassung, dass eine Koalition, die handelt, eine Koalition, die die Chancen Hessens nutzt und die Zukunft in Hessen gewinnen will, bei zielstrebigem und freundschaftlich verbundener Arbeit nicht nur auf eine Legislaturperiode angelegt ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir Liberale sind bereit, diese Herausforderung und diese Verantwortung gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der Union, weit über den nächsten Wahltag hinaus für Hessen zu übernehmen. - Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Möller (Gießen):

Das Wort hat Frau Kollegin Hinz, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren! Am 7. Februar haben die hessischen Wählerinnen und Wähler entschieden. Sie haben der bisherigen Opposition eine Mehrheit gegeben und uns GRÜNEN die bitterste Niederlage unserer hessischen Geschichte bereitet.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Nach Jahren erfolgreicher Arbeit in Hessen haben wir die Wahl verloren, und wir wären die Letzten, die dies nicht akzeptieren würden. Dennoch sind zu diesem Wahlergebnis und der Art, wie es zustande kam, einige Anmerkungen zu machen. Die Gründe unserer Niederlage und damit der Niederlage von Rot-Grün sind vielschichtig. Sie beruhen auch auf eigenen Fehlern, die wir in den vergangenen vier Jahren gemacht haben. Aber das allein war nicht entscheidend. Der Rückenwind aus Bonn nach dem Regierungswechsel am 27. September, den wir für die Hessenwahl erwünscht hatten, kam bisweilen aus der falschen Richtung und blies uns dann heftig ins Gesicht.

(Hahn (F.D.P.): Ja!)

Deshalb ist die nüchterne Feststellung richtig: Die Bundespolitik sowie die allgemeine Darstellung der GRÜNEN sind genauso entscheidend für die Niederlage in Hessen wie unsere selbst zu verantwortenden Fehler.

Ob über die rot-grüne Landespolitik der letzten acht Jahre damit insgesamt der Stab gebrochen wurde, erscheint mir aber eher zweifelhaft. Selbst von Ihnen, meine Damen und Herren der neuen Koalition, hätte noch vier Wochen vor

der Wahl am Ende der Weihnachtsferien keiner auch nur einen Penny auf Ihren Wahlsieg gewettet, und zwar deshalb, weil die von Ihnen angebotenen Alternativen zur Politik von Rot-Grün niemanden begeistert haben. Das war ja auch kein Wunder; denn Sie hatten landespolitisch nichts zu bieten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Clauss (SPD))

Als Erstes dürfen wir an dieser Stelle nicht vergessen, mit welchen Methoden Sie in den letzten Jahren gearbeitet haben: mit Skandalisierung, mit grenzenlosem Opportunismus und Schielen auf den rechten Rand. So haben Sie auch den Wahlkampf geführt.

(Zurufe von der CDU)

Nein, mit Maulheldentum allein haben Sie die Wahl nicht gewonnen. Das wäre zuviel der Ehre für Ihre Oppositionspolitik.

Es gibt der Angelegenheit einen schalen Beigeschmack, dass wir Ihnen vorwerfen müssen, dass der knappe Erfolg, den diese ... Regierungskoalition bei der Landtagswahl hatte, mit auf einem wohldurchdachten und skrupellosen Wahlbetrug beruht hat.

Diese Aussage ist vier Jahre alt und stammt aus dem Mund des heutigen Ministerpräsidenten. Sie führte hier im Landtag zu deutlichem Widerspruch.

Aber was wir damals übersehen hatten: Es war eine Ankündigung für den nächsten Wahlkampf. Und genau diese Ankündigung hat Roland Koch wahr gemacht. Es kann keine Debatte um den Regierungswechsel geführt werden, ohne ein Wort über die Unterschriftenkampagne der CDU während des Wahlkampfes zu verlieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wahlsieg der CDU hat einen schalen Beigeschmack. Erstmals hat eine Partei Landtagswahlkampf gemacht und dabei das Schüren ausländerfeindlichen Ressentiments in ihr Kalkül einbezogen. Sicher, wir haben Fehler auf der Bundesebene begangen, mit einem Gesetzentwurf zu antworten, anstatt eine breit angelegte Informationskampagne über Integration und damit verbundene erleichterte Einbürgerung zu starten. Das hätte vielleicht viele vorhandene Unsicherheiten und Ängste in der Bevölkerung weggenommen.

Trotzdem bleibt festzuhalten: Dem Wahlergebnis liegt eine unverantwortliche politische Inszenierung zugrunde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber Sie haben gewonnen. Die nächsten vier Jahre haben Sie die Möglichkeit, hessische Politik zu gestalten. Jede Regierung hat auch ihre Chancen verdient. Da, wo sie unserer Meinung nach richtig liegt, werden wir auch kooperieren und Entscheidungen konstruktiv begleiten.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben heute Morgen wie auch vorletzte Woche vor allem die bürgerliche Mitte als Ihr Zentrum betont. Die aktive Bürgergesellschaft ist Ihr politisches Ziel, jedenfalls nach Ihren Aussagen - ein Ziel, das wir durchaus teilen könnten.

Aus unserer Sicht stehen aber bislang zu viele negative Erfahrungen mit Ihrer Politik im Raum, zu viele Fragen zur Auslegung des Koalitionsvertrages und doch nicht wenige Aussagen, die in den Auswirkungen das Gegenteil bedeuten werden.

(Kartmann (CDU): Da müssen Sie erst Erfahrungen mit unserer Politik haben!)

Deswegen fällt es schwer, Ihnen das wirklich abzunehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor allen Dingen haben Sie, Herr Ministerpräsident, bereits die erste Bewährungsprobe leider nicht bestanden. Bei der Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Kosovo lagen Sie auf Ihrer alten harten Linie, bis Sie sich langsam eines Besseren belehren ließen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Anfang hieß es noch, Hessen hat keine Kapazitäten frei für die Aufnahme von Flüchtlingen. Dann haben Sie ein Interview gegeben, "FAZ-Sonntagszeitung". Da heißt es wörtlich:

Aber wir sind an den Grenzen unserer Kapazitäten angelangt. Das heißt, wir können nicht, wie das in den Bosnien-Kriegen der Fall war, noch einmal eine sehr große Zahl von Menschen hier aufnehmen.

(Zuruf von der CDU: Da hat er Recht!)

Ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident: Wenn von Hunderttausenden von Vertriebenen, die in den ärmsten Ländern Europas aufgenommen werden, einige Hundert in der reichsten und wirtschaftsstärksten Region Europas aufgenommen werden sollen, ist das keine Vollstreckung des Willens von Milosevic.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht darum, diesen Menschen auf Zeit ein Dach über dem Kopf und Sicherheit zu bieten und zudem dafür zu sorgen, dass die Länder in der Region des südlichen Balkan nicht weiter destabilisiert werden. Auch dem neuen Ministerpräsidenten dürfte bewusst sein: Einer Rückkehr der Vertriebenen steht nicht die Distanz einer Flugstunde, sondern die verbrecherische Politik des serbischen Regimes entgegen. Die Aufnahme von Vertriebenen bei uns ist eine Notmaßnahme - lieber heute als morgen würden diese Menschen in ihre Heimat zurückkehren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Aussage vom 15.04. dieses Jahres, Herr Ministerpräsident - dass das Land Hessen die Lasten für diese Flüchtlinge höchstens ein halbes Jahr lang tragen könne, dann müsse der Bund sämtliche Kosten tragen -, ist schon ein Hohn. Wir sollten uns daran erinnern: Die frühere CDU-geführte Bundesregierung hat für die Bosnien-Flüchtlinge keinen Pfennig aufgewandt - Land und Kommunen mussten alle diese Kosten allein tragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es ist beschämend, wie Sie, Herr Ministerpräsident, sich einerseits als Schirmherr für die Initiative "Hessen hilft dem Kosovo" präsentieren - natürlich können wir stolz darauf sein, wie sich Menschen für die Hilfe für Vertriebene engagieren -, wie Sie aber gleichzeitig die Verantwortung des Landes nur begrenzt wahrnehmen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Populistisch, wie Sie das gerne tun, glauben Sie suggerieren zu können, bei Ihrer Art von Politik würde jeder zu seinem Recht kommen. Die Koalitionsvereinbarungen sind in Teilen auch sehr unverbindlich und weich formuliert - zu gerne würden wir Ihnen das gemeinsam mit allen Bevöl-

kerungsgruppen abnehmen. Doch durch den Mantel der Liberalität, des großen Herzens, scheint die Kälte nicht nur in der Innen- und Rechtspolitik.

Meine Damen und Herren, wir GRÜNEN sind aus der Bürgerrechtsbewegung gekommen. Wir sind der Meinung, der Staat muss nicht alles regeln - im Gegenteil, er hat sich aus vielem herauszuhalten. Der starke Staat ist nicht unser Ziel und war es nie. Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, Eltern- und Betroffenengruppen - das waren und sind unsere Verbündeten, und es sind diejenigen, die eine lebendige, aufgeschlossene, soziale und demokratische Gesellschaft braucht.

Zu einer sozialen und demokratischen Bürgergesellschaft, die ihren Namen verdient, gehört eine Politik, die Rahmenbedingungen dafür setzt, dass sich die Menschen engagieren können. Gerade die Schwächeren müssen die Chance erhalten, in der Bürgergesellschaft ihren Platz zu finden - nur dann können sie aktiv mitgestalten.

Sie von CDU und F.D.P. werden aus unserer Sicht diesem Anspruch mit Ihrer Koalitionsvereinbarung nicht gerecht und deshalb auch Ihrem selbstgewählten Ziel nicht. Ihre Bürgergesellschaft umfasst nicht einmal die Hälfte der Gesellschaft. Ich werde Ihnen das an einzelnen Beispielen verdeutlichen.

Meine Damen und Herren, das wichtigste Thema der Koalition ist nach Ihren eigenen Aussagen - und wer wollte da nicht zustimmen? -: Bildung für das 21. Jahrhundert. Es ist eine der entscheidendsten Voraussetzungen für unsere Gesellschaft. Hessen soll zum Bildungsland Nummer eins werden, und eine Unterrichtsgarantie soll umgesetzt werden.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wer wollte da nicht freudig zustimmen?

(Hahn (F.D.P.): Dann machen Sie es doch!)

Auch wir GRÜNEN hören es wohl - allein, uns fehlt der Glaube. Denn was bleibt bei näherem Hinsehen bislang von den vollmundigen Ankündigungen übrig?

Zur Unterrichtsgarantie gehört nicht mehr der Unterricht, der wegen Krankheit ausfällt. Wie sagt doch die neue Kultusministerin? "Es wird natürlich nicht jeder Lehrer vertreten, der wegen Schnupfen zu Hause bleiben muss!" Und heute Morgen hat der Ministerpräsident betont, dass natürlich Ausfall durch Krankheit und kurzfristige Abwesenheit durchaus hingenommen werden muss. Was bedeutet dann die Unterrichtsgarantie? Das frage ich mich, das fragen sich die GRÜNEN, die Eltern, die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler.

(Zurufe der Abg. Kartmann und Wolff (CDU))

- Bis zum Wahltag sah das anders aus, Frau Wolff! Aus der sofortigen Erteilung sämtlichen Unterrichts ab dem neuen Schuljahr - das haben Sie noch im Wahlkampf verkündet - wurde ein Stufenplan. Von 4.000 versprochenen Stellen steht nur noch die Hälfte in den Koalitionsvereinbarungen.

(Zuruf der Abg. Wolff (CDU))

Die Lehrerstellen für das kommende Schuljahr können Sie wenigstens noch mit den 50 Millionen DM finanzieren, die die alte Landesregierung für genau diesen Zweck zurückgelegt hat. Wir sind gespannt, wie Sie die neuen Stellen finanzieren werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennoch: Die Abdeckung der Stundentafel ist ein großes Ziel. Wir werden die Umsetzung des Versprechens positiv begleiten - darauf können Sie sich verlassen -, weil es sinnvoll ist.

(Zuruf des Abg. Kartmann (CDU))

Allein, es bleibt Ihr Geheimnis, wie Sie das schaffen wollen - nach all den finanziellen Ungereimtheiten, in die Sie sich jetzt schon mit Ihren vielen Versprechungen gebracht haben.

(Zuruf des Abg. Kartmann (CDU))

Aber vielleicht wird dieses Geheimnis schon mit dem nächsten Haushalt gelüftet. Wir werden Ihre Lösungen mit den Betroffenen mit Spannung erwarten.

Meine Damen und Herren, ich bleibe beim Bildungsbereich und beziehe die von Ihnen propagierte Mitwirkung in der Gesellschaft mit ein. Wo bleibt diese Mitwirkung, wenn der Elternwille für die Wahl des Bildungsweges nach Klasse 4 durch einen Beschluss der Klassenkonferenz bis zum Ende des 5. Schuljahres ersetzt wird? Wie begründen Sie es eigentlich, wenn Sie den Eltern die Fähigkeiten absprechen, nach Beratung über den schulischen Weg ihres Kindes eigenverantwortlich zu entscheiden? Wo ist da die Ermutigung für die aktiven Bürgerinnen und Bürger, sich zu engagieren, wenn sogar diese Entscheidung der staatlichen Autorität überlassen wird, ohne dass man dem Elternwillen eine Chance gibt?

Die Mitbestimmung von Eltern und Schülerinnen durch die Schulkonferenz wird abgebaut. Dafür dürfen dann aber die Eltern in betreuten Grundschulen arbeiten. Wie Sie dies mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammenbringen wollen, das bleibt allerdings Ihr Geheimnis. Schließlich sind es gerade die Eltern, für die verlässliche Zeiten notwendig sind, damit sie ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können.

Und nur eine kleine Frage am Rande: Wo bleibt eigentlich das Konnexitätsprinzip bei der Bezahlung dieser Dienste? Wie wollen Sie das den Schulträgern erstatten - oder sollen die das am Ende doch selbst bezahlen? Das wäre doch auch schon eine Aufklärung wert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern wird reduziert, die geistig behinderten Kinder werden ausgegrenzt. Das bedeutet, es gibt Menschen erster, zweiter und dritter Klasse. Gerade diejenigen, die für ihre Integration in die Gesellschaft eine Startchance durch bestmögliche Unterstützung durch den Staat brauchen, damit sie mitwirken können - diese Menschen werden durch Ihre Politik ausgegrenzt.

Gleichzeitig enthalten Sie nicht behinderten Kindern wichtige Lebenserfahrungen vor. Unsere Gesellschaft besteht nicht nur aus gleich starken Menschen, sondern aus Individuen mit unterschiedlichsten Fähigkeiten und auch Schwächen. Mit diesen umgehen zu können, Toleranz, soziale Kompetenzen und Teamfähigkeit einüben zu können - auch dafür ist der integrative Unterricht wichtige Grundlage. Nicht umsonst war und ist der Wunsch von Eltern behinderter sowie nicht behinderter Kinder, den Besuch einer solchen Klasse zu ermöglichen, größer, als dies bislang gewährleistet werden konnte. Auch hier werden Wahl- und Mitwirkungsmöglichkeiten eingeschränkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das zählt alles nicht, wenn man mehr Schule von gestern will. Überhaupt blicken Sie ja gerne in die Zeit von

vor acht Jahren zurück - darauf komme ich später noch einmal. Das aber ist keine zeitgemäße Politik.

Meine Damen und Herren, zentrale Prüfungen und vergleichende Tests werden das Klima an unseren Schulen dramatisch verändern. Dann wird nämlich wieder auf Prüfungen hin gelernt, werden Wissenspäckchen im 45-Minuten-Takt verabreicht.

Wir GRÜNEN sind durchaus für den Leistungsgedanken auch in Bildungseinrichtungen - im Gegensatz zu dem, was Sie immer von uns behaupten. Aber die Schule hat nicht allein das Ziel der elitären und einseitig ausgerichteten Wissensvermittlung. Verschiedene internationale Studien haben darauf hingewiesen: Unsere Unterrichtsmethoden führen nicht dazu, Kindern und Jugendlichen zu vermitteln, wie man Wissenstransfer auf andere Gebiete leistet, Zusammenhänge erkennt und eigene kreative Lösungsmöglichkeiten für Aufgabenstellungen entwickelt. Aber auch das gehört zum Rüstzeug für einen Start ins Leben.

Das Lernen nach vorgegebenen Schemata sollte am Beginn des 21. Jahrhunderts der Vergangenheit angehören. Was Sie vereinbart haben, wird aber dazu führen, dass Projektunterricht, fächerübergreifendes Lernen, Entwicklung von Schulprofilen den Bach hinunter gehen - zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler. Dabei wissen Sie doch, die Wirtschaft, deren Verbündete Sie doch sein wollen, fordert ebenfalls diese Schlüsselqualifikationen ein, die eben mit reiner Wissensvermittlung, nur um einen Test zu bestehen, nicht erreicht werden können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, aber nicht nur in der Schule werden Mitgestaltungsmöglichkeiten reduziert. Auch die Mitverantwortung von Studierenden und Mitarbeitern sowie Mitarbeiterinnen an den Hochschulen ist Ihnen offenbar ein Dorn im Auge. Sie kündigen als besonders vordringliche Maßnahme die Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes an, damit ja nicht eine gemeinsame Wahrnehmung der Verantwortung von Lehrenden und Lernenden für ihre Hochschule Wirklichkeit wird.

Erwachsene Studierende und langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bei Ihnen nur als Bittsteller und nicht als Mitgestaltende gefragt. Gerade den Studierenden und den Nachwuchswissenschaftlern, die nach ihrer Ausbildung doch in Führungsaufgaben wesentliche Verantwortung für unsere Zukunft in der Wissensgesellschaft tragen, von denen wir in besonderem Maße Kreativität, Dynamik und unternehmerisches Handeln erwarten, wollen Sie per Gesetz bescheinigen, dass Sie sie für unfähig halten, an der Reform ihrer Hochschule und der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen verantwortlich mitzuwirken. Damit reduzieren Sie Engagement, statt es zu fördern. Damit verbauen Sie der Gesellschaft Chancen, statt sie zu eröffnen.

Nichts gegen neue Entwicklungen, neue Studiengänge und Innovation an den Hochschulen! Aber Offenheit, wie Sie es ausdrücken, Herr Ministerpräsident, muss sich auch innerhalb der Strukturen und Entscheidungsprozesse von Hochschulen ausdrücken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es kommt noch hinzu, dass schon durch die Ankündigung, dass das Hessische Hochschulgesetz rasch wieder geändert wird, die begonnenen Reformaktivitäten nach eigener Aussage der Hochschulen zum Stillstand gekommen sind. Die Gruppe der Professoren wartet darauf, wieder die absolute Entscheidungsmehr-

heit zu bekommen, und plötzlich wird der überfällige Reformbedarf geleugnet. Zum Beispiel an der GhK sind bereits angesetzte Wahlen aus diesem Grund wieder abgesagt worden. Dieses Beispiel zeigt doch überdeutlich, dass es Ihnen weder um die Auflösung des Reformstaus noch um ein gemeinsames Engagement geht, sondern einzig und allein um die Absicherung von gruppenegoistischen Einflussmöglichkeiten. Das ist nicht die aktive Bürgergesellschaft, das ist die Konservierung überkommener Machtstrukturen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in der Sozialpolitik besteht Ihre Koalitionsaussage vor allem aus schwülstigen Worthülsen, verabredeten Prüfaufträgen und wenig Konkretem, außer der Zusammenlegung der beiden Häuser. Dies macht den Stellenwert der Sozialpolitik der neuen Regierung aus, genau wie erste Aussagen der Ministerin. Ihre Einlassungen waren schon beeindruckend: Da andere Themen höhere Priorität hätten, müsste im Sozialbereich vor allem eingespart werden. Eine Ministerin kommt neu in das Amt für ein solch wichtiges Ressort und erklärt als Erstes: Meine Vorhaben sind nicht wichtig, und außerdem muss ich im Gegensatz zu anderen Geld abgeben. - Das heißt doch im Klartext, Sie wollen noch nicht einmal kämpfen. Sie wollen wahrscheinlich nur das Elend verwalten, statt sich dafür einzusetzen, dass gerade in diesem Bereich Akzente gesetzt werden.

Herr Ministerpräsident, Frau Sozialministerin, wie wollen Sie eine Bürgergesellschaft verwirklichen, wenn Sie nicht bereit sind, alle Anstrengungen zu unternehmen, um Menschen durch aktive Sozialpolitik überhaupt in die Lage zu versetzen, ihren Platz in dieser Gesellschaft einzunehmen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wo bleibt die Unterstützung der Schwächeren in der Gesellschaft? Was ist mit den Behinderten, mit den Arbeitslosen, mit den Kranken und Süchtigen? Sie wollen nicht einmal die Errungenschaft des Sozialbudgets erhalten. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie Sie von der CDU uns wegen der Mittelkürzungen im Sozialbereich attackiert hatten, bis wir das Sozialbudget durchgesetzt hatten, das Ihnen damals immer noch zu wenig Geld war. Opposition eben!

Es war das erklärte Ziel, durch die Einrichtung des Sozialbudgets die Absicherung der sozialen Arbeit zu gewährleisten wie auch den effizienteren Mitteleinsatz, die Vermeidung von teuren Doppelstrukturen und mehr Bürgernähe zu erreichen. Und jetzt? Nicht einmal die Planungssicherheit für Einrichtungen, Verbände und Institutionen wollen Sie erhalten. Wo bleibt die Sicherheit für die kleinen Einheiten, die der Ministerpräsident heute Morgen beschworen hat? Wieso reden Sie von Stärkung des Eigenengagements, wenn Selbsthilfegruppen vielleicht gar nicht mehr stattfinden können, weil sie noch nicht einmal ihren Aufwand entschädigt bekommen? Aber uns hat schon 16 Jahre konservative Sozialpolitik in Deutschland belehrt: Schwarz-Gelb hat kein Konzept für die Fortentwicklung einer modernen Sozialpolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Heidel (F.D.P.): Na, na, na!)

Einer CDU-geführten Landesregierung ist die hessische Arbeitsmarktpolitik lediglich ein paar allgemeine Zeilen wert. Welche Zielsetzungen werden Sie denn in den nächsten vier Jahren verfolgen?

(Ortmann (CDU): Das werden wir sehen!)

Die absehbare wirtschaftliche Entwicklung mit ihren ökologischen Herausforderungen erfordert aktives arbeitsmarktpolitisches Handeln eines Landes und eine vorausschauende, präventive Arbeitsmarktpolitik. Das rot-grüne "Integrierte arbeitsmarktpolitische Programm" hat allein in den letzten vier Jahren über 1 Milliarde DM an Fördermitteln gebündelt und über 85.000 Erwerbslose und von Erwerbslosigkeit Bedrohte erreicht. Trotz einiger berechtigter Kritikpunkte und Schwächen war das Programm damit erfolgreich.

Meine Damen und Herren, wir haben keine Scheuklappen. Deshalb sind wir offen für Verbesserungen an bestehenden Programmen und für die Einführung eines Kombilohnmodells. Es kommt zwar auf die konkrete Ausgestaltung an, aber Sie können auf jeden Fall mit einer konstruktiven Diskussion von unserer Seite rechnen. Gleichzeitig ist es aber notwendig, dass Sie ebenfalls unterschiedliche Wege und Konzepte gelten lassen. Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt als Zauberformel, die es schon richten wird, das allein reicht nicht aus; das kann ich Ihnen heute schon prophezeien. Auch in Zukunft brauchen wir für bestimmte Personengruppen Angebote auf dem zweiten Arbeitsmarkt, um den Einstieg in den ersten vorzubereiten. Das sollten Sie in Ihre Überlegungen einbeziehen und auch finanzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wortüber wir erfreut sind, ist die Tatsache, dass sich die CDU in der Drogenpolitik anscheinend besinnt und eine alte Forderung meiner Fraktion unterstützt. Sie wollen endlich einen Versuch zur Heroinvergabe an Schwerstabhängige unterstützen. Selbst Herr Gerling musste wohl inzwischen einsehen,

(Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist er denn?)

an dem Thema kommt er nicht mehr vorbei, weil auch seine eigenen Parteifreunde in Frankfurt ein starkes Interesse an diesem Modellversuch haben. Acht Jahre Debatte haben vielleicht doch genutzt. Wären Sie in Bonn früher der Einsicht gewesen, hätten wir in den letzten Jahren vielleicht schon einiges Elend verhindern können. Aber immerhin, jetzt könnte es so weit sein.

Aber der Vorschlag einer stationären Unterbringung während des Versuchs und die Eingrenzungen, die heute Morgen hier wieder vorgetragen wurden, stimmen doch etwas bedenklich. Ich hoffe nicht, dass damit jetzt schon wieder das Scheitern eingeläutet werden soll; denn dieser Heroinversuch ist dringend notwendig. Wir werden die neue Landesregierung unterstützen, wenn sie den Kurs tatsächlich einschlägt, unterschiedliche Wege der Therapie und Beratung zu akzeptieren. Es darf allerdings nicht bei leeren Worten bleiben. Das Land muss sich auch tatsächlich beteiligen - organisatorisch, finanziell und meines Erachtens auch über Frankfurt hinaus. An Ihren Taten werden wir Sie messen, auch mit unserer Unterstützung, und nicht nur an Ihren Worten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Aussagen zur Frauenpolitik dagegen sind deprimierend. Es ist für Sie kein eigenständiges Politikfeld mehr, sondern wird unter "Sozialem" subsumiert. Aber ist denn die Frage von Gleichberechtigung der Geschlechter ausschließlich ein soziales Problem? Emanzipatorische Ansätze fehlen völlig. Die Binsenwahrheit "gleiche Rechte und Pflichten gelten nach dem Grundgesetz für

Männer und Frauen“ wird bei Ihnen zur angeblichen Maxime hochstilisiert, ohne dass eine konkrete Aussage folgt.

Auch hier: das Überprüfen von Programmen, aber keine inhaltlichen Aussagen, keine Antworten auf die Frage, wie es mit den arbeitsmarktpolitischen Programmen für erwerbslose Frauen weitergeht. Kein Wort über die Bedingungen, unter denen Frauen arbeiten, und darüber, wie diese Bedingungen zu verbessern sind! Keine Aussagen zu den Feldern in der Frauenpolitik, die sich mit schwierigen Lebenslagen von Frauen auseinander setzen, wie Gewalt gegen Frauen, Frauenhandel, Schwangerschaftskonfliktberatung, Prostitution! Keine Aussagen zur Behandlung von Fragen der Gleichberechtigung in Schule und Hochschule!

Völlig schleierhaft bleibt die von Ihnen versprochene Weiterentwicklung des Gleichberechtigungsgesetzes zu einem effektiven Instrument der Frauenpolitik. Es bleiben da nur nach Ihren früheren Aussagen negative Ahnungen. Ich befürchte, von dem Förderinstrument wird nicht mehr viel für die Frauen übrig bleiben. Ich kann nur sagen, dass insgesamt festzustellen ist, auch wenn es vielleicht merkwürdig klingt, dass zumindest die CDU in der Frauenpolitik schon einmal weiter war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kinderbetreuung flexibler anbieten, Investitionskostenzuschüsse, die nicht mehr gebraucht werden, in Betriebskostenzuschüsse umwandeln, das sind Ihre Vorhaben in der Kinderbetreuungspolitik. Das sind Vorhaben, die wir durchaus unterstützen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie werden Ihnen auch durch die Tatsache erleichtert, dass wir in den letzten Jahren unter grüner Ressortverantwortung durch einen finanziellen Kraftakt in der Landesregierung 63.000 Kinderbetreuungsplätze realisiert haben. Deregulierung von Kindergartenrichtlinien ist auch nicht unser Problem. Vorschläge dazu wurden ebenfalls bereits erarbeitet.

(Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Was ich aber deutlich machen möchte, ist, dass die Qualität der Kinderbetreuung und fachliche Standards dabei nicht unter die Räder kommen dürfen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern sie müssen im Gegenteil immer wieder an neue Entwicklungen angepasst werden. Darauf werden wir in der Diskussion auch achten. Genauso wenig haben Sie zur Fortführung der Integration behinderter Kinder und von Emigrantenkindern gesagt.

(Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Höchst peinlich!)

Das ist deshalb bezeichnend, weil hier die Grundsteine für das gesellschaftliche Miteinander unterschiedlicher Menschen gelegt werden.

Die neue Familienpolitik ist bei Ihnen erstaunlicherweise sehr dünn geraten. Nachdem sich die CDU in der letzten Wahlperiode doch sehr mit der Idee hervorgetan hatte, eine Enquetekommission Familie einzurichten, ist für die Regierungspolitik nur ein Prüfauftrag zur Umsetzung übrig geblieben. Wir sind gespannt, ob es dabei bleibt oder ob auch tatsächlich Entscheidungen fallen sollen.

Auch sonst gibt es entgegen der Ankündigung einer familienpolitischen Offensive nichts Genaueres. Vor allen Dingen

gibt es keine Anerkennung der Realität. Familien sind heute nicht mehr nur Vater, Mutter und eigene Kinder. Realität ist die Vielfalt von Familienleben: Kleinfamilie, Großfamilie, Stieffamilie, Alleinerziehende, Emigrantenfamilie, gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit Kindern. Dieser Herausforderung, Anerkennung und Unterstützung der Vielfalt von Familien, stellen Sie sich nicht. Deshalb werden wir das Thema auf die Tagesordnung der Landespolitik stellen. Denn hier sind auch Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte gefragt, hier ist Unterstützung notwendig für eine Bürgergesellschaft, die aktiv Familienpolitik unterstützt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Verständnis von Jugendpolitik ist doch ziemlich antiquiert. Mit der Vermittlung von Werten allein ist es nicht getan. Jugendliche brauchen ein neues Verständnis von Pflichten und Rechten. Sie sind nicht nur Objekt politischen Handelns, sondern müssen in einen demokratischen Willensbildungsprozess eingebunden werden. Und so müssen auch Erziehung und Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in Familie und Gesellschaft angelegt sein.

Die Fortführung dessen, was wir begonnen haben, nämlich Jugendlichen Beteiligungsmöglichkeiten in Kommunen einzuräumen, ist richtig; doch die Heraufsetzung des Wahlalters ist das falsche Signal. Wie wollen Sie denn der viel beschworenen Politikverdrossenheit von Jugendlichen begegnen, wenn Sie einen wichtigen Baustein von Beteiligung wieder kappen? Natürlich gab es Kritik, weil noch nicht alle Jugendlichen von Anfang an mit dem Instrument umgehen konnten, weil nicht alle wussten, dass sie wählen gehen durften, und natürlich gingen auch noch nicht von Anfang an alle wählen - aber auch nicht alle Erwachsenen gehen wählen. Auch Jugendliche fühlen sich erst einmal mit solchen Instrumenten teilweise überfordert. Aber statt offensiv zu informieren, Jugendlichen zu Entscheidungsgrundlagen zu verhelfen, wie es staatliche Aufgabe wäre, schaffen Sie das Wahlalter von 16 Jahren ab. Uns haben Sie vorgehalten, wir hätten es nur eingeführt, weil wir eine Wählerklientel für uns GRÜNE schaffen wollten.

(Zuruf von der CDU: Ihr habt ja kaum noch welche!)

- Eben! Wovor haben Sie jetzt eigentlich noch Angst? Es hat sich am 7. Februar gezeigt, dass Sie bei der Jugend gewinnen. Also können Sie das Wahlalter 16 doch beibehalten.

(Ministerpräsident Koch: So haben Sie das gesehen!)

- Nein, so haben Sie das gesehen. - Das halte ich Ihnen jetzt vor. Behalten Sie das Wahlalter 16 bei! Lassen Sie die Jugendlichen sich an solchen Entscheidungen beteiligen, und machen Sie eine offensive Informationskampagne, damit sich Jugendliche auch hier in kommunale Entscheidungsprozesse einklinken können!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Clauss (SPD))

Meine Damen und Herren, eine der zentralen Aussagen der hessischen CDU im Landtagswahlkampf war das Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft. Seit der Landtagswahl warten wir nun gespannt darauf, wann der zweite Teil des wahlentscheidenden Slogans, das Ja zur Integration, mit Inhalt gefüllt wird. Während im Wahlkampf von der CDU noch für die Zeit nach der Wahl ein Bündel von Integrationsaktionen angekündigt wurde, haben wir danach nicht mehr so viel davon gemerkt. Wir werden Sie aber in den

nächsten vier Jahren daran messen, ob den hehren Worten auch Taten folgen. Die Koalitionsvereinbarung und auch Ihre Worte heute Morgen haben uns nicht sehr hoffnungsvoll gestimmt. Sie schreiben und sagen zwar richtig, dass die Beherrschung der deutschen Sprache eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration ist. Aber was daraus für die Landesregierung an konkreten Schritten folgt, bleibt doch etwas im Nebel. Im Wahlkampf hieß es beispielsweise noch, der muttersprachliche Unterricht sei ein Relikt aus längst vergangenen Gastarbeiter-tagen, und es sei viel sinnvoller, die dort eingesetzten Mittel für besondere Förderung der Sprachkompetenz der Kinder der Einwanderer zu verwenden.

In der Koalitionsvereinbarung heißt es dann, dass der muttersprachliche Unterricht sinnvoll sein kann, zurzeit aber den Anforderungen nicht genügt und schrittweise ausläuft. Jetzt heißt es nur noch, dass die frei werdenden Stellen dem Regelunterricht zugeführt werden sollen. Von der besonderen Sprachförderung ist nichts mehr übrig geblieben. - Das zum Thema Integration.

Sie wollen laut Koalitionsvereinbarung gezielt die ausbildungs- und berufsbezogenen Förderungsmöglichkeiten von zugewanderten Jugendlichen verbessern. Allerdings ist uns schleierhaft, wie das Ihrem Modell nach konkret aussehen soll. Weder im wirtschafts- noch im sozialpolitischen Teil Ihrer Vorstellung findet sich ein konkreter Ansatz dazu. Wer der Meinung ist, dass Wirtschaft in der Wirtschaft stattfindet, und wer von staatlichen Interventionen auf dem Arbeitsmarkt nichts hält, der wird vor dieser Aufgabe versagen. Bestimmte Problemkonstellationen bedürfen weiterhin staatlicher Intervention, sonst wird aus der angestrebten dauerhaften Beschäftigung möglichst vieler Menschen im ersten Arbeitsmarkt eine dauerhafte Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, was sich niemand wünschen kann.

Aber auch sonst finden wir leider viel rückwärts Gewandtes in Ihren Ausführungen. Den angeblich nicht vorhandenen Protokollnotizen zur Koalitionsvereinbarung entnehmen wir - sinnigerweise unter dem Kapitel "Innere Sicherheit" -, dass Sie den Erlass zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften wieder aufheben wollen. Ganz abgesehen davon, dass Sie schon in Ihrer Oppositionszeit mit Verbissenheit eine Kampagne dagegen geführt haben - das ist eigentlich nur mit latenter Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit zu erklären -, obwohl er immerhin in ähnlicher Form im Land Berlin durch den ehemaligen Innensenator Schönbohm, der gewiss kein Links-abweicher ist, in Kraft gesetzt wurde, führt uns diese Protokollnotiz zu einer Frage, die leicht aus dem Blickfeld gerät: Wo ist eigentlich in all diesen Fragen die F.D.P.? Während in Bonn Guido Westerwelle in der F.D.P.-Bundestagsfraktion darum streitet, die eingetragene Partnerschaft von Homosexuellen zu unterstützen, fährt die F.D.P. in Hessen laut- und kritiklos der CDU nach rechts hinterher.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden sehen, wenn der Erlass abgeschafft wird, ob die Protokollnotizen vorhanden sind oder nicht. Wir werden dem nachgehen.

Während in Bonn ein Gruppenantrag von SPD, GRÜNEN und F.D.P. zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts kurz vor der Verabschiedung steht, der wesentliche Teile der Vorstellungen der F.D.P. beinhaltet, kann Roland Koch munter seine Ablehnung dieses Modells verkünden, ohne dass von der F.D.P. in dieser Frage nur ein Sterbenswörtchen zu hören wäre.

(Ministerin Wagner: Sie haben wohl nicht zugehört!)

Herr Hahn, wenn Sie sagen, Sie wollen jetzt noch einmal den allübergreifenden Konsens versuchen, dann frage ich Sie: Haben Sie nicht zur Kenntnis genommen, dass Ihr Koalitionspartner in Gestalt des Ministerpräsidenten angekündigt hat, dass die CDU eine Verfassungsklage einreichen will gegen die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die die F.D.P. mitträgt?

(Hahn (F.D.P.): Ich habe trotzdem Optimismus!)

Ich habe kein Wort von Ihnen gehört, dass Sie sich gegen eine solche Verfassungsklage wenden. Ich habe kein Wort von der stellvertretenden Ministerpräsidentin dazu gehört, die auch Landesvorsitzende ist. Wir werden gespannt sein, wie sich die F.D.P. im Bundesrat zu dieser Frage stellt, wenn das neue Staatsangehörigkeitsrecht dort zur Abstimmung steht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, es gibt aber durchaus ein paar bemerkenswerte Ansätze in der Koalitionsvereinbarung. Immerhin, die Idee eines im Landtag zu diskutierenden Integrationsberichts ist, sollte er denn kommen, eine gute Idee. Außerdem wollen Sie einen Beirat einrichten, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen, die in der Integrations-, Migrations- und Flüchtlingspolitik engagiert sind, zusammengebracht werden sollen - ein löbliches Ansinnen. Wir wünschen gutes Gelingen und werden unseren Teil dazu beitragen, sofern es in unserer Macht steht. Die spannende Frage ist, ob Sie es ernst meinen mit dem, was Sie sagen.

Denn wie sollen es die Bürgerinnen und Bürger ausländischer Herkunft, die in Ausländerbeiräten sind und sich bemühen, ihren Teil zu einem guten Zusammenleben in diesem Land beizutragen, verstehen, wenn das Gesetz über den Landesausländerbeirat aufgehoben wird, aber gleichzeitig die Stelle eines Beauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler neu geschaffen wird? Was sagten Sie vorhin zur Parallelität von unterschiedlichen Gremien? Was sagten Sie zur Interessenvertretung? Ich bin der Meinung, auch die Aufgabe der Integration der Spätaussiedler ist eine Integrationsaufgabe und gehört in ein Gesamtintegrationskonzept. Wenn Sie einen Interessensvertreter für die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler wollen, was man Ihnen zugestehen kann im Hinblick auf die Klientel, die Sie auch bedienen müssen, so finde ich es nachgerade peinlich, dass Sie gleichzeitig den Landesausländerbeirat abschaffen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, Integration braucht vor allem Toleranz - Toleranz und Willen zur Integration bei denen, die in der Minderheit sind und die zu integrieren sind, aber auch Toleranz und Akzeptanz bei denen, die die Minderheit zu integrieren haben. Ohne diesen gegenseitigen Willen wird das nicht gelingen, und an diesem Willen müssen alle wohl noch hart arbeiten.

Wir können in diesem Feld im Interesse der hessischen Bürgerinnen und Bürger, sowohl der deutschen als auch der nichtdeutschen, nur hoffen, dass der Mangel an Toleranz und der Mangel an Willen zu wirklicher Integration, der bei Ihnen, der CDU, im Wahlkampf zu beobachten war, sich nicht in der Regierung fortsetzt.

Wie hält es die CDU-geführte Landesregierung eigentlich mit der gesellschaftlichen Verantwortung der Wirtschaft in

einer Bürgergesellschaft, vor allem in Fragen des Abbaus der Arbeitslosigkeit und der Schaffung von Ausbildungsplätzen? Allein bessere Schulbildung wird nicht dazu führen, Unternehmen zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu bewegen.

Sie wollen die Flexibilisierung des Berufsschulunterrichts, dabei ist das wirklich nichts Neues. Wir haben in der letzten Wahlperiode schon die Weichen in Kooperation mit den Unternehmen gestellt. Unter rot-grüner Verantwortung wurden in Hessen das 75-Millionen-DM-Ausbildungsplatzprogramm im Jahre 1996 und das 35-Millionen-DM-Programm im Jahre 1998 aufgelegt.

Hier kann im Übrigen auch nicht alles schlecht sein, was Sie einmal schlecht geredet haben. Ausbildungsverbünde wurden von Ihnen als hypothetisches Konstrukt verteufelt, wo Hunderttausende von Mark verpulvert würden. Es freut mich, wenn Sie die erfolgreichen Maßnahmen jetzt aufgreifen und diese Verbundmodelle ausdrücklich erwähnen.

Aber wie die Programme insgesamt weitergeführt werden sollen, wo Ihre Perspektive beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit ist, wie Sie die Wirtschaft in die Verantwortung nehmen wollen, wenn Sie keine Ausbildungsplatzabgabe wollen, das verraten Sie leider nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Wirtschaftspolitik der rot-grünen Landesregierung hat in den vergangenen Jahren wesentlich dazu beitragen, dass Hessen das wirtschafts- und finanzstärkste Flächenbundesland ist. So sehr wir auf diese Leistungsfähigkeit stolz sein können, wir müssen diesen Status sichern und ausbauen.

Um die Leistungsfähigkeit öffentlicher Wirtschaftsförderung in Hessen zu erhöhen, haben wir in der vergangenen Wahlperiode unter Rot-Grün eine Investitionsbank für das Land konzipiert, die das Fördergeschäft bündeln und mit der Aktivierung bestehender Wohnungsbaukredite weiter Förderungen vornehmen soll. Neben der klassischen Förderung von Unternehmensgründern, kleinen und mittleren Unternehmen versprechen sich die GRÜNEN davon eine nachhaltige Stärkung für die Förderung von Unternehmen im Bereich der neuen Medien und Dienstleistungen, wenn man das will, die Fördermittel so einsetzt und vor allem die Hoheit über die Vergabe der Fördermittel in Landesaufgabe behält.

Noch im Herbst haben Sie vehement versucht, die Gründung der Investitionsbank zu stoppen. Sie haben uns vorgeworfen, wir würden die Wohnungsbaukredite zu billig als stille Einlage zur Verfügung stellen. Jetzt haben Sie eingesehen, dass wir gute Arbeit geleistet haben, und akzeptieren die ausgehandelten Margen. So sehr mich im Ergebnis freut, dass Sie unsere bewährte Politik in diesem Bereich so weiterführen wollen, so muss ich doch an Ihrer wirtschaftlichen Kompetenz zweifeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Erst verurteilen Sie das Projekt in Bausch und Bogen, um es dann nach der Regierungsübernahme zu 100 Prozent zu übernehmen. Wenn das so weitergeht, werden wir auch künftig, in der Opposition, in die Pflicht genommen werden, für Sie Konzepte zu entwickeln, die zukunftsfähig sind.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das machen wir doch gerne!)

Im Übrigen beschränkt sich Ihre vermeintliche Wirtschaftsfreundlichkeit auf Maßnahmen, die auf Kosten der Umwelt und Gesundheit gehen. Das Prinzip des nachhaltigen Wirtschaftens, von uns in die Politik eingeführt, wird damit ad acta gelegt.

Nach Ihren bisherigen Aussagen wollen Sie auch den Bereich der Energieeinsparung nicht mehr so intensiv bearbeiten, wie wir das getan haben. Wie anders soll ich die Äußerungen von Herrn Hahn sonst verstehen, die er vorhin gemacht hat?

Die Zukunft der Hessen-Energie ist nach Ihren Plänen derzeit mehr als ungewiss. Wenn Sie meinen, dass mit einer simplen Absichtserklärung zur Privatisierung der Hessen-Energie eine hinreichende Energiesparpolitik des Landes betrieben werden kann, haben Sie offenbar keine Vorstellung davon, wie eine aktive Energiepolitik überhaupt aussehen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, die von uns eingeführte Grundwasserabgabe hat garantiert, dass die Zunahme des Grundwasserverbrauchs endlich gestoppt wurde und mit den eingenommenen Mitteln wichtige Wassersparprojekte realisiert werden konnten. Neben dem Schutz des Lebensgutes Wasser sind davon auch wichtige wirtschaftliche Impulse für das hessische Handwerk und die mittelständischen Unternehmen ausgegangen. Durch eine klare, umweltgerechte Ordnungspolitik wird darüber hinaus die Innovationsfähigkeit der hessischen Wirtschaft weiter gestärkt. Das ist eine der Grundvoraussetzungen für einen Erfolg hiesiger Produkte und Dienstleistungen auch auf den Weltmärkten.

Die von Ihnen jetzt beschlossene Abschaffung der Grundwasserabgabe wird in Teilbereichen deutliche Verschlechterungen für ökologische Investitionsvorhaben nach sich ziehen. Aber wir sind gespannt, ob das tatsächlich so zum Tragen kommt.

Der neue Umweltminister wird nämlich recht schnell merken, mit den Einnahmen wurde nicht nur die Grundwasser-einsparung gelenkt, damit werden die Förderung der Energieprogramme, die Altlastensanierung, Subventionen im Landwirtschaftsbereich, Wasserspartechnologien in Kommunen und Betrieben sowie Personalkosten in der Wasserverwaltung finanziert.

(Heidel (F.D.P.): Ausgleichszahlungen!)

Ich bin gespannt, wie Sie künftig die notwendigen Programme finanzieren wollen. Vielleicht werden Sie noch einmal froh sein, dass wir rechtmäßige Bescheide bis zum Schluss unterschrieben haben, damit Sie in den nächsten Jahren überhaupt noch etwas vorweisen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wie der Landwirtschaftsminister vom Umweltminister für seine Aufgaben noch Geld locker machen will, darauf können wir auch gespannt sein. Aber vielleicht lernen Sie doch noch: Allein aus ideologischer Verblendung heraus alles anders als die Vorgänger machen zu wollen, das schadet manchmal mehr, als es nützt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleiches gilt für die Atompolitik. In der Koalitionsvereinbarung steht, in Sicherheitsfragen gebe es keinen Rabatt. Das klingt gut. Das könnte von uns stammen.

(Lachen bei der CDU)

Aber Realität wird dieser Spruch nicht, nach alledem, was wir bis jetzt wissen. Sie wollen mit der Atompolitik dort beginnen, wo Sie vor acht Jahren aufgehört haben, als wäre nichts, aber auch wirklich nichts geschehen. Sie wollen nicht wahrhaben, dass RWE alle Genehmigungsanträge fehlerhaft gestellt, Unterlagen nicht nachgereicht oder überhaupt keine Anträge gestellt hat.

Es ist die Unwahrheit, wenn der Herr Ministerpräsident hier heute Morgen sagt, das Umweltministerium hätte in den letzten acht Jahren den Meiler dort schon stilllegen können oder wäre in der Verantwortung dafür, dass nicht nachgerüstet sei.

(Kartmann (CDU): Sechs Monate! - Koch (CDU): Seit acht Monaten haben Sie nichts investiert!)

- Nein, Sie haben auch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir rechtmäßig hätten eingreifen können. Ich sage Ihnen noch einmal von dieser Stelle, es war nicht möglich, weil sowohl Herr Töpfer als auch Frau Merkel jeweils Anweisung gegeben haben, dass wir nicht stilllegen durften, obwohl wir es zur Sicherheit als notwendig erachtet hätten. Lesen Sie das Protokoll nach!

(Koch (CDU): Renneberg ist seit sechs Monaten in Bonn!)

- Dazu komme ich noch, Herr Ministerpräsident. Lesen Sie aber das Protokoll nach! - Wie ist das Handeln nach Recht und Gesetz? Der Ministerpräsident erklärt, die Stilllegungsverfügung, die vorhanden ist, ist nicht notwendig; RWE soll nachrüsten.

Der zuständige Minister erklärt nach erster Durchsicht, es gebe nichts Neues. - Da kann ich nur sagen: Warum sollte es auch etwas Neues geben, wenn nicht nachgerüstet wurde, weil in den letzten eineinhalb Jahren von RWE schlicht und einfach kaum etwas investiert wurde? RWE hat bereits jetzt betont, dass sie nicht bereit sind, die Weimar-Auflagen so zu erfüllen, wie sie damals ergangen sind. Ich wundere mich, dass Sie Ihre Kontakte nicht ausgenutzt und mit RWE geredet haben, bevor Sie in die Welt gesetzt haben, dass auf jeden Fall die Nachrüstung so erfolgen muss. Da scheinen mir doch noch einige Abstimmungsprobleme auf dieser Ebene zu bestehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allgemeines Chaos in der Atomfrage werden wir anscheinend noch etwas weiter erleben, denn inzwischen sind die für Sicherheitsfragen entscheidenden Personen versetzt worden. Ich bin gespannt, welche neue Sicht der Dinge wir demnächst vorgetragen bekommen. Wie sagte doch leider Minister Dietzel, der die Atomaufsicht bekam, aber nicht haben wollte: Die heftigen Diskussionen um Biblis haben nichts mehr mit Sachfragen zu tun. - Dazu kann ich nur sagen: Nachdem er zuständig geworden ist, stimmt das leider hundertprozentig, dass das nichts mehr mit Sachfragen zu tun hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie der Meinung sind, innerhalb von sechs Monaten könne eine neue Bundesregierung tatsächlich in der Lage sein, alle fachlichen Weisungen aufzuheben, und zwar nicht einfach so,

(Heidel (F.D.P.): Wie bei 630 DM!)

sondern mit qualitativen Begründungen aufgrund eines Statusberichtes, so dass es gerichtsfest ist, dann haben Sie keine Ahnung davon, wie Atomaufsicht funktionieren muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nur feststellen, die Ideologie der Achtzigerjahre hat wieder das Ruder übernommen, die Wirtschaftsinteressen gehen wieder vor Sicherheitsinteressen.

Meine Damen und Herren, auch in der Naturschutzpolitik hat die Natur nicht mehr viel zu suchen. Stattdessen sind auch hier wirtschaftliche Interessen vorrangig.

(Heidel (F.D.P.): Jetzt kommt es aber!)

- Ja, z. B. beim Nationalpark Kellerwald!

(Heidel (F.D.P.): Darauf warte ich schon die ganze Zeit!)

- Sie wollen ihn nicht mehr als Nationalpark ausweisen. Aber damit nicht genug! Sie wollen nur noch 1.000 ha aus der forstwirtschaftlichen Nutzung herausnehmen. Das ist mehr als armselig und ignoriert bewusst die Initiativen von hessischen Bürgerinnen und Bürgern.

Sonst ist doch der Ministerpräsident immer schnell dabei, sich Bayern und Baden-Württemberg als Vorbild zu nehmen. Tun Sie es doch bitte hier! - Der bayerische Ministerpräsident hat die Einrichtung des Nationalparks offensiv auch gegen regionale Widerstände vertreten und vorangebracht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dort hat man erkannt, wie mit Naturschutz und sanftem Tourismus strukturschwache Regionen gestärkt werden können. Wenn Sie davon reden, dass Sie "Hightech und Äpfelwoi" in Analogie zu "Laptop und Lederhose" haben wollen, dann nehmen Sie sich Bayern an dieser Stelle zum Vorbild!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neue Landesregierung setzt auf die Ausweitung der Bio- und Gentechnologie. Dabei hält sie Freilandversuche mit dem Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut für unverzichtbar. Natürlich, nach Recht und Gesetz sind Freilandversuche unter bestimmten Voraussetzungen zu genehmigen und möglich. Aber eine Landesregierung, die völlig unkritisch mit diesem Thema umgeht, die Sorgen der Bevölkerung nicht ernst nimmt, die Sicherheitsforschung nicht für notwendig erachtet, handelt aus unserer Sicht unverantwortlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern Sie auf, nicht nur einen Umschwung zugunsten von Forschung und Technologie im Hinblick auf die Erleichterung für gentechnische Verfahren zu propagieren, sondern auch die Sorgen der Verbraucherinnen ernst zu nehmen und ein Konzept für begleitende Sicherheitsforschung zu entwickeln.

Mir hat noch niemand einleuchtend erklären können, warum wir Gentechnik in der Landwirtschaft brauchen, statt die Förderung von ökologischem Anbau, Produktion von gesunden Lebensmitteln und Stärkung regionaler Kreisläufe durch Direktvermarktung zu unterstützen. Das wäre eine Landwirtschaft, die auf die Zukunft gerichtet ist.

Insgesamt lässt sich feststellen, es wird keine positive Weiterentwicklung im gesamten Umweltbereich geben. Wie Umweltpolitik zu einem Innovationsfaktor in der Wirtschaft werden kann, wie Bündnisse geschlossen werden können, wie die Umweltpolitik zur Querschnittsaufgabe werden kann im Rahmen einer Agenda 21 auf Landesebene, wie Umweltdenken im Sinne von Nachhaltigkeit in

der Bevölkerung tiefer verankert werden soll, wie welche Klimaschutzziele erreicht werden sollen - keine Antwort, Fehlanzeige. Eigenständige Umweltpolitik für das 21. Jahrhundert ist in der Koalition nicht sichtbar und anscheinend auch nicht erwünscht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sich treu geblieben ist die CDU beim Thema Rechts- und Innenpolitik. Und wie es nicht anders zu erwarten war, kann man auf die F.D.P. nicht mehr hoffen, obwohl sie sich in den letzten Jahren bei dem einen oder anderen Thema durchaus noch einmal positiv abgehoben hat.

Sie wollen die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger verbessern. Wer wollte das nicht? Allerdings: Zuerst einmal müssen Sie sich sehr anstrengen, um über vier Jahre einen ähnlichen Rückgang der Kriminalitätszahlen zu erreichen, wie es ihn unter Rot-Grün gegeben hat, und zwar ohne Gesetzesverschärfungen.

Sie erliegen dem Irrglauben, mehr Sicherheit könne es nur durch schärfere Gesetz geben. In Zukunft wird es nach Ihrem Willen in Hessen die Möglichkeit geben, Menschen, die noch keine Straftat begangen haben, für sechs Tage in Gewahrsam zu nehmen. Sie schreiben zwar in Ihrer Koalitionsvereinbarung, dass Sie dies tun wollen, um "im Vorfeld von Großlagen militante Ausschreitungen zu verhindern". Wir fragen Sie allerdings: Wer stellt die Prognose, von wem solche Ausschreitungen zu erwarten sind? Was bedeutet ein solches Gesetz für das Prinzip, dass es zur Freiheitsentziehung eines konkreten Anlasses bedarf, der sich nicht nur auf Vermutungen stützen darf?

In dasselbe Bild passt es nun, dass Sie nun endlich Ihre heiß geliebte Schleierfahndung einführen wollen. Wir sind immer noch aus gutem Grund der Meinung, dass es zum polizeilichen Einschreiten eines konkreten Anlasses, eines Verdachts oder einer akuten Gefahr bedarf, und lehnen deshalb die von Ihnen geplanten ereignis- und verdachtsunabhängigen Kontrollen ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie allerdings im Bereich des Personaleinsatzes bei der Polizei vorhaben, schlägt dem Fass den Boden aus. Wir halten Ihre Vorstellung eines freiwilligen Polizeidienstes für abenteuerlich. Die Vorstellung, freiwillige Helfer bei der Polizei einzusetzen, ist in Anbetracht des gefährlichen Berufes, den Polizeibeamtinnen und -beamte ausüben, der notwendigen vertieften rechtlichen Kenntnisse, des großen Einfühlungsvermögens und der klaren Entscheidungen, die in Gefahrensituationen verlangt werden, schlichtweg gefährlich. Wir wollen, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger weiterhin in den Händen gut ausgebildeter Menschen liegt, die sich damit auskennen. Wir wollen weiterhin Polizistinnen und Polizisten, die für diese Aufgabe gut ausgebildet sind und sich professionell mit Kriminalitätsbekämpfung beschäftigen. Sicherheit gehört nicht in die Hände von Amateuren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In der Rechtspolitik erleben nicht nur wir seit dem Regierungswechsel die wundersame Wandlung des Christean Wagner

(Lachen der Abg. Fuhrmann (SPD))

vom Oppositionspolitiker, der selbst vor übelsten und unwahrsten Beschimpfungen nicht zurückschreckte, zum Minister,

(Hahn (F.D.P.): Das ist jetzt aber hart!)

der so voll Angst vor seiner eigenen Vergangenheit ist, dass er inzwischen die Politik seines Vorgängers lobt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Fuhrmann (SPD): Unglaublich!)

Entweder hat Christean Wagner vor der Wahl vor allem Unsinn erzählt, oder er verfügt über so wenig Rückgrat, dass er das, was er eigentlich denkt, nicht umsetzen kann. In beiden Fällen ist es eine Bestätigung für uns: Wir haben es mit einem rechtspolitischen Maulhelden zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden Sie aus Ihrer rechtspolitischen Vergangenheit in der Opposition nicht entlassen. Wir werden sehr genau darauf achten, ob die Balance zwischen dem Interesse möglichst effektiver Strafverfolgung und den Freiheitsrechten der unbescholtenen Bürgerinnen und Bürger in einem Rechtsstaat nicht durch Ihre Allmachtsfantasien vom harten Durchgreifen vor die Hunde geht.

Meine Damen und Herren, die geplante Änderung der Kommunalverfassung sehen wir mit gemischten Gefühlen. Wir halten die von Ihnen geplante Erweiterung der Rechte der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für falsch. Wir halten es nicht für richtig, dass direkt gewählte Parlamente - Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage - weniger Rechte haben als die direkt gewählten Landräte und Bürgermeister.

(Beifall des Abg. Schaub (SPD))

Der Einführung von Kumulieren und Panaschieren stehen wir jedoch grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Damit eine bessere Mitgestaltungsmöglichkeit und einen Einfluss auf die Zusammensetzung der Kommunalparlamente zu haben, halten wir für sinnvoll. Wir möchten Sie jedoch auffordern, die Oppositionsparteien mit in die Debatte um die Ausformulierung eines solchen Gesetzentwurfs einzubeziehen.

(Hahn (F.D.P.): Jawohl!)

Dabei wird dann auch die Frage nach der Höhe der Hürde zum Einzug ins Parlament zu klären sein. Die von Ihnen vorgesehene Hürde von 3 Prozent hat auch unserer Meinung nach eher etwas mit dem Überleben der F.D.P. in den Kommunen zu tun und nicht so sehr mit der Frage der Zersplitterung dieser Organe der Kommunen. Denn wenn das der Grund wäre, müssten Sie es bei 5 Prozent belassen. Wenn Sie aber Kumulieren und Panaschieren als Persönlichkeitswahlrecht haben wollen, dann braucht man gar keine Hürde. Das muss ausreichend diskutiert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Regierung hat der neuen Landesregierung eine geordnete Finanzwirtschaft hinterlassen. Wir haben es geschafft, das von uns gesetzte Konsolidierungsziel für 1998, nämlich die Begrenzung der Nettoneuverschuldung auf 1,5 Milliarden DM, um 500 Millionen DM zu übertreffen. Für das laufende Haushaltsjahr ist von Rot-Grün eine Neuverschuldung von 1 Milliarde DM vorgesehen worden. Bisher haben Sie sich nicht dazu erklärt, ob Sie an diesem Ziel festhalten wollen und wie Sie die zusätzlichen Ausgaben finanzieren wollen.

(Kartmann (CDU): Sie haben nicht zugehört! Wo waren Sie vorher bei der Regierungserklärung?)

- Nein. Er hat gesagt: Wir werden langfristig das Konsolidierungsziel bei weiterem Wachstum einhalten.

(Kartmann (CDU): Soll ich es Ihnen nachher vorlesen?)

Was das heißen soll, werden wir wahrscheinlich erst erleben, wenn Sie den Haushaltsentwurf vorlegen. Wir werden dann genau prüfen, wie Ihre Finanzpolitik aussieht.

(Kartmann (CDU): Lesen Sie doch einmal in der Regierungserklärung nach! Sie hören gar nicht zu, um hinterher etwas behaupten zu können! Es ist unseriös, was Sie da betreiben!)

Wir werden sehen, ob Ihre Finanzpolitik seriös ist oder ob Sie in solche Schwierigkeiten kommen, dass Sie entweder die Nettoneuverschuldung hochtreiben müssen oder Ihre Wahlversprechen nicht mehr einhalten können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Verwaltungsreform ist Chefsache. Ob dem Ansinnen, die Verwaltung schlanker zu machen, Abläufe effektiver und einfacher zu gestalten, Verantwortlichkeiten zu bündeln und zu delegieren, dadurch besser Rechnung getragen wird, dass das Thema in der Staatskanzlei angesiedelt ist, mag dahingestellt sein. Zumindest ist nun die Verantwortlichkeit in der Landesregierung klar: Der Ministerpräsident trägt die Verantwortung; und wenn es weiter so läuft wie bei der Ankündigung der Auflösung von allerlei Behörden und dem, was bei den Koalitionsverhandlungen herausgekommen ist, dann wird es für den Ministerpräsidenten eher ungemütlich.

Schon jetzt ist die Diskrepanz zwischen Ankündigung und Ergebnis als peinlich zu bewerten. Die Regierungspräsidien sollten abgeschafft werden. Nun bleiben sie. Ob, wann und welche Kompetenzen wohin verlagert werden, ist unklar. Die Ankündigung, im Herbst sei mit einem Konzept zu rechnen, haben wir zur Kenntnis genommen. Wir werden den Termin im Auge behalten. Wie aber wollen Sie es zusammenbringen, 6.000 Stellen zu sparen, wenn Sie gleichzeitig sagen, bei den Regierungspräsidien wird die Zahl der Stellen wahrscheinlich in etwa gleich bleiben, die Sonderbehörden sollen aufgelöst werden, und ein neues Landesamt für die Polizei soll geschaffen werden? Das alles in Einklang zu bringen, damit werden Sie noch viel Freude haben. Wir werden das mit Interesse begleiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Fuhrmann (SPD))

Sie haben für die Verwaltungsreform vor allen Dingen viele Prüfaufträge formuliert. Herr Koch, ich möchte Sie daran erinnern, wie Sie vor vier Jahren die Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün hier hochgehalten haben. Sie haben damals gesagt, wir würden nur prüfen und nichts tun. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir in den letzten vier Jahren eine Verwaltungsreform auf vielen Ebenen eingeleitet und abgeschlossen haben. Daran können Sie sich ein Beispiel nehmen. Dadurch haben wir Personalkosten effektiv einsparen können. Ich erinnere Sie nur an die Reformen der Polizeiverwaltung, der Schulverwaltung und der Umweltverwaltung.

(Zuruf von der CDU: Dünn war das!)

Wenn ich jetzt in Ihrer Koalitionsvereinbarung lese: "Bei jeder Aufgabe wird deshalb geprüft ...", "Weiterhin werden CDU und F.D.P. prüfen ...", "Beispielsweise werden folgende Bereiche geprüft ...", "Es werden alle Aufgaben daraufhin überprüft ...", dann kann ich nur sagen: Hoffentlich prüfen Sie nicht nur. Sonst sind die vier Jahre um, und Sie haben weder eine Verwaltungsreform geschaffen, noch

haben Sie Personalkosten eingespart und Ihr Ziel, die Personalkostenquote zu senken, erreicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Rudolph (SPD): Dr. Jung hat viel Arbeit!)

Ich sage Ihnen: Ich weiß, wie schwierig es ist, in einer Koalition einen Haushaltsentwurf zusammenzubringen, angesichts der vielen Wünsche, die die Einzelnen haben, und angesichts der Sparnotwendigkeiten. Wir haben die langen Nächte der Haushaltsberatungen noch in den Gedanken und im Kopf. Bei dem, was Sie sich heute noch als Päckchen hier vorne aufgeladen haben, den Versprechungen, die Sie in den Koalitionsvereinbarungen gemacht haben, und den hehren Zielen, die Sie haben, dass Sie nämlich die Staatsquote und die Personalquote absenken wollen, kann ich Ihnen nur viel Vergnügen wünschen. Ich hoffe, Sie halten durch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir GRÜNEN werden die Oppositionszeit nutzen, Sie an Ihre Versprechen zu erinnern. Wir GRÜNEN werden darauf dringen, Antworten auf die Fragen zu erhalten, die ich gestellt habe. Wir GRÜNEN werden aber auch während der nächsten vier Jahre immer wieder deutlich machen, welche soziale, demokratische und ökologische Bürgergesellschaft wir uns vorstellen und welche Rahmenbedingungen dafür notwendig sind.

Grüne Politik steht für den solidarischen Umbau des Sozialstaats. Wir sind für den Erhalt einer vielfältigen sozialen Infrastruktur und setzen uns konsequent für die Rechte sozial benachteiligter und ausgegrenzter Menschen ein. Das Land muss Rahmenbedingungen schaffen und erhalten, die Hilfe zur Selbsthilfe und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Gegenseitige Achtung statt rücksichtsloser Konkurrenz sowie gegenseitige Anerkennung und solidarische Hilfe sind notwendig und müssen vom Staat gefördert werden. Das beinhaltet auch die Integration von behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in unserer Gesellschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die GRÜNEN wollen eine Bildung, die dem 21. Jahrhundert gerecht wird, die nicht allein auf Wissensvermittlung für Prüfungen, sondern auf lebenslanges Lernen setzt. Wissen, Kommunikation und soziale Kompetenz müssen auf der Agenda einer fortschrittlichen Bildungspolitik stehen. Schülerinnen, Schüler und Studierende müssen genauso wie die Lehrkräfte aktiv in den Lernprozess einbezogen werden. Eine Förderung aller nach ihren Fähigkeiten fördert Individualität, muss aber mit der Unterstützung von Kooperation und mit der Integration Einzelner einhergehen.

Die GRÜNEN stehen für eine Umweltpolitik, die durch die Beteiligung gesellschaftlich relevanter Gruppen zu einem Motor für neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen wird. Die Umweltpolitik muss als Innovationsfaktor für die Wirtschaft verstanden werden. So können Arbeitsplätze geschaffen werden, die sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren.

Wir GRÜNE wollen mehr Demokratie, weil wir die verantwortliche Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern brauchen. Minderheiten dürfen nicht diskriminiert und ausgegrenzt werden, sondern müssen in demokratische Prozesse einbezogen werden. Deshalb treten wir für den Schutz von Bürgerrechten, für mehr Mitentscheidung und für die Integration von Migranten ein.

Eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, wie wir sie verstehen, fördert Arbeits- und Ausbildungsplätze, schafft einen Ausgleich zwischen unternehmerischen und gesellschaftlichen Interessen. Sie setzt auf die Schonung natürlicher Ressourcen. Die Unternehmen müssen in die Verantwortung für die Gestaltung des Landes einbezogen werden. Die Politik darf sich aber nicht von den Interessen der Unternehmen dominieren lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser politischer Entwurf steht - trotz Übereinstimmungen in einzelnen Punkten - deutlich im Kontrast zu dem, was der Ministerpräsident hier und heute vorgetragen hat, und noch mehr zu dem, was er vorhat, allerdings zu verbergen sucht.

Wir werden unsere Konzepte innerhalb und außerhalb des Parlaments präsentieren. Wir werden zeigen, es gibt eine bessere Opposition, als Sie es uns in den letzten Jahren vorgemacht haben. - Wir werden aber vor allen Dingen eines deutlich machen: Es muss wieder eine bessere Regierung für dieses Land geben. Wir wollen Sie bei der nächsten Wahl an der Regierung ablösen.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Möller (Gießen):

Das Wort hat Herr Kollege Kartmann, der Vorsitzende der CDU-Fraktion.

Kartmann (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! An der Schwelle der Jahrhundertwende beginnt in Hessen eine neue Regierung ihre Arbeit. Angesichts dieses Zeitenwechsels werden im Bewusstsein der Menschen mehr als sonst und in hohem Maße Fragen und Erwartungen an die Zukunft sowie Hoffnungen auf die Zukunft verbunden - sowohl in persönlichen Angelegenheiten als auch bezüglich der politischen Entwicklung in unserem Lande, von der alle unmittelbar und mittelbar beeinflusst werden und betroffen sind.

Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Koch wird dieser aktuellen Geisteshaltung in besonderer Weise und bezogen auf die konkreten Aufgabenfelder der hessischen Landespolitik gerecht und findet damit die uneingeschränkte Unterstützung der CDU-Fraktion in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Es ist durchgehend spürbar geworden, dass die Landesregierung bei der Bewältigung der anstehenden Probleme und zur Erlangung einer nachhaltigen Zukunftsfähigkeit unseres Landes neue Wege gehen wird. Notwendige Sofortmaßnahmen sowie mittel- und langfristige Ziele sind deutlich aufgezeigt und weisen zugleich auf die erheblichen Defizite der Landespolitik hin, die wir von der bisherigen Regierung übernehmen mussten.

Eines muss hier deutlich festgestellt werden: Wir übernehmen ein in vielen Bereichen nicht geordnetes Land. Die Situation, die wir in der Bildungspolitik, der Sicherheitspolitik, der Wirtschaftspolitik und der Finanzpolitik vorfinden, berechtigt zu großer Sorge und bedarf schneller Korrekturen, um ein Fundament zu schaffen, auf dem die Zukunftsfähigkeit Hessens aufgebaut werden kann.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die vorhandenen Probleme sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind das Ergebnis einer falschen Politik der letzten acht Jahre. Ich füge hinzu, dass die bisherige Opposition immer wieder die Finger auf die Wunden gelegt hat, die wir jetzt heilen müssen. Ich erspare Ihnen auch nicht, Sie daran zu erinnern, mit welcher Ignoranz Sie teilweise unseren Vorhaltungen, Lösungsvorschlägen und Angeboten zur Zusammenarbeit gegenüberstanden. Sie haben sie vom Tisch gefegt, als gebe es diese Argumente gar nicht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Bildung, Arbeit und Sicherheit - dies sind die drei zentralen Begriffe, die die Schwerpunkte bezeichnen, denen sich diese Koalition widmen wird. Durch die Regierungserklärung wird überaus deutlich, dass das, was wir vor den Wahlen gesagt haben, nunmehr in Handlung umgesetzt wird. Hessen handelt - dies ist der Auftrag, den sich diese Koalition gegeben hat.

Hessen handelt in der Bildungspolitik. Was hat mehr mit der Zukunftsfähigkeit eines Landes zu tun als eine hohe Qualität der Bildung? Welche Verantwortung, die wir tragen, ist höher als die für unsere Kinder? Und welche Fehlleistung von SPD und GRÜNEN ist daher dramatischer als die in der hessischen Schulpolitik? Diese Fragen stelle ich hier.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb gilt es, hier sofort anzupacken. Auch nach der Wahl gilt, was vor der Wahl Gültigkeit hatte: Unterrichtsausfall kann nicht geduldet werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir handeln, während Sie zwar immer davon gesprochen, aber gar nichts getan haben. Das, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen der heutigen Opposition, ist ein fundamentaler Unterschied in der Politik.

Die CDU-Landtagsfraktion wird die zugesagte Unterrichtsgarantie mit allen ihren Möglichkeiten stützen und ihren Beitrag dazu leisten, dass sie umgesetzt wird. Die Zusage, den in der Stundentafel festgelegten Unterricht zu garantieren, ist bundesweit einmalig. Ich bin davon überzeugt - und es gibt erste Anzeichen, dass dem so ist -, dass dies über die Grenzen Hessens hinaus ein Signal ist, das Nachahmer finden wird. In allen deutschen Ländern, wo Unterricht ausfällt - das sind vor allen Dingen rot-grün und rot regierte Länder -, werden die Menschen nämlich einfordern, dass ihre Kinder den ihnen zustehenden Unterricht bekommen, wie wir es hier in Hessen vormachen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Wagner (Angelburg) (SPD))

- Herr Wagner weiß über alles Bescheid. - Die Qualität unserer Schulbildung zu verbessern geht nicht ohne ein Mindestmaß an Unterricht. Dass wir bezüglich der Qualität des Unterrichts in Hessen Probleme haben, ist mittlerweile jedem klar geworden, der die Diskussionen darüber in den letzten Jahren verfolgt hat. Deshalb wird sich verantwortliche Politik auf den Weg machen müssen, die berechtigten Forderungen von Schülern, Eltern und Lehrern, die berechtigten Forderungen der Gesellschaft nach einem hochwertigen Bildungssystem umzusetzen. Wir fangen in Hessen jetzt damit an, weil wir besondere Defizite erkannt haben. Wie von kaum einem anderen Ziel der vereinbarten Politik dieser Koalition geht von der Unterrichtsgarantie und von den Zielsetzungen für eine bessere Schule ein deutliches

Zeichen für eine neue und bessere Politik aus. Der von Bundespräsident Herzog einst geforderte Ruck, der durch das Land gehen müsse, setzt mit dieser Politik hier in Hessen ein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass neben der Unterrichtsgarantie weitere wichtige Korrekturen zur Verbesserung der Qualität der schulischen Bildung in Hessen erfolgen sollen. Die Koalitionsfraktionen werden hierzu entsprechende Gesetzesänderungen einbringen.

Eine vernünftige und damit am Schüler orientierte Schulpolitik muss dafür sorgen, dass die Schule unterschiedliche Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen in Inhalt und Form mehr berücksichtigt als bisher. Dementsprechende Bildungsgänge mit darauf bezogenen Lehrplänen und Stundentafeln werden dies gewährleisten.

Eignung und Leistung, in der Arbeitswelt selbstverständliche Kriterien, müssen und werden in der Schule wieder ihren Stellenwert erhalten. Abschlüsse müssen wieder vergleichbar werden, Beliebigkeit muss eingeschränkt werden. Die Standards von Abschlüssen müssen festgelegt und überprüfbar werden. - Alles Selbstverständlichkeiten für eine vernünftige Schulpolitik, die in Hessen nicht vorhanden ist. Deshalb müssen wir das tun.

(Beifall bei der CDU)

Die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern zu verbessern ist ein weiterer wesentlicher Teil der Qualitätsverbesserung in den Schulen. Ich füge hier hinzu: Wir haben schon vor der Wahl Ansätze eines gemeinsamen Denkens gehabt, wenn auch nicht in der Frage, wie Sie es denn umgesetzt hätten. Nachdem die GRÜNEN Sie kurz vor den Wahlen verlassen haben, gibt es hier vielleicht einen Ansatz, bei der Lehreraus- und -fortbildung zu Gemeinsamkeiten zu kommen; denn Sie haben ja noch Nachbesserungsarbeiten. Ihr Minister ist jetzt auch nicht mehr da. Insofern können Sie da etwas freier arbeiten, meine Damen und Herren. Deswegen muss man, um die Lehrerbildung zu verbessern, die Fortbildung verbessern, nicht das ganze System revolutionieren. Man muss es optimieren, Herr Kollege Clauss.

(Zuruf des Abg. Clauss (SPD))

- Ja, ich kenne das. Ich habe ja nun acht Jahre mitgelitten, wie es bei Ihnen zugegangen ist. Deswegen kann ich darüber schon reden. Das können Sie glauben.

Wir werden auch dies, gemeinsam mit der Regierung, auf den Weg bringen und unterstützen. Ich bin sicher, dass die Zeichen, die von dieser neuen Schulpolitik für Hessen ausgehen, im Lande verstanden werden, sowohl bei Lehrern als auch bei Eltern und Schülern. Die Konkurrenzfähigkeit unseres Landes wird sich nicht zuletzt auch an der Qualität der Bildung festmachen.

Dies gilt auch für unsere Hochschulen. Hochschulen stehen in einem besonderen Wettbewerb. Um darin bestehen zu können, brauchen unsere Hochschulen weniger Staat und mehr Eigenverantwortlichkeit. Die Universitäten und Fachhochschulen in unserem Land sind zweifelsohne in der Lage, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern, wenn wir ihnen als Staat dafür die nötigen Freiheiten, aber auch die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Hochschulen werden sich in den nächsten Jahren nicht nur in Hessen deutlich verändern. Der geplante Modellversuch mit der TU Darmstadt wird - da sind wir sehr sicher -

bundesweite Beachtung und auch Nachahmer finden. In unseren Hochschulen liegt ein großes Potenzial an Innovationskraft. Dieses freizusetzen ist eine lohnende Aufgabe. Wir gehen jetzt daran. Wir unterstützen die Vorhaben, die in der Koalitionsvereinbarung stehen, und das, was Sie, Frau Staatsministerin Wagner, an dieser Stelle hochschulpolitisch machen, im gemeinsamen Geiste dieser Koalitionsvereinbarung.

Wenn Bildungspolitik von der zentralen Bedeutung ist, wie diese Koalition es sieht und wie es durch die Regierungserklärung zum Ausdruck gekommen ist, dann bedeutet dies auch, dass die Ziele, die vereinbart worden sind, finanziert werden müssen. Also gilt: Wenn wir A sagen, sagen wir auch B. Dabei ist es wahrlich eine schwere Hypothek, die Sie uns in der Finanzpolitik hinterlassen haben. Ich weiß - das wissen natürlich alle -, dass es zu den Ritualen gehört, dass die Gewählten den Abgewählten sagen, dass sie ungeordnete Finanzen hinterlassen. Nur, meine Damen und Herren, hier in Hessen ist es nicht nur ein Ritual, sondern hier stimmt es wirklich. Das ist das Schlimme an der ganzen Sache, weshalb wir in der Nachtragshaushaltsdebatte darüber reden werden, was Sie uns im Detail hinterlassen haben.

Angesichts der Zahlen, die uns nach den Wahlen auf den Tisch gelegt wurden, haben wir uns ernsthaft die Frage gestellt, wie Sie mit Ihrer eigenen Hinterlassenschaft zurechtgekommen wären. Das ist ein spannender Vorgang. Denn Sie sind ja sicher gewesen, dass Sie die Wahl gewinnen, wenn Sie uns unterstellen, dass wir unsicher gewesen seien, dass wir sie gewinnen könnten. Dann frage ich mich, wie Sie eigentlich mit dem von Ihrem eigenen Finanzminister Ihnen ins Nest gelegten Kuckucksei zurechtgekommen wären. Das ist doch wirklich ein interessanter Vorgang. Dass nun dieses Kuckucksei in unserem Nest liegt, das mag -

(Clauss (SPD): Das ist so üblich!)

- Ja, ja, gut. Aber Sie haben natürlich zunächst den Kuckuck im eigenen Nest gehabt. Jetzt hat er das Ei - Gott sei Dank für Sie - in unser Nest gelegt. Bei einigen von Ihnen mag da Schadenfreude aufkommen, bei einigen, zugegebenermaßen, mit Sicherheit aber auch tiefes Aufatmen, dass Sie das Packerl nicht tragen müssen, das Herr Starzacher Ihnen selbst hinterlassen hätte. Das, glaube ich, ist schon richtig.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem gilt: Der Nachtragshaushalt und die Haushalte der kommenden Jahre werden die vereinbarte Politik absichern. Der größte Risikofaktor dabei ist die miserable Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Diese Einflüsse sind zweifelsohne gegeben. Ich will das Bundesthema in dieser Landtagsdebatte nicht überstrapazieren, obwohl ich mich und wir uns gemeinsam noch sehr gut daran erinnern, dass Sie kaum eine Debatte der letzten acht Jahre, bis zum September des letzten Jahres, ausgelassen haben, um mit dem Finger nach Bonn zu zeigen, in der Hoffnung, Sie könnten die eigenen Fehler gerade in der Finanzpolitik in Bonn abladen. Es gab nichts, was nicht in Bonn abgeladen worden ist.

Das werden wir so nicht tun, sondern wir werden landespolitisch argumentieren. Wir werden landespolitische Zeichen setzen und werden die Frage der Abhängigkeit von der Bundespolitik zu würdigen wissen und auch zu kritisieren haben. Aber wir werden nicht mit dem Finger auf Bonn zeigen, nach dem Motto: Der Schröder ist an allem schuld. - Das gilt für Bonn, aber nicht unbedingt dann für Hessen.

Das Land Hessen wird die Nachteile durch die derzeitige Bundespolitik hier in Mark und Pfennig spüren. Ihnen ist es bundespolitisch in kurzer Zeit gelungen, eine sich langsam bessernde Konjunktur zum Einsturz zu bringen. Wo immer SPD und GRÜNE in der Bundespolitik hingelangt haben, blieb ein Scherbenhaufen zurück. Dies ist eine wahrlich desolate Leistung für die letzten Monate. Wir werden es mit zu finanzieren haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Umso nötiger ist es, durch eigene Politikgestaltung finanzielle Spielräume zurückzugewinnen. Unabhängig von allen Rahmendaten ist beispielsweise eine Personalkostenquote, wie wir sie hier in Hessen haben, nicht vertretbar.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Verschlankung des Staates ist dabei kein Selbstzweck. Beides kommt zusammen. Sie entspringt der festen Überzeugung, dass der Staat nicht alles machen muss. Sie bedeutet, die Aufgaben des Staates dahin gehend zu überprüfen, ob sie nicht von anderen, von Privaten, besser, zumindest aber gleich gut, vor allen Dingen aber ökonomischer geleistet werden können. Ein schlanker werdender Staat ist das Ergebnis von Deregulierung und Entbürokratisierung, einhergehend mit einer Reform der staatlichen Verwaltung, die schnelleres und effektiveres Verwaltungshandeln ermöglicht.

Dabei - dies will ich auch deutlich sagen - kann die CDU mit dem Erhalt der Regierungspräsidien als Bündelungsbehörden gut leben, auch wenn wir anderes geschrieben und gesagt haben. Denn dieser Erhalt der RPs ist eingebunden in ein Gesamtkonzept des Einstiegs in eine Reform der Verwaltung, die das von mir dargestellte Ziel erreichen lässt. Darauf kommt es im Wesentlichen an. Es ist allemal wichtiger, eine Verwaltungsreform gut durchzuführen, als ein Prinzip durchzusetzen. Wir sind in einem tief greifenden Einstieg in eine vernünftige Verwaltungsreform.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die jetzt einzuleitende Entwicklung wird nicht zuletzt - wie ich überzeugt bin - sehr nachhaltig einen positiven Einfluss auf die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Hessen nehmen. Gesetze, Verordnungen und behördliches Handeln haben sich im Laufe der Jahre mehr und mehr wie Krakenarme um die Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft in Hessen gelegt. Langatmige Genehmigungsverfahren, doppelte und dreifache Beteiligungen in gleicher Sache, gegenseitige Blockaden von Behörden, ideologisch gelenkte Verhinderungsstrategien vor Ort, von GRÜNEN, von BUND, von Sozialdemokraten - je nachdem, wie es gerade gepasst hat -, haben dem Wirtschaftsstandort Hessen massiv geschadet, Herr Kollege Clauss.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Clauss (SPD))

Jeder, der hier sitzt und in irgendeinem Kreistag sitzt, kann Ihnen aus den letzten acht und mehr Jahren Beispiele dafür bringen.

(Zuruf des Abg. Clauss (SPD))

- Sie nicht, aber Ihre anderen Genossen haben es gemacht. Deswegen muss es auch einmal gesagt werden. Ich weiß ja auch, dass es auch viele Bürgermeister und Landräte gibt, die dankbar dafür sind, wenn wir es hier sagen, weil es wirklich ein Tatbestand ist.

Unser Land braucht - das hat damit zu tun - ein besseres Investitions- und Innovationsklima. Daran kann doch kein

Zweifel bestehen. Den Satz könnten sogar Sie unterschreiben. Das allein zu sagen taugt nichts, wenn nicht Taten folgen. Lieber Herr Clauss, Sie haben bei Herrn Koch von Semantik gesprochen. Sie sprachen von einem Buch, das hat mit Semantik zu tun. Aber in dem Buch stehen auch Dinge drin, die Sie irgendwo in Hessen wieder finden werden. Das ist der Unterschied zu dem, was Sie hier sagen und draußen gemacht haben. Da gibt es eben Unterschiede.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich freue mich ja - ich nehme an, der Autor auch -, dass Sie das Buch gelesen haben. Man kann, wenn man Bücher von Koch liest, nur klüger werden, wie man bei Koch überhaupt nur klüger werden kann. Das ist ein schmackhafter Vorgang.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich gebe zu, Herr Ministerpräsident, es gab auch schon vor Ihnen Kochbücher. Aber die jetzigen sind von besonderer Qualität und auch nahrhaft, wie man vielleicht bei mir sieht.

Das technologiefeindliche Klima, welches in den letzten Jahren hier erzeugt worden ist, war geradezu bundesweit ein negatives Markenzeichen. Ich muss Ihnen sagen: Bei manchen Besuchen am Genfeld bei uns im Wetteraukreis bin ich der Tatsache begegnet, welche Popularität dieser Genfeldbesetzung gegeben wurde bis hin zu der Tatsache, dass dort nicht nur gelagert, sondern auch parteipolitisch unterstützt wurde. Das ist so ein Fall, Herr Kollege Clauss.

Wissen Sie, es hat keiner etwas dagegen, dass man eine kritische Einstellung zur Gentechnik hat. Aber es gab eine aktive Unterstützung von staatstragenden Menschen aus diesem Kreis, die nicht meiner Partei und nicht der F.D.P. angehören, für diejenigen, die schlichtweg gegen Recht und Ordnung verstoßen haben. Das macht doch keinen Sinn!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wer, bitte schön, kommt denn in dieses Land, wenn er solche Dinge erlebt? Bundesweit hat sich das doch in der Branche herumgesprochen. Dann braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn die Damen und Herren sagen: Nein, in Hessen nicht!

Meine Damen und Herren, Arbeitsplätze kann man nicht durch Sonntagsreden schaffen, sondern wir müssen solche Rahmenbedingungen herstellen, dass Investoren hier in Hessen Arbeitsplätze schaffen statt woanders - beispielsweise in Bayern, wohin sie aus Hanau über den Main gezogen sind.

Meine Damen und Herren, es steht außer Frage, dass die Attraktivität eines Standortes auch von der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur abhängt. In Hessen sind in den letzten Jahren mehr Straßenkilometer verhindert als gebaut worden - ein Unding erster Güte.

(Beifall bei der CDU)

Dies hat natürlich den Standortnachteil verschärft, in den einzelnen Regionen unterschiedlich stark. Durch die Wiedervereinigung wurde Hessen zum Land der Mitte mit den allerbesten Chancen. Aber während andere Bundesländer solche Chancen ergriffen, wurden in Hessen Orchideen gezählt. Das war der Unterschied bei den Entwicklungen innerhalb und außerhalb Hessens.

Wenn ich aber schon die wunderschöne Blumenfamilie der Orchideen benenne, dann will ich in diesem Zusammen-

hang auch sagen: Uns ist das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie sehr wohl bewusst. Jedoch wird dieser Konfrontationskurs zwischen Ökologie und Ökonomie durch die neue Politik dieser Landesregierung beendet werden müssen, wenn man zukünftig beiden Seiten gerecht werden will. Heute haben wir genügend Wissen und genügend Möglichkeiten, in diesem Abwägungsprozess immer so zu handeln, dass am Ende auch der notwendige ökologische Ausgleich erfolgt. Die CDU-Landtagsfraktion nimmt also mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Politik der neuen Regierung einen Abbau der Ideologiebremsen in diesem Land zur Folge haben wird - und dies wird fruchtbar sein.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heide (F.D.P.))

Eine äußerst schwierige, aber auch dringend und kurzfristig notwendige Entscheidung muss im Zusammenhang mit der Kapazitätsfrage des Frankfurter Flughafens getroffen werden. Wir begrüßen auch, dass die Ergebnisse des Mediationsverfahrens abgewartet werden und dass erst dann in einen Entscheidungsprozess eingetreten wird. Wir unterstützen den Weg, in dieser Frage zu einer breiten Akzeptanz in diesem Hause zu kommen. Der Frankfurter Flughafen ist kein CDU-Flughafen, kein SPD-, kein F.D.P.- und kein GRÜNEN-Flughafen - der Frankfurter Flughafen ist die Jobmaschine schlechthin im Rhein-Main-Gebiet, mit weiträumigen Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation in der gesamten Region. Das ist das Maßgebliche, das wir für die Entscheidung über die Entwicklung des Frankfurter Flughafens zur Grundlage zu nehmen haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion hat mit großer Zufriedenheit die Zielsetzungen in der hessischen Innen- und Justizpolitik aufgenommen. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben ein ausgeprägtes Sicherheits- und Rechtsempfinden. Diesem muss die Politik wieder Rechnung tragen.

Unsere Polizei leistet einen schwierigen Dienst und genießt in der Bevölkerung hohe Akzeptanz. Die zukünftige hessische Innenpolitik muss dafür sorgen, dass diese Polizei unter Bedingungen arbeitet, die sie stark machen. Die Menschen wollen im Bereich der Sicherheit und der Justiz den starken Staat. Es ist der Wille der Menschen, dies zu haben, und sie haben auch einen Anspruch darauf, vor denen geschützt zu werden, die ihre Freiheit einschränken, die Verbrechen begehen und die sie bedrohen. Beispielsweise ist die beabsichtigte Aufhebung der Stellenbesetzungssperre ein mehr als deutliches Zeichen für eine neue Politik in die Polizei hinein, zu den Menschen hin. Die Modellversuche für eine Wachpolizei bzw. für den freiwilligen Polizeidienst werden - davon sind wir überzeugt - zeigen, dass dies gute Instrumentarien sind, die die Polizei von Aufgaben entlasten können, die nicht unbedingt von voll ausgebildeten Polizeibeamten durchgeführt werden müssen.

Die hessische Justiz braucht einen neuen Geist. Laissez-faire-Mentalität hat in der Sicherheitspolitik nichts zu suchen. Die Koalitionsvereinbarung in diesem Bereich ist von großer Klarheit und Bestimmtheit geprägt. Insbesondere müssen sich die hessischen Richterinnen und Richter, die hessischen Staatsanwälte, aber auch die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im hessischen Justizvollzug wieder auf ihre Regierung verlassen können, dass sie hinter ihnen steht und ihnen die Arbeitsbedingungen gibt, die sie brauchen, um die Sicherheit zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Innen- und Sozialpolitik haben die Koalitionspartner einen Weg verabredet, der einen völligen Neuanfang bezüglich der Integrationspolitik in Bezug auf unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger darstellt. Die CDU hat im Zusammenhang mit der Diskussion um die generelle doppelte Staatsbürgerschaft sehr bewusst ein klares Bekenntnis zur Integration vorangestellt.

Es ist uns nicht verborgen geblieben, dass die Wahlniederlage die Sozialdemokraten so geschmerzt hat, dass sie uns eine Schlammeschlacht vorgeworfen haben - und selbst eine solche hier heute Morgen betrieben haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Clauss, es kam der Zwischenruf: "Sie sind ein schlechter Verlierer." Ich sage das nicht. Ich sage nur, Sie haben den Schmerz dieser Niederlage hier voll ausgebreitet - und das war nicht bei jedem Satz, den Sie hier gesagt haben, immer gut. Sie sind ein verbitterter Oppositionsführer.

(Beifall bei der CDU)

Sie halten ein Lamento über Ihre Wahlniederlage - ich glaube nicht einmal, dass Sie sie wirklich analysiert haben. Bei Frau Hinz dagegen habe ich festgestellt, dass sie hier auch über das gesprochen hat, was man intern analysiert hat. Ich glaube, es ist wichtig, dass ich hier einmal feststelle, lieber Herr Kollege Clauss, dass Sie - unabhängig von Ihrer Lebenserfahrung, die Sie immer wieder hier einbringen - nicht das Recht haben, hier den Moralapostel zu spielen.

(Beifall bei der CDU)

Man kann darüber streiten, ob man für eine solche Sache derartige Aktionen macht, wie wir sie gemacht haben. Über eines aber lassen wir nicht streiten: dass wir in einer sehr ruhigen Art und Weise, mit gewichtigen Sachargumenten während dieser Unterschriftenaktion agiert haben,

(Hillenbrand (SPD): Da hätten Sie sich an manchen Unterschriftenstand stellen sollen!)

in Räumen wie auf Straßen und Plätzen, und dass die einzige Verhetzung, die uns begegnet ist, von Ihnen, von den GRÜNEN, von den Ausländerbeiräten und vom Gewerkschaftsbund kam. Das ist doch die Wahrheit!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe es mir nicht vorstellen können - das kann ich für mich persönlich und für alle meine Freunde in Anspruch nehmen, wir haben uns vorher lange darüber unterhalten -, dass vor dem Hintergrund einer Sachfrage, die äußerst problematisch und sensibel ist - das gebe ich gerne zu -, bei unseren politischen Gegnern so viel Diffamierungspotenzial vorhanden ist wie das, was Sie gezeigt haben. Das habe ich mir nie vorstellen können.

(Beifall bei der CDU)

Frau Hillenbrand, wenn diejenigen, die die Gräben schlichtweg erst richtig aufreißen,

(Hillenbrand (SPD): Fragen Sie Herrn Koch! Der hat gehört, was Dr. Herr in Fulda gesagt hat!)

indem sie die Häuser anzünden, die sie hinterher löschen wollen, dann mit erhobenem Zeigefinger hierher kommen, dann verlieren sie ohne Ende an Glaubwürdigkeit. Das aber, Herr Clauss, haben Sie nicht nötig - bei Ihrer Lebenserfahrung, bei dem, was Sie auch an persönlicher Statur

hier im Landtag einbringen. Sie sollten hier an dieser Stelle mit denjenigen anders umgehen, die nicht so denken wie Sie. Das möchte ich Ihnen als der Jüngere einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU - Clauss (SPD): In diesem Zusammenhang den Begriff der brennenden Häuser zu bringen, zeigt, wes Geistes Kind Sie sind!)

- Herr Clauss, wenn ich schon dabei bin, dann sage ich Ihnen noch etwas sehr Persönliches: Ich bin es gewohnt - das hat etwas mit meiner Kinderstube zu tun -, dass ich denjenigen, die eine größere Berufs- und Lebenserfahrung haben, mit sehr großem Respekt entgegenrete. Das bekunde ich auch Ihnen ausdrücklich. Aber dann bitte ich Sie auch herzlich, nicht dazu beizutragen, dass diese Ihre Reputation nicht von Ihnen ständig selbst abgebaut wird. Das ist eine Bitte eines jüngeren an den älteren Kollegen, das will ich noch einmal sagen, ganz persönlich.

(Beifall bei der CDU - Clauss (SPD): Über brennende Häuser reden und dann Ratschläge erteilen!)

- Nein, nicht Ratschläge erteilen, ich habe eine Bitte geäußert. Wegen dieses Respektes, den ich vor Ihnen habe, würde ich es gar nicht wagen, Ihnen einen Ratschlag zu erteilen. Es ist eine Bitte, die ich hier geäußert habe.

Meine Damen und Herren, ich komme zu dem Thema Integration zurück. Wir machen die Erfahrung, dass sich ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in diesen Zeiten verstärkt auf ihre landsmannschaftlichen und sprachlichen Inseln zurückziehen.

Dies ist vor dem Hintergrund festzustellen, dass wir dann über eine Veränderung der Integrationspolitik in diesem Land nachdenken müssen. Die Einrichtung eines Integrationsbeirats auf Landesebene statt eines Ausländerbeirats macht den neuen Ansatz deutlich - einen wichtigen neuen Ansatz, wie ich meine. Ihm werden sich weder die deutschen noch die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger entziehen können und auch keiner von uns hier im Hause. Dieser Integrationsansatz hat eine Bindungswirkung für alle, und das ist wichtig dabei. Jeder ist eingeladen, dabei zu sein und produktiv mitzuwirken. Wer es nicht tut, wird auffallen, sowohl wir, die wir immer hier leben, wie auch die, die zu uns gekommen sind. Es ist eine Lebenslüge, zu meinen, dass erfolgreiche Integration über die schlichte Ausstellung eines zweiten Passes erfolgen wird. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der CDU - Leistenschneider (CDU): Das klappt nicht!)

Dies ist zu kurz gesprochen und zu oberflächlich gedacht. Gestatten Sie mir diese kritische Anmerkung: Es nährt den Verdacht, dass es denen, bei denen dieser Gedanke geboren worden ist, nicht so sehr um Integration als vielmehr um den Gewinn politischer Sympathie geht.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abg. Hillenbrand (SPD))

Das kann nicht das ausschlaggebende Moment gewesen sein. Die CDU-Landtagsfraktion bekennt sich ausdrücklich zu dem Integrationsgedanken und wird dies auch nach außen sichtbar unterstützen, indem wir mit einem fachübergreifenden Arbeitskreis umfassend auf die Fragen dieses Themas reagieren wollen. Das ist nicht nur in irgendeiner Nische der Fraktionsarbeit zu leisten, sondern das ist wirklich mehr. Ich hoffe, unsere Überzeugung dazu rübergebracht zu haben.

Wir laden alle in diesem Land herzlich ein, selbstverständlich auch die Opposition - ich hätte es gar nicht erwähnen müssen -, an diesem Prozess mitzuwirken, und sei es nur deshalb, um zu versuchen, ob es nicht doch der bessere Weg ist. Meine Damen und Herren, wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten am 7. Februar etwas Falsches getan, dann versuchen Sie, uns auf dem Weg begleitend den Beweis dafür zu erbringen, dass wir falsch gelegen haben! Auch dies ist ein produktiver Vorgang.

Meine Damen und Herren, durch die Zusammenführung der beiden Sozialministerien wächst wieder zusammen, was zusammengehört. Dieser Satz passt hier sehr gut.

(Beifall der Abg. Velte (CDU))

Insofern macht die Kabinettsstruktur deutlich, dass die Sozialpolitik eine der Säulen unserer Gesellschaft ist. Dabei wollen wir uns von der Illusion trennen, dass der Staat über die Sozialpolitik alles das heilen könnte, was er in anderen Politikbereichen falsch macht. Das wird auch nicht funktionieren. Gute Sozialpolitik beginnt mit einer guten Wirtschaftspolitik, mit einer guten Arbeitsmarktpolitik, mit einer guten Bildungspolitik, mit einer guten Finanzpolitik. Alle Politikbereiche, wenn sie denn gut gestaltet werden, sind erst einmal ganz wichtige Sozialpolitik. Das ist ein Einmaleins, das jeder versteht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für die eigentliche Sozialpolitik ist dann kein Geld mehr da!)

Die eigentliche Sozialpolitik ist dann der Mörtel zwischen den Steinen des Hauses, das wir bauen. So einfach versuche ich mir das zu erklären, weil damit auch deutlich wird, dass dieser Mörtel von Bedeutung ist.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist das übergeordnete Thema schlechthin. Daher ist es so wichtig, dass wir uns für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Hessen einsetzen wollen. Arbeitsplätze zu schaffen ist das Hauptziel, um Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Dieser Abbau kann in größeren Zahlen nur durch eine positive Konjunkturentwicklung und durch ein attraktives Investitionsklima in Deutschland und damit auch in Hessen erfolgen. Da hängen wir wieder von Herrn Schröder und Herrn Fischer ab. Das ist das Dilemma an der ganzen Sache. Wir müssen sehen, dass wir in Hessen etwas machen, was mehr bedeutet als das, was wir aus Berlin zu erwarten haben.

Das heißt, wir sind auch als Landespolitikerinnen und Landespolitiker in der Pflicht, die Folgen von Arbeitslosigkeit zu mildern und die Rückführung von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung zu stützen. Dabei muß es das Ziel sein, sehr schnell den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen. Alle Bemühungen, einen zweiten Arbeitsmarkt aufzubauen, sind nicht der Weisheit letzter Schluss - wiewohl ich weiß, dass sie auch Menschen geholfen haben.

Die Optimierung sowohl des Mitteleinsatzes in diesen Bereichen als auch der Erfolgchancen beispielsweise über Kombilohnmodelle wird sinnvolle Beiträge dazu leisten. Frau Hinz, ich bin dankbar, dass Sie gesagt haben, dass wir an dieser Stelle auch gemeinsam ausprobieren wollen. Alles, was letztendlich Arbeitslosen hilft, muss getan werden, wenn es denn sinnvoll ist und sich der Mitteleinsatz lohnt. Dies kann eine gemeinsame Basis für Sozialpolitik in diesem Bereich sein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sozialpolitische Maßnahmen dürfen nicht von der Überprüfung freigestellt sein, ob sie ihr Ziel erreichen. Die an-

gekündigte Qualitätsprüfung ist notwendig, wollen wir gerade auch in Zeiten knapper Kassen den bestmöglichen Wirkungsgrad dieser Maßnahmen erreichen. Schließlich gilt es auch die zu stützen, die sich außerhalb des Staates sozial engagieren. Daher ist es von großer Bedeutung, dass die Landesregierung den freien gemeinnützigen Trägern von Betreuungseinrichtungen ein Angebot über die Verlässlichkeit der Landesförderung für ihre Einrichtungen machen wird. Ich bin fest davon überzeugt, wir brauchen gerade in diesen Bereichen die freien gemeinnützigen Träger. Sie leisten eine außerordentlich wichtige Aufgabe. Es steht uns gut an, ihnen für diese große Leistung auch einmal Danke schön zu sagen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Denn wir dürfen es nicht als selbstverständlich betrachten, dass sie dieses Engagement ausüben. Gerade in der Kinderbetreuung ist dies mehr denn je von großer Bedeutung.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Ministerpräsident es als eine Kernaufgabe der Familienpolitik bezeichnet hat, die Familien- und Erwerbsarbeit von Müttern und Vätern besser vereinbar zu machen. Dies ist mit einer Priorität zur Sicherstellung und zum Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots an verlässlicher Kinderbetreuung sowohl in den Kindergärten als auch in den Grundschulen verbunden. Familienpolitik in heutiger Zeit muss sich an den Bedürfnissen von heute orientieren. Die Familie ist und bleibt von zentraler Bedeutung für unsere Gesellschaft. Sie dort abzustützen, wo es notwendig ist, ist wichtiger Bestandteil der Politik.

Junge Menschen entscheiden sich gerne für die Familie. Heute brauchen sie Hilfen von uns, damit diese Entscheidung gestützt wird. Dann werden wir an dieser Stelle nicht den Einbruch erleben, den manche befürchten, dass nämlich dieser wichtige Bestandteil unserer Gesellschaft, die Familie, keine Zukunft mehr hat. Familie hat Zukunft, und wir werden die Zukunft stützen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, mit dieser Koalition ist nicht nur das Sozialministerium wieder zusammengeführt worden, sondern auch die Landwirtschaft hat wieder ihr Ministerium. Dies will ich für die CDU-Fraktion ausdrücklich begrüßen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Zusammenführung von Umwelt und Landwirtschaft ist zudem ein interessanter und auch erstmaliger Vorgang in dieser Form in Hessen. Dies ist deshalb mit dieser Landesregierung möglich, weil wir Umweltpolitik und Agrarpolitik nicht gegeneinander stellen, sondern miteinander organisieren und hinbringen werden.

(Hoffmann (SPD): Ländlicher Raum!)

Dies wird ein entscheidender Unterschied zwischen der bisherigen und der neuen Politik sein. Gerade die heutigen Oppositionsfraktionen haben der Landwirtschaft immer wieder den Geruch der Umweltfeindlichkeit angeheftet und ihr damit ganz erheblich geschadet - mehr, als dies in Mark und Pfennig auszudrücken ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben die Umweltpolitik immer wieder als Gegner der Landwirtschaft benutzt. Sie haben die Landwirte und die Landwirtschaft in einer Weise stigmatisiert, dass man es nie wieder richtig korrigieren kann - es sei denn, es gelingt uns, einen breiten Konsens in der Gesellschaft über die

Probleme und die Leistungen der Landwirte herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, die Landwirtschaft ist auch in Hessen immer noch ein wichtiger Wirtschaftszweig - zugegebenermaßen nicht am Seltersweg in Gießen und auf der Zeil in Frankfurt. Aber wenn Sie dorthin gehen, wenn Sie sehen, was dort liegt, und es kaufen, werden Sie feststellen, dass ein Großteil aus der hessischen Landwirtschaft kommt. Das schmeckt gut, ist sauber und gesund, und keiner ist bisher davon umgefallen. Das heißt, es gibt immer noch diese großartige Vernetzung von Stadt und Land, und unsere Landwirte arbeiten daran mit.

(Hin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein bißchen einfaches Weltbild!)

Wer die technologische und fachliche Entwicklung der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten objektiv betrachtet - wir tun das permanent -, der kann nur feststellen, dass unsere Landwirte große Schritte zu einer immer umweltschonenderen Bewirtschaftung der Fläche unternommen haben und qualitativ hochwertige Produkte herstellen. Essen aus Hessen ist gesund, ich stehe dafür.

(Beifall bei der CDU - Klee (CDU): Man sieht es, rund und gesund!)

Aber unabhängig von mir will ich schon deutlich machen, dass die gesamte Koalition würdigt, was die Landwirte leisten. Ich füge hinzu, wir müssen auch würdigen, was sie beim Erhalt der Kulturlandschaft leisten. Dies ist von großem Wert. Jeder Bürgermeister könnte Ihnen vorrechnen, was das kostete, wenn er es über den städtischen Bauhof leisten müsste. Dieser gesellschaftliche Beitrag ist von größtem Wert für unser Land insgesamt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, der Landwirtschaftsminister kommt aus diesem Berufsstand. Er wird auch dieses Gefühl, diese Auffassung, diese Sympathie, die wir als Koalition für die Landwirtschaft haben, rüberbringen; da bin ich ganz sicher. Aber ich will ihm umgekehrt auch als Bauer sagen: Lieber Wilhelm Dietzel, damit ist auch klar, dass diese Fraktion, die Koalition und der Minister an einem Strang und in die gleiche Richtung ziehen werden. - Das will ich ihm heute an dieser Stelle zusagen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die Landwirtschaft ist immer noch in ihrem Strukturwandel verhaftet.

(Zuruf des Abg. Wagner (Angelburg) (SPD))

- Schon wieder der Wagner! Er hat anscheinend von allem Ahnung.

(Heiterkeit bei der CDU)

Die Landwirtschaft ist immer noch ihrem Strukturwandel verhaftet. Zudem kommen neue Herausforderungen auf sie zu, die gerade für die hessische Landwirtschaft nicht einfach zu meistern sind. Ich erinnere hier an die Folgen der Agenda 2000. Ich will ausdrücklich bestärken, was Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung heute Morgen dazu gesagt haben, nämlich dass sich die Landesregierung mit Kräften dafür einsetzen wird, das Bestmögliche für unsere hessischen Landwirte und die ländliche Region bei der Umsetzung der Agenda 2000 zu erreichen. Tun Sie es! Wir werden Sie dabei nach Kräften unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Umweltpolitik ist am erfolgreichsten, wenn sie nicht gegen jemanden gerichtet ist, sondern wenn sie auf Konsens angelegt ist. Das haben wir Ihnen schon damals beim Naturschutzgesetz gesagt, aber Sie haben es nicht geglaubt. Sie sind damals baden gegangen. Wir sagen es jetzt wieder, aber jetzt können wir danach handeln. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Hier setzt die Landesregierung eindeutige Zeichen, und die CDU-Fraktion wird sie auf diesem Weg begleiten. Gleiches gilt für die Energiepolitik. Ich brauche dem, was Ministerpräsident Koch hier gesagt hat, nichts hinzuzufügen - auch in Anbetracht der Zeit.

(Wagner (Angelburg) (SPD): Er hat doch gar nichts gesagt! - Gegenruf von der CDU: Selektive Wahrnehmung! - Wagner (Angelburg) (SPD): Er redet zwei Stunden und sagt nichts!)

- Sie haben es nicht verstanden, das mag sein.

(Lachen des Abg. Wagner (Angelburg) (SPD))

- Wissen Sie, das ist wie in der Technik: Wenn der Empfänger kaputt ist, kann bei ihm nichts ankommen. Das ist Ihr Problem: Der Empfänger ist kaputt, Herr Wagner. Sie sollten einmal neue Antennen kaufen.

Meine Damen und Herren, die heutige Regierungserklärung von Ministerpräsident Koch weist in allen Politikbereichen neue Wege in die Zukunft auf. Sie zeigt, worauf sich CDU und F.D.P. hier in Hessen für die kommenden vier Jahre geeinigt haben. Dabei kann ich für die CDU feststellen, dass die dargelegten Ziele in großem Umfang von uns vor den Wahlen formulierten Vorstellungen entsprechen.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist arg wenig!)

- Herr Kaufmann, Sie müssen sich auf eines einigen. Entweder sagen Sie, dass wir das, was wir alles versprochen haben und in die Vereinbarungen hineingeschrieben haben, nicht finanzieren können, oder Sie sagen, es sei wenig, was drinsteht. Irgendwann müssen Sie eine Entscheidung treffen. Dann ist das, was Frau Hinz gesagt hat, nämlich dass wir es nicht finanzieren können, insoweit vernünftiger, als sie weiß, dass sehr viel in dieser Vereinbarung steht und dass wir uns sehr viel vorgenommen haben. Das ist der Tatbestand.

Die Koalitionsverhandlungen waren vom ersten bis zum letzten Tag von hohem gegenseitigen Respekt, sowohl zwischen den Verhandlungspartnern als auch gegenüber den politischen Vorstellungen der beiden Parteien, getragen. Ihre Koalitionsverhandlungen erinnerten eher an die Schlachten im Mittelalter als an vernünftige Gespräche. Daran brauchen wir uns kein Beispiel zu nehmen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Mit Hellebarden und so - vielleicht haben Sie das noch in Erinnerung. Sie sind auch näher dran. Herr Kaufmann, wissen Sie, wir wollen uns natürlich nicht nur in der Sache von Ihnen unterscheiden - Kollege Hahn hat das bereits gesagt -, sondern auch im Umgang miteinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Lande. Wir werden uns von Ihnen unterscheiden, und zwar sehr signifikant. Das können Sie noch von uns lernen. An dieser Stelle hoffe ich das.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie beschwören die

Harmonie so oft, dass man nicht mehr daran glauben kann!)

An keiner Stelle wurden bei uns Wunden geschlagen. Sie sind damals nach Ihren Koalitionsverhandlungen schon blutend und verletzt in die Regierungsverantwortung gegangen. Da hatten Sie sich schon halb die Köpfe abgeschlagen und Arme verloren. Das ist der Unterschied.

(Heiterkeit bei der CDU und der F.D.P.)

Wir wissen den Unterschied durchaus zu würdigen. Das hat etwas damit zu tun, dass wir an dieser Stelle schlichtweg sachbezogene Arbeit leisten. Die Suche nach Kompromissen in der Sache, nicht nach Parteiprogrammen, dort, wo es notwendig war, kann als gelungen bezeichnet werden.

Diese Koalitionsvereinbarung und diese Landesregierung sind von der gemeinsamen Überzeugung getragen, dass es notwendig ist, für Hessen eine bessere Politik zu machen und dieses Land in eine bessere Zukunft zu führen. Wir wollen und werden uns in den nächsten Jahren im Umgang anders verhalten als Sie. Ich will mich für die CDU-Fraktion bei der F.D.P., bei Ihnen, sehr geehrte Frau Staatsministerin Wagner, bei dir, lieber Jörg-Uwe, und bei allen Kolleginnen und Kollegen der F.D.P.-Fraktion bedanken, die an dieser Koalitionsvereinbarung mitgearbeitet haben. Ich glaube, es war eine gute Zeit, und wir stehen auf einem guten und festen Fundament für unsere gemeinsame Arbeit für Hessen in den nächsten vier Jahren.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Hahn würde jetzt "Weihrauch" rufen!)

- Wissen Sie, guter Weihrauch kann auch eine unwahrscheinlich friedfertige Situation erzeugen. Vielleicht sollten Sie bei Ihren Fraktionssitzungen einmal Weihrauch in die Ecke stellen.

(Zuruf des Abg. Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Dann habe ich mich geirrt.

Von der Opposition erwarte ich Opposition. Was sonst kann man erwarten? Aber ich bin gespannt, wie Sie Ihre Oppositionsarbeit begreifen. Zugegebenermaßen ist dies weniger mein Problem. Wir werden es erleben. Wir haben es schon erlebt. Ich muss Ihnen sagen: Herr Clauss, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie diese nun beginnende Regierung jetzt schon als Episode bezeichnen. Damit zeigt sich bei Ihnen die Mentalität, dass dieser Vorgang ein Betriebsunfall ist. Wenn eine Partei, die die Wahl verloren hat, der Auffassung ist, das sei ein Betriebsunfall, dann ist es gewährleistet, dass sich dieser - aus Ihrer Sicht - Betriebsunfall wiederholen wird. Das ist unser Ziel. Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Aussage.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Allerdings hat es mich gewundert, dass solch ein alter Fuhrmann eine solche Aussage macht - wohl wissend, dass diese Entscheidung nicht heute ansteht und in vier Jahren die Welt ganz anders aussehen kann, auch aus Sicht der SPD. Ich will aber auch sagen: Türen schlägt man nie ganz zu. Wir haben sicherlich nicht die Erwartung, dass die Opposition uns immer zustimmen wird. Wir haben es heute schon gesagt bekommen. Dies ist auch notwendig im Wettbewerb der politischen Vorstellungen der Parteien in einer Demokratie. Da wollen wir uns gegenseitig nichts vormachen. Dennoch gilt: Immer wieder gibt es Problemstellungen, in denen das manchmal so einfache Pro und Kontra nicht zweckmäßig ist. Es gibt auch in der zukünftigen Lan-

despolitik Probleme, die einer breiten Zustimmung bedürfen. An uns soll es nicht liegen, dies zu erreichen, wenn es möglich und notwendig ist.

Abschließend möchte ich Ihnen, Herr Ministerpräsident Koch, und dem gesamten Kabinett Kraft, Ausdauer und Klugheit wünschen, die Sie für die schweren Aufgaben in der Zukunft benötigen werden. Die CDU-Landtagsfraktion wird ihren Teil zum Erfolg Ihrer Regierung beitragen, und wir werden dies Tag für Tag zeigen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Winterstein:

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass die Regierungserklärung gegeben und besprochen wurde.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Mitteilung der Landesregierung betreffend Zuständigkeit der einzelnen Ministerinnen und Minister nach Art. 104 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen - Drucks. 15/26 -

Das Papier liegt Ihnen allen vor, und eine Aussprache ist nicht vorgesehen. - Dann ist das zur Kenntnis genommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Wahlvorschlag der Fraktion der F.D.P. für die Nachwahl einer Schriftführerin oder eines Schriftführers (§ 4 Abs. 2 Satz 1 GOHLT) - Drucks. 15/30 -

Mit Schreiben vom 13.04.1999 teilte Frau Abg. Dorothea Henzler mit, dass sie mit sofortiger Wirkung von ihrem Amt als Schriftführerin zurücktritt. Somit ist nach § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags eine Nachwahl erforderlich. Mit der Ihnen vorliegenden Drucks. 15/30 schlägt die Fraktion der F.D.P. Herrn Abg. Roland von Hunnius für die Nachwahl vor. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht, wenn ich das richtig sehe. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, möchte ich vorschlagen, über den Wahlvorschlag in der Drucks. 15/30 abzustimmen.

Wird der Wahl durch Handzeichen widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Das können wir so machen. Wer dem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist die Wahl einstimmig erfolgt.

Hiermit sind Sie, Herr Abg. von Hunnius, als Schriftführer des Hessischen Landtags gewählt. Ich gehe davon aus, dass Sie diese Wahl annehmen, Herr von Hunnius.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. für die Wahl weiterer stellvertretender Mitglieder des Hauptausschusses - Drucks. 15/32 -

Wie in der Sitzung des Ältestenrates am 13. April 1999 beschlossen, sollen nach § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags weitere 15 stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses gewählt werden. Ihnen liegt die Drucks. 15/32 vor, mit welcher die Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. ihre weiteren stellvertretenden Mitglieder zur Wahl vorschlagen.

Das sind für die CDU sieben, für die SPD sechs Abgeordnete und für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. je ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete. Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, möchte ich auch diese Wahl per Handzeichen durchführen. - Ich sehe keinen Widerspruch, dann lasse ich über den Wahlvorschlag in der Drucks. 15/32 abstimmen. Wer ist für Zustimmung? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Wahlvorschlag einstimmig so angenommen und die genannten Damen und Herren Abgeordneten sind als weitere stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses gewählt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Einführung einer Regierungsbefragung - Drucks. 15/27 -

Hier sind fünf Minuten Redezeit pro Fraktion vorgesehen. Das Wort hat Herr Kollege Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Lebhaftige Debatten, argumentativer Schlagabtausch und Aktualität, das sind Kriterien, die eine gute Parlamentsarbeit charakterisieren. Ich denke, wir wollen alle eine gute Parlamentsarbeit erreichen.

Meine Damen und Herren, deshalb sind wir sehr dankbar für den Vorschlag unseres Präsidenten, den er der Öffentlichkeit gegenüber gemacht hat, nachdem er von seiner Fraktion nominiert war, nämlich nach britischem Vorbild auch im Hessischen Landtag eine Regierungsbefragung einzuführen. So haben es die Zeitungen berichtet, und so ist es auch in der Diskussion.

Mit dem Ihnen vorliegenden Antrag greifen wir genau diesen Vorschlag des Präsidenten auf. Wir haben versucht, eine Formulierung zu finden, die nicht nur dem Ziel gerecht wird, sondern auch den Wünschen hoffentlich aller Fraktionen.

Meine Damen und Herren, eine Regierungsbefragung soll weder eine Fragestunde noch eine Aktuelle Stunde sein und insoweit weder das eine noch das andere ersetzen. Sie unterscheidet sich von der Fragestunde insbesondere dadurch, dass die Fragestunde durch unsere Geschäftsordnung auf Sachfragen beschränkt ist, die vorher eingereicht werden müssen und keine Wertungen enthalten dürfen. Die Aktuelle Stunde - das wissen wir auch - ermöglicht eine breitere Diskussion. Wenn wir zu einem Thema eine Aktuelle Stunde beantragen, hat jede Fraktion immerhin 15 Minuten Redezeit. Es kommen mehrere Rednerinnen und Redner aller Fraktionen dran, und man kann ein Thema ziemlich vertieft diskutieren.

Bei der Regierungsbefragung geht es darum, zu einzelnen, ganz aktuellen Punkten der Landespolitik kurz Positionen auszutauschen. Das wäre, wenn Sie so wollen, eine spontane Interaktion im Parlament, um von allen Fraktionen und von der Regierung eine kurze Position dazu zu hören. Deswegen ist eine Regierungsbefragung in der Form, wie sie im Übrigen auch im britischen Unterhaus praktiziert wird, eine Ergänzung für Aktualität und für gute, spontane, weil auch kurze Debatten.

Meine Damen und Herren, unser Präsident mahnt uns bei jeder Gelegenheit dazu, die Redezeit eher nicht auszu-

schöpfen, sondern sich kurz zu fassen. Wir haben mit unserem Vorschlag darüber hinaus eine neue Redezeit kürzerer Art, nämlich drei Minuten je Fraktion. In diesen drei Minuten kann man zu einem geeigneten aktuellen Sachthema durchaus seine Position darstellen. Das hätte auch den Vorteil, wenn sich alle daran hielten, dass in der Tat in einer solchen Regierungsbefragungsstunde, wie wir sie vorschlagen haben, alle vier Fraktionen ein Thema setzen können und von allen Seiten dazu eine Position artikuliert werden kann.

Meine Damen und Herren, ich sage ganz offen, es ist nicht unsere Erwartung - auch wenn die Tagesordnung es so ausdrückt -, dass Sie heute schon abschließend darüber befinden und sagen: So und nicht anders machen wir das. - Es war ein Vorschlag von uns, den wir, um den Diskussionsprozess zielgerichtet zu steuern, auch schon mit einem Änderungsvorschlag für die Geschäftsordnung versehen haben.

Wir sind durchaus damit einverstanden, wenn der Antrag im Ältestenrat beraten wird, um dann für eine mögliche Änderung der Geschäftsordnung eine genaue Verabredung zu vereinbaren. Sie sehen, es geht uns an dieser Stelle in der Tat darum, dass wir uns möglichst gemeinsam darin finden, ein neues, zusätzliches und, wie wir meinen, sehr gutes Instrument für die Arbeit im Hessischen Landtag einzuführen.

Mich erinnernd an die Worte des Präsidenten, nicht zu lange zu reden, bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hahn (F.D.P.): Das war schon zu lang!)

Vizepräsident Winterstein:

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Fischer für die SPD-Fraktion!

Fischer (Hohenroda) (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ehemaliges und hoffentlich zukünftiges Mitglied der Enquetekommission "Landtag 2000" darf ich Ihnen hier berichten, dass das ein auf Wunsch von Frau Wagner lang und breit diskutiertes Thema analog dem britischen Modell war. Ich kann mich nicht erinnern, dass der Landtagspräsident den Vorschlag der Regierungsbefragung gemacht hat, sondern der Landtagspräsident hat, wenn ich mich richtig erinnere, gesagt, dass er ein Befürworter der britischen Sitzordnung ist. Wenn wir beides zusammenfügen würden und die GRÜNEN das jetzt beantragt hätten, dann hätten wir als SPD-Fraktion dasselbe beantragt, wie wir es jetzt einzeln tun. Aber manchmal ist es halt so bei den GRÜNEN, es tut mir Leid. Es liegt in der menschlichen Natur, vernünftig zu denken und unlogisch zu handeln.

Unlogisch ist, dass wir heute in der ersten Sitzung nach der Regierungserklärung unsere Geschäftsordnung ändern sollen, ohne die gesamte Geschäftsordnung einmal angepackt zu haben.

Unlogisch ist auch, dass wir eine Enquetekommission noch per Beschluss wieder ins Leben rufen müssen und der Antrag in der Zwischenzeit möglicherweise im Hauptausschuss behandelt werden soll.

Also ist es logisch, jetzt eine Entscheidung zu treffen. Deshalb bittet die SPD-Fraktion um die Zustimmung des Hauses, den Antrag über den Hauptausschuss an die Enquetekommission zu überweisen, wenn sie wieder einberufen ist,

(Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, in den nächsten vier Jahren passiert nichts!)

damit wir alle Argumente einmal sammeln können. Es gibt schließlich vieles, was dafür spricht. Es gibt auch vieles, was dagegen spricht.

(Hahn (F.D.P.) und Kartmann (CDU): Ältestenrat!)

- Na gut, dann halt Ältestenrat. Aber es soll über einen Rat oder Ausschuss bei der Enquetekommission landen, weil wir diese noch nicht installiert haben.

Es gibt Argumente, die dafür sprechen. Andere Länder machen das, wie z.B. Berlin. Dann muss das jeweils der Ältestenrat beschließen. Ein Argument, das dagegen sprechen könnte, ist: Was wird dann aus der Aktuellen Stunde? Verkürzen wir sie, oder verliert sie an Gewicht usw. usf.?

Das sollten wir alles, wie wir uns das vorgenommen haben, dann so in der Enquetekommission beratschlagen, damit wir möglicherweise zu einem gemeinsamen Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung und zur Änderung des Verfahrens kommen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Vizepräsidentin Winterstein:

Das Wort hat Frau Kollegin Henzler für die F.D.P.-Fraktion.

Henzler (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Welche Fraktion und welcher Abgeordnete dieses Hauses würde sich nicht über eine Attraktivitätssteigerung und eine Aktualisierung der Plenardebatten an diesen zweieinhalb Wochentagen, die wir hier immer gemeinsam verbringen, freuen?

(Beifall bei der F.D.P. - Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann machen wir es doch!)

Ich denke, dafür wären wir alle. Alle wären einer Meinung, und wir würden uns keiner Idee verschließen. Ich denke, die Besucher, die uns häufig über den Tag begleiten, würden sich dem auch nicht verschließen; denn in den Besuchergruppen hören wir oft: Das, was ihr hier debattiert, ist zwar hochinteressant, aber im Grunde genommen für den Einzelnen nicht sehr interessant.

Genau aus diesem Grunde haben wir in der letzten Legislaturperiode die Enquetekommission eingerichtet. Genau aus diesem Grunde hat sie sich sehr intensiv und lange auch mit diesem Thema beschäftigt. Wie Herr Kollege Fischer schon gesagt hat: Es war Frau Kollegin Wagner, die aus England die Idee der Regierungsbefragung mitgebracht hat. Diese Idee wurde sehr intensiv in der Enquetekommission diskutiert.

Ich habe mir die Protokolle einmal durchgelesen. Wir könnten auch eines einführen: In England gibt es 700 Abgeordnete und nur 450 Sitze. Es ist morgens sehr interessant zu sehen, wer sitzen darf und wer während der Plenarsitzung vielleicht noch stehen darf.

Es gibt mit Sicherheit viele verschiedene Möglichkeiten und viele verschiedene Ideen, wie man das Ganze attraktiver gestalten kann.

(Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Wettlauf um die Plätze wäre dann die Attraktion!)

Diese Ideen sind diskutiert worden. Man hat in der Enquetekommission mit Absicht gesagt: Wir nehmen jetzt

nicht eine Idee heraus und führen sie als Erste aus, sondern wir gucken das Ganze im Zusammenhang an und entscheiden uns am Schluss gemeinsam.

Ich sage das jetzt einmal der neuen Opposition, insbesondere der neuen kleinsten Oppositionsfraktion: Herr Kaufmann, dass diese Regierungsbefragung für die kleine Oppositionsfraktion wirklich so ein Vorteil zur Selbstdarstellung ist, wie Sie es sich vielleicht erhoffen, wage ich zu bezweifeln. Aus eigener langjähriger Erfahrung kann ich Ihnen sagen, Sie sind häufig schon verärgert, wie viel die Regierung hier an diesem Pult redet. Wenn Sie sagen, es solle so sein, dass die Abgeordneten drei Minuten reden dürfen: Die Regierung darf immer reden.

Ich weiß also nicht, ob so eine Regierungsbefragung nicht ein Stück weit die Selbstdarstellung der Regierung fördert, was uns in diesem Falle nur recht sein kann. Von daher gesehen stehen wir dem positiv gegenüber. Wir werden mit der CDU-Fraktion dem zustimmen, dass das im Ältestenrat besprochen und dann eventuell mit der Enquetekommission noch einmal zurückgekoppelt wird. - Vielen Dank!

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Winterstein:

Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann schließe ich die Aussprache.

Ich denke, es besteht Übereinstimmung darin, dass dieser Antrag an den Ältestenrat überwiesen werden soll. Ich darf einmal um Handzeichen bitten, wer dafür ist. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen. Der Antrag wird dem Ältestenrat zur weiteren Beratung überwiesen.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hilfe für Kosovo-Vertriebene - Drucks. 15/28 -

und dazu **Tagesordnungspunkt 8:**

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Hilfe für Kosovo-Vertriebene - Drucks. 15/35 -

Die beiden Anträge sollen gemeinsam debattiert werden, 20 Minuten Redezeit pro Fraktion. Das Wort zur Begründung des ersten Antrags hat Herr Kollege Bökel für die SPD-Fraktion.

Bökel (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns sicher einig, dass auch unser Land eine Verantwortung gegenüber den Menschen hat, die im Kosovo Opfer von Mord, Vertreibung und Vergewaltigung, also grausamsten Menschenrechtsverletzungen, sind.

Nachdem alle Bemühungen der Diplomatie und Verhandlungen auch auf höchster Ebene nicht zur Beendigung der systematischen Vernichtung eines ganzen Volkes führten, durfte die Staatengemeinschaft, durfte insbesondere Europa nicht tatenlos zusehen, wie der Verbrecher Milosevic und sein Regime mitten in Europa eine ethnische Säuberung durchführen.

Damit weise ich auch darauf hin, dass die unglaublichen Gräueltaten des serbischen Militär- und Polizeiapparates

lang vor den ersten NATO-Einsätzen mit großer Intensität begonnen hatten. Es war bekanntlich nicht der erste Versuch dieses Diktators, ein ganzes Volk zu vernichten. Das Schicksal der Bosniaken und Kroaten ist uns noch sehr präsent.

Uns allen sind die Bilder von gesprengten Dörfern, die Bilder von Flüchtlingen und Deportierten vor Augen. Angesichts dieser brutalen Menschenrechtsverletzungen wäre es verantwortungslos und zynisch gewesen, nicht zu reagieren. Wir wissen seit Bosnien-Herzegowina und Kroatien, dass sich Europa mit Zuwarten erneut schuldig gemacht hätte.

Die Menschen in dieser so von Hass und Leid geprüften Region haben zu Recht die Erwartung, dass unser demokratisches Europa hilft, die Morde und die Vertreibung, die Vergewaltigungen und Demütigungen zu verhindern. Ich sage dies auch sehr für mich persönlich.

Als ich als Vertreter Ihrer Regierung in Bosnien war, um auszuloten, welche Bürgerkriegsflüchtlinge wir wohin zurückbringen können, begegnete mir immer wieder die Frage, wie der Westen denn so lange diesen Massenmörder gewähren lassen konnte. Ich fragte mich damals in Bosnien, ob angesichts Tausender Morde, unbegreiflicher Gewalt und Vertreibung ein frühes militärisches Eingreifen nicht viel Leid vermieden hätte.

Aber: Wer kann dies schon beantworten? - Wohl jeder von uns ist froh, diese Verantwortung nicht tragen zu müssen. So verdienen diejenigen in Berlin und anderswo unseren Respekt, die es nach den Erfahrungen von zwei schrecklichen Weltkriegen nicht zulassen wollten, dass mitten in Europa ein Menschen verachtender Diktator wütet und ein Volk nach dem anderen zu liquidieren trachtet.

Solidarisch mit der Bundesregierung zu sein, die nach sorgfältiger Abwägung die Verantwortung für den ersten militärischen Einsatz in der Geschichte der Bundeswehr zu tragen hat, ist daher unser Anliegen. Unsere Gedanken sind bei unseren Soldaten und ihren Familien. Unsere Gedanken sind aber auch bei den zivilen Opfern der Militäraktionen. Ich füge hinzu: Unsere Gedanken sind auch bei den Menschen in Jugoslawien, die durch Indoktrination zum Werkzeug eines mörderischen Systems gemacht werden.

Die SPD-Fraktion stimmt mit dem Ziel der Bundesregierung überein, ein friedliches, ein demokratisches Kosovo zu schaffen. Ziel muss die mittel- und langfristige Stabilisierung ganz Südosteuropas sein. Wir unterstützen die Bundesregierung, die alle Anstrengungen darauf richtet, dass Belgrad die Voraussetzungen dafür schafft, die militärischen Maßnahmen zu suspendieren. Die Bemühungen um eine politische Lösung dürfen nicht nachlassen.

Nicht nur auf dem Bundesparteitag der Sozialdemokraten, sondern auch auf zahlreichen Unterbezirksparteitagen meiner Partei in Hessen wird der Kosovo-Krieg engagiert und mit großem Ernst diskutiert. Da überrascht es nicht, nein, da überrascht es wirklich nicht, dass die unterschiedlichen Auffassungen quer durch die Partei gehen.

Da verteidigen Persönlichkeiten wie Erhard Eppler oder Heidemarie Wiczorek-Zeul den Kurs der Regierung. Da widerspricht ein Mann wie Henning Voscherau, der sicherlich kein ausgewiesener Repräsentant der Linken unserer Partei ist. Auf den Parteitagen der SPD wird meist mit deutlicher Mehrheit die Politik der Bundesregierung unterstützt. Es gibt aber auch kritische Fragen und die Forderung nach Einstellung der Militäraktionen. In unserer Fraktion hier im Hessischen Landtag ist es nicht anders.

Meine Damen und Herren, so traurig das Thema ist, wir Sozialdemokraten sind stolz, dass in unserer Partei solch tief greifende und weit reichende politische Entscheidungen so intensiv und auch kontrovers erörtert werden können. Erhard Eppler hat es so ausgedrückt:

Fast allen Einwendungen kann man zustimmen. Sie haben Gewicht. Sie sind vernünftig. Nur, es hilft denjenigen nicht, die jetzt entscheiden müssen, was weiter geschehen soll.

Wer aus grundsätzlichen pazifistischen Erwägungen gegen jede Form von Militäraktionen ist, wird auch in Zukunft seine Heimat bei uns Sozialdemokraten haben können. Ich weiß aber nach vielen Gesprächen auch in meiner Fraktion, dass man nicht überzeugter Pazifist sein muss, um Bedenken gegen die Politik der NATO in diesen Tagen zu haben. So wird nachher mein Kollege Gerhard Becker das Minderheitenvotum unserer Fraktion begründen. Was heißt schon Mehrheit, was heißt schon Minderheit bei einem Komplex, bei dem es nachweislich ganz gewiss den richtigen Weg nicht gibt?

Es muss unser Ziel bleiben, so schnell wie möglich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Flüchtlinge und Vertriebene möglichst bald in ihre Heimat zurückkehren können.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Um dies möglich zu machen, ist es richtig, die Menschen möglichst in der Region zu lassen, in der Region unterzubringen, wo sie jetzt Zuflucht gefunden haben und in der sie sich sprachlich und kulturell sicherlich nicht so fremd fühlen wie in allen anderen Staaten Europas. Dabei wissen wir, dass es mit Mazedonien und vor allem Albanien die ärmsten Länder sind, die vorwiegend die Folgen des Terrors zu tragen haben. Ihnen zu helfen muss für die internationale Gemeinschaft und auch für uns eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Ich sage aber auch: Sollten die Kapazitäten der Anrainerstaaten trotz aller internationalen Hilfe überschritten werden, kann und darf das restliche Europa eine Aufnahme von Flüchtlingen nicht generell ausschließen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Allerdings muss dann auch eine gerechte Verteilung über alle Staaten erreicht werden.

Auch in Hessen hat es in den letzten Tagen eine große Hilfsbereitschaft für die Flüchtlinge gegeben. Der Herr Ministerpräsident hat eine Hilfsaktion des Hessischen Rundfunks mit seiner Schirmherrschaft unterstützt. Herr Koch, das ist gut so. Herr Ministerpräsident, wie schön wäre es, wenn Sie Solidarität mit Ausländern auch dann zeigen würden, wenn Sie die öffentliche Meinung nicht sicher auf Ihrer Seite wissen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Grüttner (CDU))

- Herr Grüttner, ich möchte es nicht mit Schärfe sagen, und sage es deshalb so, wie ich es jetzt formuliere: Stramme Haltung und undifferenzierter Sprachgebrauch, wie ich ihn von unserem neuen Ministerpräsidenten nach seiner Amtseinführung öffentlich gehört habe, sind der Sache nicht dienlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Grüttner, meine Damen und Herren, als bisher für die Ausländerpolitik zuständiger Minister, weiß ich, wovon ich rede. Wenn bei unseren deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern durchaus nachvollziehbare Ängste gegenüber Fremden vorhanden sind, dann ist es die Aufgabe von uns Politikern, von den christlichen, den Sozialdemokraten und von uns allen, diese Ängste abzubauen, zu helfen und ihnen entgegenzuwirken, ausgleichend zu wirken.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen möchte ich bezogen auf das, was an Aufnahme schon erfolgt ist, zu Punkt 3 des Beschlussvorschlages der CDU und F.D.P. sagen: Es kann nicht nur darum gehen, festzustellen, dass wir uns bisher humanitär verhalten haben. Vielmehr muss das auch für die Zukunft gelten.

Meine Damen und Herren, ich komme damit zum Schluss meiner Rede. Ich möchte auch der hessischen Bevölkerung herzlich Dank sagen für die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien in den letzten Jahren insgesamt. Wir hatten hier 25.000 Menschen aus dem jetzigen Kroatien. Wir hatten 35.000 Menschen aus dem jetzigen Bosnien-Herzegowina da sowie einige Tausend aus anderen Teilen Ex-Jugoslawiens. Damit hatte Hessen mehr Flüchtlinge aufgenommen als Spanien, Großbritannien und Frankreich zusammen. Dass künftig eine gerechtere Verteilung innerhalb Europas, aber auch innerhalb der Bundesrepublik erfolgen muss, bedarf daher keiner Erklärung.

Meine Damen und Herren, ich habe für die bisherige Landesregierung immer festgestellt: Wir haben aus humanitären Gründen Flüchtlinge und Bürgerkriegsflüchtlinge gern aufgenommen. Es war aber auch klar, dass es sich um ein vorläufiges Gastrecht handeln musste, das so lange dauerte, bis die Rückkehr möglich und verantwortbar war. Fast alle Flüchtlinge aus Kroatien sind freiwillig aus Hessen nach Kroatien zurückgekehrt. Von den Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina sind inzwischen zwei Drittel vorwiegend freiwillig zurückgekehrt. Nur eine kleine Zahl von Flüchtlingen haben wir unter meiner Verantwortung abgeschoben, darunter auch Straftäter. Ich bin froh, dass dieses liberale Hessen auf Freiwilligkeit gesetzt hat und bei den wenigen notwendigen Abschiebungen nicht etwa, wie in Bayern geschehen, jedesmal jemanden mit einer Fernsehkamera dazu geladen hat.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe immer gesagt: Wir müssen im Rahmen des humanitär Vertretbaren die Flüchtlinge veranlassen zurückzukehren. Sie müssen zurückkehren, um die Bereitschaft unserer hessischen Bevölkerung zu erhalten, für den Fall des Falles wieder aufnahmefähig und -bereit zu sein. Wir alle haben gehofft, dass dieser Fall nicht so schnell wieder eintreten würde. Die brutale Realität ist leider eine andere.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Winterstein:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Mosiek-Urbahn.

Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die ersten Tage der neuen Landesregierung wurden und

werden, weltpolitisch gesehen, von der Kosovo-Krise begleitet, einer Krise, die unendliches Elend und unsägliches Leid über die betroffenen Menschen gebracht hat, das uns alle tief berührt. Bereits kurz vor dem Regierungswechsel in Hessen hatten die gewaltsame Vertreibung der albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo und die prekäre Situation dieser Flüchtlinge in den Anliegerstaaten Mazedonien und Albanien eine Diskussion ausgelöst, inwieweit die Bundesrepublik im Rahmen einer humanitären Hilfsaktion Flüchtlinge aufnehmen soll. Der Bundesinnenminister und die Landesinnenminister haben sich gemeinsam darauf verständigt, 10.000 Flüchtlinge, 10.000 Vertriebene, aus den Flüchtlingslagern in Mazedonien in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen. Leider sind dieser Initiative andere Mitgliedstaaten der Union nicht in gleichem Umfang gefolgt. Dies war die Ausgangslage beim Regierungswechsel am 7. April 1999.

Unmittelbar nach meiner Vereidigung hier im Hause und dem Amtsantritt im wiedervereinigten Sozialministerium habe ich mit tatkräftiger Unterstützung durch die Mitarbeiter meines Hauses und in enger Abstimmung mit dem Innenminister und dem Finanzminister, meinen Kollegen Volker Bouffier und Karlheinz Weimar, die Weichen dafür gestellt, dass die Vereinbarung der Innenminister im Hinblick auf den hessischen Anteil verwirklicht werden konnte. Wir haben ohne zu zögern und loyal gehandelt. Hessen hat ein Zeichen gesetzt. Nach Bayern waren wir das zweite Bundesland, das seine Zusage erfüllt hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Bereits am zweiten Tag unserer Regierungszeit, am 8. April 1999, trafen spätabends auf dem Frankfurter Flughafen die ersten 181 Flüchtlinge ein. Sie wurden sofort medizinisch betreut und nach Gießen in die vorbereitete Erstaufnahmeeinrichtung gebracht. Genauso wichtig ist, dass sie herzlich willkommen geheißen wurden. Die Begrüßungsworte, die ich in den Bussen an die von ihrer Odyssee erschöpften Kosovaren richten durfte, waren eine meiner ersten Amtshandlungen. Ich versichere Ihnen ganz persönlich: Es war ein prägender, vielleicht sogar der prägende Moment für meine gesamte Amtszeit als Hessische Sozialministerin.

Die grundlegende Aufgabenstellung der Sozialpolitik, den wirklich Bedürftigen zu helfen, wurde an diesem Abend und bei der Ankunft und Unterbringung der weiteren Bürgerkriegsflüchtlinge nicht nur deutlich, sondern erfüllt. Dies geschah in vorbildlicher Weise, nämlich unbürokratisch, zügig und effektiv.

Mittlerweile sind alle 739 Vertriebenen bei uns in Hessen eingetroffen. Ein Teil ist bereits vor Ort dezentral in den Kreisen und kreisfreien Städten untergebracht. Dort werden die Bürgerkriegsflüchtlinge bis zur Rückkehr in ihre Heimat leben.

Diese dezentrale Unterbringung in den 26 hessischen Gebietskörperschaften ist keine Selbstverständlichkeit. Wir wollen den Kommunen dabei keine zusätzlichen finanziellen Lasten aufbürden. Deshalb haben wir entschieden, dass das Land Hessen nicht nur die notwendigen Aufwendungen für die Aufnahme erstattet, sondern vorläufig auch für die Kosten der medizinischen Betreuung aufkommt. Auch dies ist ein deutliches Zeichen unserer Hilfsbereitschaft. Zugleich dokumentiert dieser Schritt als erstes Beispiel konkreten politischen Handelns, dass wir unser Versprechen wahr machen und hier das Konnexitätsprinzip ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wenn wir den Kommunen Aufgaben übertragen, werden wir weitestmöglich auch für den entsprechenden finanziellen Ausgleich sorgen.

Ich danke den kommunalpolitisch Verantwortlichen ausdrücklich. Sie haben - ebenso wie das Land - ohne zu zögern gehandelt und mit ihrer Unterstützung die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir den Vertriebenen unbürokratisch und schnell Schutz und Unterkunft bieten konnten. Das Land, die Kreise und die kreisfreien Städte haben gemeinsam Solidarität bewiesen und einen Beitrag geleistet, das Leid der Vertriebenen zu mildern.

Die Forderungen, die die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Entschließungsantrag erheben, sind also von der neuen Landesregierung längst in konkrete politische Entscheidungen, in konkretes politisches Handeln umgesetzt worden. Wir sind unserer Verantwortung gerecht geworden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Solidarität und Hilfsbereitschaft beschränken sich aber nicht auf die staatlichen Institutionen. Das schlimme Schicksal der Kosovaren hat in der gesamten Bevölkerung unseres Hessenlandes eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Dafür danke ich allen sehr herzlich. Die vielen, vielen Zeichen des Mitgefühls und der Unterstützung - seien es Geld- oder Sachspenden oder persönliche Zuwendungen - sind überwältigend und eindrucksvoll. Sie zeigen, Nächstenliebe ist kein fernes Ideal, sondern wird gelebt. Wer in Not ist, kann mit unserer Hilfe rechnen. Humanität ist für uns in Hessen kein Fremdwort, sondern Herzensangelegenheit. Aktive Bürgerinnen und Bürger, die ihrer Verantwortung gerecht werden, die Eigeninitiative entwickeln und mit anpacken - diese Zielvorstellung eines lebendigen demokratischen Gemeinwesens haben die Hessen mit ihrer Hilfe für die Kosovo-Vertriebenen in beispielhafter Weise umgesetzt. Dafür sage ich herzlichen Dank. Diese Beweise bürgerschaftlichen Engagements zeigen, dass wir in Hessen ein gutes Fundament haben, auf dem die Bürgerinnen und Bürger sowie die Politikerinnen und Politiker gemeinsam die anstehenden politischen Probleme lösen.

Besonders möchte ich auch den karitativen Einrichtungen in Hessen danken, die unermüdlich und in einem wahren Kraftakt, der von Haupt- und Ehrenamtlern rund um die Uhr geleistet wird, Hilfe für die Vertriebenen aus dem Kosovo leisten. Dieser Einsatz verdient höchste Anerkennung, die ich hier im Namen der Landesregierung allen Beteiligten ausspreche.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der F.D.P. und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Besonders erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang den Malteser Hilfsdienst, der mit seiner Aktion "Hessen hilft dem Kosovo" unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Roland Koch ein Beispiel dafür gegeben hat, wie gezielte Hilfe möglich ist. Die Aktion ist zu einer wahren Sammelbewegung geworden und hat für einen "Hessentag" besonderer Art gesorgt, auf den wir besonders stolz sein können. Der Aktionstag am 17. April 1999 wurde vom Ministerpräsidenten durch ganz persönlichen Einsatz tatkräftig unterstützt. In allen Teilen des Landes waren hessische Bürgerinnen und Bürger aktiv. Sie demonstrierten mit einer breiten Veranstaltungspalette ihren Einfallsreichtum und ihre Hilfsbereitschaft. Unser Bundesland hat mit dieser großartigen Bürgerinitiative ein aktives Zeichen der Solidarität gegen eine inhumane und Menschen verachtende Ver-

treibungspolitik gesetzt. Der Erlös der Aktion "Hessen hilft dem Kosovo" wird vom Malteser Hilfsdienst für die Einrichtung eines Flüchtlingslagers in Albanien verwendet.

Diese Art der Hilfe ist der richtige Weg. Entscheidend ist, dass wir den Menschen vor Ort helfen. Dies muss absolute Priorität haben. Ich hoffe, dass darüber in diesem Hause Einigkeit besteht. Wir müssen verhindern, dass die Kosovaren endgültig von ihrer Heimat abgeschnitten werden, denn sonst hätte Diktator Milosevic sein Ziel auf traurige Art und Weise erreicht und das Kosovo ethnisch gesäubert. Es muss die Perspektive erhalten bleiben, dass die Flüchtlinge in nächster Zukunft in ihre Heimatregion zurückkehren können. Wir müssen uns dabei auch bewusst sein, dass nach einer Kapitulation von Milosevic umfangreiche Unterstützung geleistet werden muss, damit diese Menschen überhaupt zurückkehren können.

Die Ermordung und Vertreibung der Kosovo-Albaner ist aufs Schärfste zu verurteilen. Dies steht außer Frage. Außerdem steht außer Frage, dass der Einsatz der NATO der einzige Ausweg ist, Milosevics Feldzug der ethnischen Säuberung Einhalt zu gebieten. Dieser Diktator hat sich jeglichem politischen Kompromiss verschlossen. Er tritt die Menschenrechte mit Füßen. Die Demokratien in Europa müssen gemeinsam handeln, um diese brutale und unmenschliche Politik so schnell wie möglich zu beenden. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Al-Wazir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, ich kann für alle hier im Hause sagen, dass wir seit vier Wochen entsetzt und auf eine gewisse Art und Weise fassungslos vor einem Geschehen stehen, das wir in Europa im letzten Jahr des 20. Jahrhunderts für nicht mehr möglich gehalten haben. Millionen Menschen fliehen oder werden vertrieben. Ich denke, dass sich aus dem, was wir erleben, auch eine Pflicht zur Hilfe ergibt.

Wir haben hier im Landtag einen Antrag eingebracht, wo wir in Punkt 1 unmissverständlich deutlich machen, dass wir die massenhafte Vertreibung und Ermordung von Kosovo-Albanern und die brutale Verletzung der Menschenrechte im Kosovo verurteilen. Ich denke, hier sprechen wir für das ganze Haus. Frau Mosiek-Urbahn, ich danke Ihnen für Ihre Rede, nur das Wort "Kapitulation" hat mir nicht gefallen. Wir sagen aber auch, dass das wichtigste Ziel der Politik in den nächsten Wochen und Monaten, hoffentlich nicht Jahren, sein muss, die Rückkehr der Vertriebenen in das Kosovo unter sicheren Existenzbedingungen zu gewährleisten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen mit unserem Antrag bekräftigen, "dass das Land Hessen als Teil der humanitären Nothilfe Vertriebene aus dem Kosovo gemäß seinem Anteil" auch weiterhin "ohne Abstriche aufnimmt". Es hat natürlich einen Grund, dass wir diese Formulierung, die eigentlich jeder in diesem Hause unterschreiben können müsste, in unseren Antrag hineingeschrieben haben. Die Landesregierung hat sich, wie wir gerade gehört haben, zum Glück eines Besseren

besonnen. Das, was wir noch vor der Regierungsübernahme als Meinung des jetzigen Ministerpräsidenten lesen mussten, ließ aber Schlimmes befürchten. In der "FAZ" vom 6. April war unter der Überschrift "Hessen kann kaum Kosovo-Flüchtlinge aufnehmen" zu lesen, Roland Koch habe auf die Frage, ob Hessen bereit sei, Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo aufzunehmen, die Meinung geäußert, dass das Land Hessen an den Grenzen seiner Kapazität angelangt sei. Ich will in diesem Zusammenhang nur sagen: Wenn das ärmste Land Europas, nämlich Albanien, eine halbe Million Flüchtlinge aufnimmt, dann ist das Land Hessen bei der Aufnahme von 740 Flüchtlingen noch lange nicht an der Grenze seiner Kapazitäten angekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Koch, Sie haben durch Ihre Aussagen eine gewisse Engherzigkeit bewiesen. Ich denke, dass Sie bei der Bewältigung der Aufgabe, vor der wir alle in Europa angesichts einer derartigen Situation stehen, versagt haben.

Sie haben sich nach einigen Tagen zum Glück eines Besseren besonnen und einen Ausstieg aus dem gesucht, was Sie an öffentlicher Meinung gesetzt haben. Sie haben das getan mit einer Aussage, der jeder zustimmen kann, dass man nämlich der Vertreibungspolitik von Milosevic nicht Beistand leisten sollte. Aber zwei Punkte muss man sagen.

Erstens. Alle Menschen, die aus dem Kosovo vertrieben wurden, wollen in ihre Heimat zurück, und zwar lieber heute als morgen, allerdings nur unter sicheren Existenzbedingungen.

Der zweite Punkt ist: Man hilft nicht nur Milosevic, wenn man in Westeuropa Flüchtlinge aufnimmt. Es gibt nämlich in der Politik des serbischen Regimes zwei Strategien. Das erste Ziel ist die ethnische Säuberung des Kosovo von albanischen Volkszugehörigen. Das zweite Ziel ist - das darf man nicht aus dem Auge verlieren - eine Destabilisierung der Nachbarstaaten durch die Flüchtlinge. Deswegen kann es durchaus im Rahmen der Nothilfe nötig sein - auch wenn natürlich die Hilfe vor Ort Priorität hat -, dass wir, damit sich dieser Konflikt nicht noch weiter ausbreitet und die Nachbarstaaten destabilisiert werden, auch in Westeuropa, auch in Deutschland, auch in Hessen zusätzliche Flüchtlinge aufnehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich hoffe für dieses Land Hessen, dass dieser Beginn einen Tag vor der Übernahme der Regierung nicht ein schlechtes Omen war, dass unter dem liberalen Mäntelchen, das Sie sich aus strategischen Gründen umzuhängen versuchen, nicht doch ein reaktionäres Skelett steckt, wo bei jedem heftigen Windstoß der rechte Knochen sichtbar wird.

(Zuruf von der CDU)

Sie kommen eine Woche, nachdem wir unseren Antrag eingebracht haben, nun mit einem eigenen Antrag.

(Hahn (F.D.P.): Das ist doch gut!)

Ich will zu Ihrem Antrag sagen, dass hier im Landtag jeder einzelne Abgeordnete und auch in Hessen fast alle Bürgerinnen und Bürger die Vertreibungspolitik des serbischen Regimes verurteilen. Ich denke, das ist unstrittig. Das steht auch bei uns drin.

Ich habe allerdings die Befürchtung, dass Sie mit dem Punkt 2 - Herr Kollege Bökel hatte es schon angesprochen - auch etwas versuchen, wofür sich dieses Thema nicht eig-

net, nämlich in dieser Frage parteipolitische Spielchen zu spielen, und zwar in der Art und Weise, dass Sie versuchen, diejenigen, die aus bestimmten Gründen dem Einsatz der NATO skeptisch gegenüberstehen, zu einer Abstimmung zu treiben und dies dann parteipolitisch ausschachten wollen.

Dazu will ich inhaltlich sagen: Es gibt zu diesem Thema, das die Menschen bewegt wie selten ein politisches Thema in den letzten Jahren, sehr unterschiedliche Meinungen. Ich persönlich war nach dem Daytoner Friedensvertrag dreimal in Bosnien-Herzegowina. Ich habe gesehen, was passieren kann, wenn die internationale Staatengemeinschaft wegschaut. Deswegen habe ich für mich persönlich entschieden, dass ich dem Eingreifen der NATO positiv gegenüberstehe, auch wenn ich weiß - das gehört dann aber auch zu jeder ehrlichen Debatte dazu -, dass ein militärisches Eingreifen keine Lösung bringt, sondern höchstens in einer sehr schwierigen Situation vorbereiten kann, dass es am Ende zu einer politischen Lösung - und einzig und allein eine politische Lösung kann eine Lösung sein - kommen kann.

Ich lasse alle Meinungen stehen von allen Menschen, die sagen, dass man mit Bomben keine Gerechtigkeit herbeiführen kann. Ich bin persönlich der Meinung, dass der, der Bomben wirft, sich schuldig macht. Ich bin allerdings auch der Meinung, dass wir es in dieser konkreten Situation mit einer Lage zu tun haben, in der man sich durch Bombenwerfen schuldig macht, aber durch Nichteingreifen noch schuldiger.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber es gilt für mich persönlich - ich denke, das geht allen hier so, heute zumindest allen -, dass man sich jeden Tag erneut fragt, ob denn die eigene Position richtig ist. Ich sage hier auch, ich misstraue allen, die sich ihrer Position in dieser Frage hundertprozentig sicher sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir sehen keinen Grund - wenn wir uns die Anträge anschauen -, dass Sie unserem Antrag nicht zustimmen könnten. Ich hoffe, dass Ihr Antrag nicht dazu gedacht ist, in dieser Frage den kurzfristigen parteipolitischen Vorteil zu suchen.

Wenn Sie Ihren Antrag hier zur Abstimmung stellen wollen, dann ist es auch bei uns so, dass es in dieser Frage, die nur jeder mit sich selber ausmachen kann und in der nur das Gewissen jedes Einzelnen und jeder Fraktion zählt, es keine Fraktionsdisziplin gibt. In unserer Fraktion gibt es - auch aufgrund der Erfahrungen, die Einzelne gemacht haben - eine deutliche Mehrheit dafür, dass man den Einsatz der NATO nachvollziehen kann, auch wenn es bei uns eine einstimmige und völlig klare Haltung gibt, dass eine Lösung dieser Frage militärisch niemals zu erreichen ist, sondern eine politische Lösung die einzige Lösung ist, die möglich bleibt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Winterstein:

Nächster Redner ist Herr Kollege Zumbrägel für die CDU-Fraktion.

Zumbrägel (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Bestürzung, Erschrecken und ohnmächtiger Trauer

blicken die hessischen Bürger auf die Ereignisse im Kosovo und auf das unsägliche Leid der Vertriebenen in den Lagern der Nachbarländern. Viele Bürger werden hin- und hergerissen zwischen der Wut auf einen Tyrannen und eine politische Kaste, die mit unglaublicher Brutalität eine Menschen vernichtende Politik durchsetzt, und der Frage, ob denn die Bombardierung von militärischen Anlagen, als Industriebetriebe getarnten Waffenfabriken und strategisch wichtigen Verkehrsverbindungen überhaupt einen Sinn macht.

Viele werden angesichts der Fernsehbilder von den Flüchtlingstrecks an das eigene Schicksal der Vertreibung erinnert. Diese Erinnerung verstärkt die Bedrückung und auch das Gefühl der Hilflosigkeit.

Auf den Angehörigen der beim Kosovo-Einsatz beteiligten Soldaten lastet zugleich auch noch die Sorge um Leben und Gesundheit ihrer Familienangehörigen genauso wie auf den bei uns wohnenden Menschen aus Jugoslawien, die nicht wissen, was mit ihren Angehörigen geschehen ist.

Um das Bild vollständig zu machen und auch auf das einzugehen, was Herr Kollege Al-Wazir und Herr Bökel hier vorgetragen haben, will ich auch jene Menschen erwähnen, die sich mit großem Ernst und angesichts unserer Vergangenheit dafür einsetzen, dass nie wieder politische Meinungsverschiedenheiten mit Waffen ausgetragen werden. Auch sie leiden in besonderer Weise darunter, dass jetzt doch wieder mitten in Europa Bomben geworfen werden, um damit politischen Druck auszuüben.

Wir nehmen diese Bedenken sehr ernst. Wir können allerdings nicht mit ihnen übereinstimmen. Wir können der Forderung nicht nachkommen, die Luftschläge der NATO sofort und ohne Bedingungen einzustellen. In dieser Frage stimmen wir mit dem Bundeskanzler überein, der auf dem SPD-Parteitag in Bonn der Forderung der Exponenten einer Gruppe seiner Partei klar mit der Aussage entgegengetreten ist - ich zitiere -, mit der Einstellung der Luftschläge komme man dem Ziel einer friedlichen Lösung keinen Schritt näher.

Wie Herr Kollege Bökel darf auch ich Herrn Eppler zitieren, der sicherlich zu den Führungspersonen der Friedensbewegung in Deutschland gehört. Auch er hat sehr unmissverständlich geäußert:

Wir dürfen in diesem tragischen Konflikt nicht schuldig werden und die Opfer allein lassen.

Meine Damen und Herren, dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

Es gibt einen Weg, sofort die militärische Operation zu beenden. Dieser Weg heißt: Der jugoslawische Präsident muss sofort die unmenschliche Vertreibung der albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo beenden und die Vertriebenen wieder in ihre Heimat in gesicherte Verhältnisse zurückkehren lassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das ist der Weg, die einzige Möglichkeit, um dort wieder zu vernünftigen Verhältnissen zu kommen. Wir dürfen keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass die Völkergemeinschaft die Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat nicht hinnehmen wird. Auch das ist eine Zusage, die wir den Menschen geben müssen. Die Schuld an der militärischen Konfrontation liegt allein bei Milosevic und seinen Helfershelfern. Er allein kann sie auch sofort beenden.

Meine Damen und Herren, es muss ganz klar sein, dass es die Völkerfamilie nicht zulässt, dass irgendjemand in der

Welt politische Ziele dadurch erreicht, dass er die Menschenrechte missachtet und ihm unliebsame Menschen einfach aus dem Land jagt. Wenn Milosevic jetzt mit diesem Mittel Erfolg hätte und die Völker der Welt untätig zuschauen würden, dann wäre das zugleich auch eine Einladung an andere auf dieser Welt, es ebenso zu versuchen.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Was uns heute bleibt, ist, den Menschen zu helfen, die aus dem Kosovo vertrieben wurden. Die Hessische Landesregierung hat das in zweifacher Form getan: Sie hat dafür gesorgt, dass in Nordalbanien die Menschen medizinische, technische und humanitäre Hilfe bekommen - das ist hier schon dargestellt worden. Die Frau Ministerin hat uns noch einmal deutlich gemacht, mit welcher Einsatzbereitschaft die Menschen in unserem Lande sich hier engagiert haben. Ich denke nur an die Aktion vom vergangenen Samstag, auf die auch schon hingewiesen worden ist. An ihr haben sich nicht nur der Ministerpräsident und andere Mitglieder der Landesregierung beteiligt, sondern auch Mitglieder des Parlaments und viele Bürger in diesem Land, die in einer grandiosen Aktion Hilfe gebracht haben und die somit deutlich gemacht haben, dass sich die Menschen aus dem Kosovo auf Hessen, auf die Bürger in Hessen verlassen können und dass sie nicht allein gelassen sind.

Meine Damen und Herren, diese Bemühungen der Landesregierung werden wir weiter unterstützen. Wir können auch feststellen, dass diese Landesregierung bisher alles in ihrer Macht Stehende getan hat, um die uns zugewiesenen Vertriebenen menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Deshalb möchten wir Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen. Er macht deutlich, dass wir die Menschen nicht allein ihrem Schicksal überlassen, sondern dass Hessen das tun wird, was es tun muss, um den Menschen tatsächlich Hilfe zu bringen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege von Hunnius für die F.D.P.-Fraktion.

von Hunnius (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mitten in Europa, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft geschieht etwas, was wir - und das ist heute schon, ich glaube, von allen Rednern gesagt worden - an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend nicht für möglich gehalten hätten: Ein Diktator, ein Despot führt Krieg gegen sein eigenes Volk. Systematisch und planvoll werden Menschen aus ihrer Heimat vertrieben - auf eine grauenvolle Art und Weise, für die der Begriff "ethnische Säuberung" noch geradezu beschönigend wirkt. Hier ist nichts zu säubern, hier muss man sagen: Es geht um Vertreibung, Misshandlung, es geht um Mord.

Bislang sind über eine Dreiviertelmillion Menschen deportiert worden. Das grausame und Menschen verachtende Wechselbad aus Verfolgung, Vertreibung, Schließung der Grenzen und anschließend wieder Verfolgung und Vertreibung, jeweils begleitet von unvorstellbaren Verbrechen, soll die Kosovo-Albaner zermürben und widerstandsunfähig machen. Zugleich soll es der Weltöffentlichkeit zeigen, wer das Gesetz des Terrors in der Hand hat. Die furchtbaren Gräueltaten, die die Menschen im Kosovo erleiden, sind

uns noch nicht einmal in ihrem ganzen Ausmaß bekannt. Aber das, was wir kennen, was wir aus Berichten wissen, ist unfassbar genug - und wir sind kaum 1.000 km davon entfernt.

Art. 1 Abs.1 Satz 1 des Grundgesetzes lautet:

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Wenn das stimmt, dann darf dies nicht nur für Deutschland gelten, nicht nur für Europa - dann gilt es auf der ganzen Welt. Es ist für uns, die wir bequem in Frieden und Freiheit leben, vielmehr Verpflichtung, dazu beizutragen, dass die Würde des Menschen auch andernorts, zumindest in Europa, nicht angetastet wird. Milosevic und seine Schergen tasten aber nicht nur die Würde des Menschen an. Sie begehen an ihnen unausgesetzt Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Nachdem lange - viele meinen: allzu lange - verhandelt und verschoben wurde, Fristen gesetzt und verschoben wurden und sich Milosevic trotz massiver Drohungen keinen Millimeter bewegt hat, blieben nur zwei Möglichkeiten: achselzuckend wegsehen oder intervenieren. Ich bin nach wie vor der festen Überzeugung und erkläre für die F.D.P.-Fraktion: Wegsehen wäre eine fatale Reaktion gewesen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. sowie der Abg. Hinz und von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es wäre auch eine Ermunterung für den serbischen Kriegsherrn und dessen Brüder im Geiste gewesen.

Deswegen steht die F.D.P. ohne Wenn und Aber hinter den Luftschlägen der NATO. Dies ist keine Position der Begeisterung, niemand kann fröhlich sein, wenn er Derartiges verkündet. Keiner kann es mit Hurra tun. Dies ist nicht die Stunde der Hurra-Europäer, es ist die Stunde der Nachdenklichen und derer, die Verantwortung tragen.

Es gibt Stimmen, die behaupten, die NATO-Operation habe erst zu der Vertreibung der Kosovo-Albaner geführt. Fallen wir doch nicht auf die Propaganda der ethnischen Säuberer herein! Fakt ist: Die Wurzeln der Krise reichen viel länger zurück. 1990 hat Milosevic die Autonomie des Kosovo zurückgenommen - das war der Anfang. Die Terrorisierung der Albaner hat sich in den vergangenen Jahren so zuge-spitzt, dass der Deutsche Bundestag im Oktober 1998 zugestimmt hat, NATO-Streitkräfte unter deutscher Beteiligung in das Kosovo zu entsenden, um dort eine humanitäre Katastrophe abzuwenden. Im Januar dieses Jahres begann die systematische ethnische Säuberung des Kosovo, parallel zu den Verhandlungen in Rambouillet. Während er andere irreführte, hat Milosevic Vertreibung und Ermordung in der Provinz vorangetrieben. Dies war dann der Grund für die Intervention der NATO.

Der Westen und die Kosovo-Albaner haben die Hand zu einer friedlichen Lösung ausgestreckt. Ein ums andere Mal hat Milosevic diese Hand ausgeschlagen. Er hat mehr als eine Chance gehabt, und er hat sie bewusst nicht genutzt. Die Antwort der NATO sind Luftschläge gegen strategische und militärische Ziele in Serbien. Hätten denn gerade wir Deutsche, mit unserer Geschichte, Vertreibung und Völkermord in einem europäischen Land tatenlos, sozusagen billigend in Kauf nehmen sollen? Hätten wir das tun dürfen? Für uns Liberale lautet die Antwort: Nein.

Es ist eine bittere Erkenntnis, dass die Gewalt im Kosovo, wenn überhaupt, so nur durch Gegengewalt gestoppt werden kann. Wenn diese Schläge bisher nicht dazu geführt

haben - und das müssen wir mit Erschrecken sehen -, der Vertreibung und Ermordung wirklich Einhalt zu gebieten, dann ist es auch keine Lösung, klein beizugeben. Denn das hieße hinzunehmen, was zu verhindern die NATO gerade angetreten ist.

Aber auch die Europäische Union ist gefordert. Wir sehen hier, wir befinden uns in einer Situation, in der die USA uns Europäern ein Armutszeugnis ausstellen, dass über 40 Jahre, nachdem die Römischen Verträge geschlossen wurden, die USA kommen müssen, um europäische Probleme lösen zu helfen. Eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss endlich Realität werden; sonst werden wir von einer Krise in die nächste schlittern und immer nach Amerika schielen, ob denn die Amerikaner mit ihren Flugzeugen kommen.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass die EU-Außenminister bereits Pläne für einen mittel- und langfristigen Stabilitätspakt für den gesamten Balkan und eine Art Marshallplan diskutieren. Unabdingbar ist, dass Milosevic der Stationierung einer internationalen Truppe zur Friedenssicherung zustimmt und dass alle Vertriebenen ohne Bedingungen gesichert und friedlich zurückkehren können. Selbst Russland - das ist ein Zeichen der Hoffnung - übt in diesen Tagen schwere Kritik an Milosevic, weil er nach wie vor den Einsatz einer internationalen Friedenstruppe ablehnt. Es ist zu hoffen, dass es gelingt, Russland in den Prozess der Konfliktlösung auf dem Balkan einzubinden. Erste Zeichen lassen sich positiv deuten.

Dies ist nicht die Stunde parteipolitischer Auseinandersetzungen. Trotzdem müssen sich die Parteien, die gemeinsam die Bundesregierung stellen, zwei Fragen gefallen lassen: Erstens. Wie glaubwürdig ist die Position der Bundesregierung, wenn eines ihrer Mitglieder - Sie wissen, ich meine die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium - nicht unwidersprochen, aber für sich selbst völlig folgenlos, öffentlich dezidiert in Bezug auf den NATO-Einsatz eine gegenteilige Position vertritt?

(Claus (SPD): Gerade das Gegenteil von dem, was Sie gesagt haben!)

Zweitens. Wie hält es die SPD aus - ich sage das mit großem Ernst und ohne Anklage -, auf Landesebene mit einer Partei zu koalieren, die sich außenpolitisch zum Helfershelfer von Milosevic macht?

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hätte ich von Ihnen aber nicht erwartet! - Claus (SPD): Seit wann ziehen Sie denn auch den Stahlhelm auf, und das in einer solchen Debatte? - Weitere Zurufe von der SPD)

Die Bundesregierung hat zugesagt, insgesamt 10.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Kosovo aufzunehmen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD - Hahn (F.D.P.): Bei so etwas seid ihr nervös!)

- Herr Kollege, haben Sie nicht die Debatte verfolgt und gehört, mit welchen Worten der Herr Bundeskanzler, mit welchen Worten der Bundesminister der Verteidigung auf Gregor Gysi reagiert haben?

(Claus (SPD): Natürlich habe ich sie verfolgt! Sie sind gerade dabei, einer guten Stunde im Landtag Schaden zuzufügen!)

Ich meine, Sie hätten das auch gehört und wüssten, was da gesagt worden ist.

(Weiterer Zuruf des Abg. Claus (SPD) - Hahn (F.D.P.): Ist euch das unangenehm oder wie?)

Hessen wird nach der geltenden Quote für die Verteilung von Asylbewerbern 7,5 Prozent der nach Deutschland ausgeflogenen Flüchtlinge aufnehmen.

(Claus (SPD): Was hat das mit Gysi zu tun?)

- Ich kann mir denken, dass Ihnen das peinlich ist. Aber es ist die Wahrheit, Herr Kollege.

(Schaub (SPD): Unglaublich!)

Das wesentliche Ziel bleibt dabei für uns, den Vertriebenen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Das entspricht auch dem, was die Flüchtlinge selbst wollen; auch dies ist gesagt worden. Sie müssen im Kosovo wieder sicher und ohne Repressalien leben können. Gerade deshalb wäre es politisch problematisch, die Vertreibung der Kosovo-Albaner dadurch faktisch, wenn auch ungewollt, zu unterstützen, dass wir sie in großer Zahl in Hessen aufnehmen. Die humanitäre Absicht könnte zur Problemlösung für Milosevic pervertieren, weil seine Politik der Entvölkerung auf unabsehbare Zeit hingenommen und geradezu sanktioniert würde.

Wir sehen natürlich, dass vor allem Albanien und Mazedonien mit den Flüchtlingswellen in ihren Grenzregionen völlig überfordert sind. Deshalb läuft unsere Unterstützung zweigleisig. Wir leisten medizinische und humanitäre Hilfe vor Ort, und wir nehmen einen Teil der Flüchtlinge auf. Ich betone aber noch einmal, dass die bestmögliche Hilfe vor Ort Vorrang hat, weil wir uns nicht zum Helfershelfer machen dürfen, wenn auch ungewollt.

Der Erfolg der landesweiten Aktion "Hessen hilft dem Kosovo" unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Roland Koch hat eindrucksvoll bewiesen, dass die hessischen Bürgerinnen und Bürger ihre Augen vor der Not im Kosovo nicht verschließen und großzügig helfen. Ganz herzlichen Dank auch im Namen der F.D.P.-Fraktion für diese Hilfe, die die hessischen Bürger haben zuteil werden lassen!

Meine Damen und Herren, vor Ihnen liegen zwei Anträge zur Hilfe für die Kosovo-Vertriebenen, ein Antrag von SPD und GRÜNEN, einer von CDU und F.D.P. Der rot-grüne Antrag, gegen den wir inhaltlich nichts haben, beschränkt sich auf die Darstellung eines Teils der Problematik - kein Wort zu den Gründen der Luftschläge der NATO, kein Wort zu einer Friedensregelung für das Kosovo, kein Wort zu den Verhandlungen auf diplomatischer und politischer Ebene.

(Schaub (SPD): Natürlich steht das darin, lesen Sie einmal richtig!)

Wir meinen, das ist ein bisschen zu dürr, um die Dimensionen des Kosovo-Konflikts angemessen zu erfassen. Es wäre zu bequem, sich um die Frage der NATO-Luftschläge einfach herumzudrücken. Meine Damen und Herren von der Opposition, so leicht dürfen wir es uns nicht machen. Man kann dafür sein, man kann dagegen sein. Aber die Soldaten, die im Kosovo kämpfen, haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, was der Hessische Landtag über ihren Einsatz denkt - dass hier nicht Menschen sitzen, die sagen: Kämpft mal schön, wenn ihr siegt, war es gut; wenn ihr nicht siegt und wenn die Katastrophe da ist, dann sind wir bitte nicht dafür gewesen!

(Fuhrmann (SPD): So eine schwache Rede!)

In dieser Situation sind Verantwortung und Solidarität gefragt - Solidarität mit den verfolgten, gequälten, gefolter-

ten, misshandelten Opfern eines verbrecherischen Regimes, Solidarität aber auch mit unseren Verbündeten, die in einem gemeinsamen NATO-Einsatz gegen Terror und Unterdrückung für Freiheit und Selbstbestimmung kämpfen, drittens Solidarität mit den deutschen, den hessischen Soldaten, die ein Zeichen dafür setzen, dass Terror und Menschenverachtung nicht allein mit Worten der Ächtung zu bekämpfen sind, sondern durch geschlossenes uneigennütziges Handeln.

Meine Damen und Herren, deshalb bitte ich Sie alle, den Antrag von CDU und F.D.P. zu unterstützen. - Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Becker für die SPD-Fraktion.

Becker (Nidda) (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich betone, dass ich Mitglied der SPD-Fraktion bin, aber jetzt nicht für die SPD-Fraktion spreche. Dies hat der Kollege Bökel schon in der Vorrede betont. Nachdem der Kollege Bökel schon auf die Ernsthaftigkeit hingewiesen hat, in der unsere Partei diese ungeheuer schwierige Problematik diskutiert, und seinen Stolz zum Ausdruck gebracht hat, möchte auch ich mit Stolz betonen, dass es ohne Auseinandersetzung auch in meiner Fraktion selbstverständlich war, dass Minderheitenmeinungen gelten können und dass sie auch - durch mich - hier vorgetragen werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin kein Pazifist; mein Lebensweg beweist dies. Ich habe meine Wehrpflicht absolviert, und ich habe sieben weitere Pflichtwehrtübungen hinter mich gebracht. Ich denke, dass dies vielleicht geeigneter ist als aus der Grundüberzeugung eines radikalen Pazifisten heraus, Bedenken, aber auch ein Nein zum Kriegführen hier vorzutragen. Ich bin zutiefst überzeugt, dass kein Krieg Probleme löst. Unter anderem wenn wir 600 Jahre zurückdenken, wissen wir, dass eine der Ursachen dieses Konflikts in einem Krieg liegt, der vor 600 Jahren stattgefunden hat.

Da einige aus unserer Fraktion und ich davon überzeugt sind, dass Krieg keine Probleme löst, können wir dem Punkt 2 des Antrags von CDU und F.D.P. nicht zustimmen, wohl wissend, dass dies die Beschlusslage der von der SPD und den GRÜNEN getragenen Bundesregierung ist. Wir sind uns dieser Verantwortung wahrlich bewusst. Wir, das sind die Kolleginnen Hillenbrand, Fuhrmann, Klär, Habermann, Fellner, die Kollegen Siebel, Schmitt und Becker (Gießen).

Ich möchte, auch mit etwas Stolz, noch betonen, dass auch einige von uns auf dem Bundesparteitag vehement für unsere Position gestritten haben, allerdings unterlegen sind. Dies gilt besonders für die Kollegin Pauly-Bender.

Niemand von uns, für die ich jetzt spreche, hat Verständnis für die Verbrechen, die vor allen Dingen jetzt im Kosovo gegen Menschen begangen werden. Niemand von uns hat Verständnis für eine verbrecherische Regierung, für die der Name Milosevic steht. Allerdings war ich von Anbeginn an der Überzeugung, dass diese militärischen Schläge kein wirksames Mittel sind, um die Verbrechen zu beenden. Ich erspare mir gängige Floskeln wie z. B., dass keine Bombe, die bis jetzt abgeworfen wurde, die Vergewaltigung von Frauen verhindert hat. Ich weise darauf hin, dass es aus

militärischer Sicht erhebliche Bedenken gegen diese Form der militärischen Schläge gegeben hat und noch gibt. Ich bin militärisch wahrlich kein großer Strategie, aber ich habe etwas über die Logik von Kriegführen gelernt.

Die Logik eines Krieges ist nun einmal, dass am Ende ein Kriegsziel erreicht wird. Die Bedenken waren, dass man allein mit militärischen Schlägen aus der Luft nicht zu einer Lösung kommen wird. In der Logik liegt es daher, dass bei Misserfolgen der nächste Schritt der Eskalation eingeleitet wird, und das wird natürlich den Einsatz von Bodentruppen bedeuten. Das muss man wissen, wenn man sich mit militärischen Dingen beschäftigt.

Aber nicht nur speziell zu diesem Fall, sondern auch generell habe ich große Zweifel an dem Mittel Krieg zur Problemlösung. Erlauben Sie mir, dass ich mit großer persönlicher Bitternis feststelle, dass in unserer zivilisierten Welt im Laufe von 50 Jahren "Frieden" keine entscheidenden friedlichen Mittel entwickelt oder erdacht wurden, um mit solchen Konflikten ohne größere Opfer fertig zu werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nachdem wir wissen, dass es ganz empfindliche Datenetze gibt, dass es empfindliche Nachrichtentechniken und entsprechende Möglichkeiten gibt, dass es viele Embargomöglichkeiten gibt, sehe ich nicht ein, warum man Raffinerien in Brand bomben muss, während woanders vielleicht - ich kann es nicht nachweisen - nur Hähne hätten zugeordnet werden müssen. So ließe sich noch vieles anführen. Deswegen kann ich nur an uns alle appellieren, dass wir darangehen und alles, was wir an Wissenschaft und Technik zur Verfügung haben, entsprechend einzusetzen versuchen und überlegen, ob man nicht endlich von diesem erschlagenden Mittel des Kriegführens wegkommen kann und eine andere Problemlösung möglich ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Kollegin Hillenbrand hat mich auf ein Zitat des sehr geschätzten und verehrten Richard von Weizsäcker aufmerksam gemacht, der zum 40. Jahrestag des 08.05.1945 gesagt hat:

Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu der Mensch fähig ist. Deshalb dürfen wir uns nicht einbilden, wir seien nun als Mensch anders und besser geworden. Es gibt keine moralische Vollkommenheit, für niemanden und für kein Land. Wir haben als Menschen gelernt, dass wir als Menschen gefährdet bleiben. Aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von neuem zu überwinden.

Im Sinne Richard von Weizsäckers haben wir noch vieles zu lernen. Kolleginnen und Kollegen von CDU und F.D.P., in Ihrem Antrag sprechen Sie vom Krieg als Ultima Ratio. Ich habe immer noch die Vision, dass wir dazu kommen, dass Krieg von der Ultima Ratio zur Ultima Irratio wird. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Ich lasse zuerst über den Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betref-

fend Hilfe für Kosovo-Vertriebene abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag einstimmig so beschlossen.

Ich komme zweitens zur Abstimmung über den Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Hilfe für Kosovo-Vertriebene. Es wurde mir signalisiert, dass über den Punkt 2 dieses Antrags getrennt abgestimmt werden sollte. Dann lasse ich zuerst über diesen Punkt abstimmen. - Wer diesem Punkt zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Punkt mit Gegenstimmen aus den Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei großer Mehrheit der übrigen Fraktionen angenommen.

Ich lasse über die übrigen vier Punkte zusammen abstimmen. Wer ist hier für Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann sind die übrigen Punkte bei einigen Gegenstimmen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von der Mehrheit auch so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den gesamten Antrag noch einmal abstimmen.

(Hahn (F.D.P.): Eigentlich nicht! Das macht keinen Sinn!)

- Brauche ich das nicht mehr? - Gut, dann lasse ich das so. Dann steht das so fest.

(Erklärungen zur Abstimmung siehe Anlagen 1 bis 3)

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. betreffend Neubesetzung der Vertretung des Landes Hessen im "Ausschuss der Regionen" (AdR) - Drucks. 15/36 -

Da hier keine Redezeit vermerkt ist, gehe ich davon aus, dass normale Redezeit vorgesehen ist. - Ohne Aussprache? - Gut, dann ist keine Aussprache vorgesehen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Dringlichen Antrag. Wer ist hier für Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag bei einer Enthaltung des Präsidenten von der Mehrheit des Hauses einstimmig so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren gegen den hessischen Innenminister - Drucks. 15/38 -

Dazu rufe ich **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend anwaltliche Tätigkeit des Innenministers - Drucks. 15/37 -

Zu Wort hat sich der Ministerpräsident gemeldet.

Koch, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Fraktionen der Opposition Anspruch darauf haben, über den Vorgang und seine Hintergründe unterrichtet zu werden. Deshalb soll das, so denke ich, sowohl durch mich als auch durch den Kollegen Volker Bouffier in aller Ruhe geschehen. Ich habe früher öfter kritisiert, wenn hier Versteckspiele gemacht worden sind. Dazu gibt es nicht den geringsten Anlass.

Sie haben eine Reihe von Fragen gestellt. Ich versuche, Ihnen im Zusammenhang darzustellen, was meine Kenntnisse und meine bisherigen Entscheidungen sind. Volker Bouffier hat mich Anfang März davon unterrichtet, dass eine Anzeigeerstattung gegen ihn vorliegt und dass die Staatsanwaltschaft ihn davon unterrichtet hat. Zu dem Inhalt sage ich gleich etwas.

Ich habe von der Anzeigeerstattung erst wieder durch eine pflichtgemäße Unterrichtung des Staatsministers der Justiz am 12. April dieses Jahres gehört. Da habe ich erfahren, dass dem Justizministerium eine entsprechende Unterrichtung vorliegt. Der Parlamentspräsident hat mich nicht unterrichtet, das muss er auch nicht. Ich weiß nicht, welchen Vorgang es wirklich im Landtag gibt. Das habe ich im Augenblick noch nicht eruieren können. Mir ist gesagt worden, der Landtag sei seit Anfang März durch die Staatsanwaltschaft in Gießen unterrichtet. Herr Kollege von Plottnitz, wenn das so wäre, dass der Landtag seit Anfang März unterrichtet ist, würde das bei dem, was ich noch bezüglich Ihrer Unterrichtung zu sagen habe, ein paar Fragen aufwerfen. Aber das ist mein derzeitiger Informationsstand.

Zweiter Punkt: Zum Materiellen. Volker Bouffier hat mir damals vorgetragen, um welchen Sachverhalt es sich handelt. Dazu kann er selbst etwas sagen. Mir erschien und erscheint das, was Volker Bouffier mir vorgetragen hat, schlüssig. Warum? - Dafür gibt es zwei Anhaltspunkte, die Sie vielleicht nachvollziehen können.

Das eine ist: Meine eigene Berufstätigkeit zeigt, dass es wahrscheinlich keinen gefährlicheren Bereich für Missverständnisse gibt als Bekannte, die in Familienrechtsangelegenheiten Fragen an einen, den man als Anwalt kennt, stellen.

Zum anderen: Wenn in der Tatsache eines solchen Vorwurfs die Anzeige weit mehr als ein Jahr nach dem Vorgang gestellt wird, obwohl die Beteiligten sich dauernd begnügen, lässt auch das gewisse Einschätzungen zu.

Zum Dritten. Sie haben heute Morgen gefragt, warum ich nicht etwa die Fraktionsvorsitzenden - Sie meinen: der Oppositionsfraktionen - unterrichtet habe, bevor der Hessische Landtag am 7. April zusammengetreten ist. Nun, weil ich es aus Gründen, die ich zum Schluss auch noch nenne, nicht für angemessen und richtig gehalten habe.

Aber ich will doch hinzufügen: Nach meinen jetzigen Informationen - ich denke, dass das so ist -, ist die Hausspitze des Justizministeriums der Regierung, die jetzt Opposition ist, jedenfalls am 1. April - da verwundert mich der Monat - darüber unterrichtet worden, dass es den Vorgang gab.

Entweder sind dann die Fraktionen unterrichtet worden, oder aber die Vorgängerregierung hat es für richtig gehalten, die Fraktionen von einem solchen Vorgang nicht zu unterrichten. Dann würde das meine Einschätzung des Verfahrens decken. Das bedeutet, es sind entweder Krokodilstränen, weil Sie es nicht wussten, oder es ist nicht erfolgt mit der gleichen Begründung, weshalb ich es auch nicht getan habe.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein schwaches Argument! - Zurufe von der SPD)

Ich denke, es gilt in einem solchen Verfahren wie in jedem anderen der absolute Grundsatz einer Unschuldsvermutung. Ich habe nicht den geringsten Anlass gehabt, an der Berufung von Herrn Staatsminister Bouffier zu zweifeln - in Kenntnis der Tatsache, dass gegen ihn vor dem Hintergrund, den er mir geschildert hat, eine Anzeige vorliegt.

Ich sage, dass ich bei allem, was ich weiß, an dieser Entscheidung im Augenblick auch überhaupt nichts zu ändern habe.

(Zuruf von der SPD: Im Augenblick!)

Herr Staatsminister Bouffier hat mein volles Vertrauen. Aus diesem Grunde gehe ich davon aus, dass Sie Verständnis dafür haben werden, dass eine solche Beurteilung mich zu keiner anderen Meinung bei der Berufung von Ministern gebracht hätte.

Jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es eine sehr einfache Möglichkeit. Entweder es ist so, dass das, was Herr Kollege Clauss heute Morgen vorgetragen hat, richtig ist, wie wir in Parlamentssitzungen umgehen wollen. Er hat Ansprüche und Forderungen gestellt. Dann ist richtig, dass Sie wie wir der Staatsanwaltschaft die Gelegenheit geben, ihre Pflicht zu tun. Ich erwarte, dass sie das angesichts des öffentlichen Interesses so tut, dass das ordnungsgemäß und in Zeitnähe geht, und dass sie dann, wie wir alle, entscheiden kann.

Bei allem, was ich weiß, glaube ich, dass Herr Staatsminister Bouffier sich dabei nichts vorzuwerfen hat und dass das auch das Ergebnis der Ermittlungen sein wird. Aber das ist eine Meinung, nicht mehr. Wir alle haben gemeinsam zu warten, wie das in einem Rechtsstaat unsere Pflicht ist. Zu nichts anderem möchte ich Sie gerne auffordern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Jetzt, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, schlage ich vor, dass Herr Staatsminister Bouffier - denn sonst gibt es diese Debatte nur außerhalb dieses Raumes - Ihnen den Sachverhalt aus seiner Sicht so vorträgt, dass Sie ihn zur Kenntnis nehmen und bewerten können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Winterstein:

Das Wort hat Herr Staatsminister Bouffier.

Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich begrüße, dass ich Gelegenheit habe, den Landtag zur öffentlichen Diskussion über meine frühere Tätigkeit als Anwalt zu unterrichten.

Es geht um eine Strafanzeige, in der mir vorgeworfen wird, in einem Ehescheidungsverfahren in unzulässiger Weise die Ehefrau vertreten zu haben, da ich angeblich zuvor dem Ehemann als Anwalt Auskünfte erteilt hätte. Der Vorwurf ist aus meiner Sicht unbegründet. Ich habe dem Ehemann zu keiner Zeit Auskünfte als Anwalt erteilt.

Da mich meine Mandantin von meiner Schweigepflicht entbunden hat, darf ich zum Sachverhalt Folgendes festhalten: Es handelt sich hier um ein Ehepaar, das mir und meiner Frau seit mehreren Jahren sehr eng bekannt ist. Dieses Ehepaar hat Ende 1996/Anfang 1997 teilweise mir, teilweise meiner Frau, teilweise uns beiden eheliche Schwierigkeiten vorgetragen und immer wieder um Hilfestellung gebeten. Da unsere Kinder dieselben Kindergärten und Schulen besuchten und besuchen, gemeinsam Sport machen, wir gemeinsam Feste feierten, haben sich viele private Kontakte ergeben, und im Rahmen dieser Kontakte waren diese ehelichen Schwierigkeiten des Ehepaares immer wieder Gesprächsgegenstand nicht nur zwischen den beiden Ehepaaren, sondern auch weiteren Bekannten, gegebenenfalls auch Freunden.

Ende Juni 1997 teilte mir dann der Ehemann bei Gelegenheit mit, dass er sich mit seiner Ehefrau über die Unterhaltszahlung für die Kinder einigen wolle, und bat mich, dass ich ihm sagen solle, was er ungefähr für die Kinder bezahlen müsse. Ich habe ihm diese Bitte nicht abgeschlagen und ihm auf einem Zettel die Beträge der Düsseldorfer Tabelle aufgeschrieben. Da er bezweifelte, dass seine Ehefrau ihm glauben würde, dass die Zahlen korrekt seien, bat er mich weiterhin, diesen Zettel doch zu unterschreiben und damit eine gewisse Legitimation abzugeben. Dieses aus meiner Sicht nachvollziehbare Ansinnen habe ich auch erfüllt.

Circa zwei bis drei Wochen später baten mich die Eheleute als Freund der Familie, die Dinge aufzuschreiben, über die sie sich geeinigt hatten. Insbesondere baten sie mich, dabei zu sein, wie die Eheleute Bargeld für den Austausch von Haushaltsgegenständen sich wechselseitig vor mir austauschten.

Etwa einen Monat nach diesem Vorgang erhielt ich von dem Anwalt, der dann etwa ein dreiviertel Jahre später die Strafanzeige erhob, einen Anwaltsbrief, in dem er mir mitteilte, dass er den Ehemann vertrete und im Übrigen davon ausgehe, dass ich die Ehefrau vertrete. Ich habe dann die Ehefrau angeschrieben, diese gefragt und dann ein förmliches Mandat von der Ehefrau erhalten. Gleichzeitig - das ist mir wichtig - habe ich den Ehemann gefragt, ob er damit überhaupt einverstanden sei.

(Bökel (SPD): Hat er Sie auch von der Schweigepflicht entbunden?)

- Ich hatte nie ein Mandat, insofern gibt es da nichts zu entbinden. - Er hat mir ausdrücklich erklärt, dass er nicht nur einverstanden sei, sondern dass er es auch gut finde, weil er immer noch hoffe, dass man sich vielleicht einigen könne.

In der Folgezeit liefen dann über etwa eineinhalb Jahre eine Vielzahl von Schriftsätzen, vier bis fünf gerichtliche Termine, mehrere Prozesse, Verfahren im Scheidungsverbungsverfahren über Sorgerecht, Hausrat und alles, was es da gibt. Dort begegnete man sich. Aber wir begegneten uns auch sonst ständig wieder. In dieser ganzen Zeit ist zu keiner Zeit, weder von diesem Ehemann noch von diesem Anwalt, der Vorwurf erhoben worden, meine Mitwirkung in diesem Scheidungsverfahren für die Ehefrau könnte irgendwelchen Bedenken begegnen.

Erst nach etwa ein dreiviertel Jahren erhielt ich ein oder zwei Tage vor der Landtagswahl von diesem Anwalt ein Schreiben, in dem er mir seine Bedenken mitteilte und mich aufforderte, ich möge das Mandat niederlegen. Da ich diesen Vorwurf für unbegründet hielt und halte, habe ich das abgelehnt und im Übrigen darauf hingewiesen, dass ich zunächst einmal mit meiner Mandantin reden müsste.

Als am 10. Februar - das war drei Tage nach der Landtagswahl - ein schon seit längerer Zeit vom Gericht anberaumter Termin mit allen Beteiligten stattfand, bin ich für die Ehefrau nicht mehr aufgetreten, weil ich der Auffassung war, dass die Dinge zunächst geklärt werden müssten.

Nach diesem Termin habe ich mit meiner Mandantin gesprochen und ihr dargelegt, dass ich es unter diesen Umständen nicht für sinnvoll halten würde, das Mandat fortzuführen, bevor die Dinge geklärt sind, und habe mit Schriftsatz vom 02.03.1999 mein Mandat bei Gericht niedergelegt.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich hatte ich von diesem Ehemann zu keiner Zeit eine Vollmacht oder gar

ein Honorar gefordert oder je erhalten. - So weit zu dem Sachverhalt.

Am 3. März erhielt ich von der Staatsanwaltschaft Gießen eine Mitteilung, dass der Ehemann über seinen Anwalt Strafanzeige gegen mich erhoben habe und dass die Staatsanwaltschaft den Präsidenten des Hessischen Landtags entsprechend den Beschlüssen, die der Landtag getroffen hat, unterrichtet habe. Von der Rechtsanwaltskammer erhielt ich die Mitteilung, dass eine Beschwerde vorliege, und die Bitte um Stellungnahme, die ich natürlich abgegeben habe.

Seither habe ich weder von der Staatsanwaltschaft noch von der Rechtsanwaltskammer oder vom Hessischen Landtag irgendeine Mitteilung erhalten. Gestern, als nach einer Pressekonferenz im Zusammenhang mit der Vorstellung der drei neuen Regierungspräsidenten zwei Journalisten mit mir sprechen wollten und ich fragte, um was es eigentlich gehen sollte, stellte sich heraus, dass sie den zuvor beschriebenen Sachverhalt mit mir diskutieren wollten. Soweit Sie die "Hessenschau" gesehen haben, haben Sie dort ja Eindrücke sammeln können. Ich habe daraufhin entschieden, von mir aus die Öffentlichkeit zu unterrichten, damit sich diese ein Bild machen kann.

Im Hinblick insbesondere auf den Antrag der GRÜNEN möchte ich noch Folgendes anfügen. Ich habe selbstverständlich meinen Fraktionsvorsitzenden entweder am gleichen oder am nächsten Tag - das weiß ich nicht mehr - informiert, als ich die Mitteilung der Staatsanwaltschaft über die erhobene Anzeige erhielt. Ich bin darüber hinaus davon ausgegangen und muss dieses tun, dass die Staatsanwaltschaft Gießen entsprechend ihrer Berichtspflicht auch das Justizministerium unterrichtet hat und somit auch die frühere Landesregierung von den Vorgängen unterrichtet war.

Wie bereits erwähnt, habe ich weder von der Staatsanwaltschaft noch vom Landtag irgendeine Nachricht über die Aufnahme von Ermittlungen erhalten. Ich konnte daher weder zum Zeitpunkt meiner Amtseinführung noch zum heutigen Tage etwas darüber sagen, ob gegen mich überhaupt staatsanwaltschaftliche Ermittlungen geführt werden. - So viel zu dem Sachverhalt.

Meine Damen und Herren, ich halte die Veröffentlichung der drei Tage nach der Landtagswahl erhobenen Strafanzeige nach eindreivierteljährigem Vorlauf und allen bekannten Fakten gerade zum jetzigen Zeitpunkt für einen untauglichen, aber letztlich auch durchsichtigen Versuch der politischen Instrumentalisierung eines Ehestreits. Ich bedaure - nicht zuletzt im Interesse der betroffenen Familie -, dass ein zweieinhalbjähriger Ehestreit nun in solchem Stile fortgesetzt wird. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Möller (Gießen):

Das Wort hat Herr Kollege Schaub für die Fraktion der SPD.

Schaub (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war das Bemühen zu erkennen, dass sowohl der Ministerpräsident wie auch der Innenminister versucht haben, zunächst durch Fakten ein wenig von der politischen Bewertung dieses Falles abzulenken. Herr Ministerpräsident, eben vollmundig anzukündigen, man gebe das Versteckspiel auf,

wenn das Versteck längst ausgekundschaftet ist, das ist keine große Kunst.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie haben schon am Antrag erkannt und ich werde das auch jetzt in der Rede noch einmal deutlich machen, es geht uns um eine sachliche Aufklärung und um eine politische Bewertung dieses Falles. Zusätzlich zu den staatsanwaltschaftlichen oder strafrechtlichen Gesichtspunkten gibt es hier Gesichtspunkte, die politisch bewertet werden müssen. Wir werden deshalb heute keine abschließende Beurteilung abgeben. Wir erwarten aber und hätten auch von Ihnen erwartet, dass Sie Ihr eigenes Handeln, Ihr eigenes Tun selbst bewerten.

Es gibt eine Skala im Strafrecht. Das zu beurteilen ist Sache von Staatsanwaltschaft und Gerichten. Es gibt einen Maßstab, der bei den Anwälten Standesrecht heißt. Dieses zu beurteilen ist Sache der Anwaltskammer. Und es gibt dazu einen eigenen Maßstab, den habe ich vorhin schon einmal erwähnt. Wenn dieser Maßstab immer wieder zum Aufbau eines Images als Saubermann gedient hat, dann muss man sich nicht wundern, wenn dieser Maßstab und dieses Niveau einen anschließend selbst einholen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Bouffier, Sie selbst haben deutlich gesagt, Sie wollten gegen alles angehen, was Regeln verletzt. Genau dieses ist sicherlich eine Regelverletzung. Die Androhung einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren gilt sicher keiner kleinen Regelverletzung.

(Hahn (F.D.P.): Was ist das jetzt? Sehr gewagt! - Widerspruch von Mitgliedern der Landesregierung)

Wer sich die Pressemitteilung der CDU vom 22. April 1998, auf den Tag genau vor einem Jahr, durchliest und dort lesen muss: "Zwei Polizeipräsidenten, die im Zwielicht dieser Affäre stehen, sind als Dienstvorgesetzte von mehreren hundert Mitarbeitern nicht tragbar", der wird verstehen, dass ich zwar jetzt nicht den Rückschluss ziehe, aber wenigstens darauf hinweisen muss, dass Kollege Bouffier jetzt Vorgesetzter von 20.000 Mitarbeitern ist. Sich dann, wie Sie es gestern getan haben - in mehreren Pressespiegeln nachzulesen -, auf das Unrechtsbewusstsein zurückzuziehen reicht meiner Ansicht nach nicht aus.

Präsident Möller (Gießen):

Herr Kollege, lassen Sie eine Frage von Herrn Kollegen Hahn zu?

(Schaub (SPD): Nein!)

- Grundsätzlich keine Fragen.

Schaub (SPD):

Wer sich daran beteiligt hat, aus jenem Anfangsverdacht - so war es in der letzten Legislaturperiode -

(Hahn (F.D.P.): Wo liegt denn jetzt der Regelverstoß?)

geradezu ein Tribunal zu veranstalten, der muss sich nicht wundern, wenn diese Fragen jetzt so präzise gestellt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb gehen wir davon aus, dass mit dem heutigen Tag die Aufklärung dieses Sachverhalts noch längst nicht abgeschlossen ist. Wir gehen davon aus und werden das auch beantragen, dass die beiden Anträge anschließend im Haupt- und Rechtsausschuss weiter behandelt und wir über den Stand der Ermittlungen auf dem Laufenden gehalten werden.

Einen guten Start, Herr Ministerpräsident, Sprechblasen in Taten umzusetzen, hatten Sie heute sicherlich noch nicht. Zur Verbesserung trägt dann eine solche Problematik nicht bei.

(Peuser (CDU): Bla, bla!)

Es wäre aber noch gravierender, wenn die weiteren Untersuchungen ergeben würden, dass Sie trotz Kenntnis der Angelegenheit Herrn Kollegen Bouffier ernannt haben und nur deshalb ernannt haben, weil Sie Ihre eine Stimme Mehrheit nicht gefährden wollten.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.: Oh! - Lachen des Abg. Hahn (F.D.P.))

Deshalb sage ich Ihnen auch, eine solche improvisierte Pressekonferenz und die Informationen, die wir eben erhalten haben, reichen uns nicht aus. Wir erwarten, dass diese Angelegenheit in den beiden Ausschüssen weiter behandelt wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Möller (Gießen):

Herr Kollege Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.: Ah! - Zuruf des Abg. Klee (CDU))

Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich fragen, insbesondere auch den Kollegen Klee: Warum sind Sie denn so aufgeregt?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Offensichtlich ist es Ihnen ähnlich gegangen wie mir, Herr Kollege. Sie haben die Beruhigungsversuche des Ministerpräsidenten, über alles eine Decke des Wohlwollens zu streifen, nicht akzeptiert und sind weiter unruhig. Ich sage, ich akzeptiere das auch nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, es kann doch wohl nicht wahr sein: Hier stellt sich ein Ministerpräsident hin und sagt, er sei Anfang März unterrichtet worden, da wäre so irgendwas bezogen auf eine Person, von der er die Absicht habe, sie in sein Kabinett zu berufen, und dann läuft das als so weiter, wie wir auf leicht Hessisch sagen, und die Kabinettsberufung wird gemacht. Dann stellt er sich hier her und lässt in Anwesenheit des Landtags den Amtseid sprechen, dessen Inhalt wir alle kennen. Erst viel später erfährt er, dass da etwas gewesen ist.

Aber einmal nachzufragen, weil es immerhin ein gravierender Vorgang sein könnte, wenn Ermittlungen gegen eine Person laufen, die als Minister in die hessische Staatsregierung kommen soll, auf diese Idee ist Ministerpräsident Koch nicht gekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Hahn (F.D.P.): Wo sind Ermittlungen?)

Ich kann nur sagen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident: Das Bild, das Sie als Oppositionsführer von sich immer haben malen wollen, dass Sie nämlich scharf und präzise sind und allen Vorgängen nachgehen, scheinen Sie in der Euphorie des Wahlerfolges vollkommen vergessen zu haben, denn natürlich fragt man vorher nach.

(Hahn (F.D.P.): Herr Kaufmann, wo sind Ermittlungen? Wer hat hier ermittelt?)

Jetzt versuchen der Ministerpräsident und sein Hilfsecho, Kollege Hahn, hinterher zu krähen, die Chose im Nachhinein dem ehemaligen Justizminister von Plottnitz in die Schuhe zu schieben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hahn (F.D.P.): Nein, Sie erzählen hier die Unwahrheit!)

Meine Damen und Herren, machen Sie sich doch nicht lächerlich! Kollege von Plottnitz hatte und hat nicht die Absicht, Herrn Bouffier zum Staatsminister zu ernennen.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Insofern war das für ihn überhaupt kein Vorgang, auf den es ankommt.

Wir legen keinen Wert darauf, besonders hervorzuheben, dass im Zusammenhang mit dem Berufsalltag die einen oder anderen Dinge vorkommen und dass das eine oder andere Verfahren gegen den einen oder anderen Kollegen dieses Hauses schon gelaufen ist. Dafür haben wir unsere Regeln; und die sind auch völlig in Ordnung. Nur, meine Damen und Herren, es ist ein signifikanter Unterschied, ob es sich um ein Mitglied des Landtags, eine Bürgerin oder einen Bürger oder um eine Person handelt, die Mitglied der hessischen Staatsregierung werden soll. Da sehe ich schon einen Unterschied. Derjenige, der die Person beruft, hat, meine ich, eine besondere Sorgfaltspflicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, dass Herr Ministerpräsident Koch, der früher so schneidig auftretende Fraktionsvorsitzende, weder ein glückliches Händchen bei seiner Personalauswahl hatte noch der Sorgfaltspflicht nachgekommen ist, zeigt die Tatsache, dass der Fall Bouffier nicht der erste ist, über den wir jetzt reden. Wie wir wissen, gibt es da durchaus schon eine Tradition.

(Hahn (F.D.P.): Wie viele Umweltminister habt ihr gehabt?)

Herr Koch, insoweit kann ich Ihnen nur bescheinigen: Sie haben offensichtlich vor, nur katastrophale Personalpolitik zu betreiben. Wir sollten uns erinnern.

Meine Damen und Herren, zunächst hatten wir eine besonders qualifizierte Kultusminister-Kandidatin. Sie wurde als Seiteneinsteigerin, als kraftvolle Person präsentiert, die jetzt endlich das hessische Schulwesen in Ordnung bringen sollte. Doch dann stellte sich heraus - oh, wie peinlich -, dass der Rechnungshof von Rheinland-Pfalz, damals noch von einem Parteifreund von Herrn Koch geführt, gravierende Verstöße und Mängel bei der Wirtschaftsführung der Kandidatin gefunden hatte. Dann hatte die Kandidatin auch noch, sozusagen davon überrascht, der Öffentlichkeit gegenüber nicht die Wahrheit gesagt. Schwuppdiwupp war sie weg, ganz still und leise.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war der erste Missgriff bei der Personalpolitik.

Meine Damen und Herren, dann kam die Wahl. Gleich danach kam offenkundig noch ein zweiter Missgriff. Da wurde uns der Superfachmann überhaupt für die Finanzpolitik präsentiert. Er sollte Finanzminister werden. Schwuppdiewup war auch der weg.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt jetzt zwei Möglichkeiten. Entweder haben Sie ihn aus politischen Gründen fallen lassen. Dann kann ich nur feststellen, das ist eine katastrophale Personalpolitik. Auf den Sachverstand kommt es nicht an, Hauptsache, die politische Konstellation stimmt.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Oder aber, was einige Journalisten und andere Personen mehr vermuten, es hat sich im Nachhinein herausgestellt, mit der Fachmannschaft war es auch nicht so weit her. - Insoweit hat man dann schnell gesagt: Finden wir doch eine andere Lösung!

(Beifall der Abg. Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, wenn wir das Ganze vor diesem Hintergrund betrachten, dann wundert das natürlich nicht. Ich kann dann vermuten, dass es nicht nur - sagen wir einmal - die Unfähigkeit war, über das Problem weiter nachzudenken, sondern dass es vielleicht sogar Absicht war. Herr Ministerpräsident, vielleicht dachten Sie: Um Gottes willen, dass jetzt noch ein Fall Bouffier auf mich zukommt und der dritte Kandidat für einen Ministerposten noch vor der Vereidigung sozusagen zusammenbricht, das muss auf jeden Fall unter dem Teppich bleiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben nichts, aber auch gar nichts dazu beigetragen, diese Spekulationen, Vermutungen oder Verdähte auszuräumen. Sie haben einfach nur gesagt: Anfang März habe ich etwas erfahren; und dann wieder am 12. April. Dazwischen habe ich Augen und Ohren zugeklappt. Aber ich habe Herrn Kollegen Bouffier zum Staatsminister des Innern ernannt, der immerhin für die Verfassung, das Recht und als Vorgesetzter - das haben wir durch den Zwischenruf gehört - für mehr als 20.000 Beamtinnen und Beamte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verantwortlich ist. Dabei spielt das alles keine Rolle. - Nein, meine Damen und Herren, so kann es nicht gehen. So sehr Sie heute gerne einen strahlenden Start für Ihre Regierung hingelegt hätten, so sehr ist er Ihnen danebengegangen. Denn mit einem solchen Kabinett und einer solchen Art und Weise, wie das hier konstruiert wird, werden wir uns hier mit diesen Antworten nicht abspesen lassen. Insoweit kann ich mich nur dem anschließen, was Herr Kollege Schaub schon gesagt hat. Wir werden es weiterverfolgen. Wir werden im Ausschuss auch auf die Klärung der Fragen drängen, die Sie offensichtlich heute hier global beiseite zu schieben versucht haben.

Meine Damen und Herren, wir werden in der Tat Wert darauf legen, den Fall zu verfolgen. Es ist nicht unsere Aufgabe, das zu bewerten. Das haben die Gerichte zu machen, die Staatsanwaltschaft oder von mir aus auch die Rechtsanwaltskammer.

(Zurufe des Abg. Klein (CDU))

- Herr Klein, regen Sie sich nicht so auf! - Es ist doch auch ein Versuch - -

(Zurufe)

Präsident Möller (Gießen):

Einen Moment bitte, Herr Kollege Kaufmann! - Meine Damen und Herren, jetzt wird es etwas zu lärmend. Jetzt hat Herr Kaufmann wieder das Wort.

(Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das tut Ihnen weh!)

Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es ist doch auch ein Versuch, von der katastrophalen Personalpolitik des Ministerpräsidenten abzulenken, dass er jetzt den Innenminister hier antreten und haarklein irgendwelche ehrenstreitigen Auseinandersetzungen aus Mittelhessen darstellen lässt. Meine Damen und Herren, das interessiert mich nicht. Das hat uns alle nicht zu interessieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Zurufe und Lachen bei der CDU und der F.D.P.)

Darum geht es nicht. Herr Kollege Hermanns, verstehen Sie doch, dass es darum nicht geht. Es geht darum, die Frage zu klären, bei der wir der Wahrheit nur millimeterweise näher kommen.

(Zuruf von der CDU: Jetzt ist die Katze aus dem Sack!)

Ich kann Folgendes festhalten: Roland Koch, damals noch nicht, aber schon designierter Ministerpräsident, wusste davon, dass es bei einer Person, die er zum Minister machen wollte, immerhin ernsthafte Probleme insoweit gab, als da ein Verfahren anhängig war. Er hat es dann versäumt, dem bis zur Ernennung nachzugehen. Meine Damen und Herren, es tut mir Leid, ich nehme so etwas ernst. Wenn wir hier im Landtag eine Regierung präsentiert kriegen - -

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hahn (F.D.P.): Ah! - Weitere Zurufe)

- Herr Kollege Hahn, ich wundere mich sehr, warum Sie das nicht ernst nehmen. Sie kommen mit Ihren Vertrauenserklärungen wohl so locker daher, dass es überhaupt keine Rolle spielt, was dahinter steckt. Das wollen Sie ganz offensichtlich gar nicht wissen. - Meine Damen und Herren, ich nehme das ernst. Herr Ministerpräsident, wenn wir hier ein Kabinett präsentiert bekommen, das vor uns allen mit den entsprechenden Aussagen vereidigt wird, und wenn der Landtag anschließend diesem Kabinett das Vertrauen ausspricht, dann ist das eine Frage des Vertrauens zwischen Ihnen und dem gesamten Hause, dem gesamten Landtag, dass da nicht etwas im Raum steht, was man vorher hätte mitteilen müssen. Dafür gibt es auch diskrete Wege. Das hätte nicht hier erfolgen müssen. Das hätte niemand verlangt. Genau das haben Sie versäumt. Das erklären Sie einmal! Ich denke, dass darüber hinaus weitere Fragen offen bleiben, die noch zu klären sind. - Ich bedanke mich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Möller (Gießen):

Ich unterstelle einmal, dass das eine Wortmeldung des Kollegen Grüttner für die CDU-Fraktion ist.

Grüttner (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Herr Kaufmann eben von Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzung oder der Diskussion gesprochen hat, dann muss ich feststellen, dass von Ernsthaftigkeit in seinen Ausführungen weiß Gott nichts zu spüren war.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Kaufmann, Ihr Redebeitrag ist weder dem Antrag noch dem Anlass gerecht geworden.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! - Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Grüttner, der Anlass ist noch viel ernster!)

Wenn Sie den Wunsch äußern, hier eine entsprechende Sachaufklärung zu bekommen, und Ihnen diese Sachaufklärung genau so gegeben wird, wie sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegeben werden kann, dann muss ich feststellen, dass, wie mit solchen Fragen umgegangen wird, ein ganz anderer Stil ist, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war doch keine Sachaufklärung!)

Man hat das auch in aller Deutlichkeit gesehen. Sie sind in Ihrer Argumentation einen Schlingerkurs gefahren. Auf der einen Seite haben Sie die Frage bezüglich des Amtseides, auf der anderen Seite die Ermittlungen in den Vordergrund gestellt, ohne dabei überhaupt auszuführen, was Sie damit meinen und ob es denn überhaupt Ermittlungen gibt. Auf Ihrem Weg quer durch Ihr Argumentationsmuster sind Sie dann bei der Personalpolitik gelandet. Herr Kollege Kaufmann, es ist doch vollkommen klar - Sie erwarten auch nichts anderes -, dass ich Sie dann frage, was mit den verschiedenen grünen Umweltministerinnen und dem Staatssekretär in der vergangenen Legislaturperiode gewesen ist

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und wer denn hier den Mund voll nehmen kann bezüglich einer solchen Fragestellung und der Auseinandersetzung, die Personal anbelangt.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist unsererseits überhaupt keine mit Aufgeregtheit zu behandelnde Frage. Vielmehr haben wir eine ganz große Gelassenheit, mit der wir bezüglich dieses Sachverhaltes mit Ihnen umgehen.

Ich teile die Auffassung des Herrn Kollegen Schaub. Deswegen ist es klar: Das, was der Herr Ministerpräsident und Herr Minister Bouffier hier dargelegt haben, ist keine abschließende Beurteilung. Die abschließende Beurteilung wird kommen. Das Einzige, was relativ klar ist, ist, dass Sie permanent von Regelverletzungen gesprochen haben, ohne dass es von Ihnen überhaupt in irgendeiner Art und Weise einen Nachweis oder eine Andeutung dazu gegeben hat, was denn von Ihnen als Regelverletzung verstanden wird.

(Zuruf von der SPD: Seine Reden!)

Sie haben es nur als Schlagwort mit in die Debatte eingebracht.

Vielmehr ist es so, dass Sie zwar den Versuch unternehmen, einen anderen Stil in der parlamentarischen Auseinander-

setzung mit der Regierung öffentlich zu propagieren. Aber es ist so, dass bei Ihnen eine ganze Reihe von Wunden, die Sie sich in der vergangenen Legislaturperiode, teilweise durch eigenes Handeln, zugefügt haben, noch nicht verheilt ist. Sie propagieren zwar jetzt einiges, aber Sie lassen diesem keine Taten folgen.

Für die CDU-Fraktion gilt - ich denke, das gilt auch für die F.D.P.-Fraktion so; Herr Kollege Hahn wird dazu noch ein paar Ausführungen machen -, dass die Erklärungen, die der Herr Ministerpräsident hier heute vor dem Plenum gegeben hat, und auch die Erklärungen, die Herr Staatsminister Bouffier gegeben hat, Auskunft zu dem geben, was Sie mit Ihren Anträgen heute gefordert haben.

Die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten bezüglich der Berufung von Herrn Bouffier in das Amt des Staatsministers des Innern ist für unsere Fraktion sowohl aus den von ihm genannten Gründen als auch aus Gründen, die in der Person Volker Bouffier liegen, nachvollziehbar. Wir haben überhaupt keinen Grund, aufgeregt zu sein, und wir sehen dem weiteren Verfahren mit Gelassenheit entgegen.

Für heute haben Sie Gelegenheit, Ihre Anträge emotionsgeladen hier vorzutragen und sich dabei in Ihrer Oppositionsrolle zu üben. Alles Weitere werden wir nachher in der Abstimmung über die Anträge erledigen, indem wir Ihnen deutlich machen, dass die Erklärungen, die heute hier gegeben wurden, für uns ausreichend sind. Sie hatten möglicherweise Ihren Spaß - aber an der falschen Stelle.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Peinlich, Herr Kollege! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Möller (Gießen):

Das Wort hat Herr Kollege Hahn, Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion.

Hahn (F.D.P.):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in der letzten halben Stunde hier erlebt, dass man alles dreimal herumdrehen kann. Deshalb wäre ein Schweigen der F.D.P.-Fraktion - obwohl alles bereits gesagt ist - möglicherweise dahin gehend auszulegen, dass sie nicht hinter Volker Bouffier stehe. Aus diesem Grunde sage ich Ihnen, dass die Liberalen in diesem Hause insbesondere nach der Erklärung, die der Herr Innenminister abgegeben hat, der Auffassung sind, dass Volker Bouffier von uns vor 14 Tagen völlig zu Recht zum Innenminister des Landes Hessen bestimmt und vereidigt wurde.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich bin gespannt, wie die Juristen bei den Sozialdemokraten und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Rednern umgehen werden, die hier gesagt haben, es gebe einen Regelverstoß. Das haben Herr Schaub und Herr Kaufmann gesagt.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht, das habe ich nicht gesagt!)

Die Kollegen Juristen werden wissen, dass bei weitem noch nicht klar ist, ob Volker Bouffier überhaupt auch nur den Ansatz eines Regelverstößes begangen hat oder nicht. Ich bin gespannt, wie die Juristen darauf reagieren werden. Ich bin gespannt darauf, wie insbesondere der ehemalige Justizminister, der uns immer erzählt hat, dass in einem

Rechtsstaat die Unschuldsvermutung eine besonders wichtige Sache sei, in seiner Fraktion darauf reagiert, dass sein parlamentarischer Geschäftsführer hier erklärt hat, dass Ermittlungen gegen den Staatsminister des Innern und für Sport laufen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es können überhaupt keine Ermittlungen der Staatsanwaltschaft laufen, weil die Staatsanwaltschaft erst dann gegen Mitglieder dieses Hauses ermitteln darf, wenn der Herr Präsident informiert worden ist. Das ist erst vor kurzer Zeit geschehen. Es kann also nicht so sein, wie Sie behaupten.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Staatsminister a.D., zum Dritten würde mich nach dem Zeitablauf, den der Herr Ministerpräsident eben vorgebracht hat, schon interessieren, was noch in Ihrer Amtszeit geschehen ist. Diese Frage sollten Sie uns, wenn Sie das nicht hier tun wollen, in einem persönlichen Gespräch beantworten.

Ich halte für die F.D.P.-Fraktion fest: Erstens. Wenn es so war --

(Claus (SPD): Was heißt das, Herr Kollege Hahn?)

- Hören Sie doch einfach einmal zu!

Präsident Möller (Gießen):

Herr Kollege Hahn, lassen Sie eine Frage von Herrn Bökel zu?

Hahn (F.D.P.):

Ich lasse die Frage von Herrn Bökel gleich zu. - Lassen Sie mich zunächst zusammenfassend sagen: Erstens. Wenn es so war, wie Volker Bouffier soeben geschildert hat, dann liegt kein Regelverstoß vor. Zweitens. Lassen wir doch diejenigen diese Frage klären, die dafür berufen sind, nämlich zunächst die Staatsanwaltschaft und dann das Gericht. Hier schaue ich ganz bewusst Rupert von Plottnitz an, der in den letzten vier Jahren häufigst von der so genannten Unschuldsvermutung geredet hat.

(Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hat keiner was dagegen!)

Drittens. Frau Hinz, Sie wollen sich hier doch nur in Skandalisierung üben. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat eben den Namen Nimsch ins Spiel gebracht. Daran wird doch ganz deutlich, wes Geistes Kind diese Diskussion in Ihren Augen ist. Sie wollen versuchen, ein bisschen auf Skandalchen zu machen. Sie meinen, in den letzten vier Jahren habe die damalige Opposition auf Ihre Kosten ebenso gehandelt. Jetzt wollen Sie das üben.

Nun eine Zwischenfrage des ehemaligen Innenministers, wenn der Herr Präsident sie zulässt.

Präsident Möller (Gießen):

Herr Kollege Bökel!

Bökel (SPD):

Herr Kollege Hahn, haben Sie wie ich Herrn Ministerpräsidenten so verstanden, dass er gesagt hat, dass der ehema-

lige Justizminister nach einer offenbar erfolgten Mitteilung durch die Staatsanwaltschaft das Parlament - in welcher Form auch immer - hätte informieren müssen? Haben Sie den Herrn Ministerpräsidenten so verstanden, und, wenn ja, wie bewerten Sie diese Fragestellung? Wären Sie bereit, mit mir das stenografische Protokoll durchzusehen, um zu prüfen, ob der Herr Ministerpräsident genau das gesagt hat, was ich jetzt frage?

Hahn (F.D.P.):

Herr Kollege Bökel, ich muss Ihnen gestehen, dass ich mir über die Frage, die Sie mir eben gestellt haben, bei den Worten des Ministerpräsidenten nicht so sehr Gedanken gemacht habe. Wir können das aber gerne klären.

Bei dieser Diskussion geht es für mich aber gar nicht um diese Frage. Bei dieser Diskussion geht es vielmehr um die Frage, ob sich Volker Bouffier in der Angelegenheit, die, wie heute der Zeitung zu entnehmen ist, pikanterweise Koch gegen Koch heißt, als Anwalt korrekt oder nicht korrekt verhalten hat.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um die Frage geht es nicht!)

- Herr Kaufmann, Herr Bökel, offensichtlich unterscheidet uns genau das. Die einzige Frage ist, ob der Anwaltskollege Volker Bouffier, der ja jetzt nicht mehr als Anwalt arbeitet, in diesem Verfahren einen Fehler gemacht hat oder nicht. - Herr Kollege Bökel, falls diese Frage zuungunsten von Volker Bouffier beantwortet werden sollte - ich sage noch einmal: Ich gehe nach dem hier geschilderten Sachverhalt davon aus, dass das nicht der Fall sein wird -, dann können die Fragen gestellt werden, die Sie gestellt haben. Was Sie aber jetzt machen, ist Klamauk. Ich hatte aufgrund der Presseerklärung von Herrn Claus von gestern gedacht, das wollten Sie nicht tun. Ihr guter Ansatz hat aber gerade 24 Stunden gehalten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Möller (Gießen):

Gibt es noch Wortmeldungen? - Herr Kollege von Plottnitz!

von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da ich stark vergrippt bin, nur ganz kurz einige Anmerkungen zu dem, was vom Herrn Ministerpräsidenten gerade ausgeführt worden ist.

Herr Ministerpräsident, unterstellen wir, es treffe zu, dass die Hausspitze des Justizministeriums am 1. April dieses Jahres über den Vorgang, dem Sie sich gewidmet haben, unterrichtet worden ist: Ich hätte allergrößte Zweifel, ob ich selbst heute zu diesem Vorgang im Plenum des Hessischen Landtags irgendein öffentliches Wort verlautbaren dürfte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zurufe von der CDU)

- Ich weiß nicht, ob ich das missverstanden habe. Mir geht es genauso wie dem Kollegen Bökel. - Auch ich habe den Herrn Ministerpräsidenten so verstanden, dass er im Sinne eines Entlastungsangriffs - ich unterstelle, dass dem so gewesen ist - hier die These vertreten wollte: Der frühere Justizminister hat das am 1. April erfahren. Er hätte sofort

zu mir laufen und sagen müssen: Hören Sie mal zu, Ihr Mitstreiter Bouffier sieht sich einem Ermittlungsverfahren ausgesetzt! Überlegen Sie sich gut, ob Sie ihn zum Innenminister ernennen wollen!

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Sie haben in Ihrer früheren Rolle häufig meinen Rücktritt wegen angeblicher Verfehlungen verlangt. Es wäre ganz sicher ein Grund gewesen, meinen Rücktritt zu fordern, wenn ich als Justizminister so bedenken- und skrupellos mit hochgradig persönlichen Informationen, wie sie in Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren eine Rolle spielen, umgegangen wäre.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Da kann ich meinem Schöpfer nur danken, dass mir dieses Schicksal erspart geblieben ist.

Herr Ministerpräsident, mich würde in diesem Zusammenhang interessieren, auf welcher Rechtsgrundlage der jetzige Justizminister, der sehr geschätzte Kollege Dr. Wagner, den Ministerpräsidenten am 12. April über den Gegenstand dieses Ermittlungsverfahren und seine Hintergründe, wenn es denn solche gibt, informiert hat.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich habe noch nie gehört, dass ein Justizminister derartig hochgradig interne und hochvertrauliche Informationen irgendeinem Dritten weitergegeben hat. Das ist eine spannende Frage, die wir im Rechtsausschuss klären sollten und die auch rechtswissenschaftlich von Interesse ist. - Ich bedanke mich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Möller (Gießen):

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Herr Kollege Wagner, Ihre sonore Stimme von morgens bis abends zu hören, ist auch vergnügungssteuerpflichtig. Das müssen Sie schon akzeptieren.

(Zurufe von der SPD)

Ich melde mich nur zu Wort, weil ich weiß, dass morgen die stenografischen Berichte erscheinen und dann die gemeinsame Exegese von Herrn Bökel und mir möglich ist. Deswegen bin ich hier, falls dies falsch verstanden worden ist oder ich es in freier Rede missverständlich formuliert habe, was ja sein kann.

(Zurufe von der SPD)

Ich glaube es nicht. Das klären wir morgen. Deshalb sage ich es lieber heute. Ich nehme zunächst zur Kenntnis und wiederhole, dass am 01.04. - das kann ja nach dem Vortrag als unstrittig gelten - die Hausspitze des damaligen Justizministeriums unterrichtet worden ist.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Gut, okay. Dann sage ich, dass ich mich über die Frage habe unterrichten lassen, wann das Haus unterrichtet worden ist, und ich nach meiner Unterrichtung durch den Justizminister davon ausgehe, dass die Hausspitze am 01.04.

unterrichtet worden ist, jedenfalls kenntlich gemacht durch die Paraphe Ihrer Staatssekretärin, Herr Kollege von Plottnitz. Der Rest ist - das wissen wir - die Verantwortung der Hausspitze, wie sie sich weiter unterrichtet.

Zweiter Punkt. Ich habe darauf hingewiesen, dass mir der Vorgang - das will ich jetzt noch etwas präziser sagen -, dass der Präsident des Landtags von einer Staatsanwaltschaft offensichtlich Anfang März einen Verfahrensvorgang, einen Abgeordneten betreffend, erhält und die Hausspitze des Justizministeriums über diesen Vorgang erst Anfang April unterrichtet wird, jedenfalls erörterungsbedürftig erscheint. Ich glaube, darüber werden wir uns prinzipiell nicht streiten, was ich dem Grinsen des Kollegen von Plottnitz entnehme, das ich damit zu Protokoll gebe.

(Heiterkeit)

Drittens. Ich habe gesagt: Wenn es in der politischen Sphäre aufseiten der GRÜNEN war, gibt es zwei Möglichkeiten. Ich versuche, das zu wiederholen. Wenn Herr von Plottnitz die Fraktionen von SPD und GRÜNEN unterrichtet hätte, dann wären das Krokodilstränen. Denn dann würden Sie ja sagen: Ich weiß es erst jetzt, was wir damals gewusst haben.

(Zuruf des Abg. Bökel (SPD))

Dann wären es von Ihnen Krokodilstränen. Ich habe nichts über Herrn von Plottnitz gesagt. Ich unterstelle, dass das nicht geschehen ist. Denn ich habe überhaupt keinen Anlass, Herrn von Plottnitz in dieser Frage nicht zu glauben, wenn er das hier sagt.

Der Grund dafür, dass das so ist, ist die Tatsache - deshalb darf er es nämlich nicht sagen -, dass es eine Unschuldsvormutung gibt, dass es einen Schutz von persönlichen Daten gibt und dass es keinen Anlass gibt, mutwillig persönliche Dinge, die sich relativ schnell aufklären können, öffentlicher Diskussion preiszugeben. Diese Motivation zwingt im formalen Verfahren Herrn von Plottnitz.

Ich mache mir die gleichen Gründe zu Eigen. Ich sehe keine Verpflichtung, vor der Berufung eines Ministers öffentlich oder mit anderen Fraktionen darüber zu diskutieren, dass es ein Verfahren gibt, das ich so einschätze, wie ich es beurteilt habe. Eine Pflicht gibt es schon gar nicht. Aber es ergibt auch keine politische Vernunft.

Aus diesem Grunde habe ich mich entschieden, mich so zu verhalten, wie der im Amt befindliche Minister verpflichtet war, sich zu verhalten. Es ist das gleiche Verhalten auf beiden Seiten. Das halte ich nach wie vor für korrekt. Herr Kollege Bökel, ich wollte Sie darauf hinweisen: Wenn Sie es bei ihm für korrekt halten und einfordern, dann müssen Sie auch akzeptieren, dass ich es auch bei mir für korrekt halte und mich deshalb so verhalten habe, wie ich es dem Parlament dargestellt habe. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Möller (Gießen):

Gibt es jetzt noch Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Aussprache.

Jetzt müssen wir sehen, wie abgestimmt wird. Sehen es SPD und GRÜNE gleich recht, dass beide Anträge an den Hauptausschuss, federführend, und an den Rechtsausschuss, mitberatend, überwiesen werden sollen?

(Zuruf des Abg. Grüttner (CDU))

- Ich habe nicht die CDU gefragt, sondern habe gefragt, ob GRÜNE und SPD Überweisung beantragen.

Jetzt kommt die Frage: Gibt es anders lautende Anträge? - Jetzt hat Herr Grüttner das Wort.

Grüttner (CDU):

Durch die Diskussionen und die Erklärungen von Herrn Ministerpräsidenten Koch und Herrn Staatsminister Volker Bouffier denken die Fraktionen von CDU und F.D.P., dass ausreichende Ausführungen gemacht worden sind und die Anträge für erledigt erklärt werden können.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Möller (Gießen):

Ich entnehme dem Nicken des Kollegen Hahn, dass die F.D.P. sich diesem Antrag anschließt. Dann kommen wir zur Abstimmung. Überweisungsantrag geht vor. Wer ist für Überweisung? - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Dafür haben geschlossen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestimmt, dagegen geschlossen CDU und F.D.P. Wird bezweifelt, dass Letzteres die Mehrheit ist? - Wir wissen, wer fehlt. Also müsste es die Mehrheit sein. Damit ist der Überweisungsantrag abgelehnt.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir kommen wieder!)

Der Antrag von CDU und F.D.P. lautet: wird für erledigt erklärt. Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dafür geschlossen CDU und F.D.P., dagegen geschlossen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen gab es nicht. Ersteres war die Mehrheit. Damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen - Drucks. 15/22 -

Gibt es Abweichungen? - Herr Kollege Kaufmann!

Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte, die Petitionen Nr. 6385/14 und 6477/14 aus dem Paket herauszunehmen und diese zur nochmaligen Beratung dem Petitionsausschuss zurückzuüberweisen. Ich will jetzt die Begründungen nicht ausführen. In beiden Fällen gibt es neue Sachverhalte, die sinnvollerweise im Ausschuss noch einmal diskutiert werden sollten.

Präsident Möller (Gießen):

Das war jetzt ein Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Herr Kollege Schaub!

Schaub (SPD):

Ich bitte um Rücküberweisung der Petition Nr. 5924/14 an den Ausschuss, weil sich neue Sachverhalte ergeben haben.

Präsident Möller (Gießen):

Herr Kollege Grüttner!

Grüttner (CDU):

Seitens der CDU-Fraktion erkläre ich, dass es bei den Beschlussempfehlungen bleibt wie vorgelegt. Also keine Rücküberweisung.

Präsident Möller (Gießen):

Herr Kollege Polster!

Polster (SPD):

Herr Präsident, ich stelle vor dem Hause fest, dass wir in der alten Legislaturperiode noch eine Verabredung getroffen hatten. In der sitzungslosen Zeit gab es eine Übergangslösung bezüglich der Petitionen. Der Petitionsausschuss hatte den Auftrag weiterzuarbeiten und hat dies getan, und zwar mit einer Verabschiedung nur bei einstimmigen Beschlüssen. Das war von diesem Hause hier festgeschrieben. Aber ich bringe in Erinnerung: Frau Kollegin Leistenschneider, es war mindestens in den zwei genannten Fällen so, dass es tatsächlich in den letzten Tagen neue Sachverhalte in Einzelfällen gibt. Es geht um keine Grundlagenentscheidungen. Wir haben in den letzten Jahren, in all den Jahren, einvernehmlich akzeptiert, dass einzelne Berichterstatter sich um Einzelschicksale kümmern und hier dann auch das Recht haben zu erklären, dass nichts geschieht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kenne die Bedenken. Sie wissen, die Position wurde von uns dem Grunde nach getragen. Hier geht es ganz konkret um einzelne Schicksale und neue Sachverhalte. Ich appelliere, von dieser grundsätzlichen Verfahrensweise nicht abzuweichen. Es könnte unser Klima verderben bei einer guten Arbeit, die wir für die Bürger Hessens in den letzten Jahren gemacht haben. Ich appelliere an Sie.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Möller (Gießen):

Frau Kollegin Leistenschneider!

Leistenschneider (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch hier gilt es, keine Aufregung zu zeigen. Verehrter Herr Kollege Polster, da muss man schon aus dem Verlauf der letzten Sitzung am 24. Februar dem Kollegium erklären, warum diese Situation entstanden ist. Die Beschlussempfehlungen zu den Petitionen, die Sie heute wieder zurückstellen wollen, sind mit Zustimmung von CDU und SPD getroffen worden. Die GRÜNEN haben sich der Zustimmung verweigert. Das Parlament hatte uns im Dezember den Auftrag gegeben, dass nur mit einem einstimmigen Votum der Ausschuss endgültig entscheiden könne. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind jetzt seit dem 24.02. bis heute fast drei Monate. Ich kann mich dem wirklich nicht anschließen, dass Sie erst heute sagen, neue Fakten seien gekommen. Alle drei Beschlussempfehlungen lauten auf Sach- und Rechtslage.

Hier sitzt der Innenminister Bökel, der Ihnen allen, wie Sie vielleicht -

(Zurufe)

- Der ehemalige Innenminister Bökel. - Also, ich finde es nicht so fair, den Kollegen jetzt vorzumachen, dass hier noch etwas zu ändern wäre. In der Zwischenzeit ist hier nichts passiert, und es hat sich nichts ergeben - bei jeder einzelnen Petition, Herr Bökel. Wenn also hier gesagt wird, die Petition müsse erneut in den Ausschuss, dann ist das ein vorgeschobener Grund. Ich kann den Inhalt der Petition hier nicht mehr vortragen, aber es war eine Bescheidung

zur Sach- und Rechtslage, und hier passiert überhaupt nichts. Wir werden also bei unserer Beschlussempfehlung bleiben. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU - Unmut bei der SPD - Polster (SPD): Weiter so!)

Präsident Möller (Gießen):

Frau Kollegin Klär!

Klär (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe jetzt vier Jahre lang im Petitionsausschuss gearbeitet. Frau Leistenschneider, Sie wissen: Wir haben alle gearbeitet, wir haben teilweise Kopf, Herz und Hand in diese Petitionen hineingelegt, um wirklich den Menschen und der Menschenwürde entsprechende Entscheidungen zu treffen. Das ist uns sicherlich nicht immer leicht gefallen.

In diesem einen Fall habe ich darum gebeten, eine Petition aus den Beschlussempfehlungen herauszunehmen. Es war mir ohnehin schon sehr schwer gefallen, diese Petition zur Sach- und Rechtslage zu bescheiden - ich hatte dem Zeitdruck der ablaufenden Legislaturperiode nachgegeben.

Bei dieser Petition handelt es sich um eine junge Aussiedlerfrau aus Russland, die jetzt eine gute Chance hat, hier als deutsche Volkszugehörige anerkannt zu werden. Angesichts der neuen Entwicklung, die es gibt, kann sie ihren Antrag von hier aus besser vertreten, als wenn sie nach Russland zurückkehren muss. Aus diesem Grunde bitte ich Sie darum, diese Petition aus der Beschlussempfehlung herauszunehmen. Dadurch wird einem jungen Menschen die Chance gegeben, den Ausgang seines Verfahrens vor dem Hintergrund der neuen Härtefallregelung hier abzuwarten. Diese Regelung wurde erst vor drei Tagen getroffen, sodass Ihnen die Information darüber vielleicht noch nicht vorliegt. Als Berichterstatterin weiß ich aber natürlich über die Einzelheiten besser Bescheid.

Daher noch einmal mein dringender Appell an Sie: Bitte lassen Sie zu, dass die genannte Petition aus der Beschlussempfehlung herausgenommen wird - nicht zuletzt mit Blick auf das Klima im Petitionsausschuss. Es wäre sehr schade, mit einer solchen Belastung die neue Legislaturperiode zu beginnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Möller (Gießen):

Herr Kollege Kaufmann!

Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Werter Herr Kollege Grüttner, die Beschlussvorlage umfasst ca. 75 Vorschläge, die einzeln erarbeitet worden sind. Jetzt geht es um drei davon, bei denen wir aus unterschiedlichen Gründen um eine Neuberatung bitten. Sie wissen, dass sich der Petitionsausschuss gerade neu bildet und wir neue Mitglieder dorthin entsenden.

Wenn Sie in der Tat das Signal setzen wollen, dass Sie zukünftig an einer konstruktiven Zusammenarbeit im Petitionsausschuss nicht interessiert sind, dann verhalten Sie sich so, wie Sie das angekündigt haben! Wenn Sie jedoch - was wir gerne anbieten - weiter an einer konstruktiven Zu-

sammenarbeit in diesem Ausschuss festhalten wollen, einem der schwierigsten Aufgabengebiete, die wir haben, dann geben Sie sich jetzt einen Ruck und sagen: Gut, diese drei Petitionen können für die nächste Plenarsitzung noch einmal aufbereitet und neu aufgegriffen werden! - Ich denke, dann hätten Sie uns allen und auch denjenigen, um die es bei diesen Petitionen geht, einen guten Dienst erwiesen. - Vielen Dank!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Möller (Gießen):

Frau Kollegin Leistenschneider!

Leistenschneider (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Situation enttäuscht mich ein bisschen, und sie macht mich auch betroffen. In den vergangenen vier Jahren ist es mir gelungen, die 19 Kolleginnen und Kollegen im Petitionsausschuss des Hessischen Landtags in fast allen Fällen - in 98,5 Prozent aller Fälle - zu einem einstimmigen Ergebnis zu bringen.

(Claus (SPD): Warum legen Sie sich dann jetzt quer?)

- Herr Claus, ich will Ihnen etwas sagen: Ich lege mich nicht quer und ich will auch nichts machen. Ich habe erwartet, dass die Kolleginnen und Kollegen oder die Verantwortlichen mir als Ausschussvorsitzender die Angelegenheit im Vorfeld erklären.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es gibt Obleute im Ausschuss, die dies hätten übernehmen können.

(Polster (SPD): Nur weil keine Erklärung da ist, wollen Sie über Schicksale entscheiden?)

Die Obleute haben sich immer darüber verständigt, ob neue Fakten vorliegen. Diese Vorgehensweise war einmütig, und auch die Obleute haben ihre Entscheidungen einstimmig getroffen.

Nun kommt heute ein Verfahren auf den Tisch, über das wir in unserer Petitionsausschusssitzung am 24. Februar beraten und einen Beschluss gefasst haben. Dieser Beschluss wurde mit den Stimmen der SPD gefasst; die GRÜNEN haben sich enthalten, wie sie an jenem Sitzungstag zu sämtlichen Beschlüssen Nein gesagt haben.

(Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht zu allen!)

Sie sagten damals: Wir sind dagegen! Sie waren gegen alle. Herr Kollege Blutte hat mir damals erklärt, er sei von seiner Fraktion beauftragt worden, so zu stimmen. Also stellen Sie das jetzt bitte nicht anders dar!

(Claus (SPD): Wir räumen ein, dass die Information versäumt worden ist!)

Verehrter Herr Claus, verehrter Herr Kaufmann, es liegt nicht an mir und an meinen Freunden der CDU-Fraktion und auch nicht an der F.D.P. Ich bin bereit und wir sind bereit, heute der Herausnahme dieser Petitionen zuzustimmen, damit nicht das Klima im Ausschuss unter dessen neuer Vorsitzenden verschlechtert wird. Aber ich sage Ihnen: Wenn das der neue Stil im Petitionsausschuss sein soll, dann helfen Sie damit keinem Petenten - und zurzeit haben wir 2.000 Petitionen vorliegen!

(Polster (SPD): 700!)

Ich darf also darum bitten, die gute sachliche Arbeit des Petitionsausschusses in der vergangenen Legislaturperiode hier nicht falsch darzustellen. Wir werden der Herausnahme dieser Petitionen zustimmen,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und ich werde diese Verfahren mit Argusaugen begleiten und als Obfrau dazu vor dem Parlament Stellung nehmen. - Danke!

(Beifall bei der CDU, der SPD und der F.D.P.)

Präsident Möller (Gießen):

Sind damit die Wortmeldungen von Herrn Kollegen Polster und Frau Kollegin Weitzel erledigt? - Es gibt sicher auch keine weiteren Wortmeldungen.

Ich darf zur Sache nicht sprechen, aber aus meinem Herzen heraus sage ich einmal: Ich bin froh, dass das so läuft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist also beantragt, die Petitionen mit den Nr. 6385, 6477 - das war der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - und 5924/14 - das war der Antrag der SPD - aus der Beschlussempfehlung herauszunehmen. Wer stimmt dem zu? - Gibt es Gegenstimmen? - Keine mehr. Gibt es Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist einstimmig beschlossen.

Ich lasse jetzt über die übrigen Beschlussempfehlungen der Ausschüsse abstimmen. Wer ist für die Annahme der Vorschläge? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Das ist einstimmig.

Ich bedanke mich und teile mit, bevor ich schließe: Der Ältestenrat tritt sofort in Raum 119 M zusammen. - Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 17.47 Uhr)

Anlage 1 (zu Tagesordnungspunkt 8)

Nach § 88 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 8 der Tagesordnung, Drucks. 15/35, zu Protokoll gegebene Erklärung zur Abstimmung des Abg. Becker (Gießen) (SPD):

Begründung meines ablehnenden Stimmverhaltens zu Punkt 2 des Antrags der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Hilfe für Kosovo-Vertriebene, Drucksache 15/35, in der 2. Plenarsitzung des Hessischen Landtags am 22. April 1999:

Der abgelehnte Passus wird in seinen Annahmen und in seinen Folgerungen dem Spannungsverhältnis zwischen den Postulaten "Nie wieder Völkermord" und "Nie wieder Krieg" nicht gerecht. Der Kosovo-Konflikt und der aktuelle Balkankrieg sind in ihren komplexen geschichtlichen und rechtlichen Voraussetzungen, in ihren differenzierten Bedingungen und Handlungsmöglichkeiten nicht einsträngig aufzulösen, ohne dem Primat der Politik und dem persönlichen Gewissen der Mitreflektierenden und damit auch Mitbetroffenen Zwang anzutun. Die "volle", aber auch blanke Unterstützung der politischen Entscheidungsträger, deren überaus schwierige Lage und drückende Verantwortungslast nicht verkannt wird, schafft keine Problemlösung, sondern wird Teil des Gesamtproblems. Medien, Staatsbürger und insbesondere Mitglieder und Funktionäre politischer Parteien müssen in gesellschaftlichen Grundfragen öffentliche Kontrolle ausüben, die eigene Abwägung, eigene Einschätzung und eigene Gewissensentscheidung neben und notfalls gegen die amtliche oder parlamentarische oder sonst ersichtliche Mehrheitsmeinung stellt.

Ich stimme mit dem ernsthaften Bestreben der Bundesregierung überein, ein friedliches und demokratisches Kosovo zu schaffen, in dem alle Bewohner in Frieden und Sicherheit zusammenleben können. Ziel ist die mittel- und langfristige Stabilisierung Südosteuropas und die Einbeziehung in die gesamteuropäischen Integrationsprozesse.

Der jugoslawische Präsident Milosevic führt im Kosovo einen erbarmungslosen Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Das Regime in Belgrad hat die schreckliche "ethnische Säuberung" und die Deportation von langer Hand geplant und noch während der Friedensverhandlungen begonnen. Der Vertreibung und teilweise physischen Vernichtung der Bevölkerungsmehrheit im Kosovo konnte die internationale

Staatsgemeinschaft nicht tatenlos zusehen. Jedes Eingreifen, insbesondere mit militärischen Mitteln als sogenannte Ultima Ratio muß dennoch das Völkerrecht wahren. Die Selbstmandatierung der NATO hat sich über institutionelle und modale Regeln der UN-Charta und des NATO-Statuts hinweggesetzt. Die erklärte humanitäre Zielsetzung macht die Entscheidung für den Militäreinsatz nachvollziehbar, aber sie rechtfertigt ihn nicht. Das geltende zwischenstaatliche Recht stellt wohlüberlegt hohe Anforderungen an militärisch erzwungene Eingriffe in Souveränitätsrechte im Sinne einer "Weltpolizei", um Eigeninteressen bei der Definition der Eingriffsvoraussetzungen zu begrenzen.

Nachdem die humanitäre Katastrophe im Kosovo durch die Bombardierung nicht verhindert werden konnte - indirekt sogar beschleunigt und verschlimmert wurde - und nachdem die jugoslawische Führung nicht zum Einlenken gezwungen, ja nicht einmal isoliert werden konnte, muss nach vierwöchigem Vorrang der militärischen Mittel Logik und Zwänge die Politik wieder das Gesetz des Handelns bestimmen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, weitere und neue Initiativen zur Verbesserung der humanitären Situation, zur Flüchtlingsaufnahme und -hilfe in ganz Europa, zur Rückkehr der Vertriebenen und für die Herstellung und Sicherung des Friedens zu ergreifen. Verlängerung und Verstärkung des Krieges mehrten nicht die Hoffnungen, sondern die Risiken. Danach erübrigt sich fast die ausdrückliche Feststellung, dass ich den Einsatz von Bodentruppen im Rahmen eines kriegesischen Einsatzes ablehne.

Die Vereinten Nationen sollten mit Zustimmung der Konfliktparteien einen "humanitären Korridor" im Kosovo einrichten, der eine Versorgung der Flüchtlinge im Kosovo selbst erlaubt. Die Absicherung der Schutzzone ist durch UN-Truppen oder Verbände der OSCE zu gewährleisten. Um die drastische Verschlechterung der humanitären Situation im Kosovo zu stoppen und um den Teufelskreis der Gewalteskalation zu durchbrechen, sind Bundestag und Bundesregierung aufgefordert, auf die NATO einzuwirken, damit diese die Kampfhandlungen von sich aus mit einer zunächst befristeten Feuerpause unterbricht, um einen Waffenstillstand auszuhandeln und nachfolgend ein politisches Rahmenabkommen für das Kosovo auf der Grundlage der Abmachungen von Rambouillet zu erwirken. Mein Abwägungsergebnis: Lieber bündniskritisch als gewissensschwach, lieber politisch bewusst als militärisch zum Durchhalten gezwungen!

Anlage 2 (zu Tagesordnungspunkt 8)

Nach § 88 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 8 der Tagesordnung, Drucks. 15/35 zu Protokoll gegebene Erklärung zur Abstimmung der Abg. Pauly-Bender (SPD):

Dem Hessischen Landtag liegt ein Antrag vor, die bisherige Linie der Bundesregierung im Kosovo-Konflikt zu befürworten. Dieser Antrag entspricht im Wesentlichen der Beschlussfassung der SPD seit dem Bonner Parteitag vom 12.04.1999. Ich werde diesem Antrag daher zustimmen. Ich erlaube mir aber, diese Zustimmung in einer persönlichen Erklärung näher zu begründen:

Erstens. Ich gehörte auf dem Bonner Parteitag zu denjenigen Delegierten, die dem Antrag des Bundesvorstandes und damit auch der Linie der Bundesregierung im Kosovo-Konflikt nicht folgen konnten.

Zweitens. Ich halte die Gründe, die mich zu diesem Verhalten bewogen haben, auch heute noch für richtig: Die NATO hat mit ihren Luftangriffen ihr erklärtes Hauptziel, eine humanitäre Katastrophe im Kosovo zu vermeiden, verfehlt. Hunderttausende sind während der Luftangriffe vertrieben worden; eine noch nicht genauer spezifizierbare Zahl von Menschen wurde ermordet und massakriert. Auch das weitere Ziel der NATO, einen Sturz des Diktators Milosevic herbeizuführen, ist von einer Realisierung weit entfernt. Im Gegenteil: Alles deutet darauf hin, dass sich das serbische Volk in der Folge der Luftangriffe hinter Milosevic versammelt hat. Es droht ein zweiter Fall Hussein.

Gewiss, würde ein Einsatz von Bodenkampftruppen die Erreichung der NATO-Ziele realistischer werden lassen. Andererseits sind sich alle Experten darüber einig, dass ein solcher Einsatz zu außerordentlich hohen Verlusten führen würde. Es könnte ein lang anhaltender Partisanenkampf drohen. Das Stichwort von einem zweiten Afghanistan ist aus militärischer Sicht nicht aus der Luft gegriffen. Zudem ist gerade unsere Bundeswehr als klassische Wehrpflichtarmee auf eine derartige Auseinandersetzung alles andere als vorbereitet. Wer will angesichts dieser realistischen Befürchtungen einen Einsatz deutscher Kampftruppen wirklich verantworten?

Ein besonderes Bedenken gegen das Vorgehen der Bundesregierung ergibt sich aus meiner Sicht aus den besonderen

Umständen der deutschen Geschichte: Es ist noch keine 60 Jahre her, dass das Deutsche Reich, dessen Rechtsnachfolge die Bundesrepublik angetreten hat, zusammen mit den kroatischen Ustaschen einen Völkermord am serbischen Volk unternommen hat. Zahlreiche der damals betroffenen Menschen leben noch im heutigen Serbien. Es ist ein unerträglicher Gedanke, dass auch nur ein überlebendes Opfer des deutschen Nationalsozialismus heute durch deutsche Truppen ums Leben gebracht werden würde.

Die mittelfristigen Folgen der Jugoslawienpolitik der NATO sind derzeit noch nicht endgültig abschätzbar; es deutet vieles darauf hin, dass in Europa der uralte Graben zwischen westlichem Christentum und östlicher Orthodoxie wieder aufs Neue aufgerissen werden wird. Dies ist ein Graben, der in den letzten Jahrhunderten schon für viele Verhängnisse auf unserem Kontinent ursächlich war. Diesmal drohen infolge der NATO-Politik vor allem für die innere Stabilität Russlands unabsehbare und letztlich schwerlich verantwortbare Konsequenzen.

Zuletzt: Im Sinne Helmut Schmidts bin ich tief besorgt über die Delegitimierung des internationalen Völkerrechts; dies könnte mittelfristig fatale Auswirkungen haben; als verteidigungs- und außenpolitische Linie der Bundesrepublik Deutschland erscheint die Position in keiner Weise zukunftsträchtig.

Drittens. Trotz dieser nach wie vor bestehenden Bedenken fühle ich mich durch den Parteitagsbeschluss gebunden. Gerade bei Regierungsparteien ist das Gewicht von politischen Beschlüssen besonders hoch einzuordnen. Im Interesse der Demokratie muss der Eindruck ungeordneter und chaotischer Verhältnisse vermieden werden. Hätte sich der Bonner Parteitag der SPD anders entschieden, als er dies tat, hätte ich von der anderen Seite eben die Parteidisziplin erwartet, der ich mich jetzt unterziehe. Ich tue dies im Bewusstsein, dass für einige meiner Kollegen, die vom Pazifismus herkommen, eine solche Überlegung nicht zählt. Der Pazifismus schließt den Krieg als Mittel der Politik unter allen Umständen aus. In dieser Hinsicht handelt es sich beim Pazifismus um eine radikale Denkungsart, die ich hoch achte, der ich selber aber nicht anhänge. Für mich kommt militärische Gegenwehr im Prinzip durchaus in Frage, wenngleich ich in der konkreten Balkanpolitik ein Übermaß von verhängnisvollen Entwicklungen für unser Land erkenne.

Anlage 3 (zu Tagesordnungspunkt 8)

Nach § 88 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 8 der Tagesordnung, Drucks. 15/35, zu Protokoll gegebene Erklärung zur Abstimmung des Abg. Schmitt (SPD):

Aus folgenden Gründen habe ich Punkt 2 des Dringlichen Antrags von CDU und F.D.P. betreffend Kosovo nicht zustimmen können. Ich lehne die Luftangriffe der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien ab. Die Angriffe sind völkerrechtlich problematisch, humanitär kontraproduktiv und militärisch fragwürdig:

Für die Luftangriffe liegt unstreitig kein UN-Mandat vor. Die Konstruktion der völkerrechtlichen Nothilfe ist juristisch äußerst problematisch, und es stellt sich die Frage,

ob ein Kriegseinsatz auf einer fragwürdigen juristischen Grundlage entschieden werden kann.

Politisch und humanitär ist die Bombardierung kontraproduktiv. Die unmenschlichen massenhaften Vertreibungen und die Menschen verachtenden Verfolgungen, Not und Elend haben sich nach den militärischen Aktionen nicht verringert, sondern verschärft.

Militärisch ist der Luftangriff fragwürdig. Dass Milošević nicht von seiner verbrecherischen Politik abgelassen hat, macht deutlich, dass mit den Luftangriffen dieses Ziel nicht erreicht werden kann. Der Einsatz von Bodentruppen aber würde eine weitere Eskalation darstellen, die nicht zu verantworten ist.

Diese drei Gründe zusammengekommen führen aus meiner Sicht dazu, dass dem Antrag in Punkt 2 nicht zugestimmt werden kann.